

Dissertation

**Die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen
sowie Aspekte und Bestrebungen ihrer Eingliederung/
Integration im Kreis Salzwedel 1945 bis 1948/49**

**Die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen
sowie Aspekte und Bestrebungen ihrer Eingliederung/
Integration im Kreis Salzwedel 1945 bis 1948/49**

**Dissertation
zur Erlangung des akademischen Grades
einer Doktorin der Philosophie**

genehmigt durch die Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungs-
wissenschaften der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg

**Von Diplomlehrerin Barbara Liebig geb. Gatzemeier
geb. am 26. Januar 1959 in Salzwedel**

**Gutachterin/Gutachter:
Gutachterin/Gutachter:**

**Professor Dr. Klaus Erich Pollmann
Professor Dr. Mathias Tullner**

Eingereicht am:

12. Januar 2005

**Verteidigung der
Dissertation am:**

07. November 2005

Vorwort

Die vorliegende Arbeit entstand im Rahmen der Forschungsgruppe „Die Vertriebenen in der SBZ/DDR“ am Institut für Geschichte der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Die in den vergangenen Jahren erzielten Ergebnisse der Forschungsgruppe zur Vertriebenenproblematik in der SBZ und des Landes Sachsen-Anhalt und die darüber hinaus vorhandene einschlägige Literatur zur Thematik bildeten die Grundlage für die folgenden Untersuchungen.

Der Entschluss, mich als „Externe“ einer solchen Arbeit und letztlich gerade diesem Thema zuzuwenden, war das Ergebnis eines Prozesses, der mit meiner Tätigkeit als Dozentin im Bereich der Erwachsenenbildung für russlanddeutsche Aussiedler Mitte der 90er Jahre begann. Er führte mich über die Beschäftigung mit dem Thema Integration zur sozialhistorischen Migrationsforschung und schließlich über Umwege zur Vertriebenenproblematik.

Die in den letzten Jahren gewonnenen Erkenntnisse über die Vielschichtigkeit und Langwierigkeit von Integrationsprozessen – welche im Falle der Integration Vertriebener auch nach 60 Jahren noch nicht ihren vollständigen Abschluss gefunden haben – sowie persönliche Kontakte und Erlebnisse mit Vertriebenen, gaben letztlich den Anstoß, mich diesem Thema noch einmal zuzuwenden. Ich habe deshalb versucht, in dieser Arbeit zwei Zielstellungen miteinander zu verknüpfen. Zum einen sollte die Aufnahme Vertriebener und die ersten Ansätze ihrer Einbürgerung anhand einer Region des Landes Sachsen – Anhalt verdeutlicht werden. Mit der Eingrenzung der Untersuchung auf den Kreis und die Stadt Salzwedel war weiterhin das Anliegen verbunden, zur Aufarbeitung der „regionalen Geschichte“ des Kreises, zu der ich auch persönliche Bezüge habe, und gleichzeitig zur landesgeschichtlichen Forschung beitragen zu können. Letztlich sollte durch die Reflexion von Integrationsprozessen – am Beispiel der ersten Schritte der Vertriebeneneingliederung – ein Beitrag zur Bewertung von Integrationsprozessen in ihrer Anfangsphase und deren allgemeingültiger Kriterien geleistet werden.

Die Zielstellung der Arbeit besteht in der Darstellung der Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen und vorrangig der administrativen Maßnahmen im Bezug auf die Versorgung der Menschen und letztlich ihrer Eingliederung/Integration bis 1948/49 in der Stadt und im Landkreis Salzwedel.

Im Vorfeld der Untersuchungen wird ausgehend von den Hintergründen der Flucht und Vertreibung und der Entwicklung in der SBZ und der Provinz Sachsen bei Kriegsende die Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen dargestellt (Kapitel 1 bis 3).

Den Ausgangspunkt für die Untersuchung der Vertriebenenproblematik im Kreis Salzwedel bildet die historische Entwicklung der Region bei Kriegsende. Schwerpunktmäßig schließen sich die Aufnahme und die ersten Versorgungsmaßnahmen im Kapitel 4 an. Den zweiten Schwerpunkt bilden die Integrationsbedingungen und -bestrebungen im Kreisgebiet und deren Ergebnisse bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes im Kapitel 5.

Der strukturelle Aufbau in den Kapiteln 1 bis 4 erfolgte vorrangig chronologisch, das Kapitel 5 wurde nach Sachgebieten systematisiert. Den Darstellungen der Kapitel 4 und 5 sind die Anlagen im letzten Teil der Arbeit beigefügt. Hierbei sei darauf hingewiesen, dass die Qualität einiger Akten – Originale auch durch Bildbearbeitung der Kopien nur wenig verbessert werden konnte. Dennoch wurden sie verwendet, weil sie mir als Dokumente wichtig erschienen.

Als Literaturgrundlage für die Vertriebenen- und Integrationsproblematik in der SBZ und des Landes Sachsen-Anhalt wurden vorrangig neuere auch außerhalb der Forschungsgruppe entstandene Forschungsergebnisse verwendet. Der regionalgeschichtliche Teil im Bezug auf die historische Entwicklung des Kreises basiert auf vorhandene Veröffentlichungen der Kreisbibliothek. Zur Vertriebenenproblematik wurde vor allem auf unveröffentlichte Quellen des Stadtarchivs Salzwedel und des Landeshauptarchivs Sachsen-Anhalt in Magdeburg zurückgegriffen. Dabei sind die Kapitel 4 und 5 zu großen Teilen auf der Grundlage bisher kaum genutzter Akten des Stadtarchivs Salzwedel entstanden.

Es ist mir ein besonderes Anliegen, mich bei all denen zu bedanken, die einen großen Anteil am Entstehen dieser Arbeit hatten.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Manfred Wille für die Unterstützung und Begleitung des Forschungsprozesses. Seine fachkompetente und kritische Beratung hat maßgeblich zu dem vorliegenden Ergebnis beigetragen. Weiterhin bedanke ich mich bei Herrn Prof. Dr. Pollmann, dem Leiter der Forschungsgruppe, für die Bereitschaft, die Begutachtung der Arbeit zu übernehmen. Gleiches gilt für Herrn Prof. Dr. Mathias Tullner, welcher mir darüber hinaus mit kompetenter Beratung in allen regional- und landesgeschichtlichen Dingen zur Seite stand.

Für ihre Hilfsbereitschaft und Bemühungen bedanke ich mich bei Herrn Langusch, dem Leiter des Stadtarchivs Salzwedel, bei den Mitarbeitern der Kreisbibliothek Salzwedel, dem Leiter der Museen des Kreises Salzwedel und den Mitarbeitern des Landeshauptarchivs in Magdeburg.

Bedanken möchte ich mich auch bei meinem Freund sowie den Mitarbeitern der immo Verlags & Werbegesellschaft Magdeburg für ihre technische Unterstützung. Letztendlich ist es mir ein ganz besonderes Bedürfnis, meinen Eltern und meinen Kindern für ihr Vertrauen in meine Fähigkeiten und für ihre Geduld zu danken.

Die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie Aspekte und Bestrebungen ihrer Eingliederung/Integration im Kreis Salzwedel 1945 bis 1948/49

Inhalt:

Vorwort

1.	Die Vertriebenenforschung über die SBZ/DDR	3
2.	Die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa 1944/45 bis 1948/49	11
2.1.	Die Hintergründe der Vertreibung im Kontext der territorialen und ethnischen Neuordnung Ostmitteleuropas	11
2.2.	Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung	17
3.	Die Vertriebenenpolitik in der SBZ unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Sachsen	24
3.1.	Die ersten Maßnahmen der SMAD und der Provinzialverwaltung Sachsen zur Bewältigung des Vertriebenenproblems bis Ende 1945	24
3.2.	Die Festlegungen und Interaktionen der ZVU bzw. der Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen im Rahmen des Bevölkerungstransfers aus den Ostprovinzen und der Tschechoslowakei zwischen 1946 und 1948/49	37
4.	Flüchtlinge und Vertriebene im Kreis Salzwedel 1944/45 bis 1948/49	45
4.1.	Zur Geschichte und Gegenwart der Stadt und des Kreises Salzwedel	45
4.2.	Die Region in der NS- Zeit und nach dem Zweiten Weltkrieg	53
4.3.	Die Auswirkungen von Flucht und spontaner Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostprovinzen und der Tschechoslowakei auf das Kreisgebiet und dessen Bevölkerungsentwicklung bis Ende 1945	69

4.4. Die Aufnahme Vertriebener im Rahmen des organisierten Transfers im Zeitraum vom Winter 1944/45 bis 1948/49 und die in diesem Zusammenhang von den Umsiedlerbehörden des Kreises getroffenen Maßnahmen	82
5. Aspekte und Bestrebungen der Eingliederung Vertriebener im Kreis Salzwedel	98
5.1. Zu Aspekten der Eingliederung/Integration in der Aufnahmegesellschaft	98
5.2. Die Wohnsituation Vertriebener im Kreisgebiet	104
5.3. Die Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsprozess	121
5.4. Die Bemühungen der Behörden und Organisationen zur Verbesserung der sozialen Situation Vertriebener im Kreis Salzwedel	138
Zusammenfassung	155
Literatur- und Quellennachweis	163
Anhang	Anlagen 1 bis 51

1. Die Vertriebenenforschung über die SBZ/DDR

Die historischen und sozialhistorischen Forschungen zur Vertriebenenproblematik in der SBZ/DDR konnten in den letzten Jahren viele offene Fragen beantworten. Neben Erkenntnissen über die Aufnahme Vertriebener und die ersten Maßnahmen der staatlichen Institutionen sind vor allem im Bezug auf die Integration der durch Flucht und Vertreibung nach 1945 angesiedelten Vertriebenen auf dem Territorium der SBZ/DDR große Forschungslücken geschlossen worden.¹

Ein wesentlicher Grund für ein zuvor über Jahrzehnte nur wenig bearbeitetes Thema lag in der nicht möglichen grundlegenden Erforschung der Vertriebenenproblematik unter den vor 1989 gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR. Neben doktrinären Einengungen blieb es den ostdeutschen Historikern zumeist verwehrt, internationale Literatur und die neueren Ergebnisse der bundesdeutschen Forschung zu nutzen. Zum anderen waren die Archive, welche eine fundierte empirische Arbeit hätten ermöglichen können, nur teilweise zugänglich. Sozialhistorische Untersuchungen zur Integration Vertriebener konnten darüber hinaus nur im Rahmen des vorgegebenem Geschichtsbildes durchgeführt werden.² Entscheidend für die weitestgehende Ausklammerung der wissenschaftlichen Beschäftigung gerade mit der Vertriebenenproblematik war die seit Kriegsende durch die SMAD gesteuerte und bis in die 70er Jahre immer enger werdende Bündnispolitik der SBZ/DDR zur Sowjetunion, zu Polen und der Tschechoslowakei. Deren Grundlage setzte die völlige Übernahme aller

¹ Vgl. zum Forschungsstand u.a. Hoffmann, Dierk/Krauss, Marita/Schwartz, Michael, Einleitung in: Vertriebene in Deutschland, München 1999, S. 9-25; Grosser, Thomas, Die Flüchtlingsfrage in der sozialgeschichtlichen Erweiterung, Anmerkungen zum neuen Forschungsstand, in: Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, (Hrsg.), Schraut, Sylvia/Grosser, Thomas, Mannheim 1996, S. 19-30; Plato, Alexander von, Vergangene Perspektiven? Schwerpunkte, Fragen und Probleme der Flüchtlingsforschung vor und nach der Wende, in: Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, Sondernummer Schriftreihe der Vierteljahrszeitschrift für Zeitgeschichte, München 2000, S. 87-106; Wille, Manfred, Die „Umsiedler“ – Problematik im Spiegel der SBZ/DDR-Geschichtsschreibung, in: Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, (Hrsg.) Wille, Manfred/Meinicke, Wolfgang, Wiesbaden 1993, S. 3-11.

² In der BRD begann die wissenschaftliche Erforschung von Flucht und Vertreibung nach 1950 durch Eugen Lemberg, Friedrich Edding. Vgl. Die Vertriebenen in Westdeutschland, Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Politik und Geistesleben; Theodor Schieder, Die Dokumentation der

Schuld der vergangenen Gräueltaten – einschließlich der Vertreibung – durch die Deutschen voraus und schloss somit eine objektive und ehrliche Aufarbeitung des Schicksals der Vertriebenen einschließlich ihrer Integration in der Ankunftsgesellschaft aus. Die Vertriebenenproblematik war ein eindeutig politisch begründetes Tabu-Thema. Die nach dem Zweiten Weltkrieg in die SBZ/DDR gekommenen über vier Millionen Vertriebenen verschwanden so in der historischen Versenkung. Gesamtdarstellungen zur DDR- bzw. SED-Geschichte in den 60er und 70er Jahren berührten die Vertriebenenfrage nur in wenigen Sätzen.³

Dennoch gab es Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre erste Versuche, sich der Vertriebenenproblematik in der SBZ/DDR mit Untersuchungen über die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen in der Nachkriegsperiode auf dem Territorium der DDR⁴ bzw. mit der Eingliederung Vertriebener in die Aufnahmegesellschaft einzelner Regionen in der SBZ⁵ zu nähern. Hierbei konnten sich die Historiker jedoch nur auf einige Aspekte des vielschichtigen Untersuchungsprozesses beziehen. So durfte lediglich auf die Kompliziertheit der Aufnahme und Unterbringung von Millionen heimatloser und mittelloser Menschen und deren soziale Nöte verwiesen werden. Wesentliche Aspekte, wie das Verhalten der Russen, Tschechen und Polen gegenüber der deutschen Bevölkerung bei Kriegsende sowie die Art und Weise der Vertreibung wurden verschwiegen. Letztlich war der „Verschmelzungsprozess“ der Vertriebenen mit der einheimischen Bevölkerung so unproblematisch wie möglich und als „vorbildliche und kurzfristige Integration“ darzustellen.⁶

In den 80er Jahren begann dennoch an der Pädagogischen Hochschule Magdeburg eine kontinuierliche und systematische Beschäftigung mit der Vertriebenenforschung unter Manfred Wille. Anknüpfend an die Untersuchungen

Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa (im Auftrage der Bundesregierung erarbeitet und veröffentlicht); Bonn 1955.

³ Vgl. Christopeit, Gerald, Verschwiegene vier Millionen – Heimatvertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, in: Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Völkerkunde, Bd. 38, Marburg 1995.

⁴ Vgl. Barthel, Horst, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR – Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945-1949/50, Berlin 1979.

⁵ Vgl. Krellenberg, Hans-Ulrich, Die Eingliederung der Umsiedler in das gesellschaftliche und politische Leben in Mecklenburg 1945-1949 (dargestellt an den Kreisen Parchim und Malchin), Rostock 1971.

⁶ Vgl. Wille, Manfred, Sie hatten alles verloren..., Wiesbaden 1993, S. 4 ff.

zur Nachkriegsgeschichte der SBZ war es das Ziel der unter seiner Anleitung arbeitenden Forschungsgruppe, die Aufnahme und beginnende Integration der Vertriebenen im Rahmen der einzelnen Territorien zu erforschen.⁷ Eine weitere Gruppe um Wolfgang Meinicke an der Humboldt-Universität Berlin beschäftigte sich seit Mitte der 80er Jahre mit der Haltung von Parteien und Gewerkschaften zur Vertriebenenfrage in den Nachkriegsjahren.⁸ Mit den ersten wissenschaftlichen Arbeiten in den 80er Jahren begann sich die Vertriebenenforschung in der DDR ansatzweise zu öffnen. Dennoch konnten sich die Historiker trotz umfangreicher Erkenntnisse nicht über ideologische Grenzen hinwegsetzen. Vor allem die Bewertung der Integration Vertriebener wurde im Sinne der SED-Geschichtsschreibung weiterhin zumeist als wenig problematisch beschrieben und mit dem Jahre 1952 als beendet betrachtet („Die Lösung der Umsiedlerfrage“).⁹

Nachdem mit dem politischen Umbruch 1989/90 bedeutende Arbeitserleichterungen und Möglichkeiten besonders für die empirische Forschung zu Themen der Vertriebenenintegration entstanden waren, wurden eine Reihe fundierter wissenschaftlicher Arbeiten in Sammelbänden, Dissertationen, Dokumentenheften und Dokumentenbänden veröffentlicht.¹⁰ Die wissenschaftlichen Unter-

⁷ Als Grundlage für später weiterführende und vergleichende Untersuchungen sollten Dissertationsthemen und Diplomarbeiten über die fünf Länder und zu Teilfragen des Untersuchungsgegenstandes bilden. Vgl. Just, Regine, Die Lösung der Umsiedlerfrage auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, dargestellt am Beispiel des Landes Sachsen (1945-1952), Magdeburg 1985; Kaltenborn, Steffi, Die Lösung des Umsiedlerproblems auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik, dargestellt am Beispiel Thüringen (1945-1948), Magdeburg 1989; Nach der Wende entstanden zwei weitere Arbeiten für Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt. Vgl. Rusche, Michael, Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen in Mecklenburg-Vorpommern, 1945-1949, Magdeburg 1996; Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachsen-Anhalt. Ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft, Münster 1999.

⁸ Vgl. Meinicke, Wolfgang, Zur Integration der Umsiedler in die Gesellschaft 1945-1952, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Heft 10, Berlin 1988, S. 867-878.

⁹ Im Gegensatz zur Forschung in der Bundesrepublik, die sich in den 80er Jahren vom Mythos der raschen Integration „im Zuge des Wirtschaftswunders“ abgewandt hatte und die Integrationsforschung auf neue Füße stellte, vgl. Lüttinger, Paul, Der Mythos der schnellen Integration. Eine empirische Untersuchung zur Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland bis 1971, in: ZfS, 15/1986; Hoffman, Dierk/Schwartz, Michael, Einleitung in: Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen - Eingliederung in der SBZ/DDR, München 1999, S. 7-20.

¹⁰ Vgl. Hoffmann, Dierk/ Krauss, Marita/Schwartz, Michael, Vertriebene in Deutschland, München 1999; Plato, Alexander von/Meinicke, Wolfgang, „Alte Heimat – neue Zeit“ – Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991; Schraut, Sylvia/Grosser, Thomas(Hrsg.), Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996; Christopheit, Gerald, Verschwiegene vier Millionen – Heimatvertriebene in der Sowjetischen

suchungen zur Vertriebenenproblematik in der SBZ/DDR konzentrierten sich auf drei wesentliche Aspekte: die Aufnahme Vertriebener, die ersten Schritte ihrer Integration und die Rolle der staatlichen und politischen Institutionen und Parteien in Bezug auf die Vertriebenenfrage. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang Forschungsergebnisse der jüngsten Zeit, welche unter anderem für den Untersuchungsgegenstand und den regionalen Bezug dieser Arbeit von besonderer Bedeutung sind. Zu nennen sind unter anderem die dreiteiligen Dokumentenbände von Manfred Wille.¹¹ Hier werden zum einen die Aufnahme und die ersten Maßnahmen der staatlichen und politischen Institutionen zur Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Aufnahmegesellschaft in den fünf Ländern und Provinzen der SBZ/DDR empirisch belegt und fundiert dokumentiert. Chronologisch nachvollziehbar sind hierbei Aspekte des Vertriebenentransportes, der Unterbringung in den Quarantänelagern, die sanitäre und medizinische Betreuung sowie die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln, Kleidern und Gebrauchsgegenständen untersucht. Zum anderen werden die ersten Schritte der Integration Vertriebener in drei Bereichen beleuchtet: Im Zusammenhang mit sozialen Eingliederungsmaßnahmen bis Ende der 40er Jahre geht es zunächst um grundlegende Versorgungs- und Unterstützungsleistungen in Form materieller Güter und finanzieller Hilfen sowohl durch staatliche als auch durch karitative Organisationen. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Bereitstellung von Wohnraum für Vertriebene und die damit verbundenen Schwierigkeiten der Umsetzung der behördlichen Maßnahmen zur Wohnraumbeschaffung. Der dritte Bereich beschäftigt sich mit der Integration ins Berufsleben. Probleme bei der Arbeitseingliederung im Zusammenhang mit der Nachkriegswirtschaft in der Industrie, der Landwirtschaft und im Handwerk in der SBZ/DDR sind dokumentarisch belegt und kommentiert. Eingehend wird im dritten Dokumentenband die Rolle der Parteien, Organisationen und Institutionen im Prozess der Eingliederung Vertriebener untersucht. Dabei geht es sowohl um die Bedeutung der Zentralver-

Besatzungszone und der DDR, Marburg 1995; Wille, Manfred, Die Vertriebenen in der SBZ/DDR. Dokumente Bd. I-III, Ankunft und Aufnahme 1945, Bd. I, Wiesbaden 1996; drs., Massentransfer, Wohnen, Arbeit 1946-1949, Bd. II, Wiesbaden 1999, drs., Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler 1945-1953, Bd. III, Wiesbaden 2003.

¹¹ Vgl. Wille Manfred, Dokumentenbände, Anm. 10.

waltung für deutsche Umsiedler (ZVU) als auch um die Interaktionen zwischen der SMAD, den Parteien, den Gewerkschaften und den Landes- und Provinzialverwaltungen.¹²

Die Aufnahme und Integration der Vertriebenen auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt wurde von Torsten Mehlhase in seiner Dissertation „Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachsen-Anhalt – Ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft“¹³ untersucht. Schwerpunkte bilden die ersten Maßnahmen zur Versorgung und Unterbringung der Vertriebenen, die Lenkung und organisierte Betreuung der Menschen während der Transporte, auf den Bahnhöfen und in den Lagern durch die im Aufbau begriffenen Verwaltungen und die ersten Eingliederungsbestrebungen. Die Forschungsergebnisse der letzten Jahre – verwiesen sei hier ebenso z.B. auf die Veröffentlichungen von Michael Schwartz, Wolfgang Meinicke, Alexander von Plato, Dierk Hoffmann – haben dazu beigetragen, das bis dahin im östlichen Teil Deutschlands bestehende Wissensdefizit im Bezug auf die Vertriebenenproblematik zu verringern.¹⁴ Einen wesentlichen Anteil daran haben nunmehr auch Historiker aus den östlichen Bundesländern. Angestrebt werden zukünftig vergleichende Studien¹⁵ und die Bündelung der bisher parallelen zeit-historischen Forschung in Ost und West, um die Nachkriegsgeschichte auch im

¹² Vgl. dazu auch Christopheit, Gerald, *Verschwiegene vier Millionen*, Marburg, 1995; Mehlhase, Torsten, *Flüchtlinge und Vertriebene*, Münster 1999; Foitzek, Jan, *Kadertransfer. Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46*, in: *Vierteljahreszeitschrift für Zeitgeschichte*, 31. Jahrgang, (Hrsg.) Institut für Zeitgeschichte, München 1983, S. 309-334; Wille, Manfred, „Die freiwillige Ausreise“ der sudetendeutschen Antifaschisten in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands – erfüllte und enttäuschte Hoffnungen und Erwartungen, in: *Die Sudetendeutschen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche*, (Hrsg.) Wille, Manfred, *Magdeburger Forschungen 10*, Pädagogische Hochschule Magdeburg, Magdeburg 1993, S. 28-61; ders., *Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Dokumente*, *Magdeburger Forschungen 11*, Pädagogische Hochschule Magdeburg, Magdeburg 1993.

¹³ Vgl. Mehlhase, Torsten, *Flüchtlinge und Vertriebene...*, Münster 1999.

¹⁴ U.a. hatte Heinz-Peter Seraphin in den 50er Jahren Vertriebenenproblematik in der SBZ aus westlicher Sicht untersucht: Vgl. *Die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone*, Bonn 1955, Danach gab es kaum noch Veröffentlichungen durch westliche Historiker bis zum politischen Umbruch. Zu den Arbeiten nach 1989 durch westdeutsche Historiker vgl. Anm. 10.

¹⁵ Einen der ersten Versuche vergleichender Studien stellte Philipp Ther an, indem er die Integration Vertriebener in zwei unterschiedliche Aufnahmegesellschaften miteinander verglich. Vgl. Ther, Philipp, „Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956), Göttingen 1998.

Bezug auf die Vertriebenproblematik zu einer gesamtdeutschen Perspektive zu führen.¹⁶

Im Zusammenhang mit den Forschungen der letzten Jahre soll an dieser Stelle darauf verwiesen werden, dass es im Bezug auf die Begriffsbestimmungen zur Bezeichnung des Geschehens („Vertreibung“) und der Betroffenen („Vertriebene“) nach 1989 wissenschaftliche Diskussionen vor allem zwischen deutschen, tschechischen und polnischen Historikern gab (und noch immer gibt). Das Ziel sollte eine Verständigung auf eine auch politisch tragfähige und von allen Seiten akzeptierte Bezeichnung für die in den einzelnen Ländern bis dahin unterschiedlich benutzten Begriffe „Vertreibung“, „Aussiedlung“ und „Zwangsaussiedlung“ sein. Während man in der Tschechoslowakei bis 1989 die erzwungene Migration der deutschen Bevölkerung vielfach mit dem Wort „odsun“ (Ausschub)¹⁷ bezeichnete und damit das Geschehen eher als historische Notwendigkeit denn als erzwungene Vertreibung verstanden wissen wollte, sprach man in Polen von der „Repatriierung“¹⁸ der Deutschen. In wissenschaftlichen Veröffentlichungen verwandte man unter anderem auch den Begriff „Umsiedlung“ wie in der SBZ. Alle benutzten Begriffen implizierten, dass es gemäß des Potsdamer Abkommens eine ordnungsgemäße und humane Umsiedlung - aber keine Vertreibung - gegeben habe.¹⁹

Nach der Wende wurde nach Alternativen für den in Deutschland verwendeten Begriff „Vertreibung“ für die Bezeichnung des Geschehens von polnischen und tschechischen Historikern gesucht, wobei der Terminus „Vertreibung“ schließlich weitestgehend akzeptiert und folgendermaßen definiert wurde:

„Vertreibung ist eine erzwungene Form von Migration über Staatsgrenzen hinweg. Die von ihr Betroffenen werden unter mittelbarem Zwang dazu genötigt, ihre Heimat zu verlassen. Vertreibung ist unumkehrbar und endgültig.“²⁰

¹⁶ Hoffmann, Dierk, Schwartz, Michael, *Geglückte Integration?*, München 1999, S. 10.

¹⁷ Vgl. dazu Schmidt-Hartmann, Eva, *Menschen oder Nationen. Die Vertreibung der Deutschen aus tschechischer Sicht*, in: *Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ergebnisse, Folgen*, (Hrsg.) Benz, Wolfgang, Frankfurt a. Main 1985, S. 142-157.

¹⁸ Vgl. Borodziej, Włodzimierz/Lemberg, Hans (Hrsg.), *„Unsere Heimat ist uns ein fremdes Land geworden...“*, *Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven*, Bd. I, Zentrale Behörden, Wojewodschaft Allenstein, Marburg 2000.

¹⁹ Vgl. Ther, Philipp, *Deutsche und polnische Vertriebene, Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945 bis 1956*, Göttingen 1998, S. 92.

²⁰ Vgl. ebenda, S. 99.

Dabei wird ausdrücklich zwischen den einzelnen Phasen des Geschehens „Flucht“, „wilder Vertreibung“ und „vertraglich festgelegter Vertreibung“ bzw. „Zwangsumsiedlung“ unterschieden.²¹

In der in Deutschland publizierte Literatur wird - seit der Wende auch in Ostdeutschland - vorwiegend von „Vertreibung“ als Bezeichnung des Geschehens und von „Vertriebenen“ als dem betroffenen Personenkreis gesprochen, wobei sehr wohl auch zwischen einzelnen Phasen unterschieden wird. Allerdings wurde der Erforschung den im zeitgenössischen Sprachgebrauch uneinheitlich verwendeten Terminologien „Flüchtlinge“, „Ausgewiesene“, „nonrepatriable Germans“, „Neubürger“, „Heimatvertriebene“, wie sie zu unterschiedlichen Zeiten in der Nachkriegszeit vor allem in den westlichen Besatzungszonen bezeichnet wurden, bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Der jeweilige Verwendungszweck lässt jedoch Nuancen sichtbar werden, welche grundlegende Probleme des Eingliederungsprozesses offen legen.²²

Bis 1989 wurden im Osten Deutschlands die Begriffe „Umsiedlung“ und „Umsiedler“ verwendet. Die Ursachen für die Ablehnung des Flüchtlings- und Vertriebenenbegriffs, wie sie in Westdeutschland benutzt wurden, lagen in den herrschenden politischen Vorstellungen über die Vertreibung und die Rolle der Vertriebenen. Die „Umsiedler“-Politik in der SBZ/DDR war auf die schnelle „Verwurzelung“ der Vertriebenen mit ihrer neuen „Heimat“ – die Assimilierung, das „Einswerden“ mit der alteingesessenen Bevölkerung ausgerichtet.²³ Der beschleunigte Assimilationsprozess ab 1947 war dem sich zuspitzenden Ost-West-Konflikt und der immer engeren Anbindung der SBZ an die durch die SMAD gesteuerte stärker werdende Anlehnung an Polen und die Tschechoslowakei (nicht zuletzt spielten auch wirtschaftliche Zwänge der SBZ eine Rolle) geschuldet. Da dieser Prozess in einem zeitlich begrenzten Rahmen vorgese-

²¹ Hier sollte vor allem zwischen der widerrechtlichen „wilden“ Vertreibung und der durch das Potsdamer Abkommen „vertraglich festgelegten“ Vertreibung deutlich unterschieden werden. Darauf einigte sich die deutsch-tschechische Historikerkommission 1996; Vgl. Ther, Philipp, Deutsche und polnische Vertriebene, Göttingen 1998, S. 97.

²² Vgl. (Hrsg.) Beer, Mathias/Kintzinger, Martin/Krauss, Marita, Migration und Integration, Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel, Sonderdruck, SBHM, Bd. 3, Stuttgart 1997, S. 146 f.

²³ Zur Verwendung der Begriffe „Umsiedlung“ und „Umsiedler“ vgl. auch Schwartz, Michael, „Vom Umsiedler zum Staatsbürger“. Totalitäres und Subversives in der Sprachpolitik der SBZ/DDR, in: Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, Sondernummer Schriftenreihe der Vierteljahrszeitschrift für Zeitgeschichte, München 2000, S. 137 ff.

hen war, benutzte man die beide Begriffe im offiziellen Sprachgebrauch ab 1948 nicht mehr. Mit dem Erlass des „Umsiedlergesetzes“ (1950) und deren Umsetzung bis 1952/53 verschwanden sie dann auch zielgerichtet aus dem offiziellen Sprachgebrauch.²⁴ Durch die seit Ende der 40er Jahre nicht mehr gesonderte statistische Erfassung der aufgenommenen „Umsiedler“ lassen sich die Vertriebenen mit dem offiziellen Verschwinden des Begriffs in den Quellen und Dokumenten nicht mehr nachweisen.²⁵

²⁴ Die „Umsiedlerpolitik“ in der SBZ war ab 1947 darauf gerichtet, die schnelle Eingliederung in die Ankunftsgesellschaft zu erreichen. Die „Umsiedler“ sollten keine besondere „Klasse“ bilden oder sich von der alteingesessenen Bevölkerung unterscheiden.

²⁵ Vertriebene wurden zum Beispiel in Arbeitsmarktstatistiken nicht mehr geführt. Zum anderen wurde der Begriff „Umsiedler“ zuvor teilweise auch für Evakuierte benutzt, so dass genaue Unterscheidungen zwischen Vertriebenen und der evakuierten Bevölkerung zwischen 1945 bis Ende der 40er Jahre schwierig war. Vgl. auch Schwartz, Michael, Vertriebene in die Arbeiterschaft. „Umsiedler“ als Arbeiter in der SBZ/DDR 1945-1952, in: Arbeiter in der SBZ/DDR 1945-52, (Hrsg.) Hübner, Peter/Tenfelde, Klaus, Essen 1999, S. 89.

2. Die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa 1944/45 bis 1948/49

2. 1. Die Hintergründe der Vertreibung im Kontext der territorialen und ethnischen Neuordnung Ostmitteleuropas

Die Vertreibung und Zwangsumsiedlung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa ist Teil einer beispiellosen ethnischen und territorialen Neuordnung des östlichen Mitteleuropa, deren Vorbereitungen bereits vor dem Krieg getroffen wurden, deren zielgerichtete Umsetzung während des Krieges begann und nach Kriegsende ihren Höhepunkt erreichte. In weniger als einem Jahrzehnt wurde nicht nur eine ganze Region territorial neu vermessen, Millionen von Menschen wurden entweder systematisch umgebracht oder aus ihrer Heimat vertrieben. Zwischen 1939 und 1943 waren es rund 15,1 Millionen und zwischen 1944 und 1948 rund 31 Millionen Menschen, welche zeitweise oder für immer zwangsweise umgesiedelt oder vertrieben wurden.²⁶ Die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa nahm innerhalb dieses Prozesses einen bedeutenden Platz ein – sie wurde zur größten „Bevölkerungsverschiebung“ zwischen 1944 und 1948. Sie hatte längst begonnen, als die Potsdamer Konferenz im August 1945 die „Zwangsumsiedlung“ der in diesen Gebieten lebenden Deutschen beschloss.

Hitler und Stalin leiteten mit ihrem Pakt im August 1939²⁷ die Revision der Grenzen²⁸ und damit weitreichender ethnischer Veränderungen ein. Die Umsetzung des zwischen Hitler und Stalin ausgehandelten Plans begann nach dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939, in dessen Folge die Beset-

²⁶ Hinzu kamen bezogen auf Ostmitteleuropa 16,3 Millionen Menschen, die rassistisch oder politischer Gewalt zum Opfer fielen, zwischen 5-6 Millionen ermordeter Juden, 9-10 Millionen Polen, Ukrainer, Weißrussen und Russen, die ihr Leben durch kriegerische Auseinandersetzungen, in Kriegsgefangenenlagern oder als Zwangsarbeiter verloren.; Vgl. dazu auch die Berechnungen von Paul Robert Magosci, in: (Hrsg.) Aust Stefan/Burgdorff Stephan, Die Flucht, Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Bonn 2003, S. 197 f.

²⁷ Vgl. (Hrsg.) Oberländer, Erwin, Hitler-Stalin-Pakt 1939. Das Ende Ostmitteleuropas?, Frankfurt a. Main 1990.

²⁸ Das Deutsche Reich wollte die Revision der deutsch-polnischen Grenze sowie die Rückgabe Memels und Litauens, die Sowjetunion beanspruchte Bessarabien, die östlichen Provinzen Polens, Estland, Lettland und Finnland; Vgl. auch Ther, Philipp, Deutsche und polnische Vertriebene, Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956, Göttingen 1998.

zung der weißrussischen und ukrainischen Gebiete Polens (zum Schutz beider Bevölkerungsgruppen, wie es offiziell hieß) durch die Rote Armee erfolgte. Durch den am 17. September 1939 mit Deutschland geschlossenen Grenz- und Freundschaftsvertrag konnte sich Stalin daraufhin bis zur ehemaligen Curzon-Linie ausweiten.²⁹ Mit der Besetzung Polens durch deutsche und russische Truppen begann die ethnische Neuordnung.³⁰

Westliche Politiker hatten sich schon seit Beginn der 40er Jahre mit der Frage beschäftigt, wie in Europa nach dem sicher erscheinenden Untergang des Dritten Reiches Stabilität hergestellt werden könne. Eine Aussiedlung der Deutschen, so befand Churchill, sei das „zufriedenstellendste und dauerhafteste Verfahren“. Es werde danach „nicht mehr jenes Völkergemisch geben, das nicht enden wollende Schwierigkeiten mit sich bringt“.³¹ Die Abtrennung der deutschen Gebiete und damit die gleichzeitige Ausweisung der dort lebenden deutschen Bevölkerung wurde sowohl von den Amerikanern und Briten als auch durch die polnische und tschechische Exilregierung als notwendige Maßnahme – als „ethnische Flurbereinigung“ zur Sicherung des Friedens – und als unausweichlich angesehen.³² Während die folgenden drei großen Kriegskonferenzen der Alliierten zwischen 1943 und 1945 die ethnische Neuordnung Europas

²⁹ Die Curzon-Linie ist die Westgrenze des ehemaligen zaristischen Russlands, welche 1939 mit den Nationalstaaten vereinbart wurde; vgl. auch Davies, Norman, *Geschichte Polens*, München 2001, S. 95.

³⁰ Die Anfang November 1939 in die Weißrussische und Ukrainische Sowjetrepublik eingegliederten polnischen Ostgebiete wurden einer drastischen Entpolonisierung unterzogen. Zwischen April 1940 bis Juni 1941 wurden 1,5 Millionen Polen ins Innere Russlands und nach Sibirien deportiert, vgl. dazu Hoensch, Jörg, *Geschichte Polens*, Stuttgart 1998, S. 53; Der von deutschen Truppen besetzte Teil Polens wurde geteilt. Die westliche Hälfte mit seinen Industriegebieten wurde ins Deutsche Reich eingegliedert. Hier trennte man die deutsche von der polnischen und jüdischen Bevölkerung, die Mischbevölkerung unterlag einer konsequenten Germanisierungspolitik. Die andere Hälfte fasste man im „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“ zusammen und unterdrückte sie mit brutalsten Mitteln. Zwischen 1939 und 1940 mussten über eine halbe Million Menschen ins Deutsche Reich umsiedeln; vgl. Ther, Philipp, in: *Deutsche und polnische Vertriebene*, Göttingen 1998; Bömelburg, Hans-Jürgen/Musial, Bogdan, *Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939-1945*, in: *Deutsch-polnische Beziehungen 1939 1945 1949*, (Hrsg.) Borodziej, Włodzimierz/Zinner, Klaus, Osnabrück 2000, S. 19-42.

³¹ Vgl. (Hrsg.) Aust, Stefan/ Burgdorff, Stephan, *Die Flucht, Über die Vertreibung...*, Bonn 2003, S. 107 f.

³² Bei der Pro-Argumentation griff man auf Lausanne zurück. 1922/23 wurde hier eine „Friedensregelung“ durch einen griechisch-türkischen Bevölkerungstransfer erreicht. Vgl. Henke, Klaus-Dietmar, *Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung*, in: *Die Vertreibung aus dem Osten, Ursachen, Ergebnisse, Folgen*, (Hrsg.) Benz, Wolfgang, Frankfurt a. Main 1985.

besiegelten, hatten die beteiligten Länder bereits lange begonnen, eigenverantwortlich „ethnisch zu säubern“.³³

Der Kriegsverlauf bis 1943 bestimmte die nächsten Schritte der territorialen und damit der ethnischen Neuordnung. Auf der Konferenz von Teheran im Dezember 1943 stimmten die Alliierten in Anbetracht der militärisch-strategischen Lage der polnisch-sowjetischen Grenze entlang der Curzon-Linie zu.³⁴ Damit wurde faktisch besiegelt, dass drei bis vier Millionen Polen nach Westen transportiert werden mussten, da sie mit diesem Vertrag nicht mehr auf polnischem Territorium lebten. Mit den Beschlüssen über Gebietsabtretungen Deutschlands im Osten wurde gleichzeitig deren und die Ausweisung der in Ost- und Mitteleuropa lebenden Deutschen beschlossen, ohne dass man sich darüber im Klaren war, welchen Umfang die geplanten Bevölkerungsverschiebungen haben würden. Durch den Einmarsch der Roten Armee im Herbst 1944 in Ostpreußen wurden die deutschen Ostgebiete durch die gigantische Massenflucht innerhalb kürzester Zeit nahezu entvölkert. Stalin installierte daraufhin bis März 1945 kommunistische polnische Verwaltungen bis zur Oder-Neiße-Grenze, um noch vor den Friedensverhandlungen Fakten zu schaffen. Die noch verbliebenen Deutschen wurden entweder durch die neuen Verwaltungen ausgewiesen oder spontan durch die polnische Bevölkerung vertrieben.³⁵ Polen erhob, unterstützt durch Stalin, Anspruch auf das Gebiet bis zur Oder-Neiße-Grenze. Untermauert wurden die polnischen Ansprüche durch die Erhöhung des polnischen Bevölkerungsanteils in den deutschen Ostgebieten. Die folgende, massenhafte Bevölkerungsverschiebung der Polen in die deutschen Ostgebiete diente als präventive Maßnahmen zur Vorbereitung der geplanten territorialen Zuordnung.³⁶

³³ Betroffen waren von den Säuberungsaktionen u.a. sowohl Deutsche, Polen als auch Ukrainer.; vgl. Ther, Philipp, *Deutsche und polnische Vertriebene*, Göttingen 1998, S. 67 ff.

³⁴ Diese Grenzziehung bedeutete die Herstellung der ehemaligen Westgrenze des zaristischen Russlands

³⁵ Trotz der ab Mai 1945 beginnenden Vertreibungen kehrten zunächst mehr als eine Million der ehemaligen Bewohner wieder in die deutschen Ostgebiete zurück.

³⁶ Zur Festigung der polnischen Position und der forcierten Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den „wiedergewonnenen“ polnischen Westgebieten vor der Potsdamer Konferenz vgl. auch Borodziej, Włodzimierz/Lemberg, Hans, *„Unsere Heimat ist unser fremdes Land geworden“*, Marburg 2000, S. 55-73; Ther, Philipp, *Deutsche und polnische Vertrieben*, Göttingen 1998, S. 42.

Die Konferenz von Jalta im Februar 1945 legte den Verlauf der polnischen Ostgrenze endgültig fest³⁷ und erkannte zunächst den Gebietszuwachs Polens im Norden und Westen an. Die offizielle Mindestforderung nach der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als polnischer Westgrenze wurde auf der Konferenz jedoch nicht entschieden.³⁸ Eine vertragliche Einigung über den genauen Grenzverlauf der polnischen Westgrenze erfolgte auch auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 nicht. Die letzte Entscheidung sollte eine folgende Friedenskonferenz treffen, welche jedoch nicht zustande kam. Dennoch wurde die Oder-Neiße-Grenze („die Totalbereinigung bis zur Oder-Neiße-Linie“, wie Stalin sie forderte) de facto anerkannt, indem eine Vereinbarung zu den Reparationsfragen der Alliierten (als Bedingung der Zustimmung zur Westgrenzenlösung) getroffen wurde, in dessen Folge die bereits vorbereitete Westgrenze letztlich akzeptiert wurde.³⁹

Die Aussiedlung der in der CSR lebenden Sudetendeutschen, welche seit Anfang der 40er Jahre durch die tschechische Exilregierung unter Benes vorbereitet wurde, sollte in einem groß angelegten Bevölkerungstransfer unter Ausweisung von zwei Dritteln der drei Millionen Sudetendeutschen erfolgen. Ein Rest von nicht mehr als 800 000 Deutschen sollte verbleiben dürfen.⁴⁰ Großbritannien und die USA unterstützten die Transferpläne der tschechischen Exilregierung und verlangten lediglich, mit dem Beginn der Aussiedlungen die alliierten Beschlüsse abzuwarten. Dennoch erfolgten auch hier schon Anfang Mai 1945 die Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung und deren „wilde Vertreibungen“. Bis zum Beginn der Potsdamer Konferenz waren bereits 700 000 bis 800 000 Sudetendeutsche vertrieben worden. Zusätzlich wurde den verbliebenen Deutschen durch massiv einschränkende Maßnahmen mit Hilfe

³⁷ Durch diese Gebietsabtretungen verlor Polen etwa die Hälfte seines früheren Staatsgebietes

³⁸ Vgl. Kommunique über die Konferenz der Regierungschefs der drei alliierten Mächte – der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens – auf der Krim, Paragraph VI „Über Polen“ in: Teheran, Jalta, Potsdam, Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“, (Hrsg.) Fischer, Alexander, Köln 1985, S. 80 ff.; Zur Frage der polnischen Ostgrenze und zu den deutschen Gebietsabtretungen vgl. Vierte Vollsitzung am 1. Dezember 1943, II. Sitzung am Runden Tisch.

³⁹ Vgl. „Mitteilung über die Berliner Konferenz der drei Mächte“, Paragraph IX „Über Polen“, in : Teheran, Jalta, Potsdam, Köln. 1985, S. 401.

⁴⁰ Vgl. Henke, Klaus-Dietmar, Der Weg nach Potsdam, Frankfurt a. Main 1985, S. 61-64.

von „Dekreten“ der tschechoslowakischen Regierung praktisch die Lebensgrundlage entzogen.⁴¹

Insofern ist die Vertreibung der Deutschen aus den Ostprovinzen und Osteuropa insgesamt eine Folge anglo-amerikanisch-sowjetischer Vereinbarungen über die polnische Nachkriegsgrenze, die zum Zeitpunkt ihrer „Legitimation“ in Potsdam längst in Gange war. Polen als auch Deutsche waren bereits Jahre vorher wahllos hin- und hergeschoben worden. In Potsdam wurde beschlossen, das Ausmaß dessen zu vergrößern, wobei lediglich die Verfahrensweise eine andere sein sollte - eine „ordnungsgemäße Überführung“ der noch verbliebenen (ca. 7 Millionen) deutschen Bevölkerungsteile aus Polen, der CSR und Ungarn.⁴²

Die territoriale und ethnische Neuordnung Ostmitteleuropas sah letztlich so aus, dass in der Folge dieser Beschlüsse das Deutsche Reich ein Viertel seines Staatsgebietes von vor 1937 verlor und Polen im Osten fast die Hälfte seines Territoriums vor 1939 einbüßte. Im Westen wurde der Verlust durch die deutschen Gebiete kompensiert, dennoch schrumpfte Polen nach dem Krieg insgesamt um ein Viertel seiner Fläche. Durch die ethnischen Verschiebungen befanden sich 1950 in Westdeutschland etwa 16,5 Prozent Vertriebene (Anteil der an der Gesamtbevölkerung) und in der SBZ 24,2 Prozent.⁴³

Die am Ende des Krieges getroffenen Entscheidungen der Alliierten waren die Ursache dafür, dass der Versuch, nach einem barbarischen Krieg die Probleme zu lösen, in eine humane Katastrophe führte. Statt die gewaltsamen Vertreibungen zu stoppen, beschlossen die Sieger, das Chaos zu vergrößern.

Eine totale ethnische Säuberung sollte ein für alle mal Frieden zwischen den schwierigen Deutschen und ihren geplagten Nachbarn stiften. Dazu brauchte man homogene Nationalstaaten.⁴⁴

⁴¹ Vgl. ebenda, S. 60 ff.; Graml, Hermann, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Mitteleuropa, in: Geglückte Integration?, München 1999, S. 27 ff.

⁴² Vgl. „Mitteilungen über die Berliner Konferenz...“, Paragraph XIII, „Ordnungsgemäße Umsiedlung“ der deutschen Bevölkerung“, in Teheran, Jalta, Potsdam, Köln 1985, S. 403.

⁴³ Vgl. statistische Angaben u.a. bei Ther, Philipp, Deutsche und polnische Vertriebene, Göttingen 1998, S. 44.

⁴⁴ Vgl. (Hrsg.) Aust, Stefan/Burgdorff, Stephan, Die Flucht, Bonn 2000, S. 105.

Von der Vertreibung waren letztlich (1950) 12,5 Millionen deutsche und volksdeutsche Vertrieben betroffen – 6,987 Millionen stammten aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, 1,405 Millionen aus Polen und 3,055 Millionen aus der CSR.⁴⁵

⁴⁵ Vgl. Ther, Philipp, Deutsche und polnische Vertriebene..., Göttingen 1998, S. 124.

2.2. Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung 1944/45 bis 1948/49

Flucht und Vertreibung bzw. Zwangsumsiedlung verliefen in mehreren zeitlich nicht exakt von einander abzugrenzenden Etappen oder Phasen vom Winter 1944/45 bis 1948/49, in denen die meisten Flüchtlinge und Vertriebenen in die späteren Besatzungszonen kamen. Die erste Etappe/Phase – die Flucht – umfasst den massenhaften Zustrom der Zivilbevölkerung aus den deutschen Ostgebieten im Winter 1944/45, die durch das schnelle Vorrücken der Roten Armee auf deutsches Territorium ausgelöst wurde und in den folgenden Monaten eine panikartige Massenflucht in Richtung Westen verursachte. Die meisten großen Gruppen trafen in Trecks bis zum Frühjahr 1945 auf dem Gebiet der späteren Sowjetischen Besatzungszone ein. Durch das Einströmen der zahllosen Flüchtlinge kam es westlich der Oder zu einer Konzentration großer Menschenmassen. Die zunächst in den Ostgebieten verbliebenen Deutschen gerieten unter die Besatzung der Roten Armee. Sie geschah in erschreckenden Formen im Winter 1944/45 und im Frühjahr unter zerstörerischen Kampfhandlungen und mit nachfolgenden Plünderungen und Vergewaltigungen. Von allen Flüchtlingen, die es schafften, sich zeitweise westlich ihrer Heimat aufzuhalten, kehrten nach Kriegsende viele Deutsche vor allem nach Schlesien und Ostpreußen zurück. Rund fünf Millionen blieben allerdings in den Besatzungszonen. Die Zeit zwischen der Kapitulation und dem Sommer 1945 war somit geprägt von gegenläufigen Wanderungsbewegungen, die durch die Einschränkung der Freizügigkeit – ein Teil der Rückkehrwilligen wurden an den bereits willkürlich geschaffenen „neuen Grenzen“ abgewiesen und wieder zurückgeschickt.⁴⁶ – behindert wurde. Mit der endgültigen Schließung der Übergänge an Oder und Neiße Ende Juni/Anfang Juli 1945 kamen die Wanderungsbewegungen zeitweilig zum Erliegen.⁴⁷

⁴⁶ Aus Flüchtlingen wurden damit Vertriebene.; vgl. dazu auch (Hrsg.) Benz, Wolfgang, „Die Vertreibung der Deutschen...“, Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt a. Main 1985, aktualisierte Neuauflage 1995.

⁴⁷ Vgl. Meinicke, Wolfgang, Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone - Ein kurzer historischer Überblick, in: Alte Heimat - Neue Heimat“, Berlin 1991, S. 39; Ther, Philipp, Deutsche und polnische Vertriebene, Göttingen 1998, S. 54.

Viele der in den tschechischen und polnischen deutschen Ostgebieten verbliebenen oder zurückgekehrten Deutschen wurden am Ende des Krieges Opfer der spontanen Ausweisungen. Sie wurden in großer Zahl in der Zeit von Mai bis Juli 1945 unter unmenschlichen Bedingungen aus ihrer Heimat vertrieben. Die auf eigenmächtige Anweisung der polnischen und tschechischen Behörden Ausgewiesenen oder gelangten bis nach Mittel- und Westdeutschland. Die „wilden Vertreibungen“ waren durch besondere Brutalität gekennzeichnet. Die Menschen wurden binnen kürzester Zeit aus ihren Wohnungen verjagt und mit einem Bruchteil ihrer Habe zu Fuß oder auf Lastwagen in Richtung Westen geschickt. Die Vertreibungen wirkten „spontan“, waren aber weitgehend gelenkt, um möglichst schnell Fakten zu schaffen - Grenzgebiete „ethnisch zu säubern“ - wie man es später nannte. Im Juni/Juli 1945 wurden innerhalb von zwei bis drei Wochen 200 000 bis 300 000 Deutsche aus dem Gebiet des zukünftigen Polen vertrieben⁴⁸ und ungefähr 700 000 bis 800 000 Sudetendeutsche gelangten aus der CSR vor allem nach Sachsen.⁴⁹ Das Chaos und der Terror der „wilden Vertreibungen“ hatten im Juli 1945 seinen Höhepunkt erreicht: Viele der Vertriebenen wurden mehrfach weitergeleitet oder wieder zurückgeschickt. Oft stauten sich diesseits und jenseits der neuen Grenze die Menschen, die nicht auf die andere Seite gelassen wurden, aber dort, wo sie waren, nicht bleiben durften. Auf beiden Seiten der Grenzen waren die Verhältnisse für die Betroffenen katastrophal: Menschen starben vor Hunger, Tausende lagerten im Freien.⁵⁰ Im Juli 1945 versuchte die Sowjetunion die Vertreibungen im Hinblick auf die Konferenz von Potsdam und auf die chaotischen Zustände, die in der SBZ durch die „Wanderungsbewegung“ hervorgerufen wurden, zunächst zu stoppen. Dies gelang jedoch nur in geringem Maße über die Zeit der Dauer der Konferenz in Potsdam.

Über die in den ersten beiden Etappen in der SBZ eingetroffenen Ostflüchtlinge (Winter 1944/45 bis Kriegsende) und die von Polen und Tschechen spontan

⁴⁸ Vgl. Steinert, Johannes-Dieter, Flüchtlinge und Vertriebene, in: Deutsche unter alliierter Besatzung 1945- 1949/50, Ein Handbuch, (Hrsg.) Benz, Wolfgang, Berlin 1999, S. 124.

⁴⁹ Vgl. ebenda; sowie z.B. Borodziej, Włodzimierz/Lemberg, Hans, Dokumentenband, Bd. I; Marburg 2000.

⁵⁰ Vgl. Wille, Manfred, Die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen in der SBZ/DDR, Dokumente, Bd. I, Wiesbaden, 1996, S. 7 ff.

Vertriebenen und Ausgewiesenen (Mai bis Sommer 1945) liegen keine exakten Angaben vor. Unvollständige, teilweise geschätzte Zahlen wiesen im Sommer 1945 um 1,5 Millionen Ostflüchtlinge und Vertriebene aus.⁵¹

Von den Potsdamer Vereinbarungen erhofften sich die Alliierten einen Aufschub der Ausweisungen, da die Aufnahme der Menschen kaum zu bewältigen war. Tatsächlich hatten die im August 1945 getroffenen Beschlüsse über eine „in ordnungsgemäßer und humaner Weise „geregelter Ausweisung“⁵² keinen Einfluss auf den weiteren Verlauf der Vertreibungen. Das Ziel, bis zur Erstellung eines Planes zur „organisierten Umsiedlung“ durch die Alliierten im Herbst 1945 die planlosen Aussiedlungen zu stoppen, wurden nicht erreicht. Ab August 1945 setzte die Flüchtlingstransporte in die SBZ wieder ein.⁵³ Weiterhin wurden willkürliche und planlose Vertreibungsaktionen bis Ende 1945 bzw. Mitte des Jahres 1946 (besonders durch polnische Behörden) vorgenommen und damit die erhofften „organisierten Umsiedlungen“ zur zweiten Phase der spontanen Vertreibungen. Die humane Behandlung der auszuweisenden deutschen Bevölkerung durch die tschechischen und polnischen Behörden beschränkte sich darauf, die Ausweisungen nicht mehr so überstürzt durchzuführen. Die in großer Zahl einströmenden Menschenmassen überschwemmten dennoch förmlich die gesamte SBZ und ließen die zunächst provisorisch eingeleiteten Hilfsmaßnahmen absurd erscheinen. Der überwiegende Teil der mit Eisenbahntransporten Eintreffenden kam unangemeldet, kurzfristig und durch die natürlichen Grenzen bedingt, vor allem in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und später Sachsen an. Die Folge war, dass diese Regionen nach kürzester Zeit hoffnungslos überfüllt waren, die Behörden völlig überfordert und die Menschen ziellos umhergetrieben wurden. Hinzu kam, dass die westlichen Alliierten bis Oktober/November 1945 ihre Besatzungszonen für den Zuzug weitgehend gesperrt hatten.

⁵¹ Vgl. z.B. H. Szcegola, Die Aussiedlung der Deutschen aus Polen vor der Potsdamer Konferenz (Juni/Juli 1945) in: Grenzen und Grenzbewohner. Nachbarn und Fremde – Alte Heimat – Neue Zeit, Abschied und Ankunft, Gubin/Guben 1994, S. 55 ff.; Radvanovski, Z., Zur Vertreibung und Aussiedlung der Sudetendeutschen aus dem Grenzgebiet Nordwestböhmen in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands in den Jahren 1945-1946, Usti nad Labem 1993, S. 10.

⁵² Vgl. Die Potsdamer (Berliner) Konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte-UdSSR, USA und Großbritannien (17. Juli-2. August 1945), Dokumentensammlung, Moskau/Berlin 1986, S. 413.

⁵³ Vgl. Steinert, Johannes-Dieter, Flüchtlinge und Vertriebene, Berlin 1999, S. 123 f.

Die bis zum Winter 1945 völlig unorganisiert eintreffenden Transporte mit Flüchtlingen und Vertriebenen ließen eine organisierte und planvolle Aufnahme und Versorgung kaum zu. Trotzdem versuchten die deutschen Behörden unter den katastrophalen Bedingungen ihr Möglichstes. Auffanglager und kurzfristige Unterkunftsmöglichkeiten entstanden zunächst nicht durch zentrale Anweisungen, sondern aus Handlungszwang der lokalen Behörden. Durch spontane Vertreibung wurden bis zum Jahresende 1945 in der Sowjetischen Besatzungszone um 2,4 Millionen Ostflüchtlinge und Vertriebene aufgenommen.⁵⁴ In der Provinz Sachsen befanden sich im November 1945 1 148 253 Millionen Evakuierte und Flüchtlinge. Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von 26,4 %⁵⁵ der Gesamtbevölkerung der Provinz. Nur unter großem Einsatz und mit sehr begrenzten Möglichkeiten konnten die deutschen Behörden die völlig unorganisierte, durch Spontaneität und Improvisation gekennzeichnete Massenankunft der demoralisierten, resignierenden, nahezu mittellosen Menschen notdürftig bewältigen. Vor allem in den vom Krieg schwer heimgesuchten östlichen Regionen der SBZ trieb die Situation auf eine Katastrophe zu. In den Wintermonaten 1945/46 ging die Zahl der Transporte auf Intervention deutscher Stellen bei der SMAD etwas zurück. Trotzdem herrschte die Praxis der „wilden Vertreibungen“ bis Mitte 1946 vor, da jede untere Verwaltungsinstanz in den Vertreibungsgebieten – besonders in Polen – nach eigenem Ermessen vorging.⁵⁶

Im November 1945 lag der Überführungsplan des Alliierten Kontrollrates vor. Danach sollten die restlichen für die Aussiedlung vorgesehenen ca. 6,7 Millionen Deutschen aus Polen, der CSR, Ungarn und Österreich auf die vier Besatzungszonen aufgeteilt werden. In den ehemaligen Ostgebieten befanden sich zu diesem Zeitpunkt noch etwa 3,5 Millionen Deutsche. Davon waren für die

⁵⁴ Vgl. Wille, Manfred, Zu einigen Fragen der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in der SBZ/DDR, in: 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S.33.

⁵⁵ Statistische Angaben entnommen aus : Wille, Manfred, Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler - Möglichkeiten und Grenzen ihres Wirkens (1945-1948), in: Sie hatten alles verloren..., Wiesbaden 1999, S. 34.

⁵⁶ Vgl. Wille, Manfred, Vertriebene in der SBZ/DDR, Dokumente, Bd. II, Wiesbaden 1999, S. 7.

SBZ allein zwei Millionen und für die britische Zone 1,5 Millionen Zwangsumgesiedelte vorgesehen.⁵⁷

Nachdem die Alliierten mit der polnischen und tschechischen Regierung im Frühjahr 1946 über eine „geregelt“ Ausweisung neu verhandelt hatten, folgte die dritte Etappe der Vertreibungen mit dem Beginn des „organisierten Massentransfers“. Im Juni 1946 begann die Aussiedlung aus der CSR, die in ausgehandelten Quoten bisher nicht erreichte Massen von Deutschen in die vier deutschen Besatzungszonen verfrachtete. Das klassische Transportmittel waren Eisenbahnzüge, meist Güterzüge (so genannte Viehwaggons). Sie wurden bei den Sammelpunkten oder Sammellagern mit 1 200 bis 1 700 Menschen und deren zugelassener Habe (30 oder 50 kg Gepäck) beladen und nach Vereinbarung mit den Alliierten in eine der deutschen Zonen gefahren.⁵⁸ Auf diese Weise erhielten die zu den gleichen Zwecken auch schon während des Krieges verwendeten Viehwaggons geradezu symbolische Bedeutung. Dass auch diese Phase der Zwangsaussiedlung entgegen der Potsdamer Vereinbarung außerordentlich inhuman verlief, zeigen die darüber angefertigten Berichte und die vielen alliierten Proteste, beispielsweise über die unsäglichsten sanitären Zustände, in deren Folge sich Typhus ausbreitete, oder über die Tatsache, dass Menschen auf den Transporten in ungeheizten Waggons erfroren.⁵⁹

Die am 10. Juni 1946 begonnene „Aktion 600 000“, mit der unter großen Mühen für alle Beteiligten 586 039 Vertriebene und ausgesiedelte Sudetendeutsche aus der CSR in insgesamt 490 Transporten (im Durchschnitt 1 195 Personen pro Transport) in der SBZ Aufnahme fanden, endete am 15. Oktober 1946. Die meisten der Angekommenen waren in die Provinz Sachsen (38,1 Prozent) und nach Thüringen (30,2 Prozent) eingewiesen worden.⁶⁰

Während die Ausweisungen der Sudetendeutschen im Winter 1945/46 fast zum Stillstand gekommen waren, hatten die Polen die Vertreibungen nicht völlig unterbrochen. Sporadisch und unorganisiert waren Zwangsausgewiesene in Transporten weiterhin in die SBZ gelangt, bevor der offizielle Transfer am 9. Juli

⁵⁷ Statistische Angaben entnommen aus Steinert, Johannes-Dieter, Flüchtlinge und Vertriebene, Berlin 1999, S. 66.

⁵⁸ Vgl. Franzen, K. Erik, Die Vertriebenen, München - Berlin 2001, S. 25 ff.

⁵⁹ Vgl. ebenda, S. 26 ff.

⁶⁰ Vgl. BArch, DO 2, Nr. 51, Bl.24-26 und Bl. 65.

1946 begann. Die bis zum 20. Januar 1947 aus dem Osten in der SBZ eingetroffenen Vertriebenen können mit 450 855 Personen beziffert werden.⁶¹ Unter großen Schwierigkeiten und mit Unterbrechungen kamen in vergleichsweise kleineren Schüben bis in das Jahr 1949 hinein weitere Transporte mit Deutschen aus den bei Kriegsende von den sowjetisch besetzten Teilen Ostpreußens sowie mit Deutschstämmigen aus anderen Ländern Ost- und Südosteuropas (z.B. Ungarn).

Die große Welle der Aussiedlungstransporte, in denen Vertriebene west- oder nordwärts verfrachtet wurden, endete für die Tschechoslowakei im Oktober 1946, für Polen ein Jahr später. Bis zum 1. Januar 1949 nahm die SBZ 37,2 Prozent, die britische Zone 32,8 Prozent, die amerikanische Zone 28,2 Prozent und die französische Zone 1,4 Prozent der Vertriebenen auf. Offiziell endete der Massentransfer in die SBZ im Jahre 1948. Den behördlichen Recherchen zufolge kamen aus den wichtigsten Vertreibungsgebieten von 1946 bis 1948 1,92 Millionen Menschen.⁶² Im Jahre 1949 waren insgesamt 4 347 377 Vertriebene in der SBZ registriert worden. Bis zum Ende der vierziger Jahre waren von den Aufgenommenen bereits um 400 000 in Richtung Westen weitergezogen.⁶³ Unter Berücksichtigung verschiedener Quellen kann generalisierend gesagt werden, dass die meisten der in die SBZ gekommenen Schlesier in Sachsen und dem späteren Sachsen-Anhalt, die Pommern in Mecklenburg-Vorpommern, die Ost-Brandenburger in Brandenburg, die Ost- und Westpreußen in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Brandenburg Aufnahme fanden. Die Mehrzahl der Sudetendeutschen wurde nach Sachsen-Anhalt und Thüringen eingewiesen.⁶⁴ Laut einer Statistik vom April 1949 nahm die Provinz Sachsen mit 1 051 024 Millionen Vertriebenen, die 24,4 Prozent der Gesamtbevölkerung stellten, die meisten Vertriebenen auf. Der Anteil der Vertriebenen an der

⁶¹ Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. K MdI, Nr. 6517, Bl. 56, sowie BArch, DO 2, Nr. 53, Bl. 62-63

⁶² Vgl. BArch, DO 2, Nr. 18, Bl. 21.

⁶³ Vgl. Wille, Manfred, Zu einigen Fragen der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in der SBZ/DDR in: Flucht und Vertreibung..., Magdeburg 1997, S.37.

⁶⁴ Vgl. Reichling, G., Die Vertriebenen in Zahlen, Teil I, Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940-1985, Bonn 1995, S. 61.

Gesamtbevölkerung war allerdings im Vergleich zu Mecklenburg-Vorpommern mit 43,3 Prozent und Brandenburg mit 24,8 Prozent geringer.⁶⁵

Die Unterbringung und Versorgung der eintreffenden Menschen stellte sich vom ersten Moment an als eine mit großen Schwierigkeiten verbundene Aufgabe heraus. Beginnend mit den improvisierten Maßnahmen im Winter 1944/45 bis in die Zeit der Massentransfers gab es über den gesamten Zeitraum allerorts Probleme, die Flüchtlinge und Vertriebenen unterzubringen und ausreichend zu versorgen. Mit als Behelfsquartiere hergerichteten öffentlichen Gebäuden in den Städten und Gutshäusern, Scheunen und Ställen auf dem flachen Lande versuchte man der Situation Herr zu werden, bevor dann gegen Ende 1946 eine in Ansätzen organisierte Aufnahme und Betreuung einsetzte. Ihr erster Weg nach der Ankunft führte die Menschen in die Quarantänelager. Anfang 1946 bestanden in der SBZ 358 solcher Lager mit einem Fassungsvermögen von rund 350 000 Personen. In diesen Lagern wurden die Ankömmlinge für drei, später für zwei Wochen versorgt und ärztlich betreut, bevor sie in die für sie vorgesehenen Wohngebiete weitergeleitet wurden.⁶⁶

Der Übergang zu einer organisierten Aufnahme und Betreuung der Vertriebenen vollzog sich von Region zu Region unterschiedlich und dennoch insgesamt problembehaftet. Besonders in der Anfangsphase erschwerten die fehlende zentrale Steuerung und Organisation, die ungenügende Vorbereitungszeit und unzureichende Unterbringungskapazitäten die Versorgung der Menschen. Ein großer Teil der Flüchtlinge und Vertriebenen war bereits notdürftig aufgenommen, als die zentral eingerichteten und örtlichen Verwaltungen sowie Hilfsorganisationen ab 1946 ihre Arbeit aufnehmen konnten und aktive Unterstützung leisteten. Auch der darauffolgende Prozess der Eingliederung der Vertriebenen auf örtlicher Ebene sollte sich in den folgenden Monaten und Jahren als vielschichtig und mit erheblichen Problemen verbunden herausstellen.

⁶⁵ Der Anteil der Vertriebenen an der Gesamtbevölkerung betrug 1949 in der amerikanischen Zone 18,1 %, in der britischen 15,9 %, in der französischen 3 % und in der SBZ 24,2 %, Vgl. dazu auch Christopeit, Gerald, *Verschwiegene vier Millionen...*, Marburg 1995, S. 222.

⁶⁶ Vgl. Wille, Manfred, *Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ/DDR*, Dokumente, Bd. II, Wiesbaden 1999, S. 157 ff.

3. Die Vertriebenenpolitik in der SBZ unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Sachsen

3.1. Die ersten Maßnahmen der SMAD und der Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen zur Bewältigung des Vertriebenenproblems bis Ende 1945

In den Sommermonaten des Jahres 1945 wurden für die künftige politische und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands Entscheidungen getroffen, die auch im Bezug auf die Vertriebenenfrage große Auswirkungen hatten. Den Grundstein dafür legten die am 5. Juni 1945 durch die Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte im Auftrage ihrer Regierungen veröffentlichten Dokumente, welche die Übernahme der obersten Regierungsgewalt in Deutschland durch die Hauptmächte der Anti-Hitler-Koalition verfügten.⁶⁷ Durch die in der Folge getroffenen Festlegungen wurden die Machtverhältnisse und der Entwicklungsweg in den Besatzungszonen vorgezeichnet. Für die SBZ konstituierte sich am 9. Juni 1945 die Sowjetische Militäradministration in Deutschland. Die Funktion des „Obersten Chefs der SMAD“ nahm der Oberbefehlshaber der sowjetischen Besatzungstruppen, Marschall Shukow, wahr. Einer seiner beiden Stellvertreter, Generaloberst Serow, wurde mit der Funktion des Verantwortlichen für den Bereich Zivilverwaltung beauftragt.⁶⁸ Damit war er zuständig für die Leitung und Kontrolle der Tätigkeit der zukünftigen deutschen Verwaltungsorgane und Ansprechpartner der in der Folgezeit entstehenden Landes- und Provinzialverwaltungen in allen zivilen Belangen. Um ihre Interessen und Ziele bis in die kleinste Gemeinde durchsetzen zu können, benötigte die SMAD eine gut funktionierende territoriale, regionale und lokale Organisationsstruktur.⁶⁹ In die-

⁶⁷ Diese, bereits im Jahre 1944 durch die European Advisory Commission erarbeiteten und auf der Krimkonferenz von den großen Drei bestätigten Dokumente übertrugen den einzelnen Verbündeten diese Aufgabe in den für sie vorgesehenen Besatzungszonen ;vgl. Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1949, (Hrsg.) K.-J. Ruhl, München 1989, S. 85 ff.

⁶⁸ Vgl. Befehl Nr. 1 „Über die Organisation der Militärverwaltung zur Verwaltung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland“ vom 9.6.1945, in: Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1-1945, Berlin 1946, S.9.

⁶⁹ Vgl. J. Foitzek, Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland, in: Inventar der Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945-1949; Offene Serie, München/New Providence/London/Paris 1995, S. 9 f.

sem Sinne erfolgte am 9. Juli 1945 der Befehl Nr. 5, der die Errichtung der SMA's in den drei Ländern und zwei Provinzen der SBZ verfügte.⁷⁰ Den daraufhin in den Territorien des Besatzungsgebietes eingerichteten Sowjetischen Militäradministrationen übertrug man die bisher von Befehlshabern und Militärkommandanten des Feldheeres ausgeübten Funktionen der SMA. In der Provinz Sachsen übernahm Generaloberst Kusnezew die Leitung der SMA. Der für zivile Angelegenheiten verantwortliche Generalmajor Kotikow⁷¹ war zuständig für den Kontakt und die Anleitung der lokalen deutschen Behörden, da es bis zur Bildung der Provinzialverwaltung keine obere deutsche Behörde gab, die für das gesamte Territorium der Provinz Sachsen zuständig war. Die Zusammenarbeit zwischen der SMA und den örtlichen Behörden geschah zunächst direkt über die von der SMA eingesetzten Stadt- bzw. Orts-Kommandanten in Form von Befehlen und Anordnungen. Dadurch gestaltete sich die Arbeit der lokalen deutschen Behörden gerade in der Phase der Bewältigung der umfangreichen Aufgaben der Nachkriegszeit unter schwierigen Bedingungen. Einerseits hatten sie wenig Spielraum für eigene Entscheidungen, andererseits wurden sie jedoch mit Aufgaben konfrontiert, für die sich die SMA nicht zuständig fühlte. Zu jenen Aufgaben gehörte in den Sommermonaten des Jahres 1945 die Aufnahme und Unterbringung von Vertriebenen. Die SBZ war durch ihre geografische Lage von den Folgen der Vertreibung und Aussiedlung sowohl im Bezug auf die Aufnahme Vertriebener als auch auf die „Durchschleusung“ von Menschen in Richtung Westen⁷² am stärksten betroffen.

Viele Städte und Gemeinden besonders der östlichen und südöstlichen Regionen der SBZ wurden seit Kriegsende mit der in großer Zahl aus den Ostprovinzen und dem Sudetenland kommenden Menschen vor große Probleme gestellt. Die mit den Flüchtlings- und Vertriebenenfragen konfrontierten lokalen deutschen Verwaltungen waren hoffnungslos überfordert, die Verpflegung und Unterbringung vieler Tausender Menschen zu organisieren. Mit dem nicht abrei-

⁷⁰ Vgl. Befehl Nr. 5 des Obersten Chefs der SMAD „Zwecks Verwaltung der Provinzen und Sicherung der Kontrolle über die Arbeit der Selbstverwaltungsorgane“ vom 9.7.1945, in: Befehle des Obersten Chefs, S. 13 f.

⁷¹ Vgl. Verordnungsblatt der Provinz Sachsen, 1. Jg., 1945, Nr. 1, S. 22.

⁷² Die Transitwege, auf denen Millionen in Richtung Westen befördert wurden, verliefen durch Sachsen, Brandenburg, Thüringen, die Provinz Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern

ßenden Zustrom von Vertriebenen potenzierten sich im Sommer 1945 in der SBZ die Probleme. In den deutschen Behörden hatte niemand Kenntnis von der Anzahl der noch eintreffenden Menschen und von der Dauer ihres Aufenthaltes. Es häuften sich die Fragen, was mit den Ankommenden geschehen sollte.⁷³ Bereits vor der Bildung der SMAD/SMA hatten sich Bürgermeister und Landräte hilfesuchend an die örtlichen Kriegskommandanten um Aufklärung und Unterstützung gewandt.⁷⁴ Von der SMAD erwartete man die nötigen Entscheidungen, um mit dem Zustrom Vertriebener fertig zu werden. Die sowjetische Besatzungsmacht verfügte jedoch über kein solides Konzept und überließ das Einströmen der Flüchtlinge und Vertriebenen zunächst dem Selbstlauf. Die im Sommer 1945 eingerichtete Kommandanturdienstverwaltung (KDV) der SMAD richtete schließlich eine Abteilung für Umsiedlerfragen ein, die als Ansprechpartner für die deutschen Verwaltungen fungieren sollte. Eine deutsche Institution für Vertriebenenfragen wurde zunächst nicht für nötig empfunden und der Aufbau von Flüchtlingsabteilungen auf Landes- und Gemeindeebene erfolgte nur schleppend. Die später geschaffenen Abteilungen der Landes- und Provinzialverwaltungen fingen durch ungeklärte Nachordnungsverhältnisse und Kompetenzfragen nur mühsam an zu arbeiten.⁷⁵ Indes verschärfte sich die Lage im Sommer 1945 mit der fast täglichen Ankunft von Zehntausenden Vertriebenen. Mit ihrem schließlich im Juli 1945 erlassenen Befehl „Zur zweckmäßigen Verteilung der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone“ unternahm die SMAD einen ersten Versuch, die Aufnahme und Verteilung der Vertriebenen zu lenken.⁷⁶ Leider entsprachen die Anweisungen zur Aus- und Ansiedlung der realen

⁷³ Vielfach wurden Flüchtlinge und Vertriebene zurückgeschickt oder einfach weitergeleitet, weil die Regionen hoffnungslos überfüllt waren. Vgl. Wille, Manfred, Flüchtlinge und Vertriebene..., Dokumente Bd. I, Wiesbaden 1996, S. 73 ff.

⁷⁴ Vgl. ebenda.

⁷⁵ Vgl. dazu Hoffmann, Johannes/Wille, Manfred/Meinicke, Wolfgang, Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ Nachkriegspolitik, in: Sie hatten alles verloren ..., Wiesbaden 1993, S. 12 f.; Schwartz, Michael, Besatzer und Vertriebene – Beobachtungen zur Rolle der SMA in der „Umsiedler“-Politik der SBZ, in: 50 Jahre Flucht und Vertreibung, Magdeburg 1997, S. 191.

⁷⁶ Diese Verordnung sah vor, den größten Teil der Deutschen aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße in die nordöstlichen Kreise Mecklenburg -Vorpommerns, den Rest in die östlichen Kreise der Provinz Brandenburgs sowie die Sudetendeutschen und Deutschen aus Jugoslawien in die östlichen Kreise der Provinz Sachsen zu bringen.; vgl. dazu auch LA Magd. - LHA - , Rep. K MdI, Nr. 6611, Bl. 219, 303.

Situation nicht.⁷⁷ Die im Sommer 1945 von den sowjetischen Besatzungsbehörden entwickelten Pläne zielten auf eine schnelle und praktikable Lösung zur Bewältigung des ständig wachsenden Zustroms Vertriebener. Mit der Einweisung der Menschen in agrarisch geprägte Regionen sollte die Versorgung und Unterbringung sichergestellt werden. Viele der hier aufgenommenen Vertriebenen fanden jedoch kaum Unterkunft und Arbeit, so dass recht bald eine unkontrollierbare Binnenwanderung einsetzte.⁷⁸ Der Not gehorchend, versuchten die Landes- und Provinzialverwaltungen weiterhin, den Vertriebenenstrom in ihrer Region selbständig zu regulieren. Die am stärksten betroffenen Regionen gaben erste Weisungen und Anordnungen an ihre Landkreise und Städte, die auf die notdürftige Unterbringung und Versorgung der Menschen zielte. Die meisten der Maßnahmen trugen jedoch angesichts dessen, dass ohne eine zentrale Steuerung der noch im Aufbau begriffenen regionalen Verwaltungen bis Herbst 1945 in der SBZ bereits mehr als zwei Millionen Vertriebene aufgenommen worden waren, nicht zu einer echten Verbesserung der Situation bei, waren somit bestenfalls „Notlösungen“.⁷⁹

Ab September 1945 wurde nach Wegen gesucht, das Vertriebenenproblem im sowjetzonalen Rahmen zentral zu koordinieren sowie die für diese Fragen zuständigen Verwaltungen der Länder und Provinzen anzuleiten. Auf einer ersten Sitzung der Landes- und Provinzialverwaltungen Brandenburgs, Mecklenburgs, Thüringens und der Provinz Sachsen⁸⁰ sowie den Zentralverwaltungen für Gesundheitswesen und Arbeit und Sozialfürsorge am 3./4. September 1945

⁷⁷ Unrealistisch war z.B. die Vorstellung der SMAD, dass das Land Sachsen wegen seiner großen Bevölkerungsdichte keine Vertriebenen aufnehmen sollte. Die ausgewiesenen Schlesier und Sudetendeutschen machte um das Land Sachsen verständlicherweise keinen Bogen.

⁷⁸ Vgl. Hoffmann, Johannes/Wille Manfred/Meinicke, Wolfgang, Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld..., Magdeburg 1997, S. 13; Rusche, Michael, Die soziale und wirtschaftliche Integration der Vertriebenen, Magdeburg 1996, S. 54 f.; Schwartz, Michael, Vom „Flüchtling“ zum Neubürger, Vertriebenenintegration als gesellschaftliches Problem der deutschen Nachkriegsgesellschaft, in: Dokumentation: Grenze und Grenzbewohner. Nachbarn und Fremde. Alte Heimat - Neue Heimat. Abschied und Ankunft, (Hrsg.) Deutsch-Polnische Gesellschaft Brandenburg e.V. Guben, 1994, S.26 f.; Wille, Manfred, Not und Elend der Ostflüchtlinge und der Vertriebenen im ersten Nachkriegsjahr in der Provinz Sachsen, in: Magdeburger Blätter, Jahresschrift für Heimat- und Kulturgeschichte in Sachsen-Anhalt, (Hrsg.) Pädagogische Hochschule Magdeburg 1991, S. 60.

⁷⁹ Vgl. Hoffmann, Johannes/ Wille, Manfred/Meinicke, Wolfgang, Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ-Nachkriegspolitik, in: Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Magdeburg 1997, S. 12.

⁸⁰ Das Land Sachsen nahm an dieser Tagung nicht teil.

wurden Richtlinien zur zentralen Lösung des Vertriebenenproblems erarbeitet.⁸¹ Unmittelbar im Anschluss wurde auf Grund eines Befehls der SMAD im September 1945 die „Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler“ (ZVU) gegründet.⁸² Die ZVU unterstand der SMAD – Abteilung „Umsiedler“ – und sollte provinz- und länderübergreifende Leitungs-, Organisations- und Regulierungsfunktionen zur Lenkung, Unterbringung und Betreuung der Vertriebenen ausüben.⁸³ Mit der Gründung der ZVU wurde die Einrichtung von „Umsiedlerämtern“ bei den Landes- und Provinzialverwaltungen und „Umsiedlerausschüssen“ in den Städten und Gemeinden angeordnet.⁸⁴

In ihrem Rundschreiben vom 1./2. Oktober 1945 teilte die ZVU den Ländern und Provinzen mit, dass sie zukünftig allein für die Unterabteilungen und nachgeordneten Behörden weisungsberechtigt sei. Der Führungsanspruch der ZVU in der Vertriebenenfrage stieß in der Folgezeit auf den Widerstand der Landes- und Provinzialverwaltungen. Die Zeit bis zur Jahreswende 1945/1946 war geprägt durch Kompetenz- und Zuständigkeitsstreitigkeiten zwischen der ZVU und den Ländern und Provinzen, welche der Vertriebenenarbeit kaum zuträglich waren. Besonders der Präsident der Provinz Sachsen, Dr. Erhard Hübener, beharrte auf seinem Standpunkt, dass die Umsiedlerabteilung der Provinzialverwaltung eine Abteilung seiner Behörde sei und nur von ihm Anweisungen zu erhalten habe.⁸⁵

⁸¹ Vgl. Wille, Manfred, Dokument, Bd. II, Wiesbaden 1999, S. 230 ff.

⁸² Die ursprüngliche „Zentralverwaltung für Flüchtlingswesen und Heimkehrer“ wurde durch einen Befehl der SMAD noch im selben Monat in „Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler“ umbenannt. Das genaue Datum der Gründungstages in nicht zu ermitteln.; vgl. dazu auch Wille, Manfred, Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, Wiesbaden, 1993, S. 30; In ihrem ersten Rundschreiben (2.10.1945) teilte die ZVU den Ländern und Provinzen mit, dass auf Befehl der SMAD, Vertriebene zukünftig nicht mehr als Flüchtlinge und Ausgewiesene, sondern als „Umsiedler“ zu bezeichnen seien. Vgl. dazu auch Schwartz, Michael, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung. Zur Ortsbestimmung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler (ZVU) im politisch-administrativen System der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in der Deutschen Demokratischen Republik, (Hrsg.) Mehringer, Hartmut, München 1995, S.61.

⁸³ Vgl. Wille, Manfred, Dokumente, Bd. II, Wiesbaden 1999, S. 230 ff.

⁸⁴ Eine weitere wesentliche Aufgabe sollte in der „Herstellung“ einer schnellen Integration der Menschen durch politisch- ideologische Beeinflussung bestehen. Hiervon wird später noch die Rede sein. Vgl. Wille, Manfred, Sie hatten alles verloren..., Wiesbaden 1993, S. 47.

⁸⁵ In der Folge des Kompetenzstreites kam es zu einem groß angelegten Personenwechsel innerhalb der ZVU.; Vgl auch Schwartz, Michael, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, München 1995, S. 77; Wille, Manfred, Die SED und „Umsiedler-Vertriebenenpolitik“ der Einheitspartei im ersten Nachkriegsjahrzehnt, in: Geglückte Integration?, München 1998, S. 92 f.; Mehlhase, Torsten, „Die SED und die Vertriebenen – Versuche der politischen Einflussnahme und der „Umerziehung“ in den ersten Nachkriegsjahren in Sachsen-Anhalt“, in: Sie hatten alles verloren, Wiesbaden 1993, S.159-177.

Uneinigkeit über Zuständigkeiten zwischen anderen mitverantwortlichen Zentralverwaltungen sowie ungenügendes Sachwissen der ständig kontrollierenden Mitarbeiter der SMAD lähmten auch in der Folge ein effektives Arbeiten. Die ersten Bestimmungen der ZVU waren auf die Einrichtung der Aufnahme- und Quarantänelager⁸⁶, die medizinische Betreuung, die Registrierung der Eintreffenden und auf den notwendigen Ost-West-Austausch der Evakuierten gerichtet. Die ZVU sollte in der Folge unter anderem die Verantwortung für den Transport der Vertriebenen und deren Aufschlüsselung übernehmen.⁸⁷ Unter den Bedingungen der im Herbst/Winter einströmenden Menschenmassen konnte die Lenkung und Koordination durch die ZVU jedoch kaum gewährleistet werden.⁸⁸

Die Provinz Sachsen war während des Krieges vom großen Flüchtlingsstrom wenig betroffen. Von den bis Kriegsende in das Land gekommenen Flüchtlingen bestand der größte Teil aus Evakuierten aus Westdeutschland und Berlin. Bis April/Mai 1945 wurden einzelne Ostflüchtlinge vielfach bei Verwandten oder Fremden untergebracht. Seit Mai/Juni 1945 richtete man in der Provinz Auffang-, Durchgangs- und Verpflegungsstellen, z.B. in Turnhallen, Schulen und Gaststätten ein. Die im Aufbau befindlichen Verwaltungsorgane handelten jedoch ohne zentrale Anweisungen. Sie improvisierten, um zumindest die Unterbringung, die Versorgung mit Lebensmitteln und medizinische Betreuung zu organisieren. Kirchliche Wohlfahrtseinrichtungen und lokale Hilfskomitees unterstützten die ersten Hilfsmaßnahmen. Sie konnten unter anderem gemeinsam mit dem Roten Kreuz und freiwilligen Helfern besonders auf den Bahnhöfen die größte Not lindern. Bis Ende Juni/Anfang Juli 1945 befanden sich rund 300 000 Flüchtlinge und Vertriebene in der Provinz Sachsen⁸⁹. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte sich auf überregionaler Ebene noch nichts getan. Auf Befehl der SMAD wurde bis Ende Juli allen fünf Territorien von den Besatzungsbehörden Landes- und Provinzialverwaltungen eingerichtet. Mit ihrer Konstituierung und Arbeits-

⁸⁶ Die Lager sollten eine hohe Aufnahmefähigkeit haben. In der SBZ gab es Anfang 1946 358 Vertriebenenlager, in denen 347 816 Menschen registriert waren.

⁸⁷ Nach dem Verlassen der Lager sollten die anderen Zentralverwaltungen für die weitere Betreuung der Menschen zuständig sein.

⁸⁸ Vgl. Wille, Manfred, Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, Wiesbaden 1993, S. 31 ff.

⁸⁹ Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene..., Münster 1999, S. 43.

aufnahme wurde teilweise eine Neuordnung der Territorien verfügt.⁹⁰ Für die Provinz Sachsen beauftragte die SMAD Generalmajor Kotikow, verantwortlich für zivile Angelegenheiten in der SMA der Provinz, die Verwaltungsorganisation in der ehemaligen preußischen Provinz⁹¹ neu zu ordnen. Für das Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt bedeutete dies, dass die seit 1944 bestehenden Provinzen Halle-Merseburg und Magdeburg mit dem Land Anhalt zur Provinz Sachsen vereinigt wurden.⁹² Nach mehrtägigen Beratungen zwischen Kotikow und deutschen Antifaschisten wurde der ehemalige, von der NS-Regierung abgesetzte Landeshauptmann Dr. Erhard Hübener (LPD) als Präsident der Provinzialverwaltung vorgeschlagen und am 16. Juli 1945 von Marschall Shukow bestätigt. Mit Dr. Erhard Hübener bildeten der erste Vizepräsident Robert Siewert (KPD) sowie der zweite Vizepräsident Prof. Walter Hülse (parteilos), Ernst Thape (SPD) und Willy Lohmann (LPD) das Präsidium der Provinzialverwaltung.⁹³ Die Besonderheit im staatlichen Aufbau der Provinz Sachsen stellte die Bildung unterer deutscher Staatsorgane dar. In Magdeburg, Halle und Dessau wurden auf Grund eines Befehls der SMA Bezirksverwaltungen errichtet, die bis zum Jahre 1947 bestanden. Je ein Bezirkspräsident und zwei Vizepräsidenten standen an ihrer Spitze. Für die Bezirksverwaltung Magdeburg wurde Otto Baer (SPD) von der SMA bestätigt.⁹⁴ Die SMA übertrug dem Präsidium der Provinzialverwaltung das Recht „der Ausübung der öffentlichen Gewalt im Gebiet der Provinz Sachsen“.⁹⁵ Jedoch durfte kein Gesetz und keine Anordnung ohne die Genehmigung der SMA veröffentlicht werden. Trotz der eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten war in erster Linie der Präsident Dr.

⁹⁰ Vgl. Benz, Wolfgang, Potsdam 1945, Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1986, S. 73; Verordnungsblatt der Provinz Sachsen, 1. Jg., 1945.

⁹¹ Die ehemaligen Behörden der Regierungsbezirke Magdeburg, Halle-Merseburg und des Landes Anhalt bildeten die Grundlage für die neuen Bezirksverwaltungen.

⁹² Das Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt hieß zwischen 1945-1949 nicht durchgängig Provinz Sachsen. Als Provinz Sachsen wurde das Gebiet vom Juli 1945 bis Oktober 1946 bezeichnet. Bis Ende Juli 1947 hieß es Provinz Sachsen-Anhalt und ab Juli 1947 bis Juli 1952 trug das Territorium den Namen Sachsen-Anhalt. Vgl. dazu auch Schneider, Marc-Dieter, Sachsen-Anhalt, in: Handbuch der SBZ, Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, (Hrsg.) Broszat, Martin/Weber, Hermann, München 1990, S. 147, 161.

⁹³ Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. K Min. Präs., Nr. 330, Bl. 116 f.

⁹⁴ Vgl. Volkszeitung, Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für die Provinz Sachsen, 25. Juli 1945.

⁹⁵ Vgl. Verordnungsblatt der Provinz Sachsen., 1.Jg., 1945, S. 23.

Erhard Hübener entschlossen, eine jeden freien Spielraum nutzende Landespolitik auf den Weg zu bringen. Zu Beginn ihrer Tätigkeit unternahm die Provinzialverwaltung umfangreiche Anstrengungen, um ihr Weisungsrecht gegenüber den mittleren und unteren Behörden wahrzunehmen. Dies war eine wichtige Voraussetzung, um überhaupt im Sinne der in der Nachkriegszeit zu lösenden Aufgaben wirksame Maßnahmen ergreifen zu können. Auf Grund der in den ersten Nachkriegsmonaten fehlenden bzw. eingeschränkten Funktionstüchtigkeit der Verwaltungen auf Provinzial- und Bezirksebene hatten Bürgermeister und Landräte notgedrungen wichtige Aufgaben auf sich allein gestellt lösen müssen. Ein enges „Orts- und Kreisdenken“ hatte sich herausgebildet und führte zu Autonomiebestrebungen, die sich als äußerst hinderlich im Prozess der Zusammenarbeit der Behörden für die zu lösenden Aufgaben erwiesen. Besonders negative Auswirkungen hatte der lokale und regionale Egoismus im Bezug auf die Aufnahme der hereinströmenden Vertriebenen. Vielerorts wandten sich die örtlichen Behörden gemeinsam mit der einheimischen Bevölkerung gegen die Aufnahme und Unterbringung der Menschen.⁹⁶ Diese und weitere Umstände veranlassten die Provinzialverwaltung gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit zielgerichtet im Sinne des „Vertriebenenproblems“ zu agieren: Handlungsbedarf entstand unter anderem durch den Stau der Menschenmassen an der Demarkationslinie.⁹⁷ In der letzten Kriegsphase und in den ersten Monaten nach dem Zusammenbruch waren mehrere Hunderttausend Flüchtlinge zwischen die vom Westen und Osten herannahenden Fronten im mitteldeutschen Raum geraten.⁹⁸ Mit der Übernahme der bisher von Briten und Amerikanern verwalteten Territorien der SBZ durch die Rote Armee wurde von beiden Seiten die Demarkationslinie gesperrt. Die Rückkehrwilligen wurden daran gehindert, an

⁹⁶ Vgl. Wille, Manfred, Dokumente, Bd. I, Wiesbaden 1996, S.74, 75.

⁹⁷ Ein Problem der westlichen Territorien der SBZ - der Länder Thüringen, Provinz Sachsen und Teile Mecklenburgs.

⁹⁸ Während die britischen Truppen im äußersten Norden (Westmecklenburg) einen Teil der Trecks in Richtung Westen passieren ließ, verweigerten die amerikanischen Verbände seit Mitte April 1945 deren Aufnahme. Der zwischen Elbe und Oder entstandene Menschenstau kam durch die bis dahin gelangten Ostflüchtlinge zustande, welche nach Ende der Kampfhandlungen und der allgemeinen Beruhigung der Lage in die Heimat zurückzukehren hofften, und einer große Anzahl Westevakuiertes, welche infolge der letzten westalliierten Luftangriffe obdachlos geworden und nach Mitteldeutschland geflüchtet waren. Während sie aus den westlichen Gebieten der SBZ, die von April bis Ende Juni 1945 amerikanische und britische Truppen besetzt hielten, möglich war, zurückzukehren, wurde ihnen dieses aus dem Machtbereich der Roten Armee zunächst verwehrt.

ihre Zielorte zu gelangen. Tausende von Menschen stauten sich über mehrere Wochen an der Demarkationslinie und mussten unter katastrophalen Bedingungen ausharren. Bis zum Spätsommer 1945 hatte sich der Menschenstau derart ausgeweitet, dass nur eine schnelle alliierte Übereinkunft⁹⁹ hätte Abhilfe schaffen können. Bereits Ende Juli war die Situation der auf dem Territorium der Provinz Sachsen an der Demarkationslinie dramatisch.¹⁰⁰ Um Maßnahmen der Versorgung sicherzustellen, waren nach Auffassung der Provinzialverwaltung vor allem die Mitarbeit der lokalen Behörden und die Mithilfe der Bevölkerung nötig.¹⁰¹ Am 30. Juli 1945 erließ der Präsident der Provinz Sachsen die Denkschrift „Flüchtlingseleid“, in der er auf das Flüchtlingsproblem und seine Tragweite sowie auf die zukünftigen Aufgaben für die Provinz hinwies. Darin hieß es:

„...Von der großen Zahl der aus dem Westen des Reiches nach Mitteldeutschland Evakuierten sind schätzungsweise 100 000 Menschen vorhanden, die sich um ihre Rückreise nach dem Westen bemühen. Der größte Teil befindet sich in der Nähe der Westgrenze des russisch besetzten Gebietes an der Endstation der Eisenbahn oder in deren Umgebung, ein Teil in anderen Orten der Provinz, zum Teil in verschiedenen Lagern, auch in Halle. Es herrscht großes Elend und außerordentliche Unruhe.

Eine zweite Gruppe von Flüchtlingen entstammte dem Gebiet zwischen der Oder/Neiße-Linie und der Elbe/Mulde-Linie. Diese Leute sind vor den russischen Truppen ausgewichen und im Raum der Provinz Sachsen nunmehr von der russischen Besetzung eingeholt. Diese Leute streben wieder zurück in ihre verlassene Heimat. Sie befinden sich auch zum Teil in der Nähe der Elbe/Mulde-Linie, wo sie auf die Öffnung der Grenzsperrren warten. Auch diese Gruppe wird auf 100 000 Menschen geschätzt. Unter ihnen herrscht ebenfalls

⁹⁹ Der geplante „Ost-West-Austausch“ der Evakuierten, auf den sich die Besatzungsmächte auf den im September/ Oktober 1945 geführten Verhandlungen geeinigt hatten, begann jedoch erst Ende Oktober und brachte bis dahin kaum Erleichterung für die Betroffenen. Nur etwa ein Viertel der Westevakuierten hatte bis Jahresende 1945 die Heimreise angetreten.; Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. K, MdI, Nr. 6611, Bl. 527.

¹⁰⁰ Vgl. Wille, Manfred, Einige Aspekte der Bevölkerungsbewegung in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. In Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule E. Weinert Magdeburg, 26. Jahrgang, Heft 6/1989, S. 535.

¹⁰¹ Vgl. T. Mehlhase, Flüchtlinge und Vertriebene..., Münster 1999, S. 48/49.

Elend und ... teils Unruhe. Während diese beiden Gruppen ... an der Zahl verlieren, ... ist eine dritte Gruppe von Flüchtlingen in ständiger Vermehrung begriffen. Dies sind die Deutschen, die aus Polen und der Tschechei verdrängt sind. Ihre Zahl wächst fortlaufend. Im Gegensatz zu der erstgenannten Gruppe haben sie kein Ziel, sondern im Provinzialgebiet bleiben müssen. Dem Vernehmen nach wird ihre Zahl noch ungemein ansteigen ...“¹⁰²

Abgesehen von den noch zu erwartenden Vertriebenen (im oben genannten Zusammenhang als dritte Gruppe bezeichnet), wurde die Provinz ab August verstärkt mit dem unkontrollierten Einströmen Vertriebener der aus anderen Regionen der SBZ „Weitergeschobenen“ – vor allem aus dem Land Sachsen – konfrontiert.¹⁰³

Um die Arbeit der Flüchtlingsbetreuung zu mobilisieren und besser koordinieren zu können, wurde Anfang August 1945 zunächst ein „Bevollmächtigter für das Flüchtlingswesen“ bei der Provinzialverwaltung eingesetzt. Bis zur Gründung der „Abteilung Flüchtlingswesen“ am 23.8.1945 übernahm Oberregierungsrat Otto Buchholz diese Aufgabe. Er war zuständig für alle Flüchtlingsfragen und unterstand direkt dem Präsidenten der Provinzialverwaltung. Seine Aufgabe bestand zunächst darin, in Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Behörden die bereits aufgenommenen Flüchtlinge und Vertriebenen zu erfassen und deren Betreuung durch die Verwaltungen der Kreise, Städte und Gemeinden zu kontrollieren. Außerdem ging es in seiner Tätigkeit auch darum, eng mit den Ländern und Provinzen der SBZ in Fragen der Lenkung und Unterbringung der Flüchtlinge, Vertriebenen und Evakuierten zusammenzuarbeiten.¹⁰⁴

Nach der Potsdamer Konferenz wurde den Verwaltungen bewusst, dass sie nicht mehr umhin kamen, weitere Vertriebene aufnehmen zu müssen. Am 18. August 1945 erging von der SMA ein Befehl an den Präsidenten der Provinz Sachsen, in dem die Sicherstellung der Verpflegung der Vertriebenen sowie die Aufteilung derselben entsprechend der Bevölkerungsdichte, des Vorhandenseins großer Güter und des Arbeitskräftebedarfs verlangt wurde. Mit dem Aufruf

¹⁰² Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. K MdI, Nr. 6611, Bl. 321 f.

¹⁰³ Durch das „Weiterschieben“ von Vertriebenen trafen Transporte in verschiedenen Orten der Provinz Sachsen unangekündigt ein.; vgl. auch LA Magd. - LHA- , Rep. K BV Magd. Nr. 217, Bl. 1; Rep. K MdI, Nr. 160, 500.

¹⁰⁴ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. BV Magdeburg, Nr. 217, Bl.3.

„Helft den Flüchtlingen“ vom 20. August 1945 wandte sich daraufhin die Provinzialverwaltung der Provinz Sachsen erneut an die Bevölkerung. Im Aufruf hieß es:

„... Viele Millionen heimatlos gewordener deutscher Menschen kommen aus Jugoslawien, aus dem Sudetenland und aus den polnischen Ostgebieten in die deutsch bleibenden Landesteile. ...Sie suchen bei uns eine neue Heimat, nach dem Verlust ihrer alten. Schon sind es viele Zehntausende, ... Bald werden es Hunderttausende sein. ... Hierdurch werden wir vor eine Aufgabe gestellt, die auch unter normalen Lebensverhältnissen gewaltig wäre. Wir müssen die Flüchtlinge, die meist ihren gesamten Besitz verloren haben, nähren, kleiden und unterbringen. Aber damit ist es nicht getan, wir müssen ihnen eine neue Heimat bereiten ...“¹⁰⁵

Fast zeitgleich erließ die Provinzialverwaltung am 23. August 1945 die „Verordnung zur Flüchtlingsbetreuung in der Provinz Sachsen“.¹⁰⁶ Der Plan war ein erster Versuch, Richtlinien für die Lösung des Vertriebenenproblems in der Provinz Sachsen zu erstellen. Er war das erste brauchbare Dokument in der SBZ, das sich umfassend und zu großen Teilen realistisch mit der Unterbringung und Versorgung der aufzunehmenden Vertriebenen auseinandersetzte. Die Verordnung enthielt folgende drei Schwerpunkte:

An allen Brückenübergängen über die Elbe sollten Auffanglager eingerichtet werden, um zu verhindern, dass die Vertriebenen vorzeitig in die Städte und Gemeinden gelangten. Hier war eine gründliche hygienische, ärztliche und sanitäre Behandlung vorgesehen, um die Seuchengefahr auf ein Minimum zu beschränken. Nach Ableistung der Lagerquarantäne sollte eine Einweisung in die Städte und Gemeinden erfolgen. Weitere wichtige Forderungen waren die Erfassung der bereits Eintreffenden sowie deren Unterbringung in Wohn-

¹⁰⁵ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K Min Präs., Nr. 253, Bl. 45 ff.

¹⁰⁶ Als „Plan der Umsiedlerbetreuung in der Provinz Sachsen“ im „Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen 1945“ veröffentlicht. Der Begriff „Flüchtling“ wurde durch den von der SMAD neu eingeführten Begriff „Umsiedler“ ersetzt. vgl. Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen, 1. Jahrgang, 1945, Nr. 3.

räumen¹⁰⁷ als auch die Verbesserung der sanitären Betreuung der Vertriebenen in den bereits bestehenden Lagern.¹⁰⁸

Obgleich in vielen Punkten Widersprüche zwischen den Forderungen und realen Möglichkeiten auftraten, konnten mit Hilfe dieses Dokumentes frühzeitig wichtige Schritte zur Betreuung der Vertriebenen in der Provinz Sachsen eingeleitet werden, noch bevor in der SBZ insgesamt die ersten praktikablen Vorschläge zur Bewältigung des Vertriebenenproblems angedacht wurden.¹⁰⁹

Am 23. August 1945 wurde bei der Provinzialverwaltung eine Abteilung für Umsiedlerbetreuung unter Leitung von Oberregierungsrat Buchholz geschaffen. Der Abteilung unterstanden die Bezirks-, Kreis- und Nebenstellen bei den Verwaltungsbehörden der Provinz.¹¹⁰ Zu den ersten Aufgaben der „Abteilung Umsiedlerbetreuung“ gehörte die Herstellung der Zusammenarbeit mit den unteren Verwaltungsstellen (nach dem Plan der Umsiedlerbetreuung) und die Regelung der Aufnahme der durch das Land Sachsen weiterhin abgeschobenen Vertriebenen.¹¹¹ Auf einer Sitzung des Hauptausschusses für Flüchtlingswesen der Bezirksstelle Magdeburg am 25. August 1945 wurden alle Bürgermeister und Landräte des Regierungsbezirkes angewiesen, dringend für die Unterbringung in Wohnungen, die hygienisch/medizinische Betreuung, den Kampf gegen Seuchengefahr und die Einrichtung von Durchgangs- und Auffanglagern zu sorgen.¹¹² In allen Bezirksstellen wurde die Anweisungen für die in der eigenen Region herrschenden Bedingungen präzisiert.

¹⁰⁷ Im Idealfall sollte jeder Familie eine eigene Wohnung zugeteilt werden, die Ernährungsverhältnisse gesichert und Verdienstmöglichkeiten gewährleistet werden.

¹⁰⁸ Vgl. „Plan der Umsiedlerbetreuung“, Verordnungsblatt der Provinz Sachsen, 1. Jg., 1945.

¹⁰⁹ Vgl. auch Wille, Manfred, „Not und Elend der Ostflüchtlinge und der Vertriebenen im ersten Nachkriegsjahr in der Provinz Sachsen“, Magdeburg 1991, S. 59-62.

¹¹⁰ Die Hauptstelle hatte die Aufgabe, die Gesamtorganisation der Betreuung der Vertriebenen zu übernehmen, das Netz der unteren Betreuungsstellen auszubauen und zu kontrollieren. Von hier aus erfolgte die Aufteilung der eintreffenden Vertriebenen auf die einzelnen Bezirke (von dort weiter auf die Kreise). Weitere Referate mit verschiedenen Aufgabenbereichen beschäftigten sich mit statistischen, wirtschaftlichen Belangen, Transportproblemen und anderen Detailfragen.; vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlige und Vertriebene, Münster 1999, S. 56 f.

¹¹¹ Das Land Sachsen hatte am 10.8.1945 die umgehende Ausweisung von zwei Millionen Flüchtlingen veranlasst. Damit berief sich das Land auf einen Beschluss der SMAD, wonach Sachsen als dicht besiedeltes Land keine Vertriebenen mehr aufzunehmen hatte.; vgl. dazu auch Rusche, Michael, „Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen“, Magdeburg 1997, S. 52.

¹¹² Die Landräte wurden aufgefordert, für die Durchsetzung Sorge zu tragen und die Anweisungen an die unteren Betreuungsstellen weiterzugeben. Die Umsetzung der Maßnahmen wurde von Oberregierungsrat Buchholz kontrolliert.

In einer Rundverfügung vom 19. September 1945 wies die Provinzialverwaltung noch einmal darauf hin, die Fürsorgepflicht für die Vertriebenen wahrzunehmen. Für die Gemeinden entstanden unter den Bedingungen der verstärkt einströmenden Vertriebenen vor allem aus dem Land Sachsen¹¹³ neben organisatorischen auch finanzielle Probleme mit dieser Forderung. Insgesamt scheiterten die Pläne der oberen Verwaltungsstellen um eine organisierte Betreuung der Vertriebenen 1945 trotz großer Bemühungen der unteren Behörden an den realen Möglichkeiten unter den Bedingungen der einströmenden Menschen.

¹¹³ Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene, Münster 1999, S. 58 ff.

3.2. Die Festlegungen und Interaktionen der ZVU bzw. der Provinzialverwaltung Sachsen im Rahmen des Bevölkerungstransfers aus den Ostprovinzen und der Tschechoslowakei 1946 bis 1948/49

Auch im letzten Quartal des Jahres 1945 war der Strom der Ausgewiesenen nicht abgerissen, obwohl der offizielle Beginn für die „organisierte und humane Aussiedlung“ noch nicht feststand.¹¹⁴ Unter großen Schwierigkeiten für alle Beteiligten hatte die SBZ bis zum Jahresende 1945 weit über zwei Millionen Ostflüchtlinge und Vertriebene aufgenommen.¹¹⁵ Viele Städte und Gemeinden befanden sich durch den ständigen Zustrom von Menschen in einer dramatischen Lage. Erst Anfang des Jahres 1946 führten der hereinbrechende strenge Winter und die nahezu erschöpften Aufnahmemöglichkeiten dazu, dass der anhaltende Vertriebenenstrom für einige Monate abebbte. Völlig zum Erliegen kam er jedoch auch jetzt nicht.¹¹⁶ Der Rückgang bedeutete eine kleine Atempause für die Behörden der Landes- und Provinzialverwaltungen, die nun ihrerseits seit Anfang des Jahres auf Geheiß der SMAD alle Anstrengungen unternahmen, um sich auf die Ankunft weiterer Vertriebener vorzubereiten.

Hierbei spielte die ZVU eine zunehmend größere Rolle. Zwischen 1946 und 1948 vergrößerte sie ihren Aufgaben- und Zuständigkeitsbereich unter dem Einfluss der SMAD und der SED.¹¹⁷ Sie selbst strebte die Steuerung des

¹¹⁴ Die Deutschen und Deutschstämmigen aus den Ostprovinzen, aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei sollten nach den Vorstellungen des Alliierten Kontrollrates vom 20. November 1945 nach genauen Zeit- und Organisationsplänen ausgesiedelt werden. Abgesehen davon waren die im Plan des Alliierten Kontrollrates angegebenen Zahlen der zu Erwartenden auf Grund des ununterbrochenen Einströmens von Vertriebenen in die SBZ im Vorfeld der Festlegungen längst überholt.

¹¹⁵ Vgl. Wille, Manfred, Zu einigen Fragen der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in der SBZ/DDR, in 50 Jahre Flucht und Vertreibung. Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, Magdeburg 1997, S.33.

¹¹⁶ Vgl. Wille, Manfred, Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Dokumente, Bd. II., Wiesbaden 1999., S. 7.

¹¹⁷ Ziel der SMAD war eine schnelle und unumkehrbare Integration der Vertriebenen. Zur Durchsetzung ihrer Ziele wurde die ZVU letztlich das „administrative Hilfsorgan“ der Politik von SMAD und SED. Vgl. auch Schwartz, Michael, „Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung – Zur Ortsbestimmung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler(ZVU) im politisch-administrativen System der SBZ“, München 1995, S. 43 ff.

Gesamtprozesses in der Vertriebenenfrage an.¹¹⁸ Die anstehenden Aufgaben und die von der ZVU beanspruchte Führungsposition wurde im Februar 1946 den Vertretern der mit Umsiedlerfragen befassten Zentralverwaltungen sowie den Umsiedlerämtern der Länder und Provinzen erläutert.¹¹⁹ Hatten dieselben Ende 1945 von der obersten sowjetischen Militärbehörde eine weitgehend selbständige Behandlung des Vertriebenenproblems bestätigt bekommen¹²⁰, so sollten sie nun unter der Regie der ZVU handeln. Das Präsidium der ZVU forderte die Landes- und Provinzialverwaltungen auf, ihre Umsiedlerbehörden zu reorganisieren und für strukturelle Veränderungen, eine verbesserte Aufgabenteilung und personelle Ausstattung zu sorgen. Im Hinblick auf den Transfer verlangte sie eine exaktere statistische Erfassung und Aufschlüsselung der eintreffenden Vertriebenen.¹²¹ In den weiteren von der ZVU formulierten Schwerpunkten wurde den Fragen der Organisation des Massentransportes und der Feststellung der bereits aufgenommenen Vertriebenen im Bezug auf Unterbringung und Eingliederung in den Arbeitsprozess große Bedeutung beigemessen.¹²² Die ZVU ihrerseits wollte für den bevorstehenden Beginn des Transfers, Informationen an die betreffenden Territorien in Form einer „10-Tage-Vorausplanung“ und eine „36-Stunden-Voranmeldung“ der zu erwartenden Vertriebenen Transporte sicherstellen.¹²³

Die großen Aussiedlungen im Rahmen des Transfers zwischen 1946 bis 1948 verliefen trotz großer Bemühungen nicht ohne Schwierigkeiten. Bei der Einschleusung der sudetendeutschen Ausgewiesenen kam es zu Transportproblemen, Überbelegungen in Lagern und Versorgungsengpässen. Die Umstände der „Aktion 600 000“ zwangen zu ständigen Korrekturen und konnte nicht im

¹¹⁸ Als oberstes Ziel gab sie an, die Entschärfung der mit der Massenaufnahme zusammenhängenden politisch-sozialen Problemen und eine außerordentlich schnelle Lösung aller Fragen erreichen zu wollen.; Vgl. BArch, DO 2, Nr. 383, Bl. 25.

¹¹⁹ Vgl. BArch, DO 2, Nr. 30, Bl. 19-36 und 59-61.

¹²⁰ Vgl. Wille, Manfred, Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Dokumente, Bd. I, Wiesbaden 1996, S. 433f.

¹²¹ Vgl. BArch, DO 2, Nr. 10, Bl.8, 25-26.

¹²² Die wichtigsten Punkte der Zusammenarbeit hatte die ZVU in einem Schreiben vom 28. Dezember 1945 an die Umsiedlerämter zusammengefasst. Hier wurden z.B. Arbeitsberichte sowie Organisations- und Transportpläne verlangt. Von Bedeutung waren in diesem Zusammenhang auch die Anordnungen zur Räumung der bestehenden Umsiedlerlager für die Unterbringung der zu Erwartenden sowie zur ständigen Kontrolle im Hinblick auf Ausstattung, medizinische Betreuung und der hygienischen Bedingungen der Lager. Vgl. ebenda, Bl. 3-4.

¹²³ Vgl. Wille, Manfred, Dokumente, Bd. II, Wiesbaden 1999, S. 23 ff.

geplanten Zeitraum beendet werden.¹²⁴ Durch die fast zeitgleich durchgeführten Aussiedlungen aus den deutschen Ostprovinzen¹²⁵ entstand unter den Bedingungen der aus dem Süden hereinströmenden Sudetendeutschen und den nun von Osten eintreffenden Menschen in der SBZ ein hoffnungsloses Chaos. Die Situation trieb in den Sommermonaten 1946 auf eine Katastrophe zu. Die Belastung für die Länder und Provinzen - auch wegen des Transits in die britische Zone - war nicht mehr zu überbieten. Die Folge waren Stockungen in der Planung, Transportschwierigkeiten, überfüllte Lager und nicht zuletzt massive Widerstände der einheimischen Behörden. Ganze Transporte wurden vielfach einfach von deutschen Behörden weitergeleitet oder deren Annahme verweigert. Der Zustand der ausgewiesenen Menschen war teilweise katastrophal.¹²⁶ Bei den weiteren Aussiedlungen¹²⁷ traten ähnliche Probleme auf, wobei die vorangegangenen Schwierigkeiten nicht ausschließlich durch Fehlplanungen der ZVU und Versorgungsengpässe zustande gekommen waren, sondern auch durch die Handlungsweise der Behörden der Entsendungsländer verursacht wurden.

Trotz der beschriebenen Probleme während der Aussiedlungen (als auch der weiterhin bestehenden Schwierigkeiten mit den Ländern und Provinzen über die Zuständigkeit in der Vertriebenenfrage¹²⁸) konnte die ZVU ihren Einfluss in der Vertriebenenfrage weiter festigen und bis Ende 1946 eine faktische Richtlinienkompetenz auf dem Gebiet der primären „Umsiedlerversorgung“ durchsetzen und damit die Umsiedlerverwaltungen der Länder/Provinzen tendenziell

¹²⁴ Der „Aktion 600 000“ wurde vom am 10. Juni bis 15. Oktober 1946 durchgeführt (offizielles Ende). In diesem Zeitrahmen wurden 586 039 Sudetendeutsche in die SBZ gebracht.

¹²⁵ In der Zeit vom 9. Juli 1946 bis 20. Januar 1947 wurden nach den Angaben der ZVU 450.855 Personen aus den Ostprovinzen, dem ehemaligen Freistaat Danzig und aus dem polnischen Staat der Zwischenkriegszeit aufgenommen.

¹²⁶ Nach Unterbrechungen wurden die Aussiedlungen trotz des hereinbrechenden Winters in den ersten Januarwochen bei Eiseskälte in Güterwaggons in die Besatzungszonen transportiert.

¹²⁷ Weitere Transporte: Ungarndeutsche „Aktion 50 000“ (August 1947) 33 Transporte nach Sachsen und Sachsen-Anhalt; Ost- und Westpreußen mit 36 000 Personen nach Sachsen, Thüringen, Provinz Sachsen, Ostpreußen „Aktion Kaliningrad“ mit 100 000 Personen Ende Oktober 1947 bis Oktober 1948 und seit Mitte 1947 kleinere Transporte aus dem Königsberger Gebiet; Vgl. auch Wille, Manfred, Dokumente Bd. II, Wiesbaden 1999, S.29 ff.

¹²⁸ Bis Ende 1946 konnte die ZVU auch gegenüber der Provinzialverwaltung Sachsen eine faktische Weisungsbefugnis durchsetzen. Ab 1947 sperrte sich die Regierung Sachsen -Anhalts im Ergebnis der Landtagswahlen im Oktober 1946 allerdings gegen direkte Verordnungen der ZVU gänzlich.

unterordnen.¹²⁹ Nach dem allmählichen Abebben der Ausweisungen versuchte die ZVU ihre Kompetenzen in der Vertriebenenfrage auszubauen und erhob verstärkt ab 1947 den Anspruch auf die Koordination und Leitung des Integrationsprozesses, vorrangig in der Frage der Eingliederung der Vertriebenen in den Arbeitsprozess.¹³⁰ Im Frühjahr 1947 wurde das Konzept eines integrationspolitischen „Aufbauprogramms“ im Rahmen einer zentralen Wirtschaftsplanung von der ZVU vorgelegt. Dazu wurde die Abteilung Bevölkerungspolitik und Ansiedlung gebildet, die sich schwerpunktmäßig auf die Arbeitseingliederung und damit auf die schnelle „Einbürgerung“ der Vertriebenen konzentrierte.¹³¹ Trotz ihrer Bemühungen wurde der Einfluss der ZVU gegen Ende 1947 durch die größer werdende Machtposition der SED zurückgedrängt. Jene wollten im Sinne ihres Integrationskonzeptes keine eigens für Vertriebene bestehende Interessenvertretung und Institution mehr zulassen, weil sie durch das Fortbestehen von Umsiedlerverwaltungen auf allen Ebenen, den Verschmelzungsprozess durch das „Befördern besonderer Umsiedlerinteressen“ behindert sahen.¹³² Am 26. April 1948 beschloss das Zentralsekretariat der SED die Auflösung der ZVU und unterstellte sie am 1. Juli 1948 der Deutschen Verwaltung des Inneren (DVdI). Mit der neuen Hauptabteilung der Bevölkerungspolitik verschwand die ZVU und damit die allein für Vertriebene zuständige Institution.¹³³ Anfang 1949 wurden die Landes-Umsiedlerämter in die von der SED geleiteten Innenministerien eingegliedert. Die örtlichen Umsiedlerbehörden und Ausschüsse mussten ihre Arbeit einstellen. Damit hatten sich Träger und Zielrichtung der Politik geändert, die begonnene Zentralisierungspolitik der ZVU wurde nun durch die SED weitergeführt. Sie erklärte die Integration der

¹²⁹ Vgl. Schwartz, Michael, Kontrollierte Partizipation. Die „Umsiedler-Ausschüsse“ der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Spannungsfeld von Sonderverwaltung, Parteipolitik und sozialen Interessen 1945-1949, in: Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Mannheim 1996, S. 54.

¹³⁰ Die Arbeitsintegration sollte eine Schlüsselfunktion zur „Sesshaftmachung“ im Integrationskonzept der ZVU einnehmen. Vgl. auch Schwartz, Michael, „Umsiedler“ in der Zusammenbruchgesellschaft, München 1999, S. 250.

¹³¹ Mehrere Referate (wie Ref. Industrie, Ref. Handwerk, Ref. Landwirtschaft u.a.) waren für die Arbeitseingliederung zuständig, der geringere Teil für Wohnungswesen, Sozialfürsorge und Umsiedlerausschüsse. Vgl. auch Wille, Manfred, Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, Wiesbaden 1993, S.46.

¹³² Vgl. ebenda, S. 51/53.

¹³³ Vgl. Schwartz, Michael, Apparate und Kurswechsel, München 1999, S. 122.

„Umsiedler“ zwar für offiziell abgeschlossen, führte aber die sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Integrationsprogramme fort.¹³⁴

Insgesamt verlagerten sich zwischen 1945 und 1949 die Machtverhältnisse im Bereich der Umsiedlerpolitik unter Ausschaltung der ZVU zu Gunsten der SED, wobei die SMAD trotz des scheinbaren Rückzugs in der SBZ bis 1949 formell die unanfechtbar letzte und höchste Instanz blieb. Es fand lediglich ein Wechsel von direkter (durch die SMAD) zu indirekter Kontrolle (durch Moskau) der von der SED verfolgten Zentralisierungspolitik statt.¹³⁵

Die Provinz Sachsen stellte sich ab dem Frühjahr 1946 zunächst schwerpunktmäßig auf die Aussiedlung der Sudetendeutschen¹³⁶ ein. Sie war mit den vorgesehenen 200 000 sudetendeutschen Vertriebenen eines der Hauptaufnahmeterritorien.¹³⁷

Die Umsiedlerbehörden der Provinz Sachsen besaßen gute Voraussetzungen für die Inangriffnahme der Aufgaben, denn sie waren schon seit dem Herbst 1945 arbeitsfähig.¹³⁸ Umfangreiche Maßnahmen zur Aufnahme und Versorgung der Vertriebenen waren bereits Ende 1945 in den meisten Kreisen der Provinz mit Hilfe der eingerichteten Kreis- und Nebenstellen für Umsiedlerbetreuung vorbereitet worden. In seit längerer Zeit regelmäßig durchgeführten Dienstberatungen des Umsiedleramtes der Provinzialverwaltung mit den nachgeordneten Behörden wurde über die Entwicklung der Umsiedlerbetreuung berichtet sowie

¹³⁴ Vgl. Mehlhase, Torsten, Die SED und die Vertriebenen, Wiesbaden 1993, S. 171; Schwartz, Michael, Vom Flüchtling zum Neubürger, Guben 1994, S. 32; Wille, Manfred, Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler, Wiesbaden 1993, S. 51 ff.; ders. Die SED und die „Umsiedler“, München 1999, S. 100.

¹³⁵ Vgl. Schwartz, Michael, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung, München 1995, S. 59, 73, 91.

¹³⁶ Vgl. Bethke, Susann, Der Weg der Deutschen aus der Tschechoslowakei in die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (1945/46), in: Die Sudetendeutschen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche, hrsg. von Manfred Wille, Magdeburg 1993, S. 14 ff.; Jahn Manfred, Kriegsende 1945: Zur Vertreibung der Deutschen aus der Tschechoslowakei und zu ihrer Aufnahme in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Odsun. Die Vertreibung der Sudetendeutschen, München 1995, S. 213 ff.

¹³⁷ Vgl. BArch, DO 2, Nr. 51, Bl. 12; Der Plan der SMAD bezüglich der Verteilung der 600 000 Sudetendeutschen auf die Länder und Provinzen der SBZ sah im April 1946 folgenden Verteilerschlüssel vor: Prov. Mecklenburg: 250 000 Personen, Provinz Sachsen: 200 000 Personen, Brandenburg: 50 000 Personen, Land Thüringen: 100 000 Personen.

¹³⁸ Während teilweise in anderen Territorien strukturelle Veränderungen bzw. der Aufbau der Umsiedlerbehörden vorgenommen werden mussten, hatten die Umsiedlerbehörden in der Provinzialverwaltung schon seit längerem gute Organisationsstrukturen, die durch den Plan der Umsiedlerbetreuung vom August 1945 in die Wege geleitet worden waren; Vgl. Plan der Umsiedlerbetreuung in der Provinz Sachsen.

die anstehenden Aufgaben festgelegt.¹³⁹ Der Leiter des Umsiedleramtes der Provinzialverwaltung Sachsen sah die zukünftigen Aufgaben in Folgendem:

„... Die erste große soziale Aufgabe ist die Zusammenführung der durch die Kriegereignisse getrennten Menschen. ...Die zweite Hauptaufgabe ist der restlose Einsatz in den Arbeitsprozess. ... Zum Schluss bleibt nur noch übrig, die ordentliche menschenwürdige Unterbringung der in der Provinz übernommenen 1,1 Millionen Umsiedler. Die Lösung dieser Frage bereitet die größten Schwierigkeiten.“¹⁴⁰

Die Bemühungen um die Bewältigung der Aufnahme und Unterbringung Vertriebener waren trotz inzwischen guter Organisationsstrukturen und Planungen, wie der Umsiedlerbeauftragte der Provinz Sachsen feststellte, von Schwierigkeiten begleitet.¹⁴¹ Mehrere Faktoren erschwerten eine gut funktionierende Vertriebenenarbeit: Schon bei der Einweisung der bereits eingetroffenen Vertriebenen (aus den Lagern und Behelfsquartieren) in die Städte und Gemeinden, stellte sich heraus, dass durch die zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossene Abschleusung der Evakuierten, Wohnraum nur in begrenztem Umfang zur Verfügung stand.¹⁴² Des Weiteren war die Durchschleusung Vertriebener, Heimkehrer und Evakuiertes in Richtung Westen zu gewährleisten. Das bedeutete, sowohl Aufnahmekapazitäten für Verbleibende als auch Betreuungs- und Versorgungsmöglichkeiten für die in die Westzonen zu Transportierenden, vor allem auf den Bahnhöfen und an Haltestellen, bereitstellen zu müssen.¹⁴³ Letzteres war bis 1946 mit großen Problemen verbunden, vielfach verursacht durch eine ungenügende Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Behörden

¹³⁹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19587.

¹⁴⁰ Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. K MdI, Nr. 6500, Bl. 378.

¹⁴¹ Vgl. ebenda.

¹⁴² Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene... , Münster 1999, S.74 sowie LA Magd. - LHA - , Rep. K MdI, Nr. 6502, Bl. 6, Nr. 6671; Bis zum 31.12.1945 konnten von den ursprünglich 300 000 Evakuierten 212 434 aus der Provinz Sachsen wieder in die Westzonen zurückgeführt werden. Diese Aktion sowie die Durchschleusung der Evakuierten aus anderen Regionen durch die Provinz Sachsen war jedoch zu großen Teilen erst Ende 1946 abgeschlossen.

¹⁴³ Vor allem eine medizinische und sanitäre Betreuung sowie die Versorgung mit Nahrungsmitteln für die Durchreisenden auf den Grenz- bzw. Haltebahnhöfen war sicherzustellen.; Vgl. auch BArch, DO 1, MdI, Nr. 10.

oder fehlende Versorgungskapazitäten.¹⁴⁴ Erst ab Juni 1946 war beispielsweise die Verpflegung von Vertriebenen auf dem Hauptbahnhof Magdeburg durch eine Betreuungsstelle unter Mithilfe der Frauenausschüsse und des Umsiedleramtes der Stadtverwaltung aus Spenden und unter Mitarbeit öffentlicher Fürsorgeeinrichtungen und anderen Organisationen gesichert.¹⁴⁵ Die Durchschleusung von Menschen - ab 1946 auch einer großen Zahl „Heimkehrer“ - stellte über den gesamten Zeitraum des Vertriebenentransfers für die Provinz Sachsen eine besondere Belastung dar.

Letztlich bereitete den Behörden die Mobilität vieler Vertriebenen¹⁴⁶ große Probleme. Die kaum zu kontrollierende Wanderungsbewegung band enorme Kräfte und erschwerte durchgängig bis 1948 eine gezielte Versorgung. Erschwerend wirkten sich weiterhin die fehlenden versorgungstechnischen Kapazitäten aus. Sowohl die ungenügende Einrichtung und Ausstattung der Aufnahme- und Quarantänelager (nach einer Erhebung zu Beginn des Jahres 1946 fehlten in den Lagern der Provinz Sachsen 55 000 Betten, 100 000 Decken, 80 000 Strohsäcke, 12 000 Haushaltsgeräte und andere lebensnotwendige Gebrauchsgegenstände¹⁴⁷), das finanzielle und das medizinisch-technische Potenzial, als auch die Versorgung mit Lebensmitteln blieb ein ständiges Problemfeld. In den Dienstberatungen der Bezirksverwaltung und Kreisstellenleiter wurden Maßnahmen festgelegt, um das Nötigste zu beschaffen.¹⁴⁸ Zu übermittelnde statistische Daten über Anzahl der Eintreffenden, deren Gesundheitszustand und Ernährungssituation und die Einweisung der Menschen nach der Quarantänezeit in die Kommunen von den Kreisstellenleitern der Umsiedlerbetreuung an

¹⁴⁴ Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. K Mdl, Nr. 6511, Bl.121 und 6512; Anfang 1946 meldete die Umsiedlerabteilung der Provinz der ZVU zwar, dass auf allen größeren Bahnhöfen und Eisenbahnknotenpunkten der Provinz Verpflegungsstellen eingerichtet worden seien, die Realität auf den Haltebahnhöfen wie Magdeburg und Halle sah jedoch bis zum Frühjahr 1946 anders aus.

¹⁴⁵ Vgl. ebenda, Mdl, Nr. 6708, Bl. 209 ff.

¹⁴⁶ Vgl. LA Magd. – LHA –, BV Magdeburg, Nr. 157, Bl. 62 f., 89 f.; Das unangemeldete, „wilde“ Einwandern aus benachbarten Territorien beschwor die Seuchengefahr und Verpflegungsschwierigkeiten herauf. Vertriebene verließen ihren zugewiesenen Aufnahmeort in der Provinz, um eine bessere Unterbringung bzw. einen Arbeitsplatz zu suchen.

¹⁴⁷ Vgl. ebenda, Min. Präs. Nr. 415, Bl. 4 f.

¹⁴⁸ Den nachgeordneten Umsiedlerbehörden und Lagerleitern wurde am 20. Mai.1946 ein 17 Punkte umfassendes Maßnahmenprogramm zur ordnungsgemäßen Übernahme der ersten zu erwartenden Vertriebenen übermittelt. Darin enthaltene wichtige Forderungen waren z.B. die vollständige Räumung sämtlicher bestehender Umsiedlerlager, Festlegungen des Aufnahmesolls für sämtliche Kreise sowie

die Bezirksverwaltung sollten die Betreuung der Vertriebenen verbessern helfen.¹⁴⁹

Die einzelnen Kreise der Provinz Sachsen hatten – nach einem Schreiben des Direktors des Umsiedleramtes der Provinzialverwaltung an die nachgeordneten Umsiedlerbehörden – insgesamt mit einer Belegung von ca. 35 Prozent an Vertriebenen pro Wohnbevölkerung zu rechnen.¹⁵⁰

Während der Aussiedlungen wurden zwischen 1946-1948/49 aus der Tschechoslowakei¹⁵¹ und den Gebieten östlich der Oder und Neiße¹⁵² ca. 500 000 Vertriebene in der Provinz Sachsen/Sachsen-Anhalt aufgenommen. Die größte landsmannschaftliche Gruppe in der Provinz Sachsen bildete die angesiedelten Sudetendeutschen mit 317 600 Personen (Oktober 1946), gefolgt von den schlesischen Vertriebenen mit 159 500 und in erheblichem Abstand von den Vertriebenen aus Ostpreußen.¹⁵³ Die Provinzialverwaltung sowie die spätere Landesregierung versuchten bis 1949 die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Vertriebenen unter anderem durch Gesetze und Verordnungen zu verringern. Eine große Rolle dabei spielten Hilfsorganisationen und karitative Einrichtungen. Hiervon wird später noch die Rede sein.

mehrere, den technischen Ablauf der Übernahme, Registrierung und die Versorgung betreffende Anordnungen. Vgl. LA Magd. - LHA -, Rep.K Mdl, Nr. 6517, Bl. 141.

¹⁴⁹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19587, Bl. 36 ff.

¹⁵⁰ Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. K Mdl, Nr. 6502, Bl. 15.

¹⁵¹ Laut unterschiedlicher Angaben wurden aus der Tschechoslowakei zwischen dem 10. Juni 1946 und 15. Oktober 1946 in 171 Transporten 205 518 Sudetendeutsche bzw. in 161 Transporten 196 031 Menschen in der Provinz angesiedelt. Danach erfolgten Aussiedlungen nur noch in Form von Familienzusammenführungen (ab 1948 nur noch für Verwandte ersten Grades). Vgl. auch Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene..., Münster 1999, S. 75 f.

¹⁵² Insgesamt befanden sich im Juli 1948 460.846 Vertriebene aus den östlichen Vertreibungsgebieten in der Provinz Sachsen.. Der größte landsmannschaftliche Anteil bestand aus Schlesiern (259.466), gefolgt von den Ostpreußen (96.673). Vgl. auch Mehlhase, Torsten, Münster 1999, S. 145/148 f. und 166 f.

¹⁵³ Vgl dazu Wille, Manfred, Zu einigen Fragen der Aufnahme und Integration , Magdeburg 1997, S. 34.

4. Flüchtlinge und Vertriebene im Kreis Salzwedel 1944/45 bis 1948/49

4.1. Zur Geschichte und Gegenwart der Stadt und des Kreises Salzwedel

Die Publikationen über die Altmark und deren Kreisgebiete mit ihren Städten und Gemeinden sind vielfältig und breit gefächert. In den Bibliotheken, Museen und Archiven der größeren Städte findet man eine Fülle von Literatur und informativen Beiträgen sowohl zu einzelnen zeitgeschichtlichen Epochen als auch themenbezogene Darstellungen zu Kunst, Kultur, Wirtschaft und Politik in der Region. Einen breiten Raum nehmen kultur- und sozialhistorische sowie heimatkundliche Beiträge ein.¹⁵⁴ Wissenschaftlichen Forschungsergebnisse der Universität Magdeburg - unter anderem von Mathias Tullner über die historische Bedeutung der Altmark¹⁵⁵ - sind unabhängig vom Thema dieser Arbeit von besonderem regional- und landesgeschichtlichem Interesse. Darüber hinaus beweisen sie einmal mehr, dass regionale und landesgeschichtliche Forschungen eng miteinander verknüpft sein sollten.¹⁵⁶

Für das Untersuchungsgebiet existieren eine Reihe einzelner Veröffentlichungen zum historischen Werden der Stadt Salzwedel und zu einzelnen Ortschaften des Kreisgebietes. Viele zeitgenössische Betrachtungen und neuere Beiträge - besonders zur Stadtgeschichte - vermitteln ein Bild über die Region.¹⁵⁷ Ein großer Teil der Publikationen bezieht sich auf die Historie bis zum

¹⁵⁴ Zu den Veröffentlichungen in den kulturhistorischen, sozialhistorischen und heimatkundlichen Bereichen vgl. u.a. : (Hrsg.) Verlagsgesellschaft m.b.H. u. Co., Altmark. Sehenswertes – Wissenswertes, o.J. (nach 1990); Beranek, J., Unsere Heimatlandschaft von der Eiszeit bis zur Gegenwart, in: Salzwedeler Heimathefte, Heft 9, o. J.; Glade, Heinz, Aus Altmark, Börde und Harzvorland, Leipzig 1979; Altmärkische Heimatkalender 1972-1990, Stendal 1972-1990; Dietrichs, Hermann/ Parisius, Ludolf, Bilder aus der Altmark, Original- Reprintauflage der Ausgabe von 1983, Bd. I, Salzwedel 1994; Bock, H./Fischer,I./Rathey, F., Die nordwestliche Altmark – eine Kulturlandschaft, Wittingen 1991; Riedel, Adolf, Friedrich, Codex diplomaticus Brandenburgensis, Bd. 14, 1857; Felsmann, Klaus-Dieter, Rund um die Altmark. Erkundungen zwischen Stendal, Havelberg, Tangermünde und Salzwedel, Berlin 1994; Schmidt, Hans, Skizzen aus der Altmark, Rudolstadt 1978; Zahn, W., Geschichte der Altmark, Stendal 1891; Zahn, W., Heimatkunde der Altmark, 1928; (Hrsg.) Fremdenverkehrsverband Altmark, Zu Besuch bei Bismarcks. Die Altmark mittendrin., 1995; Täger, Fritz, Die Altmark, Dresden 1960; Kahrs, Axel/Beyer, Christiane, „Mitten in Deutschland“. Die Grenzöffnung 1989 im Spiegel der EJZ, Lüchow 1992; (Hrsg.) Altmarkkreis Salzwedel, Amt für Wirtschaftsförderung, Die Altmark, Salzwedel 1997.

¹⁵⁵ Vgl. dazu Tullner, Mathias, Die Altmark als Wiege Preußens, in: Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Preußische Wurzeln Sachsen-Anhalts. Halle, S.: Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V., 2003, S. 32-45 (Beiträge zur Regional- und Landeskultur Sachsen-Anhalts 25).

¹⁵⁶ Mit „regionaler Forschung“ ist hier die Untersuchung eines bestimmten, eingegrenzten Gebietes - hier des Kreises Salzwedel - innerhalb der landesgeschichtlichen Forschung gemeint.

¹⁵⁷ Vgl. u.a. (Hrsg.) Preuß, A./Willmann, W., Chronik der Stadt Salzwedel, Salzwedel 1927; Hartleb, Fr., Salzwedel - Ein Führer durch die Stadt , ihre Bauten und Kulturdenkmäler, Salzwedel 1929; Beranek, J.,

Anfang des 19. Jahrhunderts. Weniger umfassend sind die Beiträge, die sich mit der NS-Zeit und der Nachkriegsgeschichte in der Region beschäftigen. Eine Gesamtdarstellung der Nachkriegsgeschichte im Kreisgebiet stand dem Verfasser nicht zur Verfügung. Einige historische Fakten zur Entwicklung der Region vor, während und nach dem Krieg lassen sich aus archivarischen Quellen¹⁵⁸ und aus Darstellungen im Zusammenhang mit anderen Themen erschließen.

Dennoch hat die regionalgeschichtliche Forschung gerade nach 1989/90 einige interessante Arbeiten hervorgebracht, die sich einzelnen Teilgebieten der Vor- und Nachkriegsgeschichte im Kreisgebiet widmen. Hervorzuheben sind hier u.a. die Veröffentlichungen des heimatkundlichen Arbeitskreises und des Historikers Ernst Block.¹⁵⁹ Beiträge und Ausstellungen über die NS-Zeit¹⁶⁰ zeugen von gewachsenem Interesse an der historischen Entwicklung der Region und an der Bearbeitung der für die Landesgeschichte Sachsen-Anhalts so wichtigen regionalgeschichtlichen Themen vor allem zur Nachkriegsgeschichte in der DDR. Besonders hierfür bieten die Archive der Stadt Salzwedel für die Stadtgeschichte und der Landeshauptstadt für das Kreisgebiet noch ein breites Betätigungsfeld wissenschaftlichen Arbeitens im Rahmen der Forschungen der Landesgeschichte Sachsen-Anhalts.¹⁶¹

Wegweiser durch die 750-jährige Stadt Salzwedel, Salzwedel 1966; Kalmbach, Ulrich, Das alte Salzwedel, Messbildaufnahmen Salzwedeler Baudenkmale, o.J.; Taschenführer Hansestadt Salzwedel, Salzwedel 1998; (Hrsg.) Stadt Salzwedel, Hansestadt Salzwedel, Bingen 2000; (Hrsg.) Raue, Paul-Josef, Das war das 20. Jahrhundert in der westlichen Altmark mit den Städten Salzwedel, Klötze, Gardelegen, Buch zur Serie der Volksstimme, Salzwedel 2001.

¹⁵⁸ Aktenbestände im Stadtarchiv Salzwedel sowie im Landeshauptarchiv Magdeburg gestatten umfangreiche Recherchen zur Nachkriegsgeschichte.

¹⁵⁹ Vgl. (Hrsg.) Hoos-Meyer, Elke, Das Hakenkreuz im Saalfeld, Beiträge zur NS-Zeit in den Landkreisen Lüchow Dannenberg und Salzwedel, Schriftenreihe des Heimatkundlichen Arbeitskreises Lüchow-Dannenberg, Bd. 11, Lüchow-Dannenberg 1997; Block, Ernst, „Wir waren eine glückliche Familie...“, Zur Geschichte und zu den Schicksalen der Juden in Salzwedel/Altmark, Salzwedel 1998.

¹⁶⁰ (Hrsg.) Salzwedeler Museen, Laßt es ruhn?, Salzwedel im Nationalsozialismus, Ausstellung zur Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945, in: Schriften zur Regionalgeschichte, Bd. 2, Salzwedel 1999; Kalmbach, Ulrich/Pietsch, Jürgen M., Zwischen Vergessen und Erinnerung, Stätten des Gedenkens im Altmarkkreis Salzwedel, Museum des Altmarkkreises Salzwedel, Schriftenreihe zur Regionalgeschichte, Bd. 3, Salzwedel 2001.

¹⁶¹ Zu Forschungen zur Landesgeschichte Sachsen-Anhalt vgl. u.a. Tullner, Mathias, Geschichte des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg 1995; ders., Die Altmark als Wiege Preußens, Halle 2003; ders., Die Provinz Sachsen und ihre Stellung in der preußischen Geschichte, in: Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt, Halle, S., Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V., 2003, (Beiträge zur Regional- und Landeskultur Sachsen-Anhalts 25); Pollmann, Klaus Erich, Preußen und die deutsche Geschichte, in: Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Preußische Wurzeln Sachsen-Anhalts, Halle/S.: Landesheimatbund Sachsen-Anhalt e.V., 2003, S. 113-124 (Beiträge zur Regional- und Landeskultur);

Die Thematik dieser Arbeit ist über die Vertriebenenproblematik in der Nachkriegsgeschichte hinaus mit der Bevölkerungsentwicklung im Kreisgebiet eng verbunden. Ein Bezug zur gegenwärtigen Situation ist insofern interessant, da neuere wissenschaftliche Untersuchungen die Region als „permanentes Abwanderungsgebiet“ bezeichnen, deren Folgen als „äußerst bedenklich“ für die gesamte Entwicklung angesehen werden.¹⁶² Die seit jeher dünn besiedelte Altmark erlebte über die Jahrhunderte einen ständigen Bevölkerungsschwund, der nur nach dem Zweiten Weltkrieg für kurze Zeit unterbrochen wurde. Nach 1945 lebten in der Altmark innerhalb von wenigen Jahren insgesamt fast 100.000 Menschen mehr als dies noch 1925 der Fall war. Den größten Zuwachs an Menschen hatte dabei die ländliche Bevölkerung zu verzeichnen.¹⁶³ Für altmärkische Verhältnisse war dies eine „Bevölkerungsexplosion“.

Ähnlich ist die demographische Entwicklung im Kreis Salzwedel zu sehen. Infolge der Kriegsauswirkungen hatte das Kreisgebiet einerseits relativ hohe Menschenverluste in den sechs Kriegsjahren zu beklagen¹⁶⁴, andererseits nahm die Bevölkerungszahl während des Krieges und in der unmittelbaren Zeit danach überproportional zu.¹⁶⁵ Die bei Kriegsende einsetzende Bevölkerungsbewegung, an der auch seit 1945 die Flüchtlinge und Vertriebenen beteiligt waren, führte schließlich zu einem zeitweiligen Anwachsen der Bevölkerung um ca. 40 Prozent im Vergleich zu 1939.¹⁶⁶ Mit diesem Bevölkerungswachstum lag der Kreis Salzwedel zeitweise über den Zugängen der anderen Kreise der Provinz

Freitag, Werner/Pollmann, Klaus Erich/Puhle Matthias, Studien zur Landesgeschichte, Halle/ S. 2003; Heckmann, Herrmann, Sachsen-Anhalt – Historische Landeskunde, (Hrsg.) Landesheimatbund Sachsen – Anhalt e.V., Geschichte Sachsen - Anhalts, 3 Bände, und weitere.

¹⁶² Vgl. Die Altmark – eine Region in Geschichte und Gegenwart: Protokoll des wissenschaftlichen Kolloquiums am 11./12.10.1997 in Havelberg. Beiträge zur Regional- und Landeskultur Sachsen-Anhalts, Heft 8, Halle 1998, S. 35.

¹⁶³ Vgl. ebenda, S. 27 f.

¹⁶⁴ Die Menschenverluste des Kreises in den sechs Kriegsjahren lagen mit 12,5 Prozent und über 8 000 Menschen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des Kreises aus dem Jahre 1939 über den prozentualen Durchschnittszahlen Deutschlands. Für ganz Deutschland berechnete Bergschicker in der vergleichenden Tabelle über Menschenverluste im zweiten Weltkrieg 8,8 Prozent.; Vgl. Bergschicker H., Deutsche Chronik 1933-1945, Berlin 1981, S. 534.

¹⁶⁵ Weitere Folgen dieser Entwicklung zeigten sich im Altersaufbau der Bevölkerung und im Anteil der weiblichen Personen an der Gesamtbevölkerung. In der Stadt Salzwedel spiegelten sich die hohen Verluste der männlichen Bevölkerung der Jahrgänge 1921/22 bis 1926/27 besonders deutlich im Anteil der Frauen von 21-40 Jahren wieder (das 1,9 bis 2,5-fache der männlichen Bevölkerung), Vgl. auch Stadtarchiv Salzwedel, Statistisches Jahrbuch der Stadt Salzwedel, Jg. 1946.

¹⁶⁶ Vgl. ebenda.

Sachsen.¹⁶⁷ Die Zunahme der Bevölkerung war auf verschiedene Menschengruppen zurückzuführen, die aus unterschiedlichen Gründen nach Salzwedel bzw. in das Kreisgebiet gelangten. Schon während des Krieges waren ausländische Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene sowie obdachlose Ausgebombte und Evakuierte in der Stadt und vielen Gemeinden des Altmarkkreises untergebracht worden. Bei Kriegsende nahm die Zahl weiter zu. Welche Rolle dabei Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostprovinzen spielten, soll im Verlaufe der Untersuchungen verdeutlicht werden.

Die nachfolgenden Darstellungen zur Geschichte der Stadt und des Kreises Salzwedel bilden den Rahmen für die anschließenden Untersuchungen der Vertriebenenproblematik im Zeitraum 1945 bis 1948/49 in der Region. Unter Verwendung der dem Verfasser zur Verfügung stehenden Literatur wird der Nachkriegsgeschichte im Kreisgebiet größerer Raum gegeben, um den Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand herzustellen. Diese Ausführungen erheben jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Nach einer kurzen Einführung in die Geschichte, Kultur und Gegenwart der Region - unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Salzwedel - werden im anschließenden Kapitel die historischen Hintergründe im Kontext des Zweiten Weltkrieges genauer beleuchtet, um die folgenden Untersuchungsergebnisse zu den Auswirkungen von Flucht und Vertreibung in regionale Zusammenhänge bringen zu können.

Der Kreis Salzwedel bildet – geografisch gesehen – die westliche Hälfte der Altmark.¹⁶⁸ Die gesamte Altmark teilt sich in die beiden Kreise Stendal (östliche Altmark) mit knapp 2 300 Quadratkilometern Fläche und 148 000 Einwohnern und Salzwedel (westliche Altmark) mit rund 102 000 Einwohnern und etwa der gleichen Größe.¹⁶⁹

¹⁶⁷ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Jahrbuch der Stadt Salzwedel 1946 sowie LA Magd., – LHA –, Rep. K 13, Kreis Salzwedel, Nr. 89.

¹⁶⁸ Das Gebiet der ehemaligen Mark ist nicht mit der Nordmark gleichzusetzen. Der Name wird seit 1304 urkundlich erwähnt. Die Altmark gilt als Stammland der ehemaligen Mark und Kurmark Brandenburg. Hier konzentrierte Albrecht der Bär Mitte des 12. Jahrhunderts die Kräfte für die ostelbische Kolonisation. Vgl. Hansestadt Salzwedel, (Hrsg.) Stadt Salzwedel, Bingen 2000, S. 79, 91.

¹⁶⁹ Vgl. Die Altmark – eine Reise durch den Altmarkkreis Salzwedel, (Hrsg.) Altmarkkreis Salzwedel, Amt für Wirtschaftsförderung, Salzwedel 1997, S. 1.

Die Altmark hat als nördlichste Region des Landes Sachsen-Anhalt eine Fläche von rund 4 700 Quadratkilometern mit etwa 250 000 Einwohnern. Mit ungefähr 46 Einwohnern pro Quadratkilometer gehört sie zu den Gebieten mit der geringsten Bevölkerungsdichte der Bundesrepublik.¹⁷⁰ Die gesamte Region ist vorwiegend landwirtschaftlich geprägt. Die Wirtschaftsstruktur wird bestimmt durch mittelständische Betriebe der Industrie, des Handwerks, des Handels und der Landwirtschaft.

Der Kreis Salzwedel ist heute einer der flächenmäßig größten Kreise im Bundesland Sachsen-Anhalt. Er entstand nach der Gebietsreform 1994 aus den ehemaligen Landkreisen Salzwedel, Gardelegen und Kalbe/Milde. Er ist demnach heute um die zwei angrenzenden Kreisgebiete Gardelegen und Kalbe größer als zur Zeit nach dem Krieg (Untersuchungszeitraum). Zum Kreisgebiet zählen die fünf Städte Salzwedel, Gardelegen, Klötze, Kalbe und Arendsee sowie 120 Gemeinden.¹⁷¹ Der Kreis arbeitet nach wirtschaftlich schwierigen Zeiten in der Wendezeit intensiv an der Entwicklung regionaler Strukturen. Dies umfasst die Infrastruktur, die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe sowie die touristische Erschließung der Region, um diese als Lebens- und Wirtschaftsraum attraktiv und innovativ zu gestalten. Dabei wird auf das landwirtschaftliche Potenzial sowie auf zukünftige Technologien gesetzt. Beispiele für den angestrebten Strukturwandel sind im Kreis Salzwedel eine neue Hanf verarbeitende Fabrik in Gardelegen und eine Anlage zur großtechnischen Herstellung von Algen in Klötze.

Das Zentrum der kommunalen Verwaltung ist die Kreisstadt Salzwedel.¹⁷² Sie zählt mit ihren rund 21 000 Einwohnern zu den mittleren Kleinstädten des Landes. Salzwedel besteht aus dem Stadtbereich und den Ortsteilen Hoyersburg, Sienau, Kricheldorf und Böddenstedt.¹⁷³ Bis zur Wende und der Wieder

¹⁷⁰ Stand: 31.12.1999, Vgl. Hansestadt Salzwedel, Bingen 2000, S. 80.

¹⁷¹ Vgl. ebenda.

¹⁷² Für den Namen der Stadt gibt es im Laufe der Geschichte verschiedene Deutungen. Die älteste Erklärung bezieht sich im ersten Teil des Wortes auf die nahegelegene Salzquelle. Die Endung „wedel“ weist auf eine Furt hin („Punkte von einem Wasserlauf, die man von einer Straße überschreiten kann“) – somit bedeutet der Name Salzfurt oder Salzwedel., Vgl. auch Hansestadt Salzwedel, S. 96.

¹⁷³ Hansestadt Salzwedel, S. 19.

vereinigung 1989/90 lag der Ort im Grenzgebiet, abgeschnitten vom früheren niedersächsischen „Hinterland“ und fast nur durch die 1968 einsetzende Erdgasförderung von wirtschaftlichem Interesse. Nach der Grenzöffnung ist die Stadt neben ihrer Bedeutung als Verwaltungszentrum wieder „mittendrin“.¹⁷⁴ Das Wirtschaftsleben der Stadt wird in den letzten Jahren durch kleine und mittelständische Betriebe bestimmt. Salzwedels Großbetriebe bestehen nicht mehr, die wirtschaftliche Situation soll durch Ansiedlung und Förderung weiterer Wirtschafts- und Gewerbeunternehmen und verbesserte Verkehrsanbindungen entwickelt werden. Dem Tourismus wird in diesem Zusammenhang große Bedeutung beigemessen.¹⁷⁵

Letzteres nicht ohne Grund, denn die Stadt hat auch kulturhistorisch einiges zu bieten. Salzwedel entlässt kaum einen Besucher ohne den nachhaltigen Eindruck eines Ortes, dessen Geschichte lebendig und „greifbar“ ist. Es sind vor allem die städtebaulichen Reize einer mittelalterlichen Fachwerk-Architektur, die in der Altstadt als ein weithin noch geschlossenes Ensemble erhalten geblieben sind und dem Betrachter das „Schauen“ so erfreulich machen. Hier, wo sich „Deutsche Fachwerkstraße“ und „Straße der Romanik“ berühren, hat auch Salzwedels Mitgliedschaft im Hansebund¹⁷⁶ im Stadtbild eindrucksvolle Zeugen frühbürgerlichen Selbstbewusstseins hinterlassen. Die sakralen Monumentalbauten von St. Marien, St. Katharinen und St. Lorenz¹⁷⁷, sowie unübersehbare Tor- und Wallanlagen markieren ebenso wie reich ausgestattete Bürgerhäuser die wechselvollen Entwicklungsphasen der alten Hansestadt. Ihre erste urkundliche Erwähnung als „civitas“ datiert aus dem Jahr 1233. Die Namensgebung („soltwidele“) gilt als eindeutiger Hinweis auf Handel und Gewerbe – der Ort, an dem unter anderem „Salz über eine Furt“ durch das Niederungsgebiet der Jeetze entlang der bedeutsamen Salzstraße Lüneburg – Magdeburg befördert

¹⁷⁴ Vgl. Kahrs, Axel/Beyer, Christian, „Mitten in Deutschland“. Die Grenzöffnung 1989 im Spiegel der EJZ, Salzwedel 1992, S. 7.

¹⁷⁵ Vgl. Hansestadt Salzwedel 1998, S. 20 ff.

¹⁷⁶ Von 1263 bis 1518 war Salzwedel Mitglied der Hanse. Die Stadt nennt sich seit 1995 durch einen Stadtratbeschluss wieder „Hansestadt“. Der Zeitabschnitt 1263 bis 1518 kann als der Erfolgreichste in der Geschichte der Jeetze- Stadt im Mittelalter bezeichnet werden.

¹⁷⁷ Die Lorenzkirche wurde im 13. Jahrhundert als dreischiffige Basilika ohne Querschiff im südlichen Vorgelände der Burg errichtet und zählt entlang der „Straße der Romanik“ zu den interessantesten

wurde. Die enge Bindung an Lübeck führte bald zur Aufnahme in die Hanse. Die Tuchmacher und Gewandschneider bekundeten vor anderen die Wohlhabenheit Salzwedeler Kaufmannschaft. 1909 legte der letzte Kahn vom Jeetzeufer am Hafen ab. „De Soltwedeler hebben dat god“ – diese Zeile aus einem alten Merkspruch mag für die einst herausgehobene Stellung der Stadt sprechen.¹⁷⁸ Unbestritten bleibt ein „liebenswürdiger Ort“, so nannte ihn schon Johann Joachim Winckelmann, der große Altertumsforscher, von 1736 bis 1738 Schüler der Altstädtischen Schule in Salzwedel. Liebenswert und sehenswert ist die Stadt heute noch dank der abwechslungsreichen Architektur, der einladenden urbanen Atmosphäre und seiner typischen Spezialitäten.¹⁷⁹

Für die Region begannen im 19. Jahrhundert durch die wirtschaftliche Entwicklung fortschrittliche Veränderungen, welche sich vor allem in der Stadt auswirkten. Der allmähliche Übergang zu industrialisierter Fertigung ließ das Handwerk zurückgehen und den Großhandel bedeutender werden.¹⁸⁰ Gegen Ende des 19. Jahrhunderts blühte vor allem die mittelständische Industrie auf. Parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung verbesserte sich auch die Infrastruktur. Die erste Eisenbahnlinie von Salzwedel nach Stendal und später nach Uelzen wurde in Betrieb genommen¹⁸¹, 1893 eröffnete das städtische Gaswerk und 1909 nahm die zentrale Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ihren Betrieb auf.¹⁸² Wichtigster Wirtschaftsfaktor der Region war jedoch die Landwirtschaft. Schon zu Beginn des letzten Jahrhunderts war der Kreis Salzwedel ein bedeutendes Agrargebiet im Nordwesten der Provinz Sachsen. Auf den leichten Böden wurden verschiedene Gemüse- und Getreidesorten angebaut. Tierhaltung und Forstwirtschaft waren wichtige Faktoren der agrarischen Produktion. Die anteil-

Sakralbauten im Nordwestbereich der Altmark. Weiters Vgl. auch Roland, Pia, Kirchen in Salzwedel; Roch, Irene, Die Lorenzkirche in Salzwedel.

¹⁷⁸ Vgl. Hansestadt Salzwedel, S. 12 f.

¹⁷⁹ Vgl. ebenda.

¹⁸⁰ Große Industrieproduktionsstätten entwickelten sich in begrenzterem Maße. Viele der etwa 1 200 selbständigen Betriebe waren kleine und mittelständische Unternehmen. Der Großhandel war vor allem auf Agrarprodukte, Eisenwaren und Haushaltsgegenstände ausgerichtet. Vgl. Hansestadt Salzwedel, S. 16f

¹⁸¹ 1873 bestand die Strecke Berlin – Salzwedel – Uelzen – Bremerhaven., Die über Jahrzehnte unterbrochene Strecke zwischen Salzwedel und Uelzen konnte 1999 als „Objekt der Einheit“ wieder geschlossen werden.

¹⁸² Mit dem Bau des Wasserturmes und dem Betrieb einer zentralen Trinkwasserversorgung und der ein Jahrzehnt später beginnenden Elektrifizierung wurde unter anderem die Basis für

mäßig größte Fläche der Region gehörte zu den über Jahrhunderte existierenden adligen Grundherrschaften. Daneben existierte eine Vielzahl mittlerer und kleinerer Landwirtschaftsbetriebe, welche die Produktion landwirtschaftlicher Erträge voranbrachten. Von den insgesamt 62 000 Einwohnern des Kreises lebten ungefähr 15 000 Menschen in der Stadt Salzwedel, der überwiegende Teil verteilte sich auf 182 Gemeinden.¹⁸³ Die im Vergleich zu anderen Regionen weniger stark ausgeprägte industrielle Produktion der Region konzentrierte sich vor allem auf das Stadtgebiet und war in großem Maße durch die Verarbeitung agrarischer Produkte bestimmt. Neben vielen kleinen und mittleren Handwerks- und Gewerbebetrieben gab es wenige größere industrielle Unternehmen. Dazu zählten z.B. die Draht- und Metallfabrik der Gebrüder Kopp AG und die Pumpenfabrik in Salzwedel.¹⁸⁴ Beide gewannen in den Vorkriegsjahren an Bedeutung durch die Einbindung in die Rüstungsproduktion. Neben den wenigen, aber für die Region bedeutenden industriellen Unternehmen erbrachten kleinere und mittlere Handwerks- und Gewerbebetriebe ihren Anteil am Gesamtumfang der Produktion.¹⁸⁵ Durch die ausgeprägt landwirtschaftliche Struktur des Kreises hatten außerdem agrarische Erzeugnisse verarbeitende Betriebe und Handelsorganisationen Einfluss auf das wirtschaftliche Fortkommen der Stadt und des Kreises. Zu den bekanntesten gehörte die seit 1892 existierende Zuckerfabrik. Sie hatte sich im Laufe der Jahre zur zweitgrößten in Deutschland entwickelt.¹⁸⁶ Bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges war die wirtschaftliche Struktur des Altmarkkreises durch die traditionell landwirtschaftliche Produktion der Region und die handwerklich/gewerbliche bzw. in eingeschränktem Maße durch die industrielle Produktion der Stadt geprägt.

Produktionsveränderungen und die Ausweitung der mittelständischen Unternehmen gelegt. Vgl. Aus der Geschichte der Stadt Salzwedel 1235-1983, (Hrsg.) Stadt Salzwedel, Salzwedel 1983.

¹⁸³ Die Gesamtfläche des Kreises betrug 124 000 ha. 1930 waren von den 9 576 selbständigen landwirtschaftlichen Betrieben mit 111 818 ha nur 27 Betriebe über 100 ha Land. Vereins- und Landwirtschafts-genossenschaften konnten sich gut entwickeln. Vgl. dazu Block, Ernst, Die Militarisierung des Landkreises Salzwedel (1933-1939), in: Das Hakenkreuz im Saalfeld, Lüchow 1997, Einleitung, S. 95.

¹⁸⁴ Weitere Betriebe: eine Düngemittelfabrik, Landwirtschaftsmaschinenbau, Fabriken für Textildruck, Möbel und eine Eisengießerei., Vgl. ebenda, S. 95.

¹⁸⁵ Zu den bekanntesten Unternehmen der Stadt gehörten die Gärtnerei G. Schröder GmbH (seit 1861) und die Baumkuchenbäckerei (seit 1846). Beide Unternehmen belieferten in- und ausländische Kunden.

¹⁸⁶ Die Zuckerfabrik war 1892 von einer Aktiengesellschaft gegründet worden. 1948 ging der Betrieb in Volkseigentum über., Vgl. Hansestadt Salzwedel, S. 17.

4.2. Das Kreisgebiet zur NS-Zeit und nach dem Zweiten Weltkrieg

Vor dem Zweiten Weltkrieg war die enge Verknüpfung von wirtschaftlichen Strukturen und politischer Entwicklung in der Region an vielen Merkmalen erkennbar. Die aus dem Wirtschaftsprofil des Kreises resultierende soziale Zusammensetzung der Bevölkerung brachte hierfür günstige Voraussetzungen mit: Durch die geringe Zahl größerer Industriebetriebe der Stadt war der zu den Arbeitnehmern gehörende Anteil der Beschäftigten im Vergleich zu anderen Regionen der Provinz Sachsen relativ gering, die Zahl der Beamten, Angestellten und Selbständigen dagegen fiel relativ hoch aus.¹⁸⁷ Die meisten Beschäftigten der gesamten Region waren jedoch auf Grund der überwiegend agrarischen Struktur im ländlichen Bereich tätig. Der altmärkische Bauernstand war traditionell durch national-konservative Haltungen geprägt und so seit 1933 schnell dem Einfluss der NS-Propaganda ausgesetzt. Die NS-Agrarpolitik förderte die Bauern als Grundstütze der Gesellschaft („Reichsnährstand“).¹⁸⁸ Diese Faktoren - betrachtet unter dem Aspekt der Entwicklung und Herausbildung bestimmter Denk- und Handlungsweisen - lassen den Schluss zu, dass die Voraussetzungen für eine verstärkte Aufnahme und Identifikation mit der NS-Weltanschauung vorhanden waren. Sie hatten m. E. eine beschleunigende Wirkung auf die Entwicklung des Kreises zu einer starken NS-Bastion. Ein weiterer, diesen Prozess fördernder Umstand war in den Folgen der ökonomischen Krise in Industrie und besonders der Landwirtschaft Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre zu suchen.¹⁸⁹ Hier traf die NS-Propaganda mit ihren Versprechungen über Veränderungen der wirtschaftlichen Situation auf fruchtbaren Boden. Nach Errichtung des NS-Regimes begannen die Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftliche Lage des Landkreises zu greifen. Die Förderung der industriellen Produktion und die Stabilisierung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte führte zu Verbesserungen der ökonomischen Situation des Landkreises. Eing-

¹⁸⁷ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Neue Salzwedeler Zeitung vom 22.2.1940, Statistischer Rückblick auf die beiden Vorkriegsjahre.

¹⁸⁸ Vgl. Herlemann, Beatrix, Bauern unterm Nationalsozialismus: traditionsverhaftet, eigensinnig, alltagspraktisch in : (Hrsg.) Meyer -Hoos, Elke, Das Hakenkreuz im Saalfeld, Beiträge zur NS-Zeit in den Landkreisen Lüchow-Dannenberg und Salzwedel, Lüchow 1997, S. 5, 6.

¹⁸⁹ Der Landrat des Kreises Salzwedel spricht 1931 „...von einem traurigen Bild zunehmender

bunden in den Prozess der Wirtschaftsförderung war eine zunehmende Militarisierung und Faschisierung¹⁹⁰ des gesamten gesellschaftlichen Lebens, die sich in der Entwicklung der NS-Bewegung bis zum Ende der 30er Jahre widerspiegelte.¹⁹¹ Die parlamentarischen und staatlichen Spitzenfunktionen im Kreis Salzwedel befanden sich schon vor Beginn der Nazi-Diktatur in den Händen der NSDAP.¹⁹² Bei Kriegsbeginn hatte die NSDAP im Landkreis über 7 000 Mitglieder (11 Prozent), in den Gemeinden des Kreises lag der prozentuale Anteil der Mitglieder zur Bevölkerung (bis zu 16 Prozent) im Vergleich mit anderen Regionen über dem Durchschnitt.¹⁹³

Ein sichtbares Zeichen für die immer stärkere Einbindung der Region in die Kriegsvorbereitung war der Bau militärischer Anlagen. Als ehemalige Garnisonsstadt¹⁹⁴ bot Salzwedel die besten Voraussetzungen für die „Wiederbelebung dieser Tradition“. Vor allem aus den ländlichen Gegenden kamen die Anhänger und Befürworter, welche sich den alten preußischen Traditionen verbunden fühlten und die NS-Aufrüstungsvorhaben unterstützten. Seit Anfang der 30er Jahre vorbereitet, entstand in den Jahren 1935/36 auf dem Fliegerhorst bei Salzwedel ein Militärstützpunkt der Luftwaffe.¹⁹⁵ Das Gelände umfasste einen Flugplatz mit dazu gehörigen Hallen und einen großen Kasernenkomplex für Personal und Auszubildende. Nach umfangreichen Umbauten der alten und dem Bau neuer Kasernen wurde im Jahre 1938 das III. Bataillon des 93. Infan-

Verschuldung der Betriebe...“, in: „Salzwedeler Wochenblatt“, S. 6.

¹⁹⁰ Im Kreis Salzwedel erhielt die NSDAP im März 1933 63,5% der Stimmen bei den Reichstagswahlen. Vgl. dazu Block, Ernst, „Wir waren eine glückliche Familie...“, Zur Geschichte und zu den Schicksalen der Juden in Salzwedel/Altmark, Salzwedel 1998, S. 66.

¹⁹¹ Eine Vielzahl paramilitärischer Verbände wie Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, Jungstahlhelm, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, SA, SS entwickelten sich zwischen 1933-1939. Vgl. dazu Block, Ernst, Die Militarisierung des Landkreises Salzwedel (1933-1939), S. 95-98.

¹⁹² Vgl. ebenda, S. 58.

¹⁹³ Die Zahlen für ganz Deutschland lagen bei durchschnittlich 7 %.; Vgl. LA Magd., -LHA-, Rep. K 13, Kreis Salzwedel, Nr. 285.

¹⁹⁴ Militärische Tradition hatte die Stadt ab Mitte des 17. Jahrhunderts durch die Stationierung von Militär. Ab 1866 waren Eskadronen der Ulanen (Ulanenregiment) in Salzwedel stationiert.; Vgl. auch Hansestadt Salzwedel, S. 86.

¹⁹⁵ Die Kreise Salzwedel und Dannenberg waren durch das Luftfahrtsamt und das Wehrmeldeamt verbunden. Die Wehrpflichtigen beider Kreise erhielten ihre militärische Ausbildung auf dem Flugplatz oder im Infanterieregiment 93 in Salzwedel. Neben der Fliegerausbildung begann 1942/43 die Fallschirmjägersausbildung. In den letzten beiden Kriegsjahren wurden auf dem Flugplatz zusätzlich Staffeln von Abfangjägern stationiert.; Vgl. Block, Ernst, Die Militarisierung des Landkreises Salzwedel, Lüchow 1997, S. 109.

terieregiments in Salzwedel stationiert.¹⁹⁶ An Bedeutung gewann in diesem Zusammenhang der Reichsarbeitsdienst (RAD).¹⁹⁷ Im September 1933 wurde in der Hoyersburger Straße unmittelbar hinter der Zuckerfabrik ein Arbeitsdienstlager erbaut. Im Kreisgebiet entstanden bis 1938/39 acht RAD-Abteilungen.¹⁹⁸ Der RAD führte gemeinnützige Arbeiten durch und wurde zu einem begehrten Partner zur Ausführung kommunale Vorhaben oder Vorbereitungsarbeiten für die Aufrüstung.¹⁹⁹ Obwohl Salzwedel im Herbst 1934 noch keine Garnisonsstadt war, vermittelte sie den Eindruck eines von militärischen Organisationen beherrschten Ortes.²⁰⁰ Im Prozess zunehmender militärischer Vorbereitungen wurden mehrere Industriebetriebe der Region beauftragt, ihre Produktion auf Rüstungsgut umzustellen. Ein typisches Beispiel dafür war Salzwedels Draht- und Metallfabrik, welche durch die Produktion von Infanteriemunition schon im Jahre 1937 zum größten Rüstungsbetrieb des Kreises wurde.²⁰¹ Mit Kriegsbeginn waren hier 1 000 Arbeiter beschäftigt. In den folgenden Jahren erfolgte eine ständige Vergrößerung der Werksanlagen. Während des Krieges wurden zunehmend Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus vielen Ländern Europas beschäftigt.

Im Sommer 1944 wurde in der Nähe der Fabrik ein KZ-Außenlager²⁰² errichtet, in dem überwiegend jüdische Frauen aus Polen und Ungarn unter katastrophalen Bedingungen täglich zur Arbeit in der Draht- und Metallfabrik gezwungen

¹⁹⁶ Der Kasernenkomplex der Adolf-Hitler-Kaserne des III. Infanterie-Bataillons des 93. Infanterieregiments wurde im Dezember 1938 übergeben. Mit Beginn des II. Weltkrieges nahm das Bataillon am Überfall auf Polen teil. Vgl. Block, Ernst, Die Militarisierung des Landkreises..., Lüchow 1997, S. 105/106.

¹⁹⁷ Vgl. Ebenda, S. 100 ff.

¹⁹⁸ Z.B. in den Gemeinden Beetzendorf, Beese, Tylsen, Cheine, Dähre.

¹⁹⁹ Die Salzwedeler Stammabteilung 6/133 gab sich den militärischen Traditionen verhaftet den Namen „Henning von Treffenfeld“ nach dem hier in der Vergangenheit stationierten Ulanen-Regiment.; Vgl. Die Militarisierung des Landkreises..., Anm. 196, S. 102.

²⁰⁰ Vgl. ebenda, S. 101.

²⁰¹ Aus einer Fabrik, welche aus Kupfer und anderen Metallen durch Wasser- und Dampfkraft Draht zog, wurde ein Rüstungsbetrieb zur Herstellung von Infanteriemunition.

²⁰² Vgl. Von 1944 bis 1945 bestand ein Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme in Salzwedel. Es wurde am Stadtrand von Salzwedel auf dem Gelände der Chemiefabrik errichtet (in der Nähe der Munitionsfabrik). Vgl. dazu Banse, Dietrich, Das Außenlager Salzwedel – KZ Neuengamme. In: Fremde, Flüchtlinge im Landkreis Lüchow-Dannenberg 1945 bis 1955, Salzwedel 1991; ders. Das Konzentrationslager Salzwedel, in: Altmarkblätter, 7.Jg. Nr. 4, 1996; „Lasst es ruhn?“, Salzwedel im Nationalsozialismus/Ausstellung zur Geschichte Salzwedels in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945, Museum des Altmarkkreises Salzwedel, Schriften zur Regionalgeschichte, Bd. 2, Salzwedel 1999 sowie Kalmbach, Ulrich/Pietsch, M. Jürgen, Zwischen Vergessen und Erinnerung, Stätten des Gedenkens im Altmarkkreis Salzwedel, Salzwedel 1999.

wurden. Bis Kriegsende waren hier über 2 000 Arbeitskräfte beschäftigt. Die Pumpenfabrik produzierte von 1941 bis 1945 Granaten vor allem mit Hilfe der so genannten „Ostarbeiter“.²⁰³ Auch auf den landwirtschaftlichen Gütern des Kreises wurden zunehmend ausländische Arbeiter und Kriegsgefangene aus allen Teilen Europas eingesetzt.²⁰⁴

Die skizzierten Beispiele zeigen, dass in nur wenigen Jahren von 1933 bis 1939 aus einer militärfreien Region ein überproportional militarisierter Landkreis geworden war. Die Salzwedeler selbst waren durch die umfangreiche NS-Propaganda und Wirtschaftsplanung seit 1936 auf Veränderungen vorbereitet. Die Parole: „Kanonen statt Butter“ wurde von vielen als notwendige Maßnahme empfunden und im Sinne der Politik der NS-Führung größtenteils befürwortet. Die umfangreichen Veränderungen rückten zudem eher als ökonomische Maßnahme ins Blickfeld und wurden durch den unermüdlichen Einsatz der NS-Propaganda vorangetrieben. Vor allem die Presse sorgte seit 1933 mit ihrer Berichterstattung für die Förderung des faschistischen Gedankengutes und der Kriegsverherrlichung.²⁰⁵ Als ein Bestandteil der NS-Ideologie richtete sich die Rassenpolitik mehr und mehr gegen die jüdische Bevölkerung der Region. Die Auswirkungen trafen die seit Generationen in Salzwedel lebenden jüdischen Familien. Systematisch wurden sie in den folgenden Jahren ihrer Rechte, ihres Eigentums beraubt und schließlich verschleppt. Als Ergebnis der antisemitischen Propaganda und der Ereignisse in ganz Deutschland kam es zur Vertreibung bzw. Verhaftung der jüdischen Bürger der Stadt. Schließlich wurden sie 1942 über Magdeburg in die Vernichtungslager transportiert.²⁰⁶

Die ersten Kriegereignisse verfolgten die Menschen der Region zunächst „aus der Ferne“. Schon bald waren jedoch spürbare Veränderungen im täglichen Leben deutliches Signal dafür, dass der Krieg nicht nur an der Front stattfand. Eine zunehmende Versorgungsknappheit machte sich bemerkbar. In der Folgezeit wurden die Salzwedeler mit den Auswirkungen des Krieges direkt konfron-

²⁰³ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Das Jahr 1945, Aus dem Erinnerungsbericht eines Zeitzeugen, S. 12.

²⁰⁴ Vgl. (Hrsg.) Raue, Paul-Josef, Westliche Altmark mit den Städten Salzwedel, Klötze und Gardelegen, Das Buch zur Serie der „Volksstimme“, Salzwedel 2000, S. 44.

²⁰⁵ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, „Neue Salzwedeler Zeitung“, Lokalblatt der Mitteldeutschen Zeitung, Jahrgänge 1938/39.

²⁰⁶ Vgl. Block, Ernst, „Sie waren eine glückliche Familie...“, Salzwedel 1999, S. 111 ff.

tiert. Durch die bereits 1942/43 einsetzenden Bombardements vieler Großstädte kamen die ersten Evakuierten und „Ausgebombten“ nach Salzwedel. In den kommenden Wochen mussten zunehmend Kriegsverwundete aufgenommen werden, deren Zahl bis 1945 auf 2 050 Personen anstieg. Für die Unterbringung der Menschen wurden neben den Krankenhäusern, Schulen und Säle von Gaststätten zu Lazaretten umfunktioniert.²⁰⁷ Seit Anfang 1944 wurde Mitteldeutschland zum direkten Angriffsgebiet der US-amerikanischen und britischen Bomberflotten. Auch die Menschen im Stadt- und Landkreis Salzwedel erlebten den immer häufiger werdenden Luftalarm. Im Herbst 1944 erreichten die alliierten Truppen sowohl im Westen als auch im Osten die deutsche Reichsgrenze. Entsprechend des Hitlererlasses wurde auch in Salzwedel der „Volkssturm“ aufgestellt.²⁰⁸ Das Territorium Sachsen-Anhalts blieb jedoch bis kurz vor Ende des Krieges von unmittelbaren Kampfhandlungen weitestgehend verschont. Erst in den letzten Kriegsmonaten erfolgte eine Konzentration von Bombenangriffen, in deren Folge auch mehrere Städte im Regierungsbezirk Magdeburg betroffen waren. Während Magdeburg im Januar 1945 schwer zerstört wurde²⁰⁹, waren die nördlichen Gebiete der Provinz in weniger starkem Ausmaß betroffen. Der Kreis und die Stadt Salzwedel hatten vergleichsweise geringfügige Schäden zu beklagen. Dennoch erfolgte am 22. Februar 1945 ein Bombenangriff, durch welchen das Bahnhofsgelände und einzelne Wohnhäuser der näheren Umgebung zerstört wurden. Unter den Trümmern des zusammenstürzenden Bahnhofstunnels wurden etwa 500 Menschen begraben.²¹⁰ Die Innenstadt blieb unversehrt. Die folgenden Angriffe waren wiederum auf den Bahnhof und die Wehrmachtseinrichtungen der Stadt gerichtet. Bis Anfang April 1945 hielt täglicher Fliegeralarm die Bevölkerung in Atem, weitere Angriffe erfolgten glücklicherweise nicht.²¹¹

²⁰⁷ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Das Jahr 1945, Erinnerungsbericht eines Zeitzeugen., S. 6.

²⁰⁸ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 14880; Salzwedeler Zeitung vom 19. Oktober 1944.

²⁰⁹ Im Regierungsbezirk Magdeburg erfolgten 1945 Bombenangriffe auf Magdeburg (15./16.1.), Dessau, Gardelegen, Nordhausen, Stendal, Zerbst. Vgl. dazu Block, Ernst, „Sie waren eine glückliche Familie...“, Salzwedel 1999, S. 140.

²¹⁰ Mit dem Abwurf der Bomben über dem Salzwedeler Bahnhof wollten die Amerikaner einen zentralen Haltepunkt der „Amerika-Linie“ – eine wichtige Versorgungsader der Wehrmacht – zerstören.; Vgl. Raue, Paul-Josef, (Hrsg.) Westliche Altmark mit den Städten Salzwedel, Klötze und Gardelegen, Salzwedel 2000, S. 49.

²¹¹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Das Jahr 1945, Erinnerungsbericht eines Zeitzeugen, S.1-4.

Obwohl die Stadt Salzwedel kein direktes Angriffsziel war, waren die Folgen der letzten Kriegereignisse dennoch spürbar. Die Region wurde zunehmend Aufnahmegebiet für Evakuierte und Ausgebombte. Von den umfangreichen Bevölkerungsverschiebungen war zunächst das Stadtgebiet besonders betroffen. Die einheimische Bevölkerung musste enger zusammenrücken und Wohnraum zur Verfügung stellen. Nach dem verheerenden Bombenangriff auf Magdeburg im Januar 1945 waren beispielsweise etwa 1 000 Obdachlose in die Stadt und in das Kreisgebiet gelangt. Insgesamt hatte die Region am Ende des Krieges mehrere Tausend Ausgebombte und Evakuierte aufgenommen.²¹² Die Unterbringung der Ankommenden bereitete anfangs durch eine seitens der Stadt geschaffene Wohnraumlösung, welche durch Erfassung aller Wohnräume und Umfunktionierung von öffentlichen Gebäuden für die Ausgebombten und Umquartierten sorgte, wenig Probleme.²¹³

Kurz vor Kriegsende wurde das Bahnhofsgelände an der Ritzer Brücke bei Salzwedel zum Schauplatz faschistischer Gräueltaten. Die NS-Behörden hatten aus Angst vor den nahenden alliierten Truppen begonnen, die Konzentrationslager zu räumen und die Menschen in Eisenbahnwaggons gepfercht, um sie in noch unbesetzte Gebiete im mitteldeutschen Raum zu transportieren. Auf diese Weise kam am 7. April 1945 ein Häftlingstransport aus dem Konzentrationslager „Dora“ (ein Nebenlager des Konzentrationslagers Buchenwald) auf dem Bahnhofsgelände der Ritzer Brücke bei Salzwedel an. Der Zug war mehrmals umgeleitet worden, bevor er schließlich hier abgestellt wurde. Die Insassen waren bereits tagelang ohne ausreichende Versorgung unterwegs, die Bedingungen in den Waggons waren katastrophal. Als Folge der grausamen Behandlung in den Konzentrationslagern und den Strapazen während des Transportes endete diese Fahrt hier für 244 Menschen mit dem Tod. Am 9. April 1945 fanden sie kurz vor dem Ende des Krieges ihre letzte Ruhestätte – namenlos in einem Massengrab.²¹⁴

Anfang April 1945 überschritten amerikanische Truppen im Westen die Grenzen der ehemaligen preußischen Provinz Sachsen. Teile der lokalen NS-Füh-

²¹² Vgl. ebenda, S. 5.

²¹³ Vgl. ebenda, S. 5 ff.

²¹⁴ Vgl. „Laßt es ruhn?“, Schriften zur Regionalgeschichte, S. 24.

rung und des Militärs ließen vor dem Verlassen der Stadt die Startbahnen des Militärstützpunktes sprengen. Die Kasernen und Hallen blieben erhalten und wurden später von den Besatzungstruppen als Lager für deutsche Kriegsgefangene sowie als Durchgangslager für Ausländer genutzt.²¹⁵ Mit dem steten Vordringen der Amerikaner wurde die Frage der Verteidigung oder der kampflosen Übergabe der Stadt zum Mittelpunkt des Geschehens. Obwohl die Übergabe im Hinblick auf die untergebrachten Evakuierten, Verwundeten und Flüchtlinge die einzig richtige Entscheidung gewesen wäre, waren die noch verbliebenen NS-Funktionäre und Offiziere der Wehrmacht für die Verteidigung. In dieser Situation setzten sich einige verantwortungsvolle Bürger erfolgreich dafür ein, Salzwedel zur Lazarettstadt erklären zu lassen. Ihrem beherzten Vorgehen ist es zu verdanken, dass die Stadt am 14. April 1945 kampflos an die amerikanischen Truppen übergeben werden konnte.²¹⁶ Den Einzug der amerikanischen Truppen erlebten die meisten Salzwedeler jedoch mit gemischten Gefühlen. Bürgermeister Otto Garz schilderte die Situation später so:

„... die Bevölkerung war derart beunruhigt; sie saß größtenteils in den Bunkern und Luftschutzkellern, weil auch Gerüchte verstreut wurden, daß die Wehrmacht wieder marschierte, ... daß der Werwolf alle diejenigen aufknüpfen würde, die mit dem alliierten Militär arbeiten würden ...“²¹⁷

Entgegen der Befürchtungen verlief die Übergabe der Stadt an die Amerikaner vergleichsweise geordnet.²¹⁸ Zu den ersten Amtshandlungen des amerikanischen Stadtkommandanten gehörte die Schaffung einer provisorischen Verwaltung. Dem bisherigen Bürgermeister und weiteren 36 Personen in nachweislichen NSDAP-Funktionen entzog man die Ämter. Das Bürgermeisteramt wur-

²¹⁵ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, „Das Jahr 1945“, Erinnerungsbericht eines Zeitzeugen, S. 10.

²¹⁶ Im April 1945 wurden 35 von 39 Kreisen der Provinz Sachsen von den amerikanischen Truppen besetzt. Vier Kreise wurden von der Roten Armee genommen. Die vier Altmarkkreise Stendal, Salzwedel, Gardelegen und Osterburg (Regierungsbezirk Magdeburg) kamen zunächst unter die Besatzung der 9. amerikanischen Armee. Die Besetzung des Kreisgebietes erfolgte ohne größere Zerstörungen. Die in der Stadt Salzwedel verbliebenen Waffen der außer Kraft gesetzten deutsche Schutzpolizei wurden später symbolisch auf dem Rathausplatz vernichtet. Vgl. dazu auch Stadtarchiv Salzwedel, Erinnerungsbericht, S. 14.

²¹⁷ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Rechenschaftsbericht des Oberbürgermeisters am 15.8.1946, S. 1.

²¹⁸ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Das Jahr 1945, S. 15.

den dem ehemalige Verwaltungsdirektor Karl Weisner übertragen.²¹⁹ Der 1946 amtierende Bürgermeister Otto Garz berichtete später dazu Folgendes:

„... als die amerikanischen Truppen in die Stadt einrückten ... wurde eine provisorische Verwaltung eingesetzt mit Hilfe der Besatzungstruppen. ... die Leute, die damals das Heft in die Hand nehmen mußten, wurden im einzelnen von den Offizieren der amerikanischen Armee auf das Rathaus geführt. Sie bekamen dort ihre Anweisungen und mußten ihre Befehle entgegennehmen.“²²⁰

Mit dem Einmarsch der amerikanischen Besatzungstruppen wurden die Lagertore für Tausende Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene des Kreises geöffnet.²²¹ Dieser an sich glückliche Umstand verwandelte Salzwedel jedoch in den ersten Tagen nach Kriegsende in einen Ort, der binnen kürzester Zeit menschenüberströmt und dem Kollaps nahe war.²²² Die Stadt befand sich in den ersten Tagen der Besatzung in mehrfacher Hinsicht im „Ausnahmezustand“, obwohl es kaum Kriegszerstörungen gab:

Nur wenige Betriebe arbeiteten noch, Lebensmittel und andere wichtige Versorgungsgüter waren knapp. Die Stadt war überfüllt mit Menschen. Viele „Fremde“ – Evakuierte, Ausgebombte, Flüchtlinge und in großer Zahl entlassene Zwangsarbeiter der aufgelösten Lager – drängten durch Salzwedels Straßen. Der großen Not folgte das Chaos – die Stadt erlebte Plünderungen, Verwüstungen von Geschäften und Wohnungen sowie gewaltsame Ausschreitungen.²²³ Die katastrophalen Zustände schilderte der Salzwedeler Oberbürgermeister in seinem Bericht über das erste Nachkriegsjahr 1946 rückblickend auf folgende Weise:

„Die KZ-Häftlinge aus der Drahtfabrik ergossen sich im breiten Strom über die Stadt, als sie durch die Besatzungsmacht befreit wurden. Und als viele Wohnungen und Geschäfte ausgeplündert wurden, weil es ganz selbstverständlich

²¹⁹ Vgl. „Das Jahr 1945“, S. 8 ff.

²²⁰ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Rechenschaftsbericht des Oberbürgermeisters, S. 1.

²²¹ Darunter befand sich das mit 3.000 Insassen belegte Lager in der Nähe der Munitionsfabrik. Im gesamten Kreisgebiet schätzte man die Zahl der ehemaligen Inhaftierten auf mehrere Tausend. Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Erinnerungsbericht, S. 19.

²²² Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Rechenschaftsbericht des Oberbürgermeisters; Das Jahr 1945, S. 14 f.

²²³ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Das Jahr 1945, S. 27.

war, daß diese Menschen, die jahrelang hinter Stacheldraht ... eingesperrt waren, nun das Bedürfnis hatten, sich auch einmal menschlich zu kleiden und menschlich zu verpflegen. Es war notwendig, in diesen Tagen die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen.“²²⁴

Angesichts der chaotischen Zustände waren die ersten Anordnungen der Besatzungsmacht auf die Herstellung der Sicherheit und Versorgung gerichtet. Die Ausgehzeiten wurden auf wenige Stunden begrenzt, um weitere Ausschreitungen zu unterbinden²²⁵, die Öffnungszeiten der Geschäfte und die Organisation der Lebensmittelverteilung genau festgelegt.²²⁶ Aufforderungen über die Abgabe von Waffen, Munition und Kriegsmaterial mussten in den kommenden Wochen mehrmals unter Strafandrohung wiederholt werden.²²⁷ Das größte Problem jedoch war die Organisation der Versorgung der neben der einheimischen Bevölkerung mehr als 15 000 Fremden im Kreisgebiet. Schnelle Lösungen zur Beschaffung von Lebensmitteln, Kleidung und Unterkünften waren notwendig und genauso schwierig zu bewerkstelligen. Durch die Unterbringung eines großen Teils der Menschen in den Kasernen der Wehrmacht und den ehemaligen Arbeitslagern konnte das Wohnraumproblem zunächst vorübergehend gelöst werden. Das Lager auf dem Fliegerhorst wurde in den ersten Wochen nach Kriegsende als Zentrallager für die gesamte Altmark ausgebaut. Es war durchschnittlich mit 10 000 Ausländern belegt.²²⁸

Im oben angeführten Bericht des Bürgermeisters hieß es dazu:

„... Auf dem Fliegerhorst waren 15 000 Zivilarbeiter, die ebenfalls mit Lebensmitteln und Kleidung versorgt werden mußten, und wenn nicht im letzten Moment alles getan worden wäre, um die Ansprüche dieser bedauernswerten Menschen zu befriedigen, dann hätte sich auch dieser Strom auf die Stadt

²²⁴ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Rechenschaftsbericht des Oberbürgermeisters am 15.8.1946, S.1.

²²⁵ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 21637, Befehle und Anordnungen der Besatzer.

²²⁶ Vgl. ebenda, Befehl Nr. 3.

²²⁷ Vgl. ebenda,, Befehle Nr. 10.

²²⁸ Vgl. Das Jahr 1945, S. 19.

ergossen und hätte sich geholt, was sie glaubten, holen zu müssen. Nicht nur, daß sie das geholt hätten, was sie brauchten, sondern alles.“²²⁹

Die Einrichtung der ehemaligen Arbeitslager zu „bewohnbaren“ Notunterkünften war durch die jahrelange Vernachlässigung mit großen Schwierigkeiten verbunden.²³⁰ Unter Einbeziehung der einheimischen Bevölkerung mussten bis Ende April 1945 400 Arbeitskräfte zur Verbesserung vor allem der hygienischen Verhältnisse der Lager herangezogen werden.²³¹ Gleichzeitig ergingen Aufforderungen zur Ablieferung von Gebrauchsgegenständen wie Kleidungsstücke, Decken und Strohsäcke für die zu Versorgenden sowie für die Bedürfnisse der amerikanischen Truppen. In den Aufzeichnungen des Oberbürgermeisters ist dazu nachzulesen:

„... Daß das eine besondere Belastung für die Bevölkerung der Stadt gewesen ist, darüber besteht kein Zweifel. ... Der Arbeitseinsatz mußte getätigt werden und täglich mußten Hunderte von Menschen auf Befehl der alliierten Besatzungstruppen zusammengezogen werden. Immer wieder neue Aufrufe wurden erlassen, um die Bevölkerung zu bewegen, das zu veranlassen, was notwendig war. Schwere Opfer an Geld- und Sachwerten mußten erbracht werden, um alle Wünsche der Besatzungsmacht zufrieden zu stellen. Wir können sagen, wir haben alle diese schweren Tage, Wochen und Monate überstanden, ohne daß nennenswerte Übergriffe erfolgten.“²³²

Die Amerikaner begannen in den ersten Tagen der Besatzung mit der Neuorganisation des Verwaltungsapparates, indem Teile der noch im Amt befindlichen Beamten mit nachweislicher NS-Mitgliedschaft aus der Kreis- und Stadtverwaltung entfernt und durch politisch unbelastete Mitarbeiter ersetzt wurden. Neben einem neu eingesetzten Verwaltungsdirektor und kommissarischen

²²⁹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Rechenschaftsbericht des Oberbürgermeisters, S. 6.

²³⁰ Der größte Teil der Unterkünfte befand sich in katastrophalem Zustand. Die Baracken des ehemaligen Konzentrationslagers waren so vernachlässigt, dass sie unbrauchbar waren und niedergebrannt werden mussten. Neben den ehemaligen Wehrmachtunterkünften wurden das Lager an der Zuckerfabrik, das ehemalige Außenlager des Konzentrationslagers an der Drahtfabrik und fünf weitere kleinere Lager in Salzwedel und Umgebung für die Unterbringung der Menschen vorbereitet.

²³¹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 14423, S. 10.

²³² Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Rechenschaftsbericht des Oberbürgermeisters.

Landrat nahmen mehrere lebensnotwendige Ämter im Mai die Arbeit wieder auf.²³³ Die Zusammenarbeit der deutschen Verwaltungsorgane mit der Besatzungsmacht beschränkte sich anfangs auf die Veröffentlichung und Ausführung der Befehle. Später gab es Absprachen und gemeinsame Beratungen über Maßnahmen zur Beschaffung von Lebensmitteln, Kleidung und zur Organisation der Arbeit.²³⁴ Die Tätigkeit der Stadtverwaltung und der Bürgermeister der Gemeinden gestaltete sich insofern schwierig, da die Verantwortung für die Ausführung der Anordnungen und Befehle der Besatzer bei ihnen lag, die Gesamtsituation jedoch vor allem unter dem Gesichtspunkt der vielen zusätzlich zu versorgenden Menschen mehr als dramatisch war.

Ende Mai räumten die Amerikaner die nördliche Hälfte der Provinz Sachsen. Ihnen folgte die britische Besatzung. Sie übernahm am 25. Mai 1945 in Salzwedel die Kommandantur. Unter ihrer Regie nahmen weitere Abteilungen der örtlichen Verwaltungsorgane ihre Arbeit auf. Die Entnazifizierung des Verwaltungsapparates beschränkte sich vor allem auf die städtischen Behörden, in den Gemeinden des Kreises gab es zu diesem Zeitpunkt nur wenige Veränderungen.²³⁵ Die zu bewältigenden Aufgaben wurden unter britischer Besatzung straffer organisiert und die Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden verbessert. Vom 30. Mai bis 30. Juni führte die Kommandantur mit dem Landrat und der Stadtverwaltung insgesamt 17 Besprechungen durch.²³⁶ Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag weiterhin vorrangig bei der Sicherung der Versorgung der Bevölkerung. Durch die Organisation von Arbeitseinsätzen in der Landwirtschaft konnte die Ernährung der Menschen in der Stadt und im Landkreis gewährleistet werden.²³⁷ Die Inbetriebnahme der Industriebetriebe wurde durch die britischen Behörden wenig vorangetrieben, so dass ein Wiederaufnahme der Produktion nur schleppend erfolgte.

²³³ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Das Jahr 1945, S. 15 und 20.

²³⁴ Vgl., ebenda, S. 19.

²³⁵ In den Gemeinden konnten zunächst fast alle bisherigen Bürgermeister ihre Ämter weiter ausüben. Auch bei der Einrichtung der Polizeidienststellen zog man zunächst die bisherigen Beamten heran Vgl. „Das Jahr 1945“, S. 18/19.

²³⁶ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K 13, Kreis Salzwedel, Nr. 91 und Das Jahr 1945, S.20.

²³⁷ Alle arbeitsfähigen Erwachsenen (ab 12. Lebensjahr!) wurden zur Arbeit herangezogen. Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Das Jahr 1945, S. 20.

Gemäß den alliierten Vereinbarungen über die Besetzung Deutschlands und die Aufteilung in Besatzungszonen gehörte die Stadt und der Landkreis Salzwedel zur sowjetischen Besatzungszone.²³⁸ Die bevorstehende Übergabe der Region an die Sowjetarmee Anfang Juni löste bei vielen Salzwedelern große Ängste aus.²³⁹ Vor der Übergabe der Stadt an die sowjetischen Besatzer wies der britische Stadt- und Kreiskommandant „auf Grund übergeordneter Befehle“ den Abtransport vieler für die ökonomische Entwicklung der Region wichtigen Güter an.²⁴⁰ Am 30. Juni verkündete ein fahrbarer Lautsprecher die Besetzung der Altmark durch Sowjettruppen und warnte nachdrücklich bei Gefahr der Festnahme bzw. Erschießung vor Flucht und Überschreiten der Hannoverschen Grenze.²⁴¹ Am 1. Juli 1945 wurde die britische durch die sowjetische Besatzung abgelöst, die Besetzung der Stadt verlief ohne größere Zwischenfälle.²⁴² Mit dem Befehl Nr. 1 vom 10. Juli 1945 wurde die Machtübernahme durch die sowjetische Stadtkommandantur verkündet. Die ersten Anordnungen des sowjetischen Stadt- und Kreiskommandanten waren auf die zügige Wiederbelebung der Wirtschaft gerichtet.²⁴³

Der Kreis Salzwedel befand sich bei Kriegsende wie die meisten Regionen innerhalb der Provinz Sachsen in einem wirtschaftlichen Chaos. Die ökonomische Entwicklung war insgesamt um Jahre zurückgeworfen. In Industrie und Landwirtschaft offenbarten sich die Folgen der Kriegsjahre. Die industrielle Produktion war vor allem durch fehlende oder verschlissene Maschinen und Materialien, Probleme bei der Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion größtenteils zum Erliegen gekommen (in anderen Regionen der Provinz kamen noch Zerstörungen von Betriebsanlagen hinzu). Deshalb befahlen die sowje-

²³⁸ Vgl. (Hrsg.) Rühl, Klaus-Jörg, Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 1989, S. 87.

²³⁹ Einige Salzwedeler verkauften ihre Wohnungseinrichtung und zogen mit dem Nötigsten per Kraftwagen, Handwagen und ähnlichem in Richtung Hannover. Vgl. Das Jahr 1945, S.21.

²⁴⁰ Fast der gesamte Automobilbestand der Stadt, sowie ein großer Teil des Zucht- und Nutzviehs wurde abgeführt; Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. KV Kreisverwaltung Salzwedel,, Nr. 143.

²⁴¹ Insgesamt befand sich der Landkreis Salzwedel vom 14. April bis zum 30. Juni unter amerikanischer bzw. britischer Besatzung. Bis zum 4. Juli 1945 vollzog sich die russische Besetzung des zeitweilig von amerikanischen und englischen Truppen innegehabten westlichen Territoriums der SBZ.; Vgl. Das Jahr 1945, S.21.

²⁴² Vgl. ebenda, S.22/23.

²⁴³ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Befehl Nr. 1 der SMA Salzwedel, In sieben Punkten wurden Festlegungen zur Normalisierung des Lebens der deutschen Bevölkerung und zur Gewährleistung der Sicherheit getroffen.

tischen Militärbehörden schon in den ersten Tagen die sofortige Aufnahme der Produktion sowie die Inbetriebnahme stillgelegter bzw. die Genehmigung neu zu eröffnender Betriebe und Geschäfte. Im Juli/August 1945 nahmen in Salzwedel zunächst wichtige Versorgungsbetriebe ihre Arbeit wieder auf.²⁴⁴

Die vor Kriegsbeginn sehr leistungsfähige Landwirtschaft im Kreisgebiet lag im Sommer 1945 fast völlig danieder. Vor allem fehlende Geräte und Saatgut und die Vernachlässigung der Bodenbearbeitung während der Kriegsjahre hatten die Ernteerträge schrumpfen lassen. Sie waren im Sommer 1945 im Vergleich mit dem Vorkriegsstand um die Hälfte, der Tierbestand teilweise um ein Drittel gesunken.²⁴⁵ Die Versorgungsprobleme in der Altmarkregion wurden im Sommer 1945 durch die Bevölkerungsentwicklung erschwert. Deshalb waren Maßnahmen zur Stabilisierung der wirtschaftliche Situation des Kreises auch für die sowjetischen Behörden vorrangig.²⁴⁶ Zunächst ging es darum, die Ernte als Ernährungsgrundlage der Bevölkerung sowie der Roten Armee zu bergen. Am 12. Juli 1945 rief - gemäß eines Befehls der Kommandantur - der Landrat die Behörden, Betriebe, Schulen und die Bevölkerung des Kreises auf, an der „Einbringung und Sicherung der Ernte“ mitzuwirken. Die Bürgermeister der Gemeinden waren für die Organisation des Einsatzes der Bevölkerung verantwortlich.²⁴⁷ Die Festlegungen vom 16. Juli 1945 regelten die vorläufige Ablieferungspflicht landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die weitere Arbeit in der Landwirtschaft.²⁴⁸ Bis zum Jahresende konnte durch straffe Organisation der Arbeitseinsätze und des Ablieferungssolls die Ernährungssituation der Bevölkerung, auch unter den Bedingungen der bis Jahresende stark angewachsenen Bevölkerung, stabilisiert werden.²⁴⁹

²⁴⁴ Vgl. Das Jahr 1945, S.26 f. sowie LA Magd., – LHA –, Rep. K 13, Kreis Salzwedel, Nr. 143.

²⁴⁵ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Volksstimme Nr. 172 vom 25.7.1948.

²⁴⁶ Aus diesem Grunde wurden m. E. weitere Entnazifizierungsmaßnahmen durch die sowjetischen Behörden in Salzwedel nicht sofort durchgeführt, denn die von den britischen Besatzern eingesetzte Kreis- und Stadtverwaltung im Altmarkkreis blieb in den ersten Wochen nach der Übernahme des Besatzungsregimes durch die sowjetischen Behörden bestehen. Erst Mitte August 1945 nahmen die sowjetischen Militärbehörden hier weitere personellen Veränderungen vor.

Vgl. LA Magd. – LHA – Rep. K 13, Kreis Salzwedel, Nr. 301.

²⁴⁷ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Aufruf des Landrates im Juli 1945: „Das Gebot der Stunde“.

²⁴⁸ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K 13 Salzwedel, Nr. 91.

²⁴⁹ Teilweise mussten und konnten auch andere Regionen mitversorgt werden. Fleischlieferungen gingen z.B. nach Mecklenburg – Vorpommern und Brandenburg.; Vgl. Das Jahr 1945, S. 40.

Neben der Sicherung der Ernte und anderen Versorgungsfragen unternahm die Kommandantur im August 1945 Schritte zu personellen Veränderungen in den örtlichen deutschen Behörden. Maßnahmen zur Entnazifizierung des Verwaltungsapparates, der Polizei, der Justiz und der Wirtschaft wurden eingeleitet. Damit sollte der Grundstein für tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen gelegt werden. Auf der Grundlage der dazu vom Präsidium der Provinzialverwaltung erlassenen Verordnungen forderte der Bezirkspräsident am 15. August 1945 von den Landräten und Oberbürgermeistern die Bildung von Ausschüssen zur Überprüfung der Polizei und der öffentlichen Verwaltungen.²⁵⁰ Der im Kreis Salzwedel ernannte Ausschuss überprüfte im September und Oktober 1945 Bürgermeister, Amtsvorsteher und Verwaltungen. Im Ergebnis wurden bis November 1945 79 Beamte und Angestellte des Landratsamtes, sowie 124 (von 172) Bürgermeister des Kreises ihrer Ämter enthoben. Aus dem Polizeiapparat mussten 46 Beamte ausscheiden.²⁵¹ Sämtliche Funktionen der Kreis- und Stadtverwaltung wurden durch antifaschistische Kräfte, vor allem durch Mitglieder der KPD und SPD besetzt.²⁵² Entsprechend der Bodenreform erfolgte die Enteignung der Großgrundbesitzer und die „Beschlagnahme des Vermögens geflüchteter Personen“. Ein Teil der daraufhin zur Verfügung stehenden Gelder ging an die Kreisverwaltung bzw. an die Landeshauptkasse. Auf diese Weise wurden inter anderem die ersten Arbeiten der Selbstverwaltungsorgane finanziert.²⁵³ Für die Versorgung aller im Kreisgebiet untergebrachten Menschen waren erhebliche finanzielle Mittel eingesetzt worden.²⁵⁴ Die ersten Schritte der Stadtverwaltung Salzwedel fasste der Bürgermeister Otto Garz in seinem Rechenschaftsbericht im August 1946 zusammen. Er betonte, dass vor allem die Notstandsarbeiten und die lebensnotwendigen Arbeiten für die Versorgung der Bevölkerung mit großen Anstrengungen verbunden waren, die

²⁵⁰ Stadtarchiv Salzwedel, Das Jahr 1945, S. 20 ff.

²⁵¹ Vgl. LA Magd. – LHA – ,Rep. K 13 Salzwedel, Nr. 301.

²⁵² Zum neuen Bürgermeister der Stadt Salzwedel ernannte der Stadtkommandant am 25. 09.1945 den Sozialdemokraten Otto Garz. Als Zweiter Bürgermeister wurde der Kommunist Ewald Lüders eingesetzt. Die Funktion des Landrates wurde dem Kommunisten Volgmann übertragen.

²⁵³ Vgl. LA Magd., – LHA – , Rep. K 13 Salzwedel, Nr. 382 und 384.

²⁵⁴ u.a. für die Flüchtlingsfürsorge, für die Herrichtung der Wehrmachtslazarette, die Ausländer und Kriegsgefangenenlager, zur Versorgung der ehemaligen KZ-Häftlinge und für die Versorgung der Besatzungstruppen; Vgl. auch Das Jahr 1945, S. 42.

gleichzeitig mit den aus der Entnazifizierung entstandenen Problemen in der Verwaltung gelöst werden mussten.²⁵⁵

Insgesamt stellte sich die Situation im Kreis im Sommer 1945 wie folgt dar:

1. Die auf Grund der Kriegsjahre zurückgebliebene wirtschaftliche Situation des Altmarkkreises machte eine schnelle Aufnahme der agrarischen und industriellen Produktion dringend erforderlich. Besonders die landwirtschaftliche Produktion als wichtige Grundlage für die Versorgung der Bevölkerung galt es vorrangig voranzutreiben. Dies wurde unter amerikanischer und britischer Besetzung begonnen und im Juli/August 1945 unter den sowjetischen Militärbehörden und der kommunalen Verwaltung fortgeführt.
2. Die Lebensbedingungen der Bevölkerung war bei Kriegsende durch die wirtschaftliche Situation stark eingeschränkt. Lebensmittel und andere notwendige Versorgungsgegenstände waren nur in unzureichendem Maße vorhanden. Erschwert wurde die Gesamtsituation durch die Aufnahme einer großen Zahl von Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen bereits während des Krieges und danach in der Stadt und im Landkreis gekommen waren. Die Versorgungslage konnte in Zusammenarbeit von Kommandantur und Kreis- und Stadtverwaltung sowie unter Mithilfe der Bevölkerung bis Ende 1945 stabilisiert werden. Auch für die im Kreisgebiet zusätzlich sich aufhaltenden Menschen konnte die Versorgung, notdürftige Unterbringung und die Beschaffung lebenswichtiger Gebrauchsgegenstände gewährleistet werden.
3. Ende August 1945 begannen auf Befehl der sowjetischen Militärbehörden im Kreis Salzwedel umfangreiche Entnazifizierungsmaßnahmen. Während durch die britischen und amerikanischen Besatzungsbehörden erste personelle Veränderungen in den kommunalen Verwaltungen durchgeführt worden waren, erfolgte Ende August 1945 durch die sowjetischen Militärbehörden ein umfangreicher Personalaustausch in allen Bereichen und Entscheidungsgremien der Stadt und des Landkreises. Besetzt wurden die Ämter vorrangig durch Kommunisten und Sozialde-

²⁵⁵ Vgl. Rechenschaftsbericht des Oberbürgermeisters, S. 5 f.

mokraten. In unmittelbarem Zusammenhang mit der Entnazifizierung erfolgte im Zuge der Bodenreform die Enteignung des Großgrundbesitzes im Kreisgebiet. Mit diesen Maßnahmen wurden Ende 1945 die grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse eingeleitet.

4.3. Die Auswirkungen von Flucht und spontaner Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den Ostprovinzen und der Tschechoslowakei auf die Stadt und den Kreis Salzwedel bis Ende 1945

Die im Winter 1944/45 aus den östlichen Provinzen Deutschlands beginnende Fluchtbewegung und die darauffolgenden Vertreibungen der deutschen Bevölkerung trafen die einzelnen Regionen der späteren sowjetischen Besatzungszone zunächst in unterschiedlichem Maße. Besonders die Territorien westlich von Oder und Neiße hatten mit den in großer Zahl einströmenden Menschen die größten Probleme.

Die Vermutung liegt nahe, dass - bedingt durch die geografische Lage - in die Stadt und den Kreis Salzwedel zu Beginn der Ereignisse im Winter 1944/45 noch keine Flüchtlinge aus den Ostprovinzen gelangt sein konnten. Die Tatsache, dass das Kreisgebiet jedoch schon Mitte 1945 zu jenen Regionen gehörte, in denen ein erheblicher Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen war, gibt Anlass, die Bevölkerungsentwicklung im Hinblick auf diese Frage detaillierter zu untersuchen. Ob bereits in den Wintermonaten 1944/45 Flüchtlinge aufgenommen wurden bzw. in welchem Umfang und mit welchen Auswirkungen die Aufnahme von Vertriebenen in der Folge bis 1948/49 vor sich ging, wird deshalb anhand der einzelnen Phasen der Flucht und Vertreibung im Untersuchungsgebiet nachzuweisen sein.²⁵⁶ Die in diesem Abschnitt folgenden Ausführungen werden sich zunächst auf die Flüchtlings- und Vertriebenenbewegung im Kreisgebiet bis Ende 1945 beziehen.

Die Untersuchungen die Provinz Sachsen insgesamt betreffend besagen, dass die meisten hier gelegenen Regionen von der einsetzenden Fluchtwelle im Winter 1944/45 bis zum Frühjahr 1945 vergleichsweise wenig betroffen wa-

²⁵⁶ Die kurze Darstellung der Ereignisse bzw. einzelnen Phasen der Flucht und Vertreibung sind unter Kap. 2.2. zu finden. Auf eine ausführliche Beschreibung der Flucht und Vertreibung in seiner Gesamtheit und Komplexität wird verzichtet, da sie hinreichend publiziert und in der Standardliteratur zu dieser Thematik nachzulesen ist.

ren.²⁵⁷ Für den im nördlichen Teil der Provinz gelegenen Kreis Salzwedel lassen die wenigen für diesen Zeitraum vorhandenen Quellen dennoch den Schluss zu, dass die Region schon im Winter 1945 mit eintreffenden Flüchtlingen aus den deutschen Ostprovinzen in Berührung kam. Nach der Darstellung eines Zeitzeugen hatte der Kreis und im Besonderen die Stadt Salzwedel bereits zu diesem Zeitpunkt mit größeren Flüchtlingsgruppen aus den deutschen Ostgebieten zu tun. Nach seinen Beschreibungen über die Ereignisse des Jahres 1945 in Salzwedel durchzogen ab Februar 1945 größere Flüchtlingstrecks die Stadt. Er beschrieb die Situation so:

„Durch das schnelle Vordringen der Russen war wohl eine besorgte, aber keine beunruhigende Stimmung in der Bevölkerung hervorgerufen. Ende Januar gab es Frost, ... Seit dem am 1. Februar die russischen Panzerspitzen vor Küstrin standen und Schlesien zum größten Teil genommen war, durchzogen viele Trecks aus dem Osten und Schlesien die Stadt. Ein jämmerliches Bild des Kriegselends bot sich den Augen. Lange Kolonnen von Flüchtlingen, Pferdegespann an Gespann nur mit Frauen, Kindern und dem Notdürftigstem des Leibes und des Lebens beladen, zogen mit kurzer Rast durch die Stadt. Hilfreiche Hände ... suchten nach Möglichkeiten durch heiße Getränke, Speisen und Unterkunft der bittersten Not zu steuern. So ging es wochenlang fort, dazwischen dauernder Regen.“²⁵⁸

Bei den in das Kreisgebiet gelangten Flüchtlingen fehlen zwar amtliche Angaben über die Anzahl der Eintreffenden, indem jedoch die Rede von Flüchtlingen „aus dem Osten und Schlesien“ ist, wird damit sicher auf einen Teil der uns interessierenden Flüchtlingsgruppen aus den deutschen Ostgebieten hingewiesen.²⁵⁹ Durch die Aussage, dass die Menschen „mit kurzer Rast durch die Stadt zogen“, wird deutlich, dass die Region für den größten Teil der Flüchtlinge die Funktion eines „Durchzuggebietes“ bzw. einer „Zwischenstation“ gehabt

²⁵⁷ Lediglich die östlichen Kreise der Provinz Sachsen und der Freistaat Anhalt hatten zu diesem Zeitpunkt in verstärktem Maße eintreffende Flüchtlinge aufgenommen. Vgl. Wille, Manfred, Die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen, Dokument, Bd. I, Wiesbaden 1996, S. 20 ff.

²⁵⁸ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Das Jahr 1945, Erinnerungsbericht eines Zeitzeugen, S. 5.

²⁵⁹ Es ist nicht auszuschließen, dass sich unter den „aus dem Osten“ kommenden Flüchtlingen auch Evakuierte und Flüchtlinge aus den östlichen Kriegsgebieten Deutschlands befanden.

hatte. Ob das Kreisgebiet dennoch für einige Flüchtlinge längerfristiger Aufnahmeort war, ließ sich nicht ermitteln. Auch über deren Anzahl und Aufenthaltsort sind keine Aussagen möglich. Untersuchungen über die Provinz Sachsen insgesamt besagen, dass um die Jahreswende 1944/45 nur einzeln oder in kleinen Gruppen ziehende Flüchtlinge bis hierher kamen. In den meisten Fällen verblieben sie nur, weil sie entweder aus Erschöpfung nicht weiterziehen konnten oder zielgerichtet bei Verwandten Schutz suchten. Meist richteten sie sich dann für eine längere Verweildauer ein. Ein Teil von ihnen war relativ problemlos in Wohnungen oder kleineren Sammelunterkünften untergebracht worden.²⁶⁰ Diese Aussage trifft zumindest auf einige benachbarte Regionen des Kreises Salzwedel zu. Hier wurden Flüchtlingsgruppen in den Gemeinden des Altmarkkreises Stendal untergebracht.²⁶¹ Inwieweit dies das Kreisgebiet Salzwedel einschließt, ließ sich auf Grund ungenügender Quellenaussagen für diesen Zeitraum nicht ermitteln.

Ab März 1945 durchquerten Flüchtlinge laut Erinnerungsbericht auch in Eisenbahntransporten die Region. Hierbei wurde die einheimische Bevölkerung mit vielfach dramatischen Flüchtlingsschicksalen konfrontiert. So hieß es in dem oben genannten Bericht:

„... Aus den übervollen Eisenbahnzügen wurden am 10. März drei tote Kinder und eine alte Frau herausgereicht, deren Tod hier im Standesamt beurkundet wurde, ehe man sie der Erde übergab. Überall hörte man dergleichen Schilderung des Flüchtlingsselends.“²⁶²

Über die Häufigkeit der Transporte sowie über Anzahl und Herkunft der Menschen werden keine genauen Angaben gemacht. Die oben genannte Quelle ist der dem Verfasser zur Verfügung stehende einzige Hinweis auf Transporte dieser Art und zu diesem Zeitpunkt. Die Vermutung liegt jedoch nahe, dass es sich um einen Flüchtlingstransport aus den deutschen Ostgebieten handelte (und nicht um einen Durchschleusungstransport von KZ-Häftlingen²⁶³), da hier von

²⁶⁰ Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene nach dem II. Weltkrieg in Sachsen-Anhalt: Ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft, Münster 1999, S. 26 ff.

²⁶¹ Vgl. LA Magd. – LHA – ,Rep. K 12, Kreisverwaltung Haldensleben, Nr. 241, 268.

²⁶² Vgl. „Das Jahr 1945“, Erinnerungsbericht, S. 5.

²⁶³ Der Abtransport von Häftlingen aus den Konzentrationslagern in den mitteldeutschen Raum begann etwa um die gleiche Zeit.

Frauen, Kindern und Alten die Rede ist, welche offensichtlich unter äußerst beschwerlichen Umständen eine lange Wegstrecke hinter sich gebracht hatten.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass im Zeitraum von Januar bis März 1945 deutsche Ostflüchtlinge bis in den Kreis Salzwedel gelangten. Die Region wurde jedoch wahrscheinlich nicht „von Menschenmassen überströmt“ und war vorrangig „Durchzugsgebiet“. Die Zahl der bis hierher Gelangten ist nicht nachweisbar.

Als sich ab April 1945 das Kriegsgeschehen auf Mitteldeutschland zu verlagern begann, hatte dies auch Auswirkungen auf die Fluchtbewegung und die damit in Zusammenhang stehenden Zufluchtsgebiete. Regionen, die weniger vom Kriegsgeschehen betroffen waren bzw. sicherer schienen, wurden zu angestrebten „Zufluchtsorten“. Das Kreisgebiet und vorrangig die Stadt Salzwedel wurden zum wiederholten Male Zielort für Flüchtlinge. Dennoch ging deren Zustrom in den ersten Apriltagen kurz vor Kriegsende in Folge der Ereignisse im mitteldeutschen Raum²⁶⁴ zunächst zurück. Während ein Teil der Flüchtlinge, die bis zum Einmarsch der Amerikaner in das Kreisgebiet gelangt waren, in Richtung Westen weiterziehen konnten, gerieten jene Flüchtlinge zwischen die Fronten, die es bis zu diesem Zeitpunkt nicht geschafft hatten, das linkselbische Gebiet zu erreichen. Mit dem Erreichen der Elbe durch die Amerikaner wurde den Flüchtlingen ein Übersetzen über den Fluss verwehrt. Die Flüchtlinge waren gezwungen, vorerst dort zu bleiben, wo sie sich gerade befanden.²⁶⁵ Somit wurde die Flüchtlingsbewegung in die westlich der Elbe gelegenen Gebiete, damit auch in oder durch das Kreisgebiet, zunächst behindert. Mit dem weiteren Vordringen der sowjetischen Truppen versuchten viele Flüchtlinge jedoch erneut weiter nach Westen zu gelangen. Anfang Mai 1945 nahm der Zustrom

²⁶⁴ Während die Flüchtlinge versuchten westwärts aus den Truppenaufmarschgebieten herauszukommen, näherten sich von Osten her die sowjetischen Truppen, die zurückweichenden deutschen Truppenverbände hatten jedoch mittlerweile alle noch intakten Flussübergänge zerstört. Mit dem Erreichen der Elbe durch die sowjetischen Truppen Anfang Mai, sperrten die US-Kommandostellen die noch intakten Elbübergänge und lehnten ein Übersetzen der Zivilisten ab, so dass die Flüchtlinge nicht mehr die Möglichkeit hatten, in die Obhut der westalliierten Truppen zu gelangen. Später verhinderte ein durch alle örtlichen Besatzungsmächte verfügbares generelles Wanderungsverbot bis Ende Juni 1945 das Weiterziehen.

²⁶⁵ Die Flüchtlinge waren größtenteils auf sich allein gestellt, denn kaum jemand kümmerte sich im allgemeinen Chaos um das Schicksal „Fremder“. In der Nähe der zerstörten Brücken lagerten Zehntausende Menschen im Freien.; Vgl. z.B. LA Magd. – LHA –, Rep. K, Min. Präs., Nr. 857.

trotz widriger Umstände im Kreisgebiet wieder nachweislich zu. In der Stadt Salzwedel wurden Anfang Mai mit der Einrichtung einer Auffang- und Verpflegungsstelle in einer umfunktionierten Gaststätte erste Hilfsmaßnahmen eingeleitet. Der Bericht über die Situation Anfang Mai 1945 charakterisiert die dramatischen Umstände auf folgende Weise:

„In den ersten Maitagen kamen viele Flüchtlinge, Zivil und Militär, von der Elbe her und erzählten allerlei mit den Russen Erlebtes. Amerikaner schleusten über die Elbe, fischten auf, und retteten nach Möglichkeit, was in ihren Kräften stand. Im Hotel „Schwarzer Adler“ wurde eine Auffang- und Verpflegungsstelle für durchziehende Flüchtlinge eingerichtet. Es gab Unterkunft und Verpflegung für täglich 1,20 RM ...“²⁶⁶

Obwohl in der Region in den ersten Monaten des Jahres 1945 keine Aufnahme größerer Gruppen von Ostflüchtlingen nachweisbar ist, wird dennoch allein für die Stadt Salzwedel ein kontinuierlicher Bevölkerungszuwachs bis Anfang Mai 1945 angegeben. So hieß es in einem Bericht:

„Die Bevölkerungszahl Salzwedels bezifferte sich bei Kriegsausbruch am 1. September 1939 auf 17 926 Personen, am 1. Juli 1943 auf 19 824 Personen und stieg durch Zuzug von Ausgebombten, Umquartierten und Ausländern bis 1. Mai 1945 auf 26 258 Personen ...“²⁶⁷

Zwei Aussagen sind hier im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand von Bedeutung: Obgleich hier von „Umquartierten und Ausgebombten“ die Rede ist, wird anhand der Zahlen nochmals bestätigt, dass die Stadt durch die „Beherbergung Fremder“ schon vor Kriegsende stark beansprucht war. Insgesamt befanden sich im Zeitraum von Februar bis kurz vor Kriegsende mehrere Tausend zusätzliche Menschen allein in der Kreisstadt. Zum anderen kann nicht völlig ausgeschlossen werden, dass sich unter den als „Umquartierte“²⁶⁸ bezeichneten Personen zumindest ab dem Frühjahr 1945 bereits Flüchtlinge aus den deutschen Ostprovinzen befanden. Deren Anteil lässt sich allerdings bis Kriegsende nicht eindeutig ermitteln.

²⁶⁶ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Das Jahr 1945, S. 18.

²⁶⁷ Vgl. ebenda, S. 6.

²⁶⁸ Der Begriff „Umquartierte“ wird in den Berichten und Dokumenten aus dem Jahre 1945 häufig verwendet. Er umfasst sowohl Evakuierte als auch Flüchtlinge aus den deutschen Ostprovinzen.

Während die Salzwedeler Behörden bis zum Mai 1945 vorrangig mit der Unterbringung von Evakuierten bzw. durchziehenden Flüchtlinge zu tun hatten, wurden sie bei Kriegsende zunehmend mit der Aufnahme und Unterbringung Vertriebener aus den deutschen Ostgebieten konfrontiert.²⁶⁹ Vermutlich etwa ab Ende Mai des Jahres 1945 nahm der Kreis Salzwedel die ersten Vertriebenen auf. Die folgenden Angaben, welche vom Zahlenmaterial her nur bedingt repräsentativ sind, sollen dennoch verwendet werden, da sie erstmals die Aussage zulassen, dass Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten bis Anfang August im Kreisgebiet (bzw. hier zunächst in der Stadt Salzwedel) Aufnahme fanden:

Anzahl der in der Stadt Salzwedel im August 1945

registrierten „Umquartierten“²⁷⁰

Ortsansässige	19 341
Umquartierte aus:	
Tschechoslowakei:	45
Polen:	307
Schlesien:	447
Pommern:	595
Berlin, Mark Brandenburg, Mecklenburg:	1 575
Ost-, Westpreußen, Danzig:	735
Sachsen, Thüringen	1 591
Westgebiete	2 222
Umquartierte gesamt:	<u>7 517</u>
Bevölkerung inklusive „Umquartierte“ gesamt:	<u>26 858</u>

²⁶⁹ Insgesamt kamen in die Provinz Sachsen bis Anfang August 1945 durch spontane, unorganisierte Vertreibung schätzungsweise 300 000 Flüchtlinge und Vertriebene. Während die einzelnen Flüchtlinge und Vertriebenen bis Mai/Juni noch relativ gut in den Städten und Gemeinden der Provinz Sachsen versorgt und zeitweise untergebracht worden waren, wurde es in den Sommermonaten mit dem beginnenden massenhaften Zustrom der Menschen schwieriger, Möglichkeiten der Versorgung zu schaffen.; Vgl. dazu Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene, Münster 1999, S. 43.

²⁷⁰ Die Zahlenangaben werden im Erinnerungsbericht ohne Angabe der Quelle aufgelistet und sind mit dem Hinweis „nur bedingt repräsentativ“ versehen; Vgl. Das Jahr 1945, S. 25.

Obwohl die angegebenen Zahlen möglicherweise nur annähernd korrekt sind, werden jedoch erstmals eindeutig Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten unter den Aufgenommenen²⁷¹ erkennbar, welche sowohl zahlenmäßig erfasst als auch im Stadtgebiet untergebracht worden waren. In Salzwedel hielten sich demnach bis zu diesem Zeitpunkt ca. 2 400 Vertriebene aus Polen, Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen, Danzig und der Tschechoslowakei auf. Der andere, als „Umquartierte“ bezeichnete Teil der Menschen, waren Evakuierte und Ausgebombte aus östlichen und westlichen Evakuierungsgebieten Deutschlands (rund 5 400 Personen).²⁷²

Die Kreisverwaltung Salzwedel bezifferte die Zahl der aufgenommenen Menschen im Kreisgebiet am 1. August 1945 mit insgesamt 4 767 Personen, von denen der größte Teil aus Ostpreußen (1 734 Personen), Schlesien (1 055 Personen) und Pommern (899 Personen) stammte.²⁷³ Die bis Anfang August 1945 ca. 4 700 Vertriebenen wurden demnach etwa jeweils zur Hälfte in den Gemeinden des Kreises und im Stadtgebiet aufgenommen. Die Unterbringung der Eintreffenden in der Stadt erfolgte zunächst in umfunktionierten öffentlichen Gebäuden. Die schon zuvor notdürftig eingerichteten Quartiere, wie ehemalige Wehrmachtsunterkünfte und Arbeitslager, waren noch mit Evakuierten belegt. Deshalb versuchten die Salzwedeler Behörden weitere Möglichkeiten zu schaffen, um den Vertriebenen ein provisorisches Obdach zu geben. Im Juni 1945 waren zunächst die Jahnschule und das Gasthaus Heller für die Aufnahme vorbereitet worden.²⁷⁴

Mit der Legitimierung der Ausweisungen²⁷⁵ nahm der Zustrom Vertriebener Anfang August 1945 weiter zu. Obwohl weder Festlegungen über die Anzahl der zu Erwartenden noch über finanzielle oder materielle Unterstützungen existierten, waren die Salzwedeler Behörden wie in den meisten Regionen gezwungen, zu reagieren und die Aufnahme weiterer Menschen zu gewährleis-

²⁷¹ Als „Umquartierte“ wurden hier - wie bereits beschrieben - alle „Ost- und Westflüchtlinge“ zusammengefasst. Das betraf sowohl Evakuierte aus Ost und Westdeutschland, als auch Flüchtlinge und Vertriebene aus den deutschen Ostprovinzen, (wie in der Übersicht).

²⁷² Die Zahlen sind aus der Tabelle S. 55 errechenbar.

²⁷³ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K 13, Kreisverwaltung Salzwedel, Nr. 91.

²⁷⁴ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Protokollbuch der Beiratssitzungen des Magistrats der Stadt Salzwedel.

²⁷⁵ Vgl. Beschlüsse des Potsdamer Abkommens vom 17. Juli bis 2. August 1945, Dokumentensammlung, Moskau/Berlin 1986, S. 413.

ten. Die Erinnerungen eines Zeitzeugen verdeutlichen, welche Auswirkungen das Eintreffen der Menschen bis Mitte August auf die Stadt Salzwedel hatte und wie die Ankunft Vertriebener wahrscheinlich nicht nur von ihm erlebt wurde:

„... Mitte August setzte wieder ein Zuzug von vielen deutschen Flüchtlingen ein, die aus Polen und der Tschechei ausgewiesen waren. Bilder des traurigen Elends. Der „Schwarze Adler“, die Turnhalle der Landwirtschaftsschule, das Haus der Jugend, das Odeon und einige Gastwirtschaften waren täglich über- voll. Ein Zuzug vom platten Lande nach der Stadt war schon seit längerer Zeit gesperrt.“²⁷⁶

Angesichts der steigenden Vertriebenenzahlen und der im August 1945 fest- gelegten Maßnahmen nach dem Plan der Umsiedlerbetreuung²⁷⁷ wurde die Bezirksverwaltung Magdeburg aktiv und intensiviert ihre Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern und Landräten.²⁷⁸ In den folgenden regelmäßigen Dienst- beratungen der Bezirksverwaltung mit den für Vertriebenenfragen Verantwort- lichen der Kreise²⁷⁹ wurden die nun zu lösenden Aufgaben festgelegt. Dabei ging es um die Einrichtung von Auffang- und Durchgangslagern, die hygieni- sche und medizinische Betreuung und schließlich um die Unterbringung der Vertriebenen in Wohnungen.²⁸⁰

Bereits am 28.8.1945 gab Salzwedels Bürgermeister die nach dem Plan der Umsiedlerbetreuung der Provinz Sachsen geforderten „Richtlinien für Flücht- linge, die in der Stadt Salzwedel untergebracht werden wollen“²⁸¹ heraus. Ge- naue Anweisungen zu den Meldestellen, den vorgesehenen Lagern und zur Verpflegung sollte den Eintreffenden Orientierung geben und den verantwort- lichen Behörden die Arbeit erleichtern. Die Einrichtung weiterer Krankenhäuser

²⁷⁶ Vgl. Das Jahr 1945, S. 27.

²⁷⁷ Vgl. Plan der Umsiedlerbetreuung der Provinz Sachsen vom 20. August 1945.

²⁷⁸ Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. BV Magdeburg, Nr. 408, Bl. 22.

²⁷⁹ Zur Einrichtung der Umsiedlerbehörde nach dem Plan der Umsiedlerbetreuung im Kreis Salzwedel ist im nachfolgenden Abschnitt 4.4. nachzulesen.

²⁸⁰ Der „Hauptausschuss für Flüchtlingswesen“ der Bezirksstelle Magdeburg unter der Leitung von Otto Buchholz („Abteilung Umsiedlerbetreuung“) führte mit Landräten und Bürgermeistern des Regierungs- bezirkes Magdeburg eine Besprechung durch, auf der Maßnahmen des ein paar Tage zuvor herausgegebenen „Planes der Umsiedlerbetreuung“ beschlossen wurden. Vgl. LA Magd., – LHA –, BV Magdeburg, Nr. 217, Bl. 7.

²⁸¹ Vgl. Anlage 1.

und Hilfskrankenhäuser sowie Entseuchungsmaßnahmen wurden vom Magistrat der Stadt eingeleitet.²⁸²

Bis September 1945 hatte man Gaststätten, Schulen und ein Internat für Vertriebene geräumt und eingerichtet. Die Säle im „Odeon“ und im „Schwarzen Adler“, die Schülerpension, die Höhere Landwirtschaftsschule und Räume im späteren „Haus der Jugend“ waren mit Menschen belegt.²⁸³

Mit der Einrichtung eines Auffang- und Quarantänelager in Salzwedel wurde eine durch den Plan der Umsiedlerbetreuung geforderte Maßnahme erfüllt und den Erfordernissen im Bezug auf die medizinische und hygienische Betreuung der Eintreffenden Rechnung getragen. Das ehemalige RAD-Lager in der Hoyersburger Straße wurde am 30. Oktober 1945 als Quarantänelager für die Erstversorgung der Vertriebenen eingerichtet.²⁸⁴ Das Lager erfuhr 1946 eine Erweiterung zum zentralen Auffanglager für den gesamten Altmarkkreis. Alle Ankommenen hatten hier in den folgenden Monaten eine vierzehntägige Quarantänezeit abzuleisten. Danach wurde entschieden, ob ein Weitertransport oder eine Unterbringung im Kreisgebiet erfolgen sollte.

Im Kreisgebiet befanden sich am 7. September 1945 ca. 33 600 „Flüchtlinge“.

Die Zahl der als „Ost- und Westflüchtlinge“²⁸⁵ bezeichneten Personen setzte sich nach den Angaben der Kreisverwaltung Salzwedel wie folgt zusammen:

²⁸² Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Protokollbuch der Ratstagungen 1945/46 vom September und Oktober 1945.

²⁸³ Vgl. ebenda, Beratung vom 20. September 1945, 11. und 18. Oktober 1945 sowie LA Magd., – LHA –, Rep. K 13, KV Salzwedel, Nr. 192.

²⁸⁴ Vgl. Anlage 2.

²⁸⁵ Die Bezeichnung „Ostflüchtling“ erschwert die Konkretisierung des Zahlenmaterials, d.h. hinter den knapp 20.000 „Ostflüchtlingen“ verbergen sich sowohl Evakuierte aus den östlichen Regionen Deutschlands als auch die Vertriebenen aus den deutschen Ostprovinzen. Mit „Westflüchtlingen“ sind Evakuierte aus Westdeutschland gemeint.

Anzahl der Vertriebenen sowie der Ost- und Westevakuierten im September 1945 im Kreis Salzwedel:²⁸⁶

Evakuierte aus Westdeutschland:	13 707
Evakuierte aus Ostdeutschland: einschließlich Vertriebener aus den deutschen Ostprovinzen:	19 901
davon Personen im Stadtgebiet:	8 660

Die Zahlen verdeutlichen, dass die Situation in der Stadt und im Kreisgebiet schon Anfang September 1945 im Bezug auf die bereits aufgenommenen Menschen mehr als angespannt gewesen sein dürfte. Ab September 1945 trafen Vertriebene vermehrt und in kürzeren Abständen ein - z.B. am 9. September 1945, zwei Tage nach der letzten Registrierung - mit rund 100 Personen aus Ost- und Westpreußen, Schlesien und Pommern.²⁸⁷

Etwa ab diesem Zeitpunkt wurde in den amtlichen Dokumenten die Herkunft der aufgenommenen und eintreffenden Menschen eingeführt.²⁸⁸ In den folgenden Monaten bemühten sich die Salzwedeler Behörden nach den Vorgaben der Provinzialverwaltung, statistisch genaue Angaben nach Anzahl und Herkunft der Eintreffenden zu erstellen und vierzehntägig an den Regierungsbezirk weiterzuleiten. Das Ziel war es, durch eine bessere Erfassung und Regulierung der Eintreffenden, die Versorgung sicherzustellen. Auf einer Dienstberatung des Bezirkspräsidiums mit den Landräten, Bürgermeistern und verantwortlichen Mitarbeitern für Umsiedlerfragen aus den Kreisen im September 1945 wurde die Ankunft von 100 000 „Flüchtlingen“ für den Bezirk Magdeburg angekündigt. Genauere Angaben zur Verteilung der Ankommenden auf die Kreise bzw. Hinweise zum Zeitpunkt des Eintreffens der Menschen konnten nicht gegeben werden.²⁸⁹

Trotz regelmäßiger Beratungen der örtlichen Umsiedlerbehörden mit der Bezirksverwaltung war weiterhin genau jene Eigeninitiative nötig, wie sie schon

²⁸⁶ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K 13 Salzwedel, Nr. 91.

²⁸⁷ Vgl. ebenda.

²⁸⁸ Statistiken entsprechend der Forderungen der ZVU.

²⁸⁹ Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. BV Magdeburg, Nr. 408, Bl. 42-44, 48.

seit Monaten praktiziert wurde. In der Stadt und in den Gemeinden des Kreises waren längst Organisationsstrukturen der Verwaltungsbehörden aus der praktischen Notwendigkeit entstanden, als die Pläne zur Umsiedlerbetreuung dies forderten. Es gab bereits sowohl eine „Nebenstelle für Umsiedlerfragen“ als auch „Umsiedlerbeauftragte“ in den Gemeinden. Dennoch musste im Bezug auf die Versorgung der Menschen weiterhin viel improvisiert werden. Um sie zu gewährleisten, wandte sich der Bürgermeister im September 1945 wie schon oft in den vergangenen Monaten mit der Bitte um Mithilfe an die Bevölkerung. In einem Aufruf hieß es dazu:

„Im Rahmen der Flüchtlingsfürsorge ist im Gebäude der Höheren Landwirtschaftsschule eine Nähstube eingerichtet worden. Die Nähstube soll aus alten Bekleidungs- und Wäschestücken Bekleidung für durchziehende Flüchtlinge und in Salzwedel untergebrachte bedürftige Personen herstellen. Ich wende mich daher an die Bevölkerung mit der Bitte, diese Maßnahme durch freiwillige Abgabe älterer tragfähiger Bekleidungsstücke ... zu unterstützen.“²⁹⁰

Im September 1945 hatte die Nebenstelle des Umsiedleramtes Salzwedel bereits mehrere Tausend Vertriebene im Kreisgebiet versorgen müssen. In einem Schreiben an die Abteilung Flüchtlingswesen der Provinz Sachsen konnte der Landrat des Kreises Salzwedel am 22. September 1945 dennoch Positives berichten:

„Die in der Verordnung für Flüchtlingsbetreuung in der Provinz Sachsen geforderte Einrichtung der Lager ist durchgeführt. Die Meldung dient der Erfüllung der Frist vom 30. August 1945. Die Verpflegung wird in den nächsten Tagen möglich sein. Die hygienische und ärztliche Betreuung ist von den hiesigen Ärzten in monatlichem Wechsel übernommen worden. Die Entlausung und Untersuchung auf Infektionskrankheiten findet im Hauptlager – der Höheren

²⁹⁰ Vgl. Anlage 3.

Landwirtschaftsschule – statt. Krankenstuben, für Männer und Frauen getrennt, sind im Altersheim „Reichswaisenhaus“ eingerichtet worden. Am 20. September 1945 waren 884 Flüchtlinge in 6 Lagern untergebracht. In jedem Lager befinden sich 1 bzw. 2 Sanitäterinnen. Mit dem Roten Kreuz ist Verbindung aufgenommen worden.

Die Abteilung „Wohnraumlenkung“ versucht, jeder Familie eine selbständige Wohnung bereitzustellen. Die Ernährungsverhältnisse werden durch die Einrichtung von 3 Gemeinschaftsküchen innerhalb des Stadtgebietes im Winter gesichert sein. Die Flüchtlinge werden zur Arbeitsleistung herangezogen. Sie finden in der Flüchtlingskartei Aufnahme. Eine ordnungsgemäße polizeiliche Anmeldung wird verlangt. Einquartierungen von Personen ohne Marschbefehl und Flüchtlingspaß werden durch Zuweisung in die zuständigen Bezirke vermieden
“²⁹¹

Die im letzten Drittel des Jahres 1945 verstärkt eingetroffenen Vertriebenen²⁹² spiegelten sich in folgendem Zahlenmaterial wieder:

Die Aufnahme von Vertriebenen im Kreis Salzwedel im letzten Quartal 1945.²⁹³

Vertriebene im Oktober 1945		Vertriebene im Dezember 1945	
Ostpreußen:	8 162	Ostpreußen:	8 724
Schlesien:	4 402	Schlesien:	3 549
Pommern:	2 992	Pommern:	2 035
Tschechoslowakei:	keine Angaben	Tschechoslowakei:	1 323
Gesamt: 15.631 Vertriebene			

Anhand des Zahlenmaterials lassen sich für das Kreisgebiet von Oktober bis Dezember 1945 mehrere Aussagen treffen. Die Zahl der eintreffenden Vertriebenen aus Ostpreußen hatte sich erhöht. Sie bildeten 1945 die größte landmannschaftliche Gruppe im Kreisgebiet. Teile der aus Pommern und Schlesien

²⁹¹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19587.

²⁹² Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. K Mdl, Nr. 6500; Anfang Oktober 1945 standen nach den Alliierten Beschlüssen die Zahlen der für die SBZ vorgesehenen Personen (4,5 Millionen Vertriebene) und für die Provinz Sachsen (400.000) fest, vorrangig Deutsche aus der Tschechoslowakei.

²⁹³ Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. K 13 Salzwedel, Nr. 91.

stammenden Vertriebenen wurden weitergeleitet, so dass deren Zahl rückläufig war.²⁹⁴ Auffällig ist die relativ stark angestiegene Zahl der aus der Tschechoslowakei stammenden Deutschen. Die ersten Sudetendeutschen trafen somit bereits im Dezember 1945 verstärkt auch in der nördlichsten Region der Provinz im Kreis Salzwedel ein.²⁹⁵

²⁹⁴ Letztere werden in – nach den Plänen der Provinzialverwaltung für den Regierungsbezirk Magdeburg vorgesehenen Anweisungen – andere Regionen (vermutlich Mecklenburg und Brandenburg) weitergeleitet worden sein.

²⁹⁵ Vgl. Pläne der Alliierten für den „organisierten Transfer“ der Vertriebenen vom 20. November 1945; Danach sollten sudetendeutsche Vertriebene vorrangig in Thüringen und der Provinz Sachsen angesiedelt werden.

4.4. Die Aufnahme Vertriebener im Rahmen des organisierten Bevölkerungstransfers im Zeitraum vom Winter 1945/46 bis 1948/49 und die in diesem Zusammenhang von den Umsiedlerbehörden des Kreises Salzwedel getroffenen Maßnahmen

Bis zur Jahreswende 1945 hatten die Umsiedlerbehörden des Kreises Salzwedel eine umfangreiche Arbeit geleistet, um die vielfältigen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Eintreffen der Vertriebenen zu bewältigen. Ende 1945/Anfang 1946 waren mehr als 15 000 Vertriebene vorwiegend aus Ostpreußen, Schlesien, Pommern und der Tschechoslowakei im Stadt- und Landkreis registriert worden. Der größte Teil der bis zu diesem Zeitpunkt eingetroffenen Menschen stammte aus Ostpreußen. Im Dezember 1945 waren durch die fortgesetzten unkontrollierten Vertreibungsaktionen aus der Tschechoslowakei mehr als 1 300 Sudetendeutsche ins Kreisgebiet gelangt.²⁹⁶ Die auf diese Weise eingetroffenen Menschen wurden von den Salzwedeler Behörden notdürftig untergebracht und versorgt.²⁹⁷

Die Ausgangslage vor Beginn des so genannten organisierten Massentransfers und damit einer Vielzahl auch für den Kreis Salzwedel neu aufzunehmender Vertriebener war in vielerlei Hinsicht unübersichtlich und stellte die Umsiedlerbehörden erneut vor große Aufgaben. Mit bereits mehr als 15 000 im Stadt- und Landkreis registrierten Vertriebenen und fast ebenso vielen anderen „zeitweise untergebrachten“ Personen standen die örtlichen Verwaltungen Ende 1945, noch bevor weitere Menschen eintreffen sollten, vor erheblichen Unterbringungs- und Versorgungsproblemen. Obwohl aus den behördlichen Aufzeichnungen des Kreises und der Stadt Salzwedel nicht eindeutig hervor geht, ob sich die für 1945 angegebene Zahl Vertriebener im Kreisgebiet aufhielt oder ob es sich auch um „Durchgeschleuste“ handelte, waren jedoch die Behelfs-

²⁹⁶ Vgl. LA Magd. – LHA – , Rep. K 13 Salzwedel, Nr. 91.

²⁹⁷ Für die Vertriebenen aus der Tschechoslowakei war auf Grund des alliierten Planes der Umsiedlungen vom 20. November 1945 die Provinz Sachsen eines der vorgesehenen Hauptaufnahmelande. Ein genauer Zeitplan für die Aussiedlungen stand jedoch zum Zeitpunkt des Eintreffens der Menschen noch nicht fest.

quartiere und jeder freie Wohnraum mit Menschen belegt.²⁹⁸ Bei den Umsiedlerbehörden herrschte einerseits Unklarheit darüber, wie groß die Anzahl der zu erwartenden Menschen sein würde und wie viele davon zur dauerhaften Ansiedlung vorgesehen waren bzw. für welchen Zeitraum der andere Teil vorübergehend zu versorgen und später weiterzuleiten war. Zum anderen zeigen die statistischen Berichte für die SMA und das Bezirkspräsidium seit Beginn der Vertriebenenbewegung eine ständige Zu- und Abwanderung der Menschen im Kreisgebiet²⁹⁹, was die Versorgungssituation nicht einfacher machte. Unter diesen Bedingungen waren die Umsiedlerbehörden Anfang 1946 mit Blick auf den anstehenden Transfers gehalten, freie Kapazitäten für die Neuaufnahme Vertriebener zu schaffen. Eine der ersten Maßnahmen zu Beginn des Jahres bestand darin, den 1945 begonnenen Abtransport der Evakuierten bzw. die Weiterleitung Vertriebener zu beschleunigen. Im Januar 1946 wurden mehrere Transporte mit „nach Westen auswandernden Umsiedlern“ zusammengestellt. Zwei solcher Transporte mit 474 Menschen gingen beispielsweise am 13. und 15. Januar 1946 in die englische Zone.³⁰⁰ Bei dem mit „Umsiedlern“ bezeichneten Personenkreis handelte es sich vermutlich sowohl um Evakuierte, als auch – gemäß der alliierten Festlegungen – um Vertriebene zur Weiterleitung in die englische Zone.³⁰¹ Die Abschleusung der Evakuierten war einerseits wichtig zur Schaffung von freiem Wohnraum im Hinblick auf die Neuaufnahme Vertriebener, band andererseits jedoch erhebliche Kräfte durch den

²⁹⁸ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Das Jahr 1945, Erinnerungsbericht eines Zeitzeugen, S. 27; Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 21637; Protokollbuch der Ratstagungen 1945/46; LA Magd., – LHA –, Rep. K 13 Salzwedel, Nr. 192.

²⁹⁹ Die Provinz Sachsen insgesamt - den Kreis Salzwedel eingeschlossen - war nicht nur Aufnahmegebiet war, sondern hatte gleichzeitig auf Grund seiner territorialen Lage eine „Durchschleusungsfunktion“, die dadurch ständige Zu- und Abwanderung von Menschen erschwerte durchgängig über den gesamten Zeitraum - einschließlich des Transfers - eine genaue Bestimmung der Vertriebenenanzahl in der Region. Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19699, Nr. 24399, Nr. 17885; Verwirrend für die Beurteilung der Ausgangssituation im Bezug auf die Vertriebenenbewegung in der Region war außerdem der auch 1946 in den Aufzeichnungen der örtlichen Behörden uneinheitlich verwendete Terminus „Umsiedler“. Hinter dem Begriff und den dazu genannten Zahlen verbargen sich in einigen Dokumenten weiterhin sowohl Vertriebene als andere Personengruppen; Vgl. auch Stadtarchiv Salzwedel, z.B. Nr. 32200; „Das Jahr 1945“, S. 25; Hier wurden alle Personengruppen weiterhin auch als „Umquartierte“ bezeichnet

³⁰⁰ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17013, S. 15, 25.

³⁰¹ Im Bericht des Bürgermeisters war die Zahl der Westevakuierten im November 1945 mit ca. 12.300 Personen angegeben worden.; Vgl. „Das Jahr 1945“, S. 39; Für die Stadt Salzwedel vgl. auch Anlage 4.

zusätzlichen versorgungstechnischen und organisatorischen Aufwand, der jedoch für die Vertriebenenarbeit im Kreis dringend gebraucht wurde.³⁰²

Von Vorteil erwies sich, dass es seit 1945 in Salzwedel eine gut strukturierte Umsiedlerbehörde gab. Die Voraussetzungen dazu waren hier wie in den meisten Kreisen der Provinz nach dem Plan der Umsiedlerbetreuung der Provinzialverwaltung gelegt worden. Die danach bereits tätige, mit Umsiedlerfragen befasste „Nebenstelle“ wurde zu Beginn des Jahres 1946 ohne große Veränderungen in eine „Kreisstelle“ umgewandelt.³⁰³ Die Kreisstelle für Umsiedlerfragen in Salzwedel bearbeitete - mit Stadtrat Schröpfer als dem Leiter der Abteilung und mit sieben Angestellten - die Probleme der Aufnahme, Erfassung und Unterbringung der „Umsiedler“ für die Stadt und den Landkreis Salzwedel. Zum Betreuungsbereich gehörten ebenfalls die zu diesem Zeitpunkt bestehenden drei Umsiedlerlager, zwei Gemeinschaftsküchen und die Entseuchungsstation. Jede der Einrichtungen unterstand wiederum einem Leiter.³⁰⁴ Die Zusammenarbeit der mit „Umsiedlerfragen“ befassten Kreisstelle Salzwedel erfolgte mit dem Bezirkspräsidium Magdeburg bzw. teilweise direkt mit der Umsiedlerbehörde der Provinzialverwaltung sowie der Kreiskommandantur. Durch die von der Provinzialverwaltung getroffenen Festlegungen in Vorbereitung der weiteren Aufnahme Vertriebener waren für den Stadt- und Landkreis folgende Aufgaben zu bewältigen:

1. die genaue Registrierung bzw. statistische Erfassung der bereits eingetroffenen Vertriebenen bzw. der „Zu- und Abgänge“
2. die Räumung der Lager und die Unterbringung der bisherigen Insassen in Wohnungen bzw. die zügige Weiterleitung der dafür vorgesehenen Vertriebenen und anderer Personengruppen in die britische Zone
3. die organisatorische, medizinische und versorgungstechnische Vorbereitung der Lager für neu aufzunehmende Vertriebene³⁰⁵

³⁰² Insgesamt hatte man mit der „Durchschleusung“ sowohl Vertriebener als auch anderer Menschengruppen über den gesamten Zeitraum des Transfers zu tun. Die Ab- und Durchschleusung der untergebrachten Evakuierten konnte auch 1948 noch nicht abgeschlossen werden, vgl. auch Stadtarchiv Salzwedel, Nr.22885 und 32198.

³⁰³ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17013, S. 24.

³⁰⁴ Vgl. Anlage 5

³⁰⁵ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19587, S. 5 ff bzw. Plan der Umsiedlerbetreuung für die Provinz Sachsen.

Erste Erfahrungen im Bezug auf die Erstellung statistischen Materials über die Vertriebenenbewegung im Kreis hatte die Salzwedeler Umsiedlerbehörde auf Grund zentraler Anweisungen und Vorgaben³⁰⁶ schon im letzten Quartal des Jahres 1945 in Form von monatlichen Berichten über die „Zu- und Abgänge“ an Vertriebenen für die Kreiskommandantur gesammelt.³⁰⁷ Mit dem Beginn des Jahres 1946 wurde die genaue Registrierung der vorhandenen Vertriebenen, deren Zu- und Abwanderung sowie die Lagerbelegung von der Provinzialverwaltung für die Festlegung der Soll-Aufnahmezahlen an Vertriebenen für die einzelnen Kreise als dringend notwendig eingefordert³⁰⁸ Ebenso wurde die medizinische Versorgung der Vertriebenen durch regelmäßige ärztliche Kontrollen verlangt, denen monatliche Meldungen sowohl über aufgetretene Krankheiten der in den Lagern untergebrachten Menschen als auch medizinisch-technische Daten folgen sollten.³⁰⁹ Danach wurde unter anderem der benötigte finanzielle und technische Betreuungsaufwendung in den einzelnen Regionen berechnet.³¹⁰ Die Salzwedeler Umsiedlerbehörde brauchte ihre schon begonnene Arbeit im Bezug auf die geforderten Statistiken nur fortzusetzen und auf das geforderte Maß zu erweitern.³¹¹ Vierzehntägig wurden die geforderten Zahlen an die SMA bzw. das Bezirkspräsidium in Form der „Umsiedlerbelegungsstärken“ geliefert.³¹²

Trotz großer Bemühungen zeigte sich jedoch bald, dass eine gute Arbeit vor Ort nur im Zusammenwirken aller mit Umsiedlerfragen befassten Stellen des Kreises erreicht werden konnte. Hier traten Probleme auf, die in der Anfangsphase sich gemeinsam entwickelnder Tätigkeit nicht ungewöhnlich waren. So ergab sich beispielsweise bei einer durch das Einwohnermeldeamt Salzwedel vorgenommenen Registrierung im Stadtkreis Salzwedel im März 1946, dass von den bei der Umsiedlerbehörde gemeldeten 6 748 Vertriebenen nur 2 032

³⁰⁶ entsprechend der Forderungen der ZVU.

³⁰⁷ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K 13 Salzwedel, Nr.91.

³⁰⁸ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17882 S. 2, 10.

³⁰⁹ Vgl. ebenda, S. 8; vgl. auch Runderlass 4/46 vom 4. Januar 1946.

³¹⁰ Vgl. da, Nr. 19587, Bl. 36 ff.

³¹¹ Das zeigte sich unter anderem auch darin, dass, wie gefordert, Umsiedlerkarteikarten, Sammel- und Suchlisten geführt und „Flüchtlingspässe“ ausgefertigt wurden Vgl. Nr. 17013, S. 24, 25.

³¹² Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19699, S. 12 ff.

Personen erfasst waren.³¹³ Exakte Daten zu bereits angesiedelten Vertriebenen sowie eine geregelte Zuständigkeit und Aufgabenverteilung waren jedoch in doppelter Hinsicht unerlässlich. Zum einen war nur so eine Versorgung und Betreuung aller Vertriebenen möglich, zum anderen lag es im Interesse der Stadt und des Kreises, realistische und innerhalb der Behörden abgestimmte Zahlen an die Provinzialverwaltung zu übermitteln, um eine erhöhte Zuweisung weiterer Vertriebenen zu verhindern.³¹⁴ Etwa ab April 1946 sind für die Stadt und den Stadtkreis Salzwedel kontinuierliche Meldungen über die „Belegungsstärke der untergebrachten „Umsiedler“ dokumentiert.³¹⁵ In den Berichten an die Kreiskommandantur und an das Bezirkspräsidium wurden von April bis Juli 1946 folgende Registrierungsergebnisse vorgelegt:

Anzahl der im Stadtkreis Salzwedel im Zeitraum vom 1. April bis zum 25. August 1946 untergebrachten Vertriebenen:³¹⁶

Monat	Bestand	Zugänge	Abgänge
01.04.46	5 705	747	791
01.05.46	5 661	241	246
25.05.46	5 656	393	415
24.06.46	5 634	1 256	355
25.07.46	6 535	602	530

Die hier festgestellten Zahlen geben zweierlei Auskünfte. Zum einen nahm der Stadtkreis kontinuierlich Vertriebene (3 239 Zugänge) auf. Aus anderen Dokumenten ist ersichtlich, dass diese vor allem aus den östlichen Vertreibungsgebieten stammten.³¹⁷ Zum anderen ist eine außerordentlich hohe Fluktuation erkennbar (2 337 Abgänge). Das bedeutet, dass der überwiegende Teil der eingetroffenen Vertriebenen das Stadtgebiet entweder eigenmächtig verließ oder

³¹³ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19700, S. 38, 53.

³¹⁴ Die Stadt Salzwedel wurde am 1.1.1946 zur „kreisfreien Stadt“. Möglicherweise führte die Umstellung auch zu verwaltungstechnischen Schwierigkeiten, die sich auf die Umsiedlerbehörde auswirkte.

³¹⁵ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19699, z.B. S. 6.

³¹⁶ Vgl. ebenda, Nr. 19699, S. 6 ff.

³¹⁷ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K 13 Salzwedel, Nr. 91.

durch die Behörden weitergeleitet wurde. Die Zahl der im Stadtkreis selbst verbliebenen und eingewiesenen Vertriebenen hatte sich dadurch „nur“ um 830 Personen erhöht. Somit war Salzwedel bis zum Juli 1946 wiederum vorrangig „Durchschleusungsregion“ mit den damit verbundenen Aufgaben der Aufnahme, zeitweiligen Betreuung und Weiterleitung.³¹⁸

Während die Vertriebenenbewegung im Verwaltungsbereich der Stadt seit dem Frühjahr 1946 gut nachweisbar ist, gab es für das gesamte Kreisgebiet größere Diskrepanzen bei den Registrierungsergebnissen der Kreiskommandantur und der Umsiedlerbehörde. Beide übermittelten im Mai 1946 folgendes unterschiedliches Zahlenmaterial an das Bezirkspräsidium Magdeburg:

Kernbevölkerung und Vertriebene im Kreis Salzwedel im Juni 1946³¹⁹

Angaben	der Kommandantur:	der Umsiedlerbehörde:
Kernbevölkerung :	61 277 Personen	55 797 Personen
Umsiedler :	23 322 Personen	28 986 Personen

Nach den Angaben der Kommandantur befanden sich im Kreisgebiet über 5000 Personen weniger. Bei der hier vorliegenden Zahlendifferenz zur Umsiedlerbehörde könnte es sich um einen Registrierungsfehler handeln, wobei jedoch nicht auszuschließen ist, dass von der Kommandantur bewusst die Möglichkeit eingeräumt worden war, eine höhere Aufnahme von Vertriebenen im Kreisgebiet zu signalisieren.

Auf einer Besprechung der Kreisstellenleiter im Bezirkspräsidium Magdeburg im Mai 1946 wurden die abschließenden Maßnahmen für die in Kürze eintreffenden Vertriebenen beraten und die Registrierungsergebnisse der Kreise bekannt gegeben.³²⁰ Nach den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Berechnungen

³¹⁸ Die relativ kontinuierlichen „Zu- und Abgänge“ lassen eine Vertriebenenbewegung erkennen –eine ausgeprägte Mobilität - und im Verhältnis dazu eine zahlenmäßig geringe Aufnahme zum ständigen Verbleib.

³¹⁹ Unter den mit 23 322 von der SMA bzw. 28 986 Personen durch die Umsiedlerbehörde ermittelten Zahlen befanden sich - unter „Umsiedler“ zusammengefasst - die Vertriebenen im Kreisgebiet. Vgl. Anlage 6.

³²⁰ Vgl. Nach dem Rundschreiben vom 2.5.46, sollten von den vordringlich 200 000 Vertriebenen für die Provinz Sachsen 80 000 Personen in den Bezirk Magdeburg zur Einweisung kommen (350 000 Menschen seien bereits aufgenommen worden); Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19587, S. 26 ff.

hatte der Stadtkreis Salzwedel eine 32-prozentige und der Landkreis bereits eine 57-prozentige Aufnahmequote an „Umsiedlern“ erreicht.³²¹ Damit wäre das Soll für den Landkreis bereits übererfüllt gewesen, das Soll des Stadtkreises wäre fast erreicht (geplantes Soll für die Kreise durch die Provinzialverwaltung lag bei etwa 35 Prozent). Der Kreis Salzwedel hätte danach durch seine bereits starke Belegung nicht mehr zu den Gebieten gehören dürfen, die durch den zu erwartenden Transfer übermäßig in Anspruch genommen werden durfte.³²²

Die angespannte Lage im Kreis Salzwedel veranlasste die Kreisleitung der SED, im Juni 1946 von der Not der „Umsiedler“ und dem Unwillen der Kernbevölkerung- weitere Menschen aufnehmen zu wollen- zu berichten.³²³ Dennoch wurde die Stadt Salzwedel beauftragt, vorsorglich zwei der Ende 1945 geschlossenen Umsiedlerlager „für den Notfall“ wieder herzurichten.³²⁴ Einen Monat vor Beginn des Transfers wurden die offiziellen Zahlen der insgesamt zu erwartenden Vertriebenen für den Kreis Salzwedel mit 7 000 Personen und zunächst im Rahmen der aus der Tschechoslowakei Eintreffenden mit 5 000 Sudetendeutschen angegeben.³²⁵

Neben den registrativen Maßnahmen zur Vorbereitung des Transfers war die Aufmerksamkeit der Umsiedlerbehörden auf die Aufnahmemöglichkeiten der zu erwartenden Vertriebenen gerichtet – die Quarantänelager und Unterkünfte (Lager/Behelfsquartiere) in den Städten und Gemeinden. Eine der Hauptaufgaben in diesem Zusammenhang bestand in der Überprüfung und Sicherstellung der Kapazitäten der Lager. Unter den zum Teil notdürftig eingerichteten Behelfsquartieren befanden sich im Kreis Salzwedel größtenteils umfunktionierte Gaststätten und Schulen (z.B. Gasthöfe „Odeon“, und „Heller“, „Höhere Landwirtschaftsschule“) mit einem Fassungsvermögen von insgesamt

³²¹ Obwohl im Mai 1945 noch keine genauen Zahlen (Aufnahmesoll) für die einzelnen Kreise des Bezirkes genannt wurden ließen die Ergebnisse der Registrierungen erkennen, wie hoch der Anteil der Neuaufnahmen sein würde. Vgl. Anlage 7.

³²² Dieses Ergebnis und der nochmalige Hinweis des Salzwedeler Umsiedlerbeauftragten auf die Fehlberechnung durch die SMA ließen die strapazierten Salzwedeler Behörden (wie auch die einheimische Bevölkerung) hoffen, nur noch wenige Vertriebene aufnehmen zu müssen., Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19587, S. 40 ff.

³²³ Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. BV Magdeburg, Nr. 110.

³²⁴ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19587, S. 37.

³²⁵ Vgl. Anlage 8.; Nach dem angegebenen Plan sollten im Bezirk Magdeburg zu den bereits angesiedelten 301 248 Vertriebenen weitere 196 000 aus der Tschechoslowakei aufgenommen werden.

etwa 1 000 Personen.³²⁶ Regelmäßige Kontrollen und Wartungen der sanitären Anlagen und der Einrichtungsgegenstände sollten eine reibungslose Nutzung der Objekte ermöglichen.³²⁷ Die größte und schon 1945 als Auffanglager genutzte Einrichtung (das Lager des ehemaligen Reichsarbeitsdienstes in der Hoyersburger Straße) wurde 1946 als zentrales Auffang- und Quarantänelager für das Kreisgebiet ausgebaut.³²⁸ Es hatte ein Fassungsvermögen von ca. 500 Personen und besaß relativ gute versorgungstechnische Voraussetzungen (Bahnhofsnahe).³²⁹ Das Lager war für jeden neu ankommenden Vertriebenen im Kreisgebiet erster Aufenthaltsort. Die Tauglichkeit der Lager wurde zwischen 1946 bis 1948 im Bezug auf die Kapazität, die Ausstattung und die Anforderungen in hygienischer, medizinischer und versorgungstechnischer Hinsicht ständig kontrolliert. Die Provinzialverwaltung erteilte entsprechende Auflagen bei der Feststellung von Mängeln. Im ersten Halbjahr 1946 wurden vor allem im Quarantänelager mehrfach Kontrollen durchgeführt.³³⁰ Nach den ersten Überprüfungen konnte der zuständige Beauftragte der Bezirksregierung im Februar 1946 melden, dass die „Anforderungen hier bis auf kleinere vorzunehmende Reparaturen erfüllt und ohne Beanstandungen“ wären.³³¹ Regelmäßige medizinisch-statistische Meldungen an das Bezirkspräsidium über den Gesundheitszustand der in den Lagern befindlichen Personen sowie über die ärztliche Betreuung ergänzten die Berichte.³³² Bei einer durchschnittlichen Belegungsstärke zwischen 100 bis 350 Personen im ersten Halbjahr 1946 genügten die Bedingungen des Lagers den Ansprüchen.³³³ Mit dem Beginn des Transfers ab Juli 1946 hatten die Umsiedlerbehörden dafür zu sorgen, dass das Lager auf eine erhöhte Belegungsstärke (von bisher 500 auf 800 Personen) eingestellt

³²⁶ Vgl. Anlage 9.

³²⁷ Vgl. Anlage 10.

³²⁸ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17900 und Anlage 2.

³²⁹ Es erhielt wie alle in den Kreisen der Provinz befindlichen Auffang- und Quarantänelager bei den oberen Behörden der Provinzial- bzw. Bezirksverwaltung und SMA eine entsprechende Registratur. Diese änderte sich im Verlaufe des Transfers mehrmals. Die Gründe für den Wechsel der Bezifferung sind aus den Akten nicht ersichtlich, möglicherweise hängen sie aber mit der im Zuge der Neu- bzw. Wiedereinrichtung weiterer Lager in der Provinz zusammen., Vgl. Stadtarchiv Salzwedel,, Nr. 17882.

³³⁰ Die Protokolle sind unter der Akte „Kontrollen der Umsiedlerlager“ angelegt., Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19701.

³³¹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17901, S. 23 und 25.

³³² Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17882, S. 10.

³³³ Vgl. ebenda. , Nr.17882, S. 3-8.

wurde. Fehlende Versorgungsgegenstände wie Betten, Strohsäcke und Reparaturmaterialien sowie die geforderte Einrichtung einer ordnungsgemäßen Entlausungsanstalt waren bis zum Beginn des Transfers nur mit Mühe realisiert worden.³³⁴ Der Bau von drei weiteren Baracken konnte bis zum Eintreffen der ersten sudetendeutschen Vertriebenen nicht fertig gestellt werden.³³⁵ Mit Beginn des Transfers und einer Belegungsstärke von 800 Personen (300 Personen über dem Fassungsvermögen des Lagers) hielten die Bedingungen den Anforderungen nicht mehr stand. Bei einer Kontrolle durch den Leiter der Zentralstelle für Hygiene im Juli 1946 hieß es:

„Das Lager ist überbelegt, es hat auch nach Erstellung der z.Zt. im Bau befindlichen Baracken eine Aufnahmefähigkeit für nur 500 Umsiedler. Bei der derzeitigen Belegung von 800 Umsiedlern reichen weder die sanitären noch die wirtschaftlichen Einrichtungen des Lagers aus ...“³³⁶

Die hier beschriebenen Schwierigkeiten sind exemplarisch für die allorts aufgetretenen Probleme bei den Bemühungen der Behörden um die Schaffung von Möglichkeiten der Aufnahme und Versorgung der Menschen.

Nach den von der ZVU erarbeiteten Plänen³³⁷ sollten die Vertriebenen mit dem Beginn des organisierten Transfers in geschlossenen Transporten direkt in die Quarantänelager der Kreise geleitet werden. Trotz vielfältiger Hemmnisse trafen die meisten Züge auch auf diese Weise in den vorgesehenen Kreisen ein. Für den Kreis Salzwedel finden sich in den Quellen für die Ankunft geschlossener Transporte aus der Tschechoslowakei in den Monaten Juni bis Oktober 1946 jedoch keinerlei Hinweise. Offensichtlich war das Kreisgebiet in den ersten Monaten nicht vorrangig für die Aufnahme ganzer Transportzüge mit Sudetendeutschen vorgesehen. Unabhängig davon belegen die Aufzeichnungen der Umsiedlerbehörde des Kreises für den Zeitraum ab Juni 1946, in monatlicher Übersicht und ohne genaue Terminierung, die Ankunft

³³⁴ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19700.

³³⁵ Vgl. ebenda, Nr. 19587, S. 59.

³³⁶ Vgl. Anlage 11.

³³⁷ siehe Kapitel 2.

sudetendeutscher Vertriebener³³⁸ (jedoch ohne Hinweis auf geschlossene Transporte, wie es später bei den Aussiedlungen aus den Ostgebieten der Fall war). Folgende aus verschiedenen Quellen zusammengestellte Übersicht gibt Auskunft über die Ankunft, Ansiedlung und Bewegung sudetendeutscher Vertriebener im Zeitraum von Juni und Oktober 1946:

Die Aufnahme sudetendeutscher Vertriebener im Kreis Salzwedel im Rahmen des Transfers aus der Tschechoslowakei 1946³³⁹

Termin	Ist- Stand	Aufnahme	Abgänge		angesiedelt:	
				im Stadtkr.	im Landkr.	
26.5.	5 656					
26.5.-24.6.		393	415			ohne Angaben
24.6.	5 634					
25.6-27.7.		1 256	355	325		468
24.7.	6 534					
25.7.-25.8.		602	530	534		205
25.8.	6 607					
26.8-25.9.		853	313	389		378
25.9.	7 147					
26.9.-24.10.	610	9	483	1 153		

Transport aus dem Quarantänelager Arneburg mit 1 153 Personen wurde in Gänze im Kreisgebiet angesiedelt.

25.10. 7 748.

³³⁸ Da die Provinz Sachsen neben Thüringen als Hauptaufnahmegebiet für die Sudetendeutschen festgelegt worden war, trafen offensichtlich unabhängig von geschlossenen Transporten Vertriebene im Kreisgebiet ein.

³³⁹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19699, S. 11, 17, 18.

Anhand des Zahlenmaterials können mehrere Schlussfolgerungen gezogen werden. Zum einen stieg auch im Kreis Salzwedel die Anzahl der aufgenommenen sudetendeutschen Vertriebenen ab Juni 1946 kontinuierlich an. Des Weiteren werden erstmalig Zahlen für die im Kreisgebiet zur Ansiedlung gekommenen Vertriebenen genannt. Der einzige geschlossene Transport, der Salzwedel erreichte, kam aus einem anderen Kreisgebiet der Provinz Sachsen, also nicht direkt aus einem Vertreibungsgebiet. Alle mit diesem Transport eingetroffenen 1 153 Personen wurden im Kreisgebiet angesiedelt.

Die genaue Zahl der durch den sudetendeutschen Transfer in diesem Zeitraum im Kreisgebiet angesiedelten Personen ist nicht ausdrücklich belegt und daher nur aus den einzelnen Quellen errechenbar. Nimmt man die Zugänge ab dem 24. Juni 1946 als Grundlage, würde sich eine Aufnahme von knapp 5 000 Vertriebenen ergeben, von denen etwa 3 500 im Kreis angesiedelt wurden. Die Vertriebenen wurden etwa jeweils zur Hälfte auf den Stadtkreis und den Landkreis verteilt. Die verbleibenden rund 1 500 Personen sind in andere Kreise bzw. Regionen weitergeleitet worden (vgl. Tabelle S.91). Die errechnete Zahl entsprach den Aufnahmevorgaben des Bezirkspräsidiums für das Kreisgebiet insofern, da die mit 5 000 aufgenommenen Personen angegebene „Sollzahl“ erreicht wurde.

Von den seit Wochen mit der Aufnahme Vertriebener aus der Tschechoslowakei beanspruchten Kreisen der Provinz Sachsen wurden für die ab Juli 1946 einsetzende weitere Ankunft Vertriebener aus den Ostprovinzen erneute Anstrengungen verlangt. Das bedeutete für die Umsiedlerbehörden, die laut Sollzahlenberechnung festgelegten und in zahlenmäßig großen Transporten eintreffenden Menschen (meist mehrere hundert Menschen gleichzeitig) aufzunehmen, obwohl die Lager vielfach noch nicht einmal geräumt waren. Im Kreis Salzwedel trafen weitere Vertriebene aus den Ostgebieten Anfang November 1946 ein. Damit kam nach den vorliegenden Quellen der erste geschlossene Transport mit Vertriebenen in Salzwedel an. Der Zug erreichte mit insgesamt 652 Personen aus Ostpreußen über den Einschleusungspunkt

Falkenberg/Elster kommend am 3.11.1946 die Kreisstadt Salzwedel.³⁴⁰ Der Transport war ursprünglich für die britische Zone vorgesehen. Er kam jedoch unangekündigt auf dem Salzwedeler Bahnhof an und musste hier entladen werden. Die Behörden der Stadt sahen sich vor erhebliche Probleme gestellt, denn der als „Lazarettzug“ gekennzeichnete Transport enthielt lediglich 193 gesunde Personen, darunter 90 elternlose Kinder. Neben vielen Kranken befanden sich unter den Ankommenden vor allem, wie es in einem Bericht hieß, „Alte, Krüppel und Sieche“.³⁴¹ Unter großen Schwierigkeiten wurden die Ankommenden zunächst unter Quarantäne gestellt. Große Probleme bereitete die nachfolgende Unterbringung und Versorgung, denn nur die gesunden und nicht hilfebedürftigen Menschen konnten nach der Quarantäne im Rahmen der ohnehin schwierigen Ansiedlungsmöglichkeiten im Stadt- und Landkreis eingewiesen werden. Für alle anderen Personen benötigte man zusätzlich Heimkapazitäten, Krankenhausplätze sowie medizinische Versorgung. Es fehlte jedoch an allem, einschließlich an Gebrauchsgegenständen einfachster Art (wie z.B. Decken). Die Unterbringung von über 400 hilfebedürftigen Menschen war unter diesen Umständen ein hoffnungsloses Unterfangen. Unter vielfältigen Schwierigkeiten und mit Einschaltung der Provinzialverwaltung wurden die Menschen schließlich auf die anliegenden Kreise verteilt.³⁴²

Die folgenden Transporte waren nicht von dieser besonders schwer zu bewältigenden Art, forderten jedoch weiterhin von den Behörden jede Unterstützung. Im Rahmen des offiziellen Transfers aus den östlichen Vertreibungsgebieten trafen zwischen November 1946 und August 1947 auf dem Salzwedeler Hauptbahnhof mehrere geschlossene Transporte ein:

³⁴⁰ Vgl. Anlage 12

³⁴¹ Vgl. ebenda.

³⁴² Vgl. ebenda .

Ankunft geschlossener Transporte aus den östlichen Vertreibungsgebieten im Kreis Salzwedel während des offiziellen Transfers 1946 bis 1948³⁴³

Ankunfts- Datum:	Herkunftsgebiet:	Anzahl der Menschen im Zug:	davon zum Verbleib für den Kreis Salzwedel:
03.11.46	Ostpreußen	652 (Lazarettzug)	652
15.12.46	Danzig	1 824	750
13.01.47	Niederschl.	1 785	752
09.05.47	Pommern	1 783	715
19.06.47	Oberschlesien	keine Ang.	745
27.07.47	keine Ang.	716	706
14.08.47	Oberschl./Pommern	keine Ang.	623

Aus der Übersicht geht hervor, dass im Jahre 1946 zwei geschlossene Transporte mit 1 402 Personen den Kreis erreichten. Im Jahre 1947 waren es vier Transportzüge mit insgesamt 2 835 Ausgewiesenen, vorwiegend aus Schlesien und Pommern. In den meisten Transporten befanden sich 1 700 bis 1 800 Personen, von denen ungefähr 700 bis 750 für das Kreisgebiet zum Verbleib bestimmt waren. Alle weiteren Menschen wurden in die für sie vorgesehenen Regionen, zumeist in die britische Zone; weitergeleitet. Insgesamt bewegte sich die Zahl der ankommenden Personen im Rahmen der vorgeschriebenen Aufnahmefähigkeit des Kreis-Quarantänelagers von maximal 800 Personen.

Eine Zwischenbilanz (in Form einer statistischen Erhebung) der Provinzialregierung vom 2. Juni 1947 gibt Auskunft über die „Umsiedlerbelegung“ in der Stadt und im Kreis Salzwedel Ende März 1947:

³⁴³ Vgl. z.B. Anlage 13 bzw. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 15753 und 1168, S. 127.

Anteil der Altansässigen und der Vertriebenen an den Bewohnern in der Stadt im Kreis Salzwedel, Stand : 31. März 1947³⁴⁴.

	Kernbevölk.	Vertriebene	Vertriebenenbelegung in %
Stadt:	16 488	7 768	47 Prozent
Kreis:	39 127	27 175	69 Prozent

Die oben angegebenen Zahlen beziehen sich auf den gesamten Zeitraum der Aufnahme von Vertriebenen bis zum angegebenen Zeitpunkt. Im Vergleich mit anderen Regionen wird deutlich, dass der Kreis Salzwedel zu den Gebieten gehörte, die eine große Anzahl von Menschen aufgenommen hatten. Im Vergleich mit den Kreisen des Bezirkes Magdeburg waren im Stadtkreis Salzwedel mit 47 Prozent Belegung bisher die meisten Menschen untergebracht worden. Der Landkreis stand mit 69 Prozent Belegung hinter dem Kreis Blankenburg an zweiter Stelle.³⁴⁵ Die Tatsache, dass die Ankunft geschlossener Transporte über den 14. August 1947 hinaus in den Quellen nicht mehr nachweisbar ist, könnte ein Hinweis darauf sein, dass eine verstärkte Aufnahme im Kreisgebiet nicht mehr erfolgte. Ab September 1947 werden die Zugänge an Vertriebenen im Vergleich mit dem Zeitraum zwischen Juni 1946 und August 1947 geringer. Dies belegen die Zahlen in den monatlichen Statistiken der Salzwedeler Umsiedlerbehörde an die Bezirksregierung bzw. an die übergeordneten Stellen. Auf der Konferenz der Kreisbeauftragten vom 12. August 1947 wird zwar das Ende der großen Transporte mit dem 1. Oktober 1947 datiert, viele Kreise hatten jedoch darüber hinaus weiterhin Vertriebene in großer Zahl aufzunehmen. Ab September 1947 trafen im Kreis Salzwedel nur kleinere Gruppen bzw. einzeln reisende Vertriebene ein. Über die Wintermonate war das Quarantänelager Salzwedel zeitweise ohne Belegung.³⁴⁶

Ab Herbst 1948 ist noch einmal die Aufnahme Vertriebener in größeren Grup-

³⁴⁴ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19587, S. 114.

³⁴⁵ Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen-Anhalt, Münster 1999., S. 68 ff.

³⁴⁶ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17882.

pen nachweisbar. Die Ausgewiesenen kamen jedoch weder direkt aus den Vertriebsgebieten noch in geschlossenen Transporten. Die meisten von ihnen wurden aus anderen Regionen geschlossen nach Salzwedel gebracht, wie zum Beispiel am 22. September 1948 und am 14. Oktober 1948 aus dem Quarantänelager Kirchmöser mit 200 bzw. 250 Personen.³⁴⁷ Im Wesentlichen kann man davon ausgehen, dass die weiterhin eintreffenden Menschen, aus welchen Vertriebsgebieten sie auch kamen, in kleineren und größeren Gruppen bzw. einzeln reisend das Kreisgebiet erreichten. Aus einer statistischen Erfassung des Umsiedleramtes der Stadt Salzwedel an die sowjetische Kommandantur vom 21. Juli 1948 geht hervor, dass von den mit 8448 „Umsiedlern“ bezeichneten Personen 4 584 Vertriebene aus polnischem Vertriebsgebieten und 1 283 Vertriebene aus der Tschechoslowakei stammten (plus 799 Menschen aus anderen Staaten). Mehr als die Hälfte der angesiedelten Vertriebenen kamen aus den beiden größten Vertriebsgebieten. Ende 1948 befanden sich insgesamt rund 27.000 Vertriebene³⁴⁸ aus den Ostprovinzen, der Tschechoslowakei und anderen Ländern im Kreisgebiet. Die Mehrzahl der Aufgenommenen kam aus östlichen Vertriebsgebieten, gefolgt von sudeten-deutschen Vertriebenen.³⁴⁹

Insgesamt hatte die Zahl der Vertriebenen im Kreis Salzwedel im Rahmen des organisierten Transfers zugenommen. Die ursprünglich vorgesehene Zahl der Aufzunehmenden wurde übertroffen. Zu beachten ist, dass der Kreis nicht nur Aufnahmegebiet war, sondern auch eine „Durchschleusungsfunktion“ hatte. Das Kreisgebiet grenzte direkt an die britische Zone. Statistisch gesehen, ist ein kontinuierliches Ansteigen der Vertriebenenanzahl zu erkennen, andererseits bestätigen die ständigen Abwanderungen eine hohe Mobilität der Vertriebenen.

Der überwiegende Teil (ca. 15 000 Personen) der 1948 rund 27 000 registrierten Vertriebenen war bereits 1945 eingetroffen. Die meisten Menschen waren in den Gemeinden des Landkreises untergebracht worden.

³⁴⁷ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19699, S. 56.

³⁴⁸ Vgl. ebenda

³⁴⁹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22919, S. 39; Vgl. auch Anlage 14.

Die Ansiedlungen im Stadt- und Landkreis bewegten sich in den Monaten der größten Aufnahme zwischen 100 und 400 Personen. Sehr hoch ist allerdings über den gesamten Zeitraum auch die Fluktuation, die sowohl im Verlassen der Region aus eigenem Antrieb als auch durch behördliche Weiterleitung zustande kam. Vielfach betraf dies mehr als die Hälfte der eingetroffenen Menschen. Die Angaben der tatsächlich zur dauerhaften Ansiedlung Gekommenen im Kreisgebiet war daher in ständiger Veränderung begriffen.³⁵⁰

³⁵⁰ Vgl. Anlage 15 und 16

5. Aspekte und Bestrebungen der Eingliederung Vertriebener im Kreis Salzwedel 1945 bis 1948/49

5.1. Die Eingliederung/Integration Vertriebener in der Aufnahmegesellschaft

Bei der Wahl einer geeigneten Methode zur Untersuchung der Eingliederung bzw. Integration von Menschen in ein neues Lebensumfeld stellt man fest, dass die Herangehensweise mit recht unterschiedlichen Integrationsmodellen bzw. begrifflichen Definitionen möglich ist. Die Vielfalt der wissenschaftlichen Arbeiten der sich mit der Thematik beschäftigenden Forschungsdisziplinen und die verschiedenen Forschungsansätze verdeutlichen sowohl das gewachsene Interesse an einem höchst aktuellen Thema als auch die Erkenntnis, dass die Integration als ein komplexer und vielschichtiger Prozess gesehen wird, dessen Erforschung eine interdisziplinäre Sichtweise erfordert. Die Forschungen beweisen weiterhin, dass vor Jahrzehnten begonnene Integrationsprozesse bis heute nicht abgeschlossen sind und die Thematik gegenwärtig und zukünftig aktuell bleiben wird.³⁵¹

In der deutschen sozialhistorischen Migrationsforschung wird den Theorien der Amerikaner Thurnwald, Gordon und Rose³⁵² zur Beurteilung von allgemeinen Integrationsprozessen³⁵³ große Bedeutung beigemessen. Bei den neueren

³⁵¹ Es existieren neben historischen, sozialhistorischen Forschungsansätzen (siehe unter Anmerkung 353) auch soziologische, psychologische Forschung wie z.B. neueste Forschungen aus psychologischer Sicht: Jerouschek, Günter, Vertreibungsschicksale in Psychoanalysen, Leipzig, 2002; Teegen, Frauke/Meister Verena, Traumatische Erfahrungen deutscher Flüchtlinge am Ende des II. Weltkrieges und heutige Belastungsstörungen, in: Zeitschrift für Gerontopsychologie und - psychiatrie, 2000 (13), S. 112 ff.

³⁵² Die Theorien von Thurnwald, Gordon und Rose beziehen sich auf allgemeine Integrationsprozesse, vor allem jedoch im Hinblick auf die Einwanderer in den USA.

³⁵³ Zur Erläuterung der einzelnen Modelle vgl. z.B. Ackermann, Volker: Integration, Begriff, Leitbilder, Probleme. In: Bade, Klaus J. (Hrsg.), Neue Heimat im Westen: Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler, Münster 1990; Bade, Klaus J.: Sozialhistorische Migrationsforschung und „Flüchtlingsintegration“; Hildesheim 1987; Frantziach, Marion, Die Vertriebenen, Hemmnisse, Antriebskräfte und Wege ihrer Integration in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1987; Lüttinger, Paul: Integration der Vertriebenen: Eine empirische Analyse, Frankfurt, New York, 1989; Meinicke, Wolfgang: Zur Integration der Umsiedler in der Gesellschaft 1045 - 1952. in ZfG, 1988, Heft 10.; Plato, Alexander von/Meinicke Wolfgang: Alte Heimat – Neue Zeit, Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991; Schwartz, Michael/ Hoffmann, Dierk,

Untersuchungen zur Vertriebenenproblematik werden jedoch auf Grund der besonderen Umstände und spezifischen Eigenheiten bei der Integration von ca. 12 Millionen Vertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg die amerikanischen Modelle nur bedingt zur Analyse herangezogen. Marion Frantzioc entwickelte ein dreistufiges Integrationsmodell, welches den Bedingungen dieser Migranten angepasst ist und in den wissenschaftlichen Arbeiten um die Integration der Vertriebenen in die Gesellschaft der Westzonen/BRD und zunehmend in der SBZ Anwendung findet.³⁵⁴ Frantzioc teilt die „Klassische Trias“ in die drei Stufen „Kommerzium“, „Kommensalität“ und „Konubium“.³⁵⁵ Diese gelten als „Testskala“, um die Beziehung zwischen Einheimischen und Vertriebenen zu bestimmen und zur Beschreibung des Integrationsgrades der Einzugliedernden. „Kommerzium“ umfasst dabei die wirtschaftlich-berufliche Eingliederung, „Kommensalität“ bezieht sich auf die gesellschaftliche Anerkennung und „Konubium“ bezeichnet das Eingehen verwandschaftlicher Beziehungen innerhalb des Prozesses. Die drei Stufen vollziehen sich insgesamt in einem zeitlich großen Rahmen, wobei das Kommerzium die unterste Stufe und den kürzesten Zeitraum umfasst. In der amerikanischen Forschung wird davon ausgegangen, dass die vollständige Integration von neuen Bevölkerungselementen eine Dauer von drei Generationen beansprucht. Dies würde bedeuten, dass die Eingliederung der Heimatvertriebenen in Deutschland auch nach knapp 60 Jahren nicht abgeschlossen sein dürfte.³⁵⁶ Für den Untersuchungszeitraum von knapp vier Jahren in dieser Arbeit ergeben sich daher nur die Kriterien des Kommerziums, die wirtschaftlich-soziale Komponente als Basis-Integrationsstufe und erste Stufe für die Bewertung der Integration.³⁵⁷ Bezogen auf die SBZ ist damit eine Gleichstellung der Vertriebenen mit dem wirtschaftlichen und sozialen Standard

Geglückte Integration?, Spezifika und Vergleichbarkeiten ..., Sondernummer Schriftenreihe der Vierteljahrszeitschrift für Zeitgeschichte, München 1999.

³⁵⁴ Vgl. Frantzioc, Marion, Theoretische Ansätze zur Integration der deutschen Vertriebenen in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, in: 50 Jahre Flucht und Vertreibung, Magdeburg 1997, S. 17-22; Zur Anwendung des Modells vgl. z.B. Mehlhase, Torsten, Die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen, Münster 1999.

³⁵⁵ Das frühe römische Recht zur Gleichstellung von nichtrömischen Stämmen mit römischen Bürgern kannte bereits die zwei Rechtsinstitute „commercium“ und „conubium“. Vgl. Frantzioc, Marion, Theoretische Ansätze..., Magdeburg 1997, S. 23.

³⁵⁶ Vgl. zum Integrationsmodell, S. 22.

³⁵⁷ Unabhängig davon heben alle Integrationstheorien die wirtschaftlich-soziale Komponente als Basis-Integrationsstufe und erste Stufe des Integrationsprozesses hervor.

der Kernbevölkerung gemeint. Die Gleichstellung bezieht sich hier vor allem auf die Versorgung mit Wohnraum und Hausrat und die berufliche Eingliederung. Zu überprüfen bleibt, inwieweit die Kriterien innerhalb des Untersuchungszeitraumes tatsächlich erreicht werden konnten. Für beide deutsche Nachkriegsgesellschaften lag der Schwerpunkt bei der Integration auf der beruflichen Eingliederung als „Basisintegrationsstufe zur gesellschaftlichen Eingliederung“.³⁵⁸ Insgesamt stellt die Konzentration auf das Kommerzium die Minimaldefinition des Integrationsprozesses dar. Sie wurde in der DDR und der BRD seit Mitte der 50er Jahre als abgeschlossen betrachtet.³⁵⁹

In der deutschen Nachkriegsgeschichte war die Eingliederung der Vertriebenen sowohl in Ost und West gleichermaßen das Leitbild behördlich-zweckorientierten Handelns.³⁶⁰ Die Wege zur Realisierung des Zustandes der wirtschaftlichen und sozialen Gleichstellung mit der Kernbevölkerung waren jedoch teilweise unterschiedlich. Im Gegensatz zu den westlichen Besatzungszonen wurde das Vertriebenenproblem in der SBZ als zutiefst politische Frage betrachtet, da die Endgültigkeit der Vertreibung für die sowjetische Führung von Anfang an feststand. Ein institutionell gefördertes Verständnis der Eingliederung als zeitweiliges Provisorium, wie lange Zeit in der Bundesrepublik vertreten, gab es in der SBZ/DDR nicht. Die Besatzungsmacht hatte schon allein auf Grund ihrer Gebietsansprüche in Ostpolen und Ostpreußen Interesse daran, die Vertreibung als endgültig zu betrachten. Ziel der Politik war eine durch die SMAD angeordnete und durch die deutschen Behörden geführte Assimilation der Vertriebenen innerhalb eines kurzen Zeitraumes. Unter Assimilation verstand man das einseitige widerspruchlose „Sichereinfügen“ in die Aufnahmegesellschaft, wobei politische Unsicherheitsfaktoren und eine gesellschaftliche Destabilisierung vermieden werden sollte.³⁶¹ Nach M. Wille basierte das Integrationskonzept der SBZ auf folgenden fünf Punkten:

³⁵⁸ Vgl. Schwartz, Michael, Vom „Flüchtling“ zum Neubürger, Guben 1994, S. 28

³⁵⁹ Vgl. ebenda, S. 28

³⁶⁰ Vgl. Ackermann, Volker: Integration: Begriffe, Leitbilder..., Münster 1990, S. 14

³⁶¹ Vgl. dazu Ther, Philipp, Die Vertriebenen in der SBZ/DDR und Polen – Versuch einer historischen Einordnung, in: 50 Jahre Flucht und Vertreibung, Wiesbaden 1993, S. 181.

1. politisch-ideologische Einflussnahme und Umerziehung der Vertriebenen³⁶²
2. rechtliche Gleichstellung mit der Kernbevölkerung
3. Unterbringung und Versorgung mit Wohnraum
4. schnelles Einfügen in den Arbeitsprozess
5. soziale Unterstützung im Rahmen der knappen Ressourcen³⁶³

Der politisch-ideologische Beeinflussung der Vertriebenen wurde dabei eine entscheidende Bedeutung beigemessen. Breit angelegte politische Überprüfungen führten zu Einteilungen der Menschen in „Zuverlässige“, „Indifferente“ und „Reaktionäre“.³⁶⁴ Bewusste Einschleusung und Ansiedlung der politisch Zuverlässigen („Antifa-Umsiedler“), Umerziehung der politisch Indifferenten³⁶⁵ und die Unterbringung der Reaktionären in Dauerlagern sollten den Prozess der Assimilation beschleunigen.³⁶⁶

Die Versorgung mit Hausrat sowie ihre berufliche Eingliederung gehörten in der SBZ und den westlichen Besatzungszonen gleichermaßen zu den Schwerpunkten der Integrationskonzepte. Bei der Arbeitsintegration trafen sich die Interessen der Besatzungsmacht und der deutschen Verwaltungen mit den lebensnotwendigen Bedürfnissen der Vertriebenen.³⁶⁷ In der SBZ lag es in doppelter Hinsicht im Interesse der Besatzer, die Vertriebenen möglichst schnell in den Produktionsprozess einzugliedern, um ihre Reparationsleistungen an die SBZ durchsetzen zu können. Die Anfänge der beruflich-sozialen Eingliederung fielen in eine Zeit der tiefgreifenden Umwandlung der sowjetzonalen Gesellschaft. Dies eröffnete Vertriebenen Aufstiegschancen. Bodenreform und Entnazifizierung boten Möglichkeiten eines – wenn auch begrenzten – sozialen Aufstiegs,

³⁶² Zielstellung der Einflussnahme war die Anlastung der Kriegsschuld und die Pflicht der Wiedergutmachung; Abkoppelung von der alten Heimat, Einpflanzung eines neuen Heimatbewusstseins und Gewinnung der Mehrheit für den Wiederaufbau und den Umgestaltungsprozess in der SBZ.

³⁶³ Vgl. Wille, Manfred, Zu einigen Fragen der Aufnahme und Integration, Magdeburg 1997, S. 38 f.; Christopeit, Gerald, Verschwiegene vier Millionen, Marburg 1995, S. 224

³⁶⁴ Vgl. dazu Wille, Manfred, Zu einigen Fragen der Aufnahme und Integration, S. 39

³⁶⁵ Die politisch- ideologische Umerziehung begann bereits in den Auffanglagern.

³⁶⁶ Vgl. Wille, Manfred, Zu einigen Fragen..., S. 39; Ders., Die Vertrieben und das politisch-staatliche System der SBZ/DDR, in: Vertriebene in Deutschland, München 2000, S. 203 ff.

³⁶⁷ Vgl. Wille, Manfred, Gesellschaftliche Möglichkeiten und Grenzen der Integration der Vertriebenen in der SBZ/DDR, in: Die Integration der Vertriebenen in Deutschland..., Magdeburg 1997, S. 8.

wobei selbständige Existenzen und freie Berufsausübung im Allgemeinen nicht gefördert wurden. Im Einzelnen wird der beruflich-sozialen Eingliederung in den folgenden Abschnitten nachgegangen.

Bis 1949 hatten die Vertriebenen in Ost und West ähnliche Probleme. Erst die Jahre 1948/49 – und die damit verbundene gegenläufige Entwicklung beider Staaten – waren entscheidend für das Auseinanderbewegen der Schicksale der Menschen. Durch die sich zuspitzende internationale Lage und die Einrichtung eines diktatorischen Regimes nach sowjetischem Muster in der SBZ/DDR kam es zu einer Beschleunigung des kurzfristig angedachten Integrationskonzeptes. Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, die sich als Flüchtlinge und nur zeitweilige Evakuierte betrachtet hatten, wurden in der SBZ-Gesellschaft von 1945 bis 1948 unter dem Terminus „Umsiedler“ zusammengefasst. Ende der 40er Jahre verschwand die Bevölkerungsgruppe offiziell gänzlich, weil der Assimilationsprozess als beendet betrachtet wurde und jegliche Unterschiede verwischt werden sollten. Ab 1949 wurde die Bezeichnung aus den öffentlichen Darstellungen verbannt. In den Statistiken tauchten die Vertriebenen nicht mehr gesondert auf.³⁶⁸ Äußeres Zeichen der neuen Haltung den Vertriebenen gegenüber war die Auflösung aller mit Vertriebenenfragen befassten Behörden und Institutionen.³⁶⁹ Die ohnehin eingeschränkten Artikulationsmöglichkeiten Vertriebener verschwanden vollständig mit der Einstellung des Drucks der einzigen Zeitschrift für Vertriebene – der „Neuen Heimat“.³⁷⁰

Schwerpunktmäßig werden die zu untersuchenden Aspekte der Eingliederung auf Grund der oben beschriebenen Forschungsmethode, der Quellenlage und des eingeschränkten Zeitrahmens auf die „wirtschaftlich-soziale Basisintegrationsstufe“ bezogen sein. Es geht dabei in erster Linie um die Darstellung behördlicher Eingliederungsmaßnahmen im Bereich der Wirtschafts-, Sozial- und Wohnungspolitik. Im Mittelpunkt stehen die Überlegungen und tatsächlichen Maßnahmen der eingliedernden Behörden, die Vertriebenen selbst wer-

³⁶⁸ Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene..., Münster 1999, S. 9 f.

³⁶⁹ Vgl. Christopeit, Gerald, Verschwiegene vier Millionen..., Marburg 1995, S. 96 f.

³⁷⁰ Mit dem Begriff „Neue Heimat“ sollten die Vertriebenen innerlich von ihrer historischen und kulturellen Identität abgetrennt werden.

den zu großen Teilen als Objekte der Planungen, weniger jedoch als handelnde Personen erfasst. Persönliche Situationseinschätzungen der Vertriebenen sind somit zumeist nur in Aktenaufzeichnungen der Behörden reflektiert. Struktur-betrachtungen und Prozessanalysen in der Arbeit erfolgen im Wesentlichen auf der Makroebene (sozial-ökonomische Stellung, Wirtschaftsstruktur, berufliche Mobilität, Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt). Die Mikroebene (Familienstrukturen, Heiratsmobilität, Lebensläufe u.a.) bleiben weitestgehend ausgeklammert.³⁷¹

In den folgenden Ausführungen wird der Begriff Eingliederung – synonym mit Integration verwendet – im Sinne eines Prozesses benutzt, der die gleichberechtigte Teilhabe an der sozialen Sicherung, Wohnung, Arbeit und Einkommen und die Partnerschaft in der Gesellschaft, Wirtschaft sowie Kultur und Geistesleben anstrebt.³⁷² Diese Definition entspricht etwa jener von Bade, nach der Integration ein Sozialprozess auf Gegenseitigkeit ist.³⁷³ An jenen Stellen, wo sich der Terminus Integration nicht mehr aufrechterhalten lässt, weil administrativ die Einbringung eigener Werte der Aufzunehmenden – also eine Wechselbeziehung – verhindert wurde, wird der Begriff Assimilation im Sinne von Einschmelzung verwendet. In der SBZ handelt es sich um eine administrativ verfügte Assimilation.³⁷⁴ Der Begriff „Umsiedler“ wird in der Arbeit nur bei offiziellen Bezeichnungen verwendet.

³⁷¹ Vgl. Integrationsmodell von Marion Frantziach, sowie Torsten Mehlhase, Flüchtlinge und Vertriebene nach dem II. Weltkrieg, Münster 1999.

³⁷² Vgl. Nahm, Peter Paul, ...doch das Leben ging weiter: Skizzen zur Lage, Haltung und Leistung der Vertriebenen, Eingesessenen nach der Stunde Null, Köln 1971, S. 162

³⁷³ Vgl. Bade, Klaus, Sozialhistorische Migrationsforschung und „Flüchtlingsintegration“, München 1992, S. 156.

³⁷⁴ Vgl. Schwartz, Michael, Geglückte Integratioion?, München 1999.

5.2. Die Wohnsituation Vertriebener im Kreis Salzwedel 1945 bis 1948/49

In den Aufzeichnungen der Umsiedlerbehörden wurden im Zusammenhang mit der Aufnahme Vertriebener häufig die Begriffe „Unterbringen und Wohnen“ scheinbar wahllos verwendet, ohne dass deren Bedeutung genauere Beachtung geschenkt wurde. Diese Beobachtung scheint insofern erwähnenswert, da „Untergebracht sein“ oder „Wohnen“ auch außerhalb der Vertriebenenproblematik und selbst ohne nähere Erläuterung Hinweise auf die Qualität der Wohnverhältnisse von Menschen enthalten.

Die Versorgung der Vertriebenen mit Wohnraum wird im Zeitraum 1945 bis 1948/49 am häufigsten als „Unterbringung“ bezeichnet. Diese Formulierung macht m. E. (auch unter Würdigung der Bemühungen der Behörden) zum einen die Wohnraumversorgung als angeordnete, „unfreiwillige“ behördliche Maßnahme erkennbar und weist zum anderen von vorn herein (natürlich auch teilweise auf Grund der tatsächlichen Wohnraumsituation) auf einkalkulierte ungenügende Wohnverhältnisse für Vertriebene hin.

Angesichts der Tatsache, dass für den größten Teil der Flüchtlinge und Vertriebenen 1945 und darüber hinaus nur eine provisorische „Unterbringung“ in Behelfsquartieren und Lagern möglich war, lässt sich unabhängig davon nur schwerlich von „wohnwürdigen“ Verhältnissen im Sinne von „Wohnen“ als einem erfolgreichen Baustein im Rahmen des Integrationsprozesses sprechen.

Dennoch wird spätestens 1948 in der SBZ und der Provinz Sachsen davon gesprochen, dass fast alle Vertriebenen mit Wohnraum versorgt worden wären und nicht mehr in Lagern lebten. Es wird zu prüfen sein, inwieweit „wohnwürdige Verhältnisse“ im Untersuchungszeitraum von 1945 bis 1948/49 im Kreis Salzwedel erreicht werden konnten.

Die ersten Unterkünfte – wie Turnhallen, Säle, Schulen und Gastwirtschaften in den Städten sowie Gutshäuser, Scheunen und Ställe oder Barackenlager auf dem flachen Lande – waren mit Beginn der Flucht im Winter 1944/45 zur Aufnahme der Flüchtlinge provisorisch eingerichtet worden. Die ursprünglich als vorübergehende Lösung dienenden Behelfsquartiere wurden jedoch durch den

weiteren Zustrom Vertriebener zu einer, über einen relativ langen Zeitraum bestehenden „Dauereinrichtung“ – und dies in praktisch allen Regionen der SBZ.³⁷⁵ Nur wenige Flüchtlinge und Vertriebene konnten schon zu Beginn der Vertreibungen in Wohnungen eingewiesen werden, die meisten lebten über Jahre in den o.g. Quartieren. Mit der so genannten „organisierten Aussiedlung“ der deutschen Bevölkerung aus den Ostprovinzen und der Tschechoslowakei und der damit angeordneten dauerhaften Ansiedlung der Menschen entstand das Problem der Wohnraumbeschaffung. Viele örtlichen Behörden erklärten sich außerstande, weder weitere Behelfsquartiere als Übergangslösung, geschweige denn Wohnräume, beschaffen zu können.³⁷⁶ Die nach den Plänen vorgesehene Einweisung der Vertriebenen (nach Absolvierung einer zwei- bis dreiwöchigen Quarantäne) in Wohnungen in den Städten und Gemeinden stellte sich als äußerst schwierig heraus. Die Wohnraumsituation in der SBZ war am Ende des Krieges durch etwa ein Viertel zerstörten oder beschädigten Wohnraumes³⁷⁷ mehr als angespannt. Bis Ende der 50er Jahre bestanden weder die finanziellen noch die materiellen Voraussetzungen für einen Wohnungsneubau.³⁷⁸ Die ankommenden Vertriebenen mussten also in den vorhandenen Wohnräumen der Einheimischen mit untergebracht werden. Die örtlichen Behörden wurden angewiesen, mit Hilfe von Wohnungsämtern und Wohnungsausschüssen den Wohnungsbestand zu ermitteln, zu überprüfen³⁷⁹ und die Einweisung in die Häuser und Wohnungen vorzunehmen.³⁸⁰ Unter den Bedingungen der anhaltenden Belegung des Wohnraums mit Evakuierten in vielen Regionen³⁸¹ und der weiterhin eintreffenden Vertriebenen war es so trotz wiederholter Appelle zum „Freimachen von Wohnraum“ kaum möglich, die Ankom-

³⁷⁵ Vgl. Wille, Manfred: Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Dokumente, Bd. II, Massentransfer, Wohnen, Arbeit 1946-1949, Wiesbaden 1999, S. 153 f.

³⁷⁶ Vgl. ebenda.

³⁷⁷ Die deutsche Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge schätzte im Juni 1946 einen Fehlbedarf an 800.000 Wohnungen (jeweils 4-Personen-Haushalt) ein, 1946 erhöhte sich die Zahl durch den Massentransfer auf 1,3 bis 1,9 Millionen, Vgl. BArch, DQ 2, Nr. 4000; Statistische Praxis, Heft 3, März 1947.

³⁷⁸ Vgl. Wille, Manfred: Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Dokumente Band II, S. 157 f.

³⁷⁹ Vgl. ebenda.

³⁸⁰ Gesetz Nr. 18 des Alliierten Kontrollrates: Gesetzliche Grundlagen, wie das am 8. März 1946 durch den Alliierten Kontrollrat erlassene Wohnungsgesetz, sollten die „Erfassung, Erhaltung, Vermehrung und der gerechten Verteilung des Wohnraumes“ mit dem Ziel regeln, die Versorgung mit Wohnraum auch für Vertriebene zu gewährleisten, vgl. auch Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen, 2. Jg., 1946, S. 64 f.

³⁸¹ Vgl. Wille, Manfred: Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Dokumente Bd. I, Wiesbaden 1996, S. 236.

menden halbwegs menschenwürdig unterzubringen.³⁸² Als schwierig bei der Planung des Wohnraumbedarfs erwiesen sich die umfangreichen Bevölkerungsbewegungen – die ständigen Zu- und Abwanderungen Vertriebener als auch Evakuierter. Unter dem Druck steigender Vertriebenenanzahlen verabschiedeten die Stadt- und Gemeindeverwaltungen Ende 1946/Anfang 1947 „Ortsgesetze“ bzw. „Satzungen“, in denen sich die Behörden das Recht einräumten, gegebenenfalls Wohnraum, Möbel und Gebrauchsgegenstände zu beschlagnehmen.³⁸³ Im Juni 1947 stellten die ZVU und die Vertreter der Landesumsiedlerbehörden bei einer Zwischenbilanz fest, dass die Versorgung der Menschen mit Wohnraum unbefriedigend bewältigt worden sei. Durch den Mangel an Wohnungen lebte ein großer Teil der Vertriebenen weiterhin in Behelfsquartieren und Lagern.³⁸⁴ Das weitere Einschleusen Hunderttausender Vertriebener in den Jahren 1947/48 löste teilweise den offenen Widerstand der Kommunen aus³⁸⁵ und die Abgabe von Wohnraum wurde vielfach polizeilich erzwungen.³⁸⁶ Mit den Aufnahmen 1947 waren praktisch die letzten Wohnraumreserven ausgeschöpft, ankommende Transporte konnten in manchen Kreisen nur noch personenweise auf die Städte und Gemeinden verteilt werden.³⁸⁷

Dennoch wurde bis Anfang 1949 ein großer Teil der „Neubürger“ in Dauerwohnungen untergebracht, eine geringe Zahl der Vertriebenen blieb weiterhin in Behelfsquartieren. Die „Wohnsituation“ der Vertriebenen war jedoch bis in die fünfziger Jahre teilweise dramatisch. Die meisten Menschen lebten in kleinen, ihnen zugewiesenen Zimmern oder auch in als solche bezeichneten, mit geringer Quadratmeterzahl, ohne eigene Zugänge, sanitäre Einrichtungen und zu meist als Untermieter in den Wohnungen Einheimischer.³⁸⁸ Große Probleme gab es mit der Beschaffung von Möbeln und Hausrat. Die Landes- und Provin-

³⁸² Vgl. Wille, Manfred, Die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen, Dokumente, Bd. II, Wiesbaden 1999, S. 235 ff.

³⁸³ Vgl. ebenda.

³⁸⁴ Vgl. BArch, DO 2, Nr. 31, Bl. 176-177 bzw. 181-187.

³⁸⁵ Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. K Landtag, Nr. 153, S. 277 und weitere.

³⁸⁶ Vgl. BArch, DQ 2, Nr. 3596.

³⁸⁷ Vgl. Wille, Manfred, Dokumente, Bd. II, Wiesbaden 1999, S. 235 ff.

³⁸⁸ Eine Ausnahme stellte die Förderung des Wohnungsbaus auf dem Lande dar, der im Zuge der Bodenreform größere Bedeutung durch die SMAD beigemessen wurde. Mit dem Neubauernprogramm sollten die Neubauern, darunter auch Vertriebene, durch den Befehl Nr. 209 der SMAD staatlich gefördert werden.; vgl. auch Meinicke, Wolfgang, Bodenreform und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone, in: (Hrsg.) Bauerkämper, Arnd, „Junkerland in Bauernhand“, Stuttgart 1996, S. 145 ff.

zialverwaltungen versuchten mit Gesetzen und Verordnungen zur zeitweisen Nutzung oder Übereignung Abhilfe zu schaffen.³⁸⁹ Einheimische leisteten gegen die Einschränkung ihres Wohnraumes Widerstand und verweigerten die Bereitstellung von Mobiliar. Wohnraumprobleme sowie die Auseinandersetzungen um Möbel, Hausrat und Gebrauchsgegenstände erschwerten noch lange Zeit alle Versuche, Vertriebenen erträgliche Lebensverhältnisse zu ermöglichen.

In der Provinz Sachsen bemühten sich die Behörden frühzeitig darum, nach dem „Plan der Umsiedlerbetreuung“³⁹⁰ eigenen Wohnraum, möglichst sogar eigene Wohnungen für Vertriebene zu beschaffen. Die Menschen sollten nach einer kurzen Aufenthaltszeit in den Lagern und provisorischen Quartieren in die Städte und Gemeinden der Provinz eingewiesen werden.³⁹¹ Bereits im September 1945 hatten die ersten örtlichen Umsiedlerbehörden der Provinz dazu „Richtlinien zur Unterbringung von Vertriebenen“ herausgegeben, um die Realisierung der Aufgaben zügig umzusetzen.³⁹² Die Wohnraumsituation in den Städten und Gemeinden war jedoch eine andere, regional zwar sehr unterschiedlich, aber insgesamt durch den Mangel an Wohnraum gekennzeichnet.³⁹³ Finanzielle Mittel für Neubauten standen wie überall nicht zur Verfügung. Erschwerend wirkte die Tatsache, dass Anfang 1946 noch knapp eine halbe Million Evakuierte in der Provinz untergebracht bzw. viele Wohnungen durch russische Besatzungstruppen belegt waren.³⁹⁴ Die Forderung nach Bereitstellung eigenen Wohnraumes für Vertriebene war in der vorgesehenen Form letztlich nicht durchführbar³⁹⁵ und lief daher auch hier auf die Unterbringung in den

³⁸⁹ Vgl. BArch, Do 2, Nr. 7, S. 105; Freiheit, Organ der Provinzparteiorganisation der SED Sachsen-Anhalt, 14.1.47; LA Magd. – LHA – ,Rep. K Min. Präs., Nr. 504, S. 2-3 und Rep. K MdI, Nr. 6517, S. 29 und weitere.

³⁹⁰ Vgl. „Plan der Umsiedlerbetreuung“ in der Provinz Sachsen in: Verordnungsblatt der Provinz Sachsen 1945, Nr. 3.

³⁹¹ Vgl. ebenda.

³⁹² Vgl. z.B. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19587.

³⁹³ In der Provinz waren zwischen 120 000 und 130 000 Wohnungen zerstört.; Vgl. weiter Meinicke, Wolfgang: Vertriebene in der SBZ/DDR 1945 - 1952, in: Aufnahme und Integration der Vertriebenen..., S.10; Deutsche Verwaltung für Statistik: Statistische Praxis, Heft 3/47; LA Magd. – LHA - , Rep. K MdI, Nr. 6671; Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19587, S. 66.

³⁹⁴ Vgl. LA Magd. – LHA – , Rep. K 3 MdI, Nr. 6671.

³⁹⁵ Zu einer der ersten Wohnraumbeschaffungsmaßnahmen gehörte Anfang 1946 die Verordnung, Wohnräume ehemaliger Nazi- und Kriegsverbrecher zu beschlagnahmen. Dieser Versuch erwies sich jedoch als wenig erfolgreich, da er kaum umsetzbar und rechtlich fragwürdig war.; Vgl. Verordnungsblatt

Wohnungen der einheimischen Bevölkerung hinaus.³⁹⁶ Konfliktpotential zwischen Einheimischen und „Neubürgern“ standen von nun an auf der Tagesordnung. Erstere waren nur begrenzt bereit, ihren Wohnraum zu teilen, zumal kleinere Häuser und Wohnungen getrennte Wohneinheiten zwischen den Aufnehmenden und den Aufgenommenen nicht zuließen. Ausnahmen bildeten lediglich die Mittel- und Großbauernhöfe, wie in der Magdeburger Börde und große Wohnungen einiger Städte, die eine separate Unterbringung möglich machten.³⁹⁷ Versuche seitens der Provinzialverwaltung, gesetzliche Regelungen zu finden (1945/46 Entwurf: „Gesetz über das Zusammenleben mit Umsiedlern“, 1947 Entwurf: „Umsiedlergesetz“)³⁹⁸, scheiterten letztlich an der Ablehnung oder aber an der Realität, wenn Zugeständnisse von beiden Seiten ausblieben. In den zur Unterstützung und Beratung der Wohnungsbehörden eingesetzten ehrenamtlich arbeitenden Wohnungsausschüssen wirkten oftmals nur wenige Vertriebene mit, so dass deren Interessen nicht immer ausreichend vertreten wurden.³⁹⁹

Die Wohnraumsituation gestaltete sich zwischen 1946 und 1948 sowohl für die Ankommenden und auch für die Einheimischen immer schwieriger. Dennoch hatte die Provinz Sachsen laut amtlicher Statistik bis zum 1.7.1947 1 075 000 Vertriebene und Evakuierte in Dauerwohnungen untergebracht.⁴⁰⁰ Diese, auf den ersten Blick durchaus beachtliche Leistung, kam vor allem durch die (vielfach erzwungene) Einquartierung vieler Menschen auf dem Lande zustande. Mitte 1947 lebten 85 Prozent der Vertriebenen in den Gemeinden und 15 Prozent in den Städten der Provinz.⁴⁰¹ Die Häuser von Groß- und Mittelbauern, Gutshäuser und Schlösser, aber auch Kur- und Ferienheime waren zu

der Provinz Sachsen 1945, (1.Jg.), Nr. 1, S. 35; LA Magd. – LHA – ,Rep. K Min. Präs., Nr. 4073, Bl. 713.

³⁹⁶ Mit dem Wohnungsgesetz vom 8. März 1946 hatten die Behörden eine rechtliche Handhabe bei der Erfassung und Vergabe der Wohnungen, die notfalls auch zwangsgeräumt werden konnten Vgl. Verordnungsblatt, 1946, S. 64 f.

³⁹⁷ Vgl. Mehlhase, Torsten: Die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen..., Münster 1999, S. 102f.

³⁹⁸ LA Magd. – LHA – , Rep. K Mdl, Nr. 6516, Bl. 385 ff.; ebenda, Nr. 6513, Bl.188; ebenda, Min. Präs., Nr. 156,167.

³⁹⁹ Vgl. LA Magd. – LHA – , Rep K Mdl, Nr. 6516, Bl. 375 ff.; vgl. ebenda, Sammlung Rundschreiben der SED – Kreisvorstände, Nr. 4.

⁴⁰⁰ Vgl. ebenda, Mdl, Nr. 6500.

⁴⁰¹ Vgl. LA Magd. – LHA – , Rep. K Mdl, Nr. 6676, Bl. 146.

großen Teilen mit Vertriebenen belegt.⁴⁰² Nicht ausgewiesen in den Statistiken war jedoch die Wohnsituation der Menschen. Vielfach wurden Dachgeschosse, Bodenkammern, Keller, Stallgebäude und Ähnliches als „wohnwürdige Räume“ bezeichnet.⁴⁰³ Auf diese Weise waren zwar die Bewohner von Wohnlagern in der Provinz Ende 1947 auf ein Minimum zurückgegangen,⁴⁰⁴ die Ergebnisse konnten dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Wohnungsproblem weder für Vertriebene noch für die Einheimischen befriedigend gelöst war. Die Wohnqualität blieb dramatisch.⁴⁰⁵ Auch der Wiederaufbau kriegszerstörter Wohnungen stieß in den ersten Nachkriegsjahren an seine Grenzen.⁴⁰⁶ Im Jahre 1948 waren Behörden und Parteien einhellig der Meinung, dass eine weitere Aufnahme von Vertriebenen nicht mehr möglich sei.⁴⁰⁷ Bei Kontrollen der Wohnräume im Jahre 1949 wurde festgestellt, dass viele Menschen nicht unter wohnwürdigen Bedingungen lebten, also eher „untergebracht“ waren.⁴⁰⁸

Der Kreis Salzwedel besaß bezüglich der Wohnraumsituation gegenüber anderen Kreisen auf den ersten Blick einige Vorteile. Er wies kaum zerstörten Wohnraum auf, war vergleichsweise dünn besiedelt und hatte somit zunächst gute Möglichkeiten der Unterbringung von zusätzlichen Menschen. Die schon sehr früh für „das Flüchtlingsproblem“ geschaffene Abteilung „Wohnraumlenkung“ hatte die Flüchtlinge und ersten Vertriebenen bis Ende Mai/Mitte Juni 1945 in Behelfsquartieren und teilweise sogar in Wohnungen im Stadtgebiet

⁴⁰² Vgl. LA Magd. – LHA -, Rep K Sammlung Rundschreiben an die SED Kreisvorstände, Nr. 1; Vgl. LA Magd. – LHA – Rep K MdI, Nr. 6564, Bl. 225, Nr. 6605.

⁴⁰³ Vgl. Wille, Manfred, Zur Integration der Vertriebenen..., Magdeburg 1992, S. 164.

⁴⁰⁴ Die Zahl nahm hier von 25 000 im Juli 1947 auf 6 036 Ende 1947 ab. Vgl. LA Magd. – LHA – , Rep. K MdI, Nr. 6500; Nr. 6513; vgl. Kaltenborn, Steffi: Die Lösung des Umsiedlerproblems..., Wiesbaden 1993, S. 104; Vgl. Just, Regine: Die Lösung der Umsiedlerfrage..., S. 103 und weitere.

⁴⁰⁵ Vgl. LA Magd. – LHA – , Rep K MdI, Landtag Sachsen-Anhalt, Nr. 153; vgl. ebenda, MdI, Nr. 6547; vgl. ebenda, Min. Präs., Nr. 165.

⁴⁰⁶ Hier konnte auch das „Hilfswerk der Provinz Sachsen“ mit seiner Aktion „Wir schaffen Wohnraum“ kaum wirksame Hilfe bei der Wohnraumversorgung leisten Vgl. LA Magd. – LHA – ,Rep. K Min. Präs., Nr. 508, Bl. 27; vgl. Menner, R.: Helfer der Tat. Volkssolidarität – Hilfswerk der Provinz Sachsen, Halle/Saale, 1947, S. 23.

⁴⁰⁷ Vgl. Wille, Manfred: Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Dokumente Bd. II, Wiesbaden 1999, S. 165, 236.

⁴⁰⁸ Nicht selten lebten Vertriebene über Jahre hinweg in Bodenkammern, Kellerlöchern, Waschküchen oder Stallgebäuden.; vgl. auch Mehlhase, Torsten, Die Entfaltung der antifaschistisch-demokratischen Solidarität mit den hilfsbedürftigen Bevölkerungsteilen in der Sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1949 – dargestellt am Beispiel der Umsiedler, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen

und in den Gemeinden unterbringen können.⁴⁰⁹ Dennoch waren die Voraussetzungen für die Unterbringung von weiteren Menschen nicht optimal. Sowohl das Stadtgebiet (Stadtkreis) Salzwedel als auch die Gemeinden des Landkreises beherbergten seit Monaten bereits ca. 20 000 Evakuierte und andere Menschengruppen.⁴¹⁰ Mit den wachsenden Vertriebenenzahlen im Sommer 1945 entstanden die ersten Unterbringungsprobleme. Bereits im Juli 1945 bezeichnete die Stadtverwaltung die Wohnungslage als dramatisch und forderte die Bevölkerung auf, „... binnen 24 Stunden sämtlichen leerstehenden Wohnraum zu melden. ...“⁴¹¹ Die Erfolge blieben minimal und weitere Behelfsquartiere, wie im August 1945 die Baracken des Reichswaisenhauses, mussten eingerichtet werden.⁴¹² Eine Erweiterung der Anlage erfolgte bereits einen Monat später.⁴¹³ Im Herbst 1945 beschloss die Umsiedlerbehörde in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsdirektor und dem Einwohnermeldeamt mit der Erfassung und notfalls Beschlagnahme überschüssiger Wohnräume⁴¹⁴ weitere Ressourcen zu erschließen.⁴¹⁵ Im Hinblick auf den bevorstehenden Winter wurden zusätzliche beheizbare Aufenthaltsräume (öffentlichen Wärmehallen) eingerichtet.⁴¹⁶

Die Wohnraumprobleme potenzierten sich mit den bis Ende 1945 knapp 5 000 aufgenommenen Vertriebenen im Stadtkreis und ca. 16 000 Menschen im Landkreis.⁴¹⁷ Angesichts der Tatsache, dass auch dünn besiedelte Gebiete nur begrenzten Wohnraum zur Verfügung haben, und der Kürze der zur Wohn-

Hochschule Magdeburg, Heft 4, 1989, S. 405 ff.; Vgl. LA Magd. – LHA –,Rep. K MdI, Nr. 6670; Nr. 6617, Bl. 111 f.

⁴⁰⁹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel: Das Jahr 1945, S. 26 ff.

⁴¹⁰ Große Teile noch nicht abgeschleuster Evakuierter blockierten die Wohnungen und bereitgestellten Unterkünfte, die einstigen Arbeitslager waren noch mit ehemaligen Zwangsarbeitern belegt; Vgl. Das Jahr 1945, S. 26 ff.

⁴¹¹ Vgl. Anlage 17.

⁴¹² Nach einem Schreiben der Bezirksverwaltung waren in allen noch verfügbaren Schulen, Gasthöfen und andere öffentlichen Gebäuden für die Aufnahme zusätzlich Quartiere einzurichten. Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19994, vgl. auch Nr. 19587, S. 15, 16, 20, 21.

⁴¹³ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Protokolle der Magistratssitzungen vom 9. August, 10. September, 22. September 1945.

⁴¹⁴ Vgl. „Richtlinien zur Erfassung von Wohnraum, Inventar und Haushaltsgeräten zur Unterbringung und Versorgung von Vertriebenen vom 8. Oktober 1945 in :Verordnungsblatt der Provinz Sachsen, Jg. 1945, S. 36.

⁴¹⁵ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19994.

⁴¹⁶ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Protokolle der Magistratssitzungen, hier vom 22. November 1945.

⁴¹⁷ Vgl. Anlage 14

raumbeschaffung zur Verfügung stehenden Zeit, die Versorgung schwerlich realisiert werden konnte. Die eingetroffenen Vertriebenen mussten nach Ableistung der Quarantäne im Lager der Hoyersburger Straße in den meisten Fällen zunächst mit den zahlreichen Behelfsunterkünften in der Stadt und den Gemeinden vorlieb nehmen. Der Anteil der tatsächlich mit Wohnraum versorgten Vertriebenen lässt sich für diesen Zeitraum nicht ermitteln. Der Anteil der in Behelfsquartieren lebenden Menschen dürfte m. E. auch deshalb bis Ende 1945 recht groß gewesen sein, da den Behörden der endgültige Verbleib der Menschen bis dahin unklar war.⁴¹⁸ Neben den bereits 1945 eingeleiteten Hilfsmaßnahmen⁴¹⁹, unternahm man Anfang 1946 auf Grund der bevorstehenden Ankunft weiterer Vertriebener im Rahmen des organisierten Transfers und der damit, wenn auch noch unbekanntem Anzahl der zum Verbleib bestimmten Menschen, neue Aktivitäten im Bezug auf die Wohnraumbeschaffung.⁴²⁰ Nach den Anordnungen der Provinzialverwaltung im Bezug auf „die Freimachung von Wohnraum“⁴²¹, forderten die örtlichen Behörden Anfang April 1946 erneut dazu auf, „sämtlichen leerstehenden Wohnraum und herrenloser Güter“ zu melden.⁴²² Die ohnehin schwierige Wohnraumbeschaffung für Vertriebene verkomplizierte sich zusätzlich durch die Maßnahme, für die aus der Gefangenschaft entlassenen deutschen Kriegsgefangenen (Heimkehrer) und Antifaschisten vorrangig Wohnraum bereitzustellen.⁴²³

Durch eine im 1. Halbjahr 1946 „gemäßigte“ Vertriebenenbewegung (zahlenmäßig im unteren Bereich im Vergleich zum letzten Quartal 1945, sowie einer fast gleichmäßigen Zu- und Abwanderung Vertriebener)⁴²⁴, waren die Wohn-

⁴¹⁸ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 32200.

⁴¹⁹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 21637, amtliche Bekanntmachungen, u.a. Einrichtung von Gemeinschaftsküchen, Aufrufe zu Kleidersammlungen, Einrichtung von Nähstuben und Wärmehallen, Vgl. auch z.B. Anlagen 1,2,3.

⁴²⁰ Bis dahin waren viele Vertriebene neben den bereits beschrieben vielfach zur „Durchreise“ benutzt wurde ein weiterer, bereits erwähnter Grund war Gründen auch deshalb in Sammelunterkünften untergebracht worden, weil deren Aufenthaltsdauer im Kreisgebiet ungeklärt war bzw. die Region wie bereits beschrieben die Belegung eines Teils des vorhandenen Wohnraums mit Evakuierten., Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, 22084, Nr. 19699.

⁴²¹ Schreiben der Provinzialverwaltung v. 25.3.1946; Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19702, Nr. 19704, Nr. 22885.

⁴²² Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22885.

⁴²³ Nach den behördlichen Unterlagen wurden diese bevorzugt mit Wohnraum versorgt, da sie sich angeblich besser in die Wirtschaft eingliedern ließen Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22084, S.19.

⁴²⁴ Vgl. Anlage 16.

raumbeschaffungsmaßnahmen der Behörden insofern bis zum Sommer 1946 erfolgreicher, da von den Ende Juli 1946 in größerer Zahl eintreffenden Vertriebenen zunächst mehr als 50 Prozent mit Wohnraum versorgt werden konnten. Es wurden beispielsweise von 804 im Zeitraum von Ende Juli bis Ende August 1946 eingetroffenen Menschen 205 Personen im Landkreis und 534 im Stadtkreis untergebracht. 480 Personen konnte Wohnraum zugewiesen werden, der andere Teil musste vorerst in Behelfsunterkünften untergebracht werden.⁴²⁵

Mit den ab Herbst 1946 in Sammeltransporten und damit in großer Zahl gleichzeitig eintreffenden Menschen nahm der Wohnraumnotstand wieder zu. Die Behörden bemühten sich mit weiteren Behelfswohnräumen, die Situation zu bewältigen.⁴²⁶ Auf den Magistratssitzungen im November und Dezember 1946 wurde der Bau von weiteren Wohnbaracken und die Bereitstellung der erforderlichen Gelder beschlossen.⁴²⁷ Mit Weiterführung des Transfers 1947 verschärfen sich die Probleme besonders im Stadtgebiet. Nach den statistischen Angaben der Wohnraumlenkung nahm die Stadt Salzwedel bereits Anfang Mai 1947 „... unter den Städten der Provinz Sachsen die zweite Stelle in der Aufnahme von Umsiedlern ein ...“⁴²⁸ Ende 1948 befanden sich insgesamt 27 487 Vertriebene im Kreis Salzwedel, wobei die Stadt – gemessen an der Wohnbevölkerung – mit 47 Prozent und der Landkreis mit gar 78 Prozent an Vertriebenen belegt war.⁴²⁹

Unter den Bedingungen der Wohnraumzuweisung für Vertriebene in die Wohnungen Einheimischer kam es seit Anfang 1947 zu immer stärker werdenden Konflikten zwischen „beiden Parteien“ und den überforderten Behörden.⁴³⁰ Die Stadtverwaltung beschloss daraufhin, ihre Strukturen für die Umsiedlerbetreuung zu erweitern, um den Problemen Rechnung tragen zu können. Neben der städtischen Umsiedlerbehörde wurde ein Umsiedlerausschuss (bestehend aus

⁴²⁵ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19699, S. 17.

⁴²⁶ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22885.

⁴²⁷ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Protokolle der Magistratssitzungen vom 12. November und 19. Dezember 1946.

⁴²⁸ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17884, S. 5: Zeitungsbericht der Mitteldeutschen Zeitung, Ausgabe 99 vom 1. Mai 1947.

⁴²⁹ Vgl. Anlage 18 sowie LA Magd., – LHA –, Rep K 3, MdI, Nr 15.

⁴³⁰ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17886, Nr. 17884; Vgl. auch Anlage 19 und 20,22.

fünf Vertretern des Stadtparlaments) und ein Umsiedler-Vertrauensausschuss gebildet. Letzterer setzte sich aus Einheimischen und Vertriebenen zusammen. Im Vertrauensausschuss wirkten im September 1947 26 Vertriebene mit.⁴³¹ Der in vier „Bezirke“ eingeteilten Stadt wurde je ein Bezirksvertrauensmann an die Spitze gestellt. Gemeinsam mit den eingesetzten Straßenbeauftragten waren sie für alle kommunalen Probleme und Umsiedlerfragen zuständig, die an den städtischen Umsiedlerausschuss herangetragen und gemeinsam beraten wurden.⁴³² Weiterhin wurden fünf Unterausschüsse gebildet, die sich mit wichtigen Fragen der Vertriebenenbetreuung beschäftigten – die Unterausschüsse für Wohnungsfragen, Gartenbeschaffung, Versorgungsfragen (Ernährung und Bekleidung), Wirtschaftsfragen und Kulturfragen.⁴³³ Die umfangreichen Aufgaben um die Versorgung der Vertriebenen werden anhand der von beiden Ausschüssen angefertigten Protokolle deutlich.⁴³⁴ Zur Struktur der Salzwedeler Vertriebenenbetreuung gehörte weiterhin eine von der Stadtverwaltung eingerichtete Umsiedlerberatungsstelle. Diese arbeitete an drei Abenden in der Woche, um, wie es hieß, „... jedem Umsiedler, auch wenn er tagsüber beschäftigt ist, Gelegenheit zu geben, seine Klagen vorbringen zu können“.⁴³⁵ Zu den Sprechstunden wurde ein Mitglied des Umsiedlervertrauensausschuss hinzugezogen.⁴³⁶ Den Aufzeichnungen der Umsiedlerberatungsstelle ist zu entnehmen, dass die Vertriebenen vor allem Hilfe und Unterstützung zu „Wohnungsangelegenheiten, Arbeitswünschen und Streitfällen“ suchten.⁴³⁷ Trotz aller Bemühungen der Behörden und Ausschüsse konnte für die meisten Vertriebenen keine erträgliche Wohnsituation geschaffen werden. Dies äußerte sich in größer werdenden Konflikten. Das Entstehen erträglicherer Beziehungen zwischen Einheimischen und „Neubürgern“ blieb die Ausnahme. Mit den auch 1947/48 eintreffenden Vertriebenen und der damit notwendigen Wohnraumversorgung nahm die Unzufriedenheit der Einheimischen über die weitere Ein-

⁴³¹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17886, Nr. 17884, S. 5 f. sowie Anlage 21.

⁴³² Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17886, Nr. 17884, S. 2; Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K 13 Salzwedel, Nr. 336.

⁴³³ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17884, Bl. 51 f.; sowie Anlage 23

⁴³⁴ Vgl. ebenda, Nr. 17884, S. ff.

⁴³⁵ Vgl. ebenda, Nr. 17884, Nr. 17885.

⁴³⁶ Vgl. ebenda, Nr. 17884, S. 6.

⁴³⁷ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17886.

schränkung des Wohnraumes und die der Vertriebenen über die immer unbefriedigender werdenden zugewiesenen Wohnräume zu. Klagen bei den Umsiedlerberatungsstellen häuften sich. Die Beratungsstellen hatten 1947/48 monatlich zwischen 100 bis 200 Probleme zu lösen. Im November 1947 gab es beispielsweise „162 Fälle“, darunter 48 Bekleidungsangelegenheiten, 38 Wohnungsangelegenheiten, 21 Streitfälle, 20 Ansuchen auf Beheizungen und 35 sonstige Angelegenheiten.⁴³⁸ Dennoch geht aus den Tätigkeitsberichten der Umsiedlerberatungsstelle hervor, dass die Bemühungen der Umsiedlerbehörden und der anderen zuständigen Stellen um eine schnelle befriedigende Lösung der Angelegenheiten in den meisten Fällen erfolgreich waren. So hieß es in einem Bericht:

„... Die Streitfälle bezogen sich meistens auf Wohnungsangelegenheiten, wo die Vermieter den Umsiedlern entweder die bereitgestellten Möbel oder Bedarfsgegenstände wieder entzogen oder entziehen wollten, weiter um Abstellräume, Beheizungsfragen. ... In zwei Fällen wurden Rechtsanwälte zu Rate gezogen, resp. die Sache dem Gericht übergeben. ... Sämtliche Kläger zogen nach Rücksprache mit ihnen ihre Klage wieder zurück. ... Durch die unermüdliche Arbeit der Volkssolidarität ist es uns gelungen, auch diesen Monat eine ganze Anzahl von Umsiedlern mit Möbelstücken, Wäsche und Gebrauchsgegenständen zu versorgen.“⁴³⁹

Trotz der in fast allen Protokollen positiv dargestellten Problemlösungen, waren m. E. sowohl die existenziellen Lebensbedingungen als auch die Schwierigkeiten der Vertriebenen mit Einheimischen und Behörden schwerwiegender als es nach den Berichten den Anschein hatte. Es bleibt zweifelhaft, ob alle von den Behörden zugewiesenen Wohnräume, als „wohnwürdig“ bezeichnet werden konnten. Außerdem sprachen sowohl die Beschwerden der Vertriebenen über ihre Lebensbedingungen als auch die teilweise eskalierenden Konflikte mit den einheimischen Vermietern dagegen. Bei den Bemühungen um erträgliche Verhältnisse wurden Vertriebene als unerwünschte Mitbewohner nicht selten zum Teil bewusst schikaniert.⁴⁴⁰ Im Mai 1947 sprachen die Vertriebenen des

⁴³⁸ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17886, S. 6,7,12.

⁴³⁹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Tätigkeitsberichte der Umsiedlerberatungsstelle, Anlage 44.

⁴⁴⁰ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17885, S. 9.

Umsiedler-Vertrauensausschusses den örtlichen Behörden offen das Misstrauen aus. Nach Meinung der Ausschussmitglieder war den Wohnraumproblemen Vertriebener nicht genügend Beachtung geschenkt und die Interessen der Einheimischen über Gebühr berücksichtigt worden. Man verlangte die Überprüfung der Wohnverhältnisse der Vertriebenen und weitere Schritte zur Erfassung noch benötigten Wohnraumes. Die daraufhin durch den Umsiedler-Vertrauensausschuss selbständig durchgeführten Wohnraumkontrollen führten zu Protesten der einheimischen Bevölkerung und zu Konflikten mit den zuständigen Behörden, zumal diese Aufgabe normalerweise in den Händen des städtischen Wohnungsamtes lag.⁴⁴¹

Von Mai bis Oktober 1947 fanden sechs Kreiskonferenzen mit Vertretern der Umsiedlerausschüsse statt, in denen alle für Vertriebene wichtigen Fragen angesprochen wurden.⁴⁴² Zusätzlich führten die Umsiedler-Vertrauensausschüsse im September/Oktobre 1947 in den vier Stadtbezirken Umsiedlerversammlungen durch, in denen Vertriebene die Möglichkeit hatten, von den Vertretern der zuständigen, mit Umsiedlerfragen befassten Stellen Rede und Antwort zu fordern.⁴⁴³ Aus den Protokollen der Versammlungen wird ersichtlich, dass die Unzufriedenheit der Vertriebenen sich danach keinesfalls nur auf beengte bzw. unzulängliche Wohnverhältnisse beschränkte. Große Unzufriedenheit gab es auch auf Grund fehlender Gebrauchsgegenstände, fehlenden Mobiliars und Bekleidung.⁴⁴⁴ Die Bereitstellung von Brennstoffen sowie Öfen waren in den Monaten vor der Winterzeit durchgängig jährlich wiederkehrende Sorgen.⁴⁴⁵ Die umfangreichen Aufzeichnungen der mit Versorgungsfragen für Vertriebene befassten Stellen belegen jedoch auch die vielfältigen Bemühungen um die Beschaffung der notwendigen Dinge.⁴⁴⁶ Mit Hilfe finanzieller Unterstützungsmaßnahmen, wie der Zahlung der einmaligen Unterstützung an Umsiedler auf Grund des Befehls Nr. 304 der SMAD oder von Zuschüssen für die Anschaffung von Möbeln konnte die größte Not etwas gelindert werden, für eine

⁴⁴¹ Vgl. ebenda., S. 4,7.

⁴⁴² Vgl. Vgl. Anlage 23

⁴⁴³ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17884, S. 8 ff.

⁴⁴⁴ Vgl. ebenda

⁴⁴⁵ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17870, S. 35.

⁴⁴⁶ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17870, S. 19, 32 ff.

wirksame Verbesserung der Lebensumstände reichte es kaum.⁴⁴⁷ Ein „Stimmungsbericht der im Stadtkreis Salzwedel untergebrachten Umsiedler“ des Umsiedleramtes an die Salzwedeler SMA-Kreiskommandantur beschrieb einige der vielfältigen Schwierigkeiten im Bezug auf fehlende Versorgungsgegenstände und Bekleidung im Oktober 1947 folgendermaßen:

„Hier kann gesagt werden, dass die größte Not der Umsiedler namentlich in der Bekleidung und im Schuhwerk liegt. Darüber hinaus fehlt es an Reparaturmaterial ... Es ist traurig, dass vielfach den Kindern geeignetes Schuhzeug fehlt für den Schulweg. ... Bei der Unterbringung der Umsiedler treten jetzt bei Beginn der Kälteperiode vielfach dadurch Schwierigkeiten auf, dass die Beschaffung von Öfen und Herden nur schleppend vorangeht ...“⁴⁴⁸

Über die wohnungsmäßige Unterbringung der Vertriebenen wurde im November 1947 durch das Umsiedleramt berichtet, dass für die 8 694 registrierten Vertriebenen im Stadtkreis Salzwedel insgesamt 351 Dauerwohnungen vergeben wurden.⁴⁴⁹ Mit der Ankündigung des „Umsiedlerbeauftragten“ der Stadt, Ende 1947 weitere 1 000 Vertriebene aufnehmen zu müssen⁴⁵⁰, wurden im Dezember 1947 auf Anweisung der Landesregierung durch die weiter zunehmenden Versorgungsprobleme Richtlinien für den Mindestbedarf eines Vertriebenen an Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen herausgegeben. Danach gehörten zur geringsten Ausstattung eines Umsiedlers pro Person: 1 Schlafgelegenheit, 1 Decke, 1 Stuhl; für weibliche/männliche Personen: 1 Hauskleid (Anzug), 1 Straßenkleid (Anzug), 1 Mantel, 1 Paar Schuhe; pro Haushalt: 1 Ofen, 1 Tisch, 1 Schrank, 1 Geschirrschrank, 2 Kochtöpfe, 2 Eimer, Waschgefäß, Reinigungsgerät, Küchengerät (je 1 Teller, Tasse, Essbesteck, Schüssel), Kleidung und Beleuchtung.⁴⁵¹ Von den Umsiedlerämtern wurde gleichzeitig eine Aufstellung der bisherigen Versorgung der Vertriebenen mit den aufgeführten Gegenständen verlangt.⁴⁵² Dabei stellte sich heraus, dass im Januar 1948 20 Prozent der Vertriebenen in Salzwedel ohne Decken waren, 22 bis 43 Prozent der

⁴⁴⁷ Vgl. Anlage 39 bzw. Kap. 5.4.

⁴⁴⁸ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19699, S. 39 sowie Anlage 19.

⁴⁴⁹ Vgl. ebenda, Nr. 19699, S. 40

⁴⁵⁰ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep K 3, MdI, Nr.6547, S. 312.

⁴⁵¹ Vgl. Anlage 24.

⁴⁵² Vgl. Anlage 25.

Menschen hatten kaum Bekleidungsstücke (dies im Wintermonat Januar 1948). Außerdem hatten 1 489 Menschen keine Möglichkeit, ihre Unterbringung zu beheizen, da ihnen die nötigen Öfen fehlten.⁴⁵³

Die Aufzeichnungen der mit „Umsiedlerfragen“ befassten Stellen zeigen gerade in den Jahren 1947/48 die Not der Vertriebenen, die Wohnverhältnisse und die Lebensbedingungen betreffend. Die teilweise eskalierenden Konflikte zwischen Vertriebenen, Einheimischen und Behörden werden ebenfalls anhand behördlicher Protokolle und von der SMA geforderten Berichte oder der in Schriftform verfassten Beschwerden bzw. Anträgen um Unterstützung Vertriebener selbst deutlich.⁴⁵⁴ Die Bemühungen der Behörden um Abhilfe waren vielfältig, scheiterten oftmals jedoch an nicht vorhandenen Ressourcen oder aber an bürokratischen Hürden.⁴⁵⁵ Es war kaum möglich, eine gerechte Verteilung zu erreichen. So hieß es in dem Schreiben eines Vertriebenen, welcher sich anonym an die Stadtverwaltung gewandt hatte:

„... Jeder Umsiedler, der im Jahre 1948 nach Salzwedel kam, soll 50,- D bekommen. Wäre es nicht besser, dass die alten und arbeitslosen Umsiedler mehr erhalten und die Umsiedler, die in Arbeit stehen nichts, denn sie sind ja versorgt.“⁴⁵⁶

Zahlreiche Hilfsorganisationen wie das Hilfswerk der Provinz Sachsen, die Volksfürsorge und das Deutsche Rote Kreuz unterstützten in Zusammenarbeit mit den Behörden die Vertriebenen vor allem mit Gebrauchsgegenständen und Nahrungsmitteln. Sie bemühten sich dabei, Ungerechtigkeiten zu vermeiden.⁴⁵⁷

Mit den durch das weitere Eintreffen von Vertriebenen im Jahre 1948 zunehmenden Problemen zog man behördlicherseits bereits ansässige Vertriebene in die Wohnraumvergabe ein, um eine gerechtere Verteilung des vorhandenen Wohnraumes und mehr Zufriedenheit unter den Vertriebenen zu erreichen. Mit dem Beschluss des Umsiedlerausschusses im Dezember 1947 sollte der Wohnraumlenkungsausschuss durch die Mitarbeit Vertriebener gestärkt werden.⁴⁵⁸

⁴⁵³ Vgl. ebenda.

⁴⁵⁴ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17885, S. 9; Vgl. auch z.B. Anlage 45.

⁴⁵⁵ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17870, S. 69; Nr. 24399, S. 151, 154, 155.

⁴⁵⁶ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 24399, S. 107.

⁴⁵⁷ Vgl. Abschnitt 5.4.

⁴⁵⁸ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17886, S. 16.

Dennoch blieb auch im Jahre 1948 die Situation für Einheimische, Vertriebene und örtliche Behörden mehr als angespannt. Erschwerend wirkte sich aus, dass die Truppen der Roten Armee viele Gebäude der Stadt noch immer besetzt hielten und am Jahresende noch weit über 1 000 Evakuierte allein im Stadtgebiet lebten.⁴⁵⁹ Auf einer Sitzung der Straßen- und Bezirksbeauftragten des Umsiedlervertrauensausschusses im Juni 1948 wurden noch einmal Richtlinien im Bezug auf Wohnungs-, und Versorgungsfragen, wie der Vergabe von Bekleidung, Brennstoffen und Gartenland für Vertriebene, festgelegt.⁴⁶⁰ Die monatlichen Berichte des Umsiedleramtes an die Kreiskommandantur Salzwedel spiegeln einerseits der Bemühungen der Behörden wider, andererseits wurde aber auch deutlich, dass die Situation Vertriebener dennoch kaum verbessert werden konnte.⁴⁶¹ Die Wohnraumsituation betreffend finden sich in den Unterlagen folgende Zahlen:

Wohnraumverteilung im Stadtgebiet Salzwedel im Februar 1948 (an Wohnfläche in m²):

143 883 m² an Einheimische

66 951 m² an „Umsiedler“

210 834 m² gesamt vorhandener Wohnraum der Stadt⁴⁶²

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass hier mit Umsiedler bezeichnete Personen auch Evakuierte gemeint sind, wird dennoch ersichtlich, dass knapp die Hälfte des vorhandenen Wohnraumes 1948 in der Stadt⁴⁶³ mit „Fremden“ belegt war. Ähnlich war die Situation in den Gemeinden des Kreises. Hier waren 548 080 m² Wohnraum vorhanden, der zwischen ca. 65 400 Einheimischen und ca. 28 000 „Umsiedlern“ aufgeteilt werden musste.⁴⁶⁴

Eine weitere Aufnahme von Vertriebenen war für Einheimische, Behörden und Parteien nicht mehr hinnehmbar. Die Kreisverbände der Parteien (SED, LDPD,

⁴⁵⁹ Vgl. ebenda, Nr. 17013, Nr. 22919.

⁴⁶⁰ Vgl. ebenda, Nr. 17884, S. 64 ff.

⁴⁶¹ Vgl. ebenda., Nr. 19699, S. 42 ff.

⁴⁶² Vgl. ebenda, Nr. 19699, S. 44.

⁴⁶³ Vgl. ebenda.

⁴⁶⁴ Vgl. Anlage 26

CDU) wandten sich in Protestschreiben an den Rat der Stadt mit der Forderung, weitere Einweisungen auf Grund der Wohnraum- und Versorgungssituation nicht mehr zuzulassen.⁴⁶⁵ Trotz massiver Proteste kam es dennoch zu weiteren Zuweisungen, wie z.B. im September 1948 mit 200 und im Oktober 1948 mit 250 Vertriebenen.⁴⁶⁶ Die Situation vor allem für die eingetroffenen Menschen beschrieb der Kreisbeauftragte des Umsiedleramtes folgendermaßen:

„... Die Unterbringung der Umsiedler lässt in vielen Fällen zu wünschen übrig. Während man bei der Kernbevölkerung öfters noch Fälle antrifft, wo dieselbe in überreichlichem Maße Wohnraum zur Verfügung steht, trifft man bei den Umsiedlern auch Fälle, wo mehrere Personen in oft sehr kleinen Räumen hausen müssen ...“⁴⁶⁷

Eine zunehmende Belastung entstand für die Umsiedlerbehörden, die in der Pflicht standen, die eingetroffenen Menschen notfalls mit Zwangsmaßnahmen unterzubringen und auch für die Einheimischen, die gezwungen wurden, sich im Wohnraum noch mehr einzuschränken. Im oben genannten Bericht hieß es dazu:

„... Durch die Außenbeamten des Wohnungsamtes und den Kreisbeauftragten für Umsiedlerwesen wurden die Personen persönlich bei den Hauseigentümern bzw. Wohnungsinhabern vorgestellt und untergebracht. In den Fällen, wo sich die Wohnungsinhaber weigerten, wurden die Räume beschlagnahmt. Durch diese erhöhte Zuweisung von Umsiedlern sind selbstverständlicherweise jetzt wieder Personen in nicht gerade geeigneten Räumen untergebracht. An der Verbesserung dieser Lage der Umsiedler wird aber laufend gearbeitet ...“⁴⁶⁸

Die im Jahre 1949 in Salzwedel äußerst angespannte Situation wurde dem Deutschen Volkskongress in Berlin vorgetragen. Dem Kreisvolksausschuss Salzwedel wurde in einem Sonderschreiben vom 26.11.1949 die Aufgabe gestellt, „... sich in der nächsten Zeit insbesondere mit dem Umsiedlerproblem zu befassen, so schnell wie möglich wirksame Hilfsmaßnahmen zu ergreifen und

⁴⁶⁵ Vgl. Anlagen 27,28,29.

⁴⁶⁶ Vgl. ebenda, Nr. 19699, S.56.

⁴⁶⁷ Vgl. ebenda, Nr. 19699, S. 99.

⁴⁶⁸ Vgl. ebenda, Nr. 19699, S. 56.

dem Sekretariat baldigst einen umfassenden Bericht über die ergriffenen Maßnahmen und auftretenden Schwierigkeiten zu geben.“⁴⁶⁹

Die Situation der Vertriebenen in Salzwedel wurde letztendlich im folgenden Bericht des Sozialamtes an den Kreisausschuss des Deutschen Volkskongresses zusammenfassend auf den Punkt gebracht:

„... Es muß nicht „Wohnraum“ freigemacht, sondern neue Wohnhäuser mit richtigen Wohnungen gebaut werden. ... Viele Umsiedler, die in ihrem „Wohnraum“ gerade die Betten und notfalls noch einen Tisch aufstellen können, haben gar keinen Platz für weitere Möbelstücke, die aber notwendig gebraucht werden.“⁴⁷⁰

Auch wenn der Kreisstellenleiter der Salzwedeler Umsiedlerbehörde auf einer Konferenz im Juli 1948 berichtete: „... wir haben keine Umsiedler, welche in menschenunwürdigen Wohnungen leben ...“⁴⁷¹, muss dennoch Folgendes festgestellt werden:

Bis zum Jahre 1949 konnte zwar der größte Teil der im Kreis Salzwedel zum Verbleib bestimmten Vertriebenen im Stadt- und Landkreis untergebracht werden⁴⁷², die Wohnverhältnisse der in Wohnungen Einheimischer lebenden Menschen war jedoch in den meisten Fällen beengt⁴⁷³ und die Versorgung mit wichtigen Gebrauchsgegenständen erheblich eingeschränkt. Ein Teil der Vertriebenen musste auf Grund fehlenden Wohnraums in Behelfsquartieren ausharren.⁴⁷⁴ Jeder freie Raum war mit Menschen belegt. Ende der 40er Jahre befand sich die Region bezüglich der Unterbringung der Menschen kurz vor dem Kollaps. Von „Wohnen“ im Sinne von erträglicher oder gar zufriedenstellender Wohnqualität konnte nicht die Rede sein.

⁴⁶⁹ Vgl. Anlage 30.

⁴⁷⁰ Vgl. .Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 24399, S. 170.

⁴⁷¹ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K 3, MdI, Nr. 6547, S. 122.

⁴⁷² Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19699, S. 42.

⁴⁷³ Vgl. ebenda, Nr. 22921.

⁴⁷⁴ Vgl. LA Magd., LHA, Rep K 3; MdI, Nr. 6547, S. 146.

5.3. Die Eingliederung der Vertriebenen in den Arbeitsprozess

Bei den Untersuchungen zur Integration Vertriebener kommt der Eingliederung der Menschen in den Arbeitsprozess innerhalb der Aufnahmegesellschaft entscheidende Bedeutung zu.⁴⁷⁵ Sie bildet neben der Schaffung angemessener Wohnbedingungen und der Versorgung mit materiellen Gütern eine weitere Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration.⁴⁷⁶ Geht man davon aus, dass unter „Eingliederung in den Arbeitsprozess“ nicht nur die Vermittlung eines beliebigen Arbeitsplatzes innerhalb des Untersuchungszeitraumes gemeint ist, sondern auch soziale Standards zum Gradmesser genommen werden, wird zu prüfen sein, inwieweit hierbei die beruflichen Qualifikationen Vertriebener Berücksichtigung fanden bzw. Benachteiligungen gegenüber Einheimischen bei der Arbeitsaufnahme vermieden werden konnten. Es geht somit über die reine Arbeitsplatzvermittlung hinaus um die Feststellung, ob den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Einzugliedernden zumindest annähernd entsprochen werden konnte oder ob die Arbeitsaufnahme mit einem sozialen Abstieg einherging. Diese Kriterien sollten überwiegend positiv für die Vertriebenen beantwortet werden können, um die „Eingliederung in den Arbeitsprozess“ als integrative Maßnahme bezeichnen zu können.

Der Arbeitsaufnahme Vertriebener wurde auch innerhalb des Integrationskonzeptes der SBZ große Bedeutung beigemessen. Dabei waren die SMAD und die Länder/Provinzen jedoch nicht in erster Linie um die Bedürfnisse der Betroffenen, sondern vorrangig um eigene politische und wirtschaftlich-sozialen Interessen bemüht. Einerseits sollte das Defizit auf dem Arbeitsmarkt beseitigt werden, andererseits wollte man durch die Eingliederung der Vertriebenen in den Arbeitsprozess sowohl deren befürchtete Unzufriedenheit entschärfen, eine reibungslose Einbürgerung in die Aufnahmegesellschaft ermöglichen, als auch Sozialleistungen einsparen.⁴⁷⁷ Darüber hinaus war das zügige Ingangkommen

⁴⁷⁵ Die Eingliederung in den Arbeitsprozess ist Teil des Kommerziums der wirtschaftlich-sozialen Basisintegrationsstufe innerhalb des Integrationsmodells von Marion Frantzioch; vgl. Kapitel 5.1.

⁴⁷⁶ Als „erfolgreich“ soll Integration hier nur in der Erfüllung der Aspekte im Rahmen der Basisintegrationsstufe bezeichnet und verstanden werden.; vgl. auch Kap. 5.1.

⁴⁷⁷ Vgl. Spuhn, Antje Edith, Studien zur Aufnahme und Integration der deutschen Vertriebenen auf dem Gebiet des Regierungsbezirkes Merseburg zwischen 1945-1949, Halle Saale, 2001, S. 49 f.

der Wirtschaft unter Einbeziehung der Vertriebenen für die SMAD im Hinblick auf die Versorgung der Besatzungstruppen und die geforderten Reparationsleistungen⁴⁷⁸ entscheidend. Ziel musste es deshalb sein, die Menschen so schnell wie möglich in Arbeit zu bringen. Hier trafen sich die Interessen der Machthaber mit denen der Vertriebenen, welche in den meisten Fällen aus eigenem Antrieb eine rasche Arbeitsaufnahme anstrebten, um ihre Lebensbedingungen zu verbessern und möglichst einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz zu erhalten.

Das Eintreffen der Vertriebenen wirkte sich im Bezug auf die schwierigen Ausgangsbedingungen⁴⁷⁹ für den wirtschaftlichen Neubeginn in der SBZ insofern positiv aus, da in allen Bereichen der Industrie und Landwirtschaft ein erhebliches Arbeitskräftedefizit entstanden war.⁴⁸⁰ Die Kriegsverluste, die Gefangenschaft der meisten Wehrmichtsangehörigen, der Abzug der Fremd- und Zwangsarbeiter, der ausländischen Kriegsgefangenen und eines Teils der erwerbstätigen Evakuierten hatten zu einem akuten Arbeitskräftemangel geführt, der sich in allen Wirtschaftszweigen bemerkbar machte.⁴⁸¹ Besonders betroffen war die Landwirtschaft. Den ankommenden Vertriebenen kam damit vor allem als Arbeitskräfte eine Schlüsselfunktion zu. Während sie bei der Versorgung mit Wohnraum und Bedarfsgegenständen eher als Belastung empfunden wurden, waren sie als Arbeitskräfte willkommen und notwendig. In den mobilen Flüchtlingen und Vertriebenen sahen die Länder und Provinzen ein entscheidendes Potential, um das vorhandenen Arbeitskräftedefizit schnell kompensieren und die größten Lücken auf dem Arbeitsmarkt schließen zu können.⁴⁸²

⁴⁷⁸ Die Nutzung der Vertriebenen als Arbeitskraft wurde seit Sommer 1945 von der Besatzungsmacht verlangt. Dazu sollten alle arbeitsfähigen Vertriebenen von den Landes- und Provinzialverwaltungen erfasst werden. Vgl. dazu Wille, Manfred, Zu einigen Fragen der Aufnahme und Integration, Magdeburg 1997, S. 43 ff.; Vgl. R. Karsch, Allein bezahlt ?, Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993, S. 55 ff.; Vgl. Befehl Nr. 9 der SMAD vom 21.7.1945, in: Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen, 1. Jg. 1945, Nr. 1, S. 14 ff.

⁴⁷⁹ Unter schwierigen Ausgangsbedingungen sind hier die unmittelbare Kriegsauswirkungen wie Zerstörungen, fehlenden Maschinen, Werkzeugen und Rohstoffen usw. gemeint.

⁴⁸⁰ Vgl. W. Zank, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1987, S. 37 ff.

⁴⁸¹ Vgl. U. Herbert, Zwangsarbeiter – Vertriebene - Gastarbeiter, Kontinuitätsaspekte des Wanderungsgeschehens in Deutschland, in: Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, hrsg. von R. Schulze u.a., Hildesheim 1987, S. 171.

⁴⁸² Vgl. Wille, Manfred, Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Dokumente, Bd. II, Wiesbaden, S. 285 f.

Bei Kriegsende wurde ein großer Teil der Vertriebenen zunächst vorrangig in drei wichtigen Arbeitsbereichen eingesetzt: in der Landwirtschaft⁴⁸³, für Instandsetzungs- und Notstandsarbeiten und für Aufträge der Militärbehörden/ Besatzungstruppen. Vor allem an der Ernteeinbringung – der für die Versorgung dringlichsten Aufgabe – hatten Vertriebene großen Anteil.⁴⁸⁴ Gleichzeitig arbeiteten sie nicht selten für die Besatzungstruppen als Demontagekolonnen, Holzfällertrupps und Entrümpelungsbrigaden.⁴⁸⁵

Bereits im Herbst 1945 unternahm die ZVU Aktivitäten, um die Erfassung und den Einsatz der Vertriebenen als Arbeitskräfte überterritorial zu steuern und sie bedarfsgerecht in der Wirtschaft einsetzen zu können.⁴⁸⁶ Während der Arbeitskräftebedarf in der Wirtschaft zwar bis zur Jahreswende 1945/46⁴⁸⁷ festgestellt werden konnte, blieb sowohl das Erfassen als auch der geplante Einsatz (bedarfsgerechte Regulierung des Arbeitsmarktes mit Fachkräften) der Vertriebenen aus mindestens drei Gründen schwierig: Das ununterbrochene Eintreffen von Menschen, deren ständige Wanderungsbewegung als auch die Einweisungspraxis der ZVU⁴⁸⁸ machten sowohl eine bedarfsgerechte als auch eine ausbildungsgerechte Eingliederung Vertriebener in den Arbeitsprozess nahezu unmöglich.⁴⁸⁹ Letzteres hatte dazu geführt, dass die meisten Vertriebenen auf Grund der besseren Unterbringungsmöglichkeiten auf dem Lande angesiedelt worden waren. Die meisten von ihnen nahmen dort recht schnell eine Arbeit in der Landwirtschaft auf.⁴⁹⁰ Gleichzeitig war aber ein hoher Beschäftigungsbedarf

⁴⁸³ In der Landwirtschaft waren während des Krieges fast die Hälfte der ausländischen Arbeitskräfte beschäftigt. Dementsprechend groß war das Arbeitskräftedefizit bei Kriegsende. Vgl. BArch, DQ 2, Nr. 1927.

⁴⁸⁴ Vgl. (Hrsg.) M. Wille, Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Dokumente Bd. II, Wiesbaden 1999, S. 285 ff.

⁴⁸⁵ Vgl. BArch DQ 2, Nr. 1927.

⁴⁸⁶ Vgl. Befehl Nr. 65 der SMAD „Herbeiführung eines planmäßigen (organisierten) Arbeitseinsatzes der arbeitsfähigen Bevölkerung in der SBZ“ vom 15.9.1945.

⁴⁸⁷ Man stellte für die SBZ insgesamt neben der Landwirtschaft vorrangig in Metall- und Bauberufen einen erhebliche Arbeitskräftemangel, in denen zunehmend Vertriebene eingesetzt werden sollten.; Vgl. BArch, DO 2, Nr. 11, Bl. 212-213, BArch, DO 2, Nr. 59, Bl. 99-100.

⁴⁸⁸ Nach der Einweisungspraxis der ZVU – zu der es keine Alternative gab – wurden die eintreffenden Vertriebenen vorrangig in Regionen angesiedelt, welche gute Unterbringungs- und Versorgungsmöglichkeiten hatten. Die Ansiedlung nach Arbeitsmöglichkeiten war deshalb nur bedingt möglich.

⁴⁸⁹ Vgl. Wille, Manfred, Die Vertriebenen in der SBZ /DDR, Bd. II, Wiesbaden 1999, S. 287 ff.

⁴⁹⁰ Durch die Ansiedlung nach vorhandenem Wohnraum konnten Vertriebene nur in Ausnahmefällen dort eingewiesen werden, wo eine fachgerechte Tätigkeit auf sie wartete. Die Mehrheit der Vertriebenen bekam den Arbeitsplatz, der verfügbar war.

anderenorts vorhanden, der durch mangelnden Wohnraum nicht abgedeckt werden konnte. In der Industrie bestand beispielsweise in den ersten Nachkriegsjahren im Kohle und Kalibergbau, der eisenverarbeitenden Industrie und der Chemieindustrie ein erheblicher Arbeitskräftemangel, während gleichzeitig Industriefacharbeiter, Spezialisten und Bergleute in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und in der Provinz Sachsen auf den Feldern arbeiteten.⁴⁹¹

Den seit Anfang 1946 verstärkten Bemühungen der Zentralverwaltungen, die Vertriebenen nach Möglichkeit in ausbildungsgerechte Arbeit zu bringen, war jedoch insgesamt nur ein begrenzter Erfolg beschieden.⁴⁹² Die Versuche, durch eine koordinierte Binnenwanderung und einen überterritorialen „Spezialisten-austausch“⁴⁹³ das Dilemma zu beheben, stieß auf vielfältige Schwierigkeiten (z.B. für die Werftindustrie in Mecklenburg-Vorpommern, Bergbau in Sachsen)⁴⁹⁴ und scheiterte oft an Wohnraum-, Transport- und Versorgungsproblemen. Der neben der behördlichen Arbeitskräftelenkung einsetzenden eigendynamischen Binnenwanderung⁴⁹⁵ (durch die individuelle Bemühungen von Facharbeitern und Spezialisten unter den Vertriebenen, vom Lande in die Wirtschaftszentren abzuwandern) waren ebenfalls in vielen Fällen durch Wohnraumprobleme Grenzen gesetzt. Trotz der vielfach unbefriedigenden Beschäftigungsverhältnisse blieben viele Vertriebene auch von vorn herein in den Dörfern, weil hier die Versorgungslage besser war. Die Einschätzung der ZVU im Juni 1947, dass die Vermittlung von Arbeitskräften für die Industrie völlig unzureichend sei und die Mehrzahl der erwerbsfähigen Vertriebenen weiterhin eine fremdberufliche Beschäftigung ausübte⁴⁹⁶, setzte sich in der SBZ tendenziell bis Ende der vierziger Jahre fort. Obwohl Unternehmen und Betriebe von den in den einzelnen Regionen eingewiesenen Vertriebenen bis 1948 teilweise in beträchtlichem Maße Arbeitskräfte einstellten⁴⁹⁷, waren diese zumeist

⁴⁹¹ Vgl. Spuhn, Anja Edith, Studien zur Aufnahme und Integration,, Halle Saale 2001, S. 44.

⁴⁹² Vgl. Wille, M., Dokumente, Bd. II, Wiesbaden 1999, S. 113.

⁴⁹³ Vgl. Hoffmann, Dierk, Vertriebenenintegration durch Arbeitsmarktlenkung?, München 1999, S. 184.

⁴⁹⁴ Vgl. D. Strobel, G. Dame, Schiffbau zwischen Elbe und Oder, Herfort 1993, S. 112 ff.; R. Karlsch, H. Schröter (Hrsg.), „Strahlende Vergangenheit“. Studien zur Geschichte des Uranbergbaus der Wismut, St. Katharinen, 1996

⁴⁹⁵ Vgl. Schwartz, Michael, Vertriebene in der Arbeiterschaft, .Essen 1999, S. 106.

⁴⁹⁶ Vgl. Vgl. BArch, DO 2, Nr. 31, Bl. 159 – 165.

⁴⁹⁷ Vgl. LA Magd. – LHA – ,Rep. K MdI, Nr. 6529, Bl. 169-175.

ungelernt oder berufsfremd. Mit dem Aufbau der Schwerpunktbereiche der Industrie (der chemischen und der Schwerindustrie) begann erst Ende der Vierziger/Anfang der fünfziger Jahre durch Umschulungsmaßnahmen, Fachkräftetransfer und entsprechende materielle Bedingungen eine gezielte regionale Umverteilung der Vertriebenen in Richtung der Industriestandorte. 1951 konnten etwa ein Drittel aller berufstätigen Vertriebenen in der DDR in der Industrie beschäftigt werden.⁴⁹⁸

Ähnliche Probleme gab es bei der Eingliederung Vertriebener in den Arbeitsprozess in der Provinz Sachsen. Obwohl das Hauptkriterium bei der Ansiedlung der 200 000 Sudetendeutschen ab 1946 die berufsgerechte Einweisung und Verteilung innerhalb der Provinz sein sollte⁴⁹⁹, gelangten die meisten Vertriebenen erstens auch nach 1945 weiterhin in die ländlichen Gegenden und kamen arbeitsmäßig in der Landwirtschaft unter⁵⁰⁰, und zweitens waren unter den angeblich für die Industrie der Provinz Ausgesuchten nur wenige Fachkräfte.⁵⁰¹ Der Berufsstruktur vieler aus den ehemaligen Ostgebieten kommenden Vertriebenen kam eine Beschäftigung in der Landwirtschaft zwar entgegen, denn in einigen Landstrichen der Provinz gab es auf Grund agrarischer Strukturen teilweise gute Arbeitsmöglichkeiten, dennoch waren die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft im Verhältnis zur Ansiedlung Vertriebener erstens nicht ausreichend und zweitens benötigte die Industrie dringend Fachkräfte. Das Dilemma zeigte sich in den Jahren 1946/47. Im Mai 1946 fehlten rund 63 000 Arbeitskräfte in der Industrie,⁵⁰² während ca. 50 Prozent der etwa eine Million Vertriebener in der Provinz 1947 als arbeitslos registriert waren.⁵⁰³ Ziel war es deshalb, die vielen in der Landwirtschaft verbliebenen Facharbeiter anderen Wirtschaftszweigen zuzuführen. Trotz der beschriebenen Probleme⁵⁰⁴ gelang es hier dennoch, bis 1948 in den industriellen Schwerpunktbereichen, wie der chemischen Industrie, dem Maschinenbau, der Elektroenergieerzeugung

⁴⁹⁸ Vgl. z.B. Seraphim, P.-H., S. 95.

⁴⁹⁹ Vgl. Spuhn, Anja Edith, Studien zur Aufnahme und Integration., Halle Saale 2001, S. 76 f.

⁵⁰⁰ Vgl. LA Magd. – LHA -, Rep. K Mdl, Nr. 6670; Nr. 6672; Nr. 6695.

⁵⁰¹ Vgl. Spuhn, Anja Edith, Studien zur Aufnahme und Integration., S. 76 f.

⁵⁰² Vgl. ebenda, S.62 f., S. 97 und S. 149.

⁵⁰³ Vgl. z.B. LA Magd. – LHA -, MW, Nr. 9770, Bl. 28; Nr. 9923, Bl. 110; Mdl, Nr. 6506, 6598.

⁵⁰⁴ Sowohl die räumliche Trennung von Wohnort und fachgerechter Arbeitsmöglichkeit als auch die fehlende Qualifizierung für dringend benötigte Mangelberufe stellten weiterhin ein Problem dar.

und dem Kalibergbau, Arbeitskräfte aus den Reihen Vertriebener zu gewinnen.⁵⁰⁵ Bedingt durch wirtschaftlich-soziale Umschichtungsprozesse der ehemaligen Beschäftigten in der Landwirtschaft, vor allem durch die Schaffung materieller Anreize und dem so genannten „Aufbauplan“ von 1947⁵⁰⁶, konnten viele Arbeitskräfte für die Industrie gewonnen werden. So verdoppelte sich in der Zeit von Februar 1947 bis Juni 1947 die Zahl der in den Industriebetrieben der Provinz beschäftigten Vertriebenen von 45 550 auf 87 139. Bis zur Oktober 1947 stieg sie weiter auf 92 394 an, sank nach der Währungsunion wieder und blieb in der zweiten Jahreshälfte 1948 nahezu konstant bei 80 000 Vertriebenen-Arbeitskräften.⁵⁰⁷ Obwohl ein ausbildungsgerechter Einsatz der neuen Industriearbeiter kaum möglich war, waren die meisten Vertriebenen froh, Arbeit zu haben und die Betriebe konnten den Arbeitskräftemangel ausgleichen. Bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes konnte der auf dem Lande hervorgerufene Arbeitskräfteüberschuss gegenüber der Industrie zwar nicht ausgeglichen werden⁵⁰⁸, dennoch war im Bereich der industriellen Produktion durch die Arbeitskräfte aus den Reihen Vertriebener Fortschritte erzielt worden. Die Einbeziehung Vertriebener in die ab September 1945 in der SBZ eingeleitete Bodenreform⁵⁰⁹ hatte insgesamt eher bescheidene Erfolge. Die Übernahme von Neubauernstellen („Umsiedler-Neubauern“) – als Modellfunktion für den Eigentumserwerb durch Vertriebene in der SBZ gedacht.⁵¹⁰ – bescherte zwar bis Anfang 1951 91 000 „Umsiedler“ mit ihren Familien eine Neubauernstelle (43,3 Prozent bezogen auf alle Neubauern)⁵¹¹, doch das auf den ersten Blick wohlgemeinte Vorhaben brachte nicht die erhofften Ergebnisse, denn bis

⁵⁰⁵ Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. K Mdl, Nr. 10858.

⁵⁰⁶ Vgl. Befehl Nr. 234 der SMAD, beinhaltete Leistungslöhne, Werkessen, Bezugsscheine für Kleidung, zum Teil Wohnungsbeschaffung u.a.

⁵⁰⁷ Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep K Mdl, Nr. 9 Bl. 23; Rep. K Min. Prä. „Nr. 4073, Bl. 725.

⁵⁰⁸ Vgl. Schwarz Michael, Die Vertriebenen in der Arbeiterschaft, Essen 1999, S. 106 ff.

⁵⁰⁹ Vgl. „Junkerland in Bauernhand“?, Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, hrsg. A. Bauerkämper, Stuttgart 1996; Vgl. auch W. Meinicke. Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR, in: Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hrsg. von M. Wille, J. Hoffmann und W. Meinicke, Wiesbaden, 1993, S. 55 ff., derselbe, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, in „Junkerland in Bauernhand“?, Stuttgart 1996, S. 133 ff.

⁵¹⁰ Vgl. Wille, Manfred, Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ/DDR, Dokumente, BD. II, S. 285 ff.; Vgl. auch LA Magd. – LHA –, Rep. K MLF, Nr. 2367, Bl. 492, Nr. 3358.

⁵¹¹ Vgl. Meinicke, Die Bodenreform und die Vertriebenen in der SBZ, Wiesbaden 1993, S. 63 f.

1952 hatte bereits ein großer Teil der Neubauern ihr gerade neuerworbenes Land aufgegeben.⁵¹² Die wirtschaftliche Lage der Neubauern – vor allem Vertriebener – war von Beginn an durch den Mangel an Wohnraum, Lebensmittel, Nutz- und Spannvieh, Futter, Saatgut und Ackergerät so gut wie aussichtslos.⁵¹³ Eines der größten Probleme war die Unterbringung. Zusammengepfercht in den Gutshäusern oder eingewiesenen Notunterkünften, stand die zugesagte eigene Wirtschaft jahrelang nur auf dem Papier.⁵¹⁴ Mit den Unterstützungsmaßnahmen durch die SMAD 1947 wurde das Neubauernprogramm⁵¹⁵ zwar 1947 weiter fortgeführt, der erhofften Erfolg hielt sich dennoch in Grenzen.⁵¹⁶

In der Provinz Sachsen konnte ein geringer Teil der ehemals selbständigen Landwirte unter den Vertriebenen durch die Bodenreform in ihren alten Berufsstand integriert werden⁵¹⁷, doch viele „Vertriebenen-Neubauern“ gaben auch hier bis Anfang der fünfziger Jahre vor allem aus Gründen mangelnder Wohn- und Wirtschaftsgebäude, lebenden und toten Inventars ihr Land zurück.⁵¹⁸ Viele Vertriebene arbeiteten dennoch weiter als Landarbeiter und Landwirtschaftsgehilfe, um die Ernährung der Familie zu sichern.

Ähnlich schwer kamen die in die SBZ gekommenen Vertriebenen ehemaligen „Selbständigen“ (Unternehmer, Handwerker, Kaufleute) in ihrem Bemühen um den Aufbau einer neuen Existenz auf die Beine. Trotz finanzieller Unterstützungen⁵¹⁹ waren den Neugründungen Grenzen gesetzt und die Zulassung von

⁵¹² Vgl. A. Bauerkämper, Agrarwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 38/97, S. 29.

⁵¹³ Vgl. Wille, Manfred, Flüchtlinge und Vertriebenen in der SBZ/DDR, Dokumente, Bd. II, Wiesbaden 1999, S. 285 ff.

⁵¹⁴ Vgl. ebenda.

⁵¹⁵ Mit dem Befehl Nr. 209 der SMAD wollte man die Neubauern, darunter auch die Vertriebenen staatlich fördern. Vgl. Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945 – 1949, Berlin 1968, S. 493 ff.; Vgl. auch Meinicke, W., Bodenreform und Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone, in: (Hrsg..) Bauerkämper, Arnd, „Junkerland in Bauernhand“, Stuttgart 1996, S. 145 ff.

⁵¹⁶ Vgl. Wille, Manfred, Dokumente, Bd. II, S. 293.

⁵¹⁷ Die Provinzialverwaltung Sachsen wies an, bei den neuen Siedlerstellen in erster Linie Vertriebene zu berücksichtigen.; Vgl. LA Magd. – LHA – ,Rep. K MdI, Nr. 6611, Bl. 14 sowie Nr. 10858, Bl. 39 ff.

⁵¹⁸ Vgl. LA Magd. – LHA – ,MLF, Nr. 3601, Bl. 59.

⁵¹⁹ Vgl. „Richtlinien für die Gewährung produktiver Kredite an erwerbsfähige Umsiedler“, BArch, DQ 2, Nr. 3370, Bl. 27.

„Umsiedlerbetrieben“ vollzog sich regional sehr unterschiedlich.⁵²⁰ Auf Grund traditioneller Unternehmensstrukturen, fehlenden Betriebskapitals und mangels Maschinen und Rohstoffen schlossen sich die meisten Handwerks- und Gewerbetreibenden zu Genossenschaften zusammen. Die sowjetzonalen Zentralverwaltungen unterstützten die Bestrebungen zunächst und versuchten die Leitung und Tätigkeit der Umsiedlergenossenschaften einheitlich zu regeln.⁵²¹ Die hoffnungsvollen Anfänge vieler Genossenschaften scheiterten jedoch vielfach an fehlendem Kapital sowie Wohn- und Arbeitsräumen. Nachdem die Währungsreform 1948 ihr Übriges getan hatte, verfügten die Behörden schließlich die Umwandlung der Genossenschaften in volkseigene Betriebe.⁵²² Unzureichende Wohnverhältnisse, schlechte Arbeitsbedingungen, geringe Verdienstmöglichkeiten und schließlich Reglementierungen ließen einen Teil der Handwerker und Facharbeiter in Richtung Westen aufbrechen.⁵²³

Unter den ehemals selbständigen Handwerkern, Händlern und Gewerbetreibenden in der Provinz Sachsen entstanden durch die Förderung genossenschaftlicher Betriebe 1946 fünf so genannte geschlossenen Industriegruppen-Genossenschaften.⁵²⁴ Zu den Bekanntesten gehörten die Angehörigen der Gablonzer Heimwerksindustrie, die sich durch die Gründung von mehreren Genossenschaften eine neue Existenz in der Provinz schufen.⁵²⁵ Neben der Bereicherung des Wirtschaftsspektrums konnten mit dieser Erwerbsquelle einige Hundert Vertriebene der Fürsorge entzogen und zusätzliche Gebrauchsgegenstände hergestellt werden. Die Genossenschaften kamen jedoch nicht über die hoffnungsvollen Anfänge hinaus, denn 1949 wurden sie verstaatlicht und in „volkseigene Betriebe“ umgewandelt.⁵²⁶

Am einfachsten vollzog sich die Einstellung von Vertriebenen im Verwaltungsapparat auf mittlerer und unterer Ebene. Für die im Zuge der Entnazifizierung

⁵²⁰ Vgl. Wille, Dokumente, Bd. II, S. 293 ff.

⁵²¹ Vgl. BArch, DO 2, Nr. 13, Bl. 110-111.

⁵²² Vgl. z.B. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene, Münster 1999, S. 224 ff.

⁵²³ Vgl. z.B. BArch, DO 2, Nr. 61, Bl. 15.

⁵²⁴ Vgl. Mehlhase Torsten, Die Flüchtlinge und Vertriebenen in Sachsen-Anhalt, Münster 1999, S. 245 ff.; Vgl. auch LA Magd. – LHA –, MdI, Nr. 6598.

⁵²⁵ Vgl. LA Magd. – LHA –, Min. Präs., Nr. 4074, Bl.938 f.

⁵²⁶ Vgl. Volksstimme, 19.Mai 1949.

entlassenen NSDAP-Mitglieder fanden oftmals Vertriebene eine Anstellung.⁵²⁷ In der Provinz Sachsen bildete der öffentliche Dienst neben der Industrie und Landwirtschaft einen Schwerpunktbereich für die Eingliederung der Vertriebenen in den Arbeitsprozess. Ihr Beschäftigungsanteil lag gegenüber der Gesamtbeschäftigtenzahl prozentual (1947 18 Prozent aller erwerbstätigen Vertriebenen) höher, als dies bei der einheimischen Bevölkerung der Fall war (13 Prozent).⁵²⁸

Insgesamt blieben in der SBZ sowohl die Versuche der Fachkräftelenkung⁵²⁹ durch überterritorialen Austausch als auch die Erfolge durch Umschulungsmöglichkeiten, mittelfristig qualifizierte Arbeitsangebote für Vertriebene zu machen⁵³⁰, durchgängig bis Ende der vierziger Jahre ein Problem. Die Eingliederung der Vertriebenen in den Arbeitsprozess war nur insofern erfolgreich, da die meisten Betroffenen überhaupt einen Arbeitsplatz erhielten. Für die SBZ konnten dadurch in den ersten Nachkriegsjahren auf dem sowjetzonalen Arbeitsmarkt die größten Lücken geschlossen werden.

Die wirtschaftliche Ausgangssituation im Kreis Salzwedel war bei Kriegsende trotz geringer Zerstörungen durch einen beträchtlichen Leistungsverlust in Industrie und Landwirtschaft gekennzeichnet.⁵³¹ Während die Landwirtschaft in den folgenden Jahren ihre Erträge relativ schnell wieder steigern konnte, kam die Industrie im Vergleich dazu nur schwer wieder auf die Beine. Einige sowohl fördernde als auch hemmende Faktoren spielten dabei für die ökonomische

⁵²⁷ Vgl. M. Wille, *Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 – 1948*, Magdeburg 1993, S. 208 ff.

⁵²⁸ Ursache dafür war, dass die Entnazifizierungsmaßnahmen und die Erweiterung des Verwaltungsapparates einen großen Bedarf an Arbeitskräften erzeugten. Vielen Vertriebenen konnte keine nationalsozialistische Vergangenheit nachgewiesen werden, und so erhielten sie verstärkt die Stellen der entlassenen ehemaligen NSDAP-Mitglieder bzw. neugeschaffene Stellen.

Vgl. z.B. P.-H. Seraphim, Berlin 1954, S.109.

⁵²⁹ Vgl. z.B. LA Magd., – LHA –, Rep. K MdI, Nr. 6564, Bl. 946; BArch, DO 2, Nr. 30, Bl. 77-78;

⁵³⁰ Vgl. Wille, Manfred, *Dokumente*, Bd. II, S. 302 f.

⁵³¹ In der vor Kriegsbeginn florierende Landwirtschaft des Agrarkreises waren Viehbestände und Ernteerträge um ein Vielfaches zurück gegangen. Die wenigen Industriebetriebe des Kreises konnten vor allem durch fehlende Arbeitsmittel und Rohstoffe ihre Produktion nur mühsam wieder aufnehmen oder mussten ihre Produktion erst auf Friedensproduktion umstellen (wie z.B. die Draht- und Metallfabrik). Den kleineren landwirtschaftsverarbeitenden Betrieben fehlten vielfach die Rohstoffe und Maschinen. Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep K Salzwedel, Nr. 143; Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1939/40, 58.Jahrgang, Berlin 1940, Ernteerträge in der Provinz Sachsen; „Volksstimme“, Nr. 172 v. 25.7.48, Ernteerträge in der Sowjetischen Besatzungszone; Vgl. auch Kap. 4.2.

Entwicklung insgesamt eine nicht unwesentliche Rolle. Hemmend auf den wirtschaftlichen Neubeginn wirkten sich besonders in der Industrie die zu erbringenden Reparationsleistungen an die Besatzungsmacht aus.⁵³² Eine Belastung der allgemeinen Versorgungslage⁵³³ stellte der Bevölkerungszuwachs im Kreisgebiet dar. Dies ist insofern von Bedeutung, da die ersten Anstrengungen sich vorrangig auf deren Stabilisierung konzentrieren mussten und z.B. weniger auf die industrielle Entwicklung der Region. Andererseits stand gerade dadurch das nötige Arbeitskräftepotential für den wirtschaftlichen Neubeginn zur Verfügung. Dies kam der Wirtschaft insgesamt schon deshalb entgegen, da die erwerbsfähige Bevölkerung im gesamten Kreisgebiet im Sommer 1945 nur ca. 20 Prozent betrug und durch die Bevölkerungsentwicklung bis Anfang 1947 auf ca. 40,2 Prozent anstieg.⁵³⁴ Die zwischen 1945 bis 1948/49 angesiedelten Vertriebenen waren demnach auch im Kreis Salzwedel willkommene Arbeitskräfte.⁵³⁵ Die Vertriebenen waren nicht nur nach Kriegsende eine große Hilfe für die lebensnotwendigen Erntearbeiten⁵³⁶, sie waren insgesamt für die wirtschaftliche Entwicklung des Agrarkreises über den gesamten Untersuchungszeitraum von entscheidender Bedeutung.

Der Wiederbelebung der Landwirtschaft wurde angesichts der Versorgungslage und natürlich unter dem Aspekt des wirtschaftlichen Schwerpunktgebietes des Kreises die größte Aufmerksamkeit beigemessen. Neben fehlenden Landmaschinen, Saatgut und Zuchtieren bestand in diesem Bereich der größte Arbeitskräftebedarf.⁵³⁷ Dem entgegen kam die Unterbringung der zu großen

⁵³² Laut Wirtschaftsabteilung des Kreises Salzwedel waren es knapp 430 000 RM an Werten für Maschinen/Demontagen erbracht worden.. Diese recht beträchtlich Summe wurde innerhalb relativ kurzer Zeit eingefordert.; Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K 13, Kreisverwaltung Salzwedel, Nr. 90.

⁵³³ Es sei noch erwähnt, dass neben der zusätzlichen Menschen auch die Versorgung der Besatzungstruppen gewährleistet werden mussten. Vgl. auch LA Magd., - LHA -, Rep. K 13, Salzwedel, Nr. 90.

⁵³⁴ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K Salzwedel, Nr. 184 und Berichte des Kreises an die russische Bezirkskommandantur vom 3.6.1946.

⁵³⁵ Vgl. Zank, W., *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland.*, München 1987, S.37 ff.; Wille Manfred, *Dokumente*, Bd. II, S. 285 f.

⁵³⁶ Alle verfügbaren Arbeitskräfte wurden für Ernteeinbringung in den Sommermonaten und die Zuckerrübenkampagne im Herbst 1945 benötigt.; Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Aufruf des Landrates vom 1.Juli 1945 „das Gebot der Stunde“; LA Magd., – LHA –, Rep. K 13, Salzwedel, Nr. 91; „Volkszeitung“, Nr. 63 vom 31.10.1945; Stadtarchiv Salzwedel, Aufruf des Landrates vom 1.Juli 1945 „das Gebot der Stunde“.

⁵³⁷ Vgl. Mehlhase, Torsten, *Flüchtlinge und Vertriebene in Sachsen-Anhalt*, Münster 1999, S. 237 f.

Teilen aus den deutschen Ostgebieten (Ostpreußen, Pommern, Schlesien) und der Tschechoslowakei eingetroffenen Menschen in die Landgemeinden.⁵³⁸ Etwa 70 Prozent der Vertriebenen im Kreis Salzwedel befanden zwischen 1945 bis 1948 auf den Dörfern der Region.⁵³⁹ Die meisten der in den Gemeinden Lebenden fanden hier eine Beschäftigung in den ca. 6 000 groß-, mittel- und kleinbäuerlichen Wirtschaften⁵⁴⁰ oder in der Forstwirtschaft.⁵⁴¹ In den folgenden Jahren hatten viele Vertriebene ein Dauerarbeitsverhältnis in der Landwirtschaft oder waren vorrangig als Saisonarbeiter bei Erntekampagnen im Einsatz. Im landwirtschaftlichen Bereich waren insgesamt etwa ein Drittel der Vertriebenen⁵⁴² ständig oder saisonbedingt beschäftigt.

Im Zuge der Bodenreform⁵⁴³ hatten die ca. 6 000 in der Landwirtschaft arbeitenden Vertriebenen⁵⁴⁴ die Möglichkeit des Eigentümererwerbs an Grund und Boden. Insgesamt nahmen jedoch im Vergleich zu den ca. 3 300 einheimischen Bewerbern (landlose bzw. landarme Bauern, Landarbeiter) nur relativ wenige Vertriebene die Gelegenheit wahr, einen eigenen Neubauernhof bewirtschaften zu wollen. Auch in der Bodenkommission waren die Vertriebene mit 23 Mitgliedern von 279 eher spärlich vertreten. Insgesamt erhielten zwar 426 von 450 Antragstellern aus den Reihen Vertriebener Land aus dem Bodenfonds⁵⁴⁵, dennoch war die Beteiligung, gemessen an der in der Landwirtschaft tätigen Vertriebenen, eher gering und die Landvergabe an einheimische Bewerber ungleich größer. Die Gründe dafür könnten zum einen daraus resultieren, dass ein Teil der ansässigen Vertriebenen nur zeitweise in der Region verbleiben wollte oder aber genügend Widerstand durch altansässige Bevölkerung gegen die Landvergabe an „Fremde“ vorhanden gewesen war. Hinweise dafür sind in den

⁵³⁸ Vgl. die Unterbringung nach besseren Wohn- und Versorgungsmöglichkeiten., dieses Kapitel

⁵³⁹ Aus verschiedenen Quellen geschätzt. Vgl. u.a. LA Magd., - LHA -, Rep. K 3, MdI, Nr. 6659 und Anlage 31.

⁵⁴⁰ Vgl. LA Magd., - LHA -, Rep. K 3 MdI, Nr. 144; Nr. 184.

⁵⁴¹ Seit Herbst 1945 erfolgte ein rigoroser Holzeinschlag für Reparationenleistungen an die Besatzungsmacht.

⁵⁴² Vgl. LA Magd., - LHA -, Rep. K 3, MdI, Nr. 6695; Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22919.

⁵⁴³ Vgl. Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Sachsen vom 3.9.1945 in : Verordnungsblatt der Provinz Sachsen, 1. Jg. 1945, Nr. 1, S. 28.

⁵⁴⁴ In dieser Zahl sind alle 1948 in der Landwirtschaft tätigen Vertriebenen einschließlich die des Stadtkreises enthalten.; Vgl. Tabelle Eingliederung Vertriebener in den Arbeitsprozess im Stadtkreis Salzwedel: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22919.

⁵⁴⁵ Es wurden etwa 10 000 ha Land aus 54 Gütern verteilt.; Vgl. LA Magd., - LHA -, Rep. K, Salzwedel, Nr. 247 (27.2.46) ; vgl. ebenda; „Volksblatt“, Nr. 56 vom 9.11.45.

Berichten der Umsiedlerbehörde bzw. des SED-Kreisvorstandes an die Bezirksverwaltung zu finden. Hier ist mehrmals die Rede vom Widerstand der einheimischen Bauern gegen „Fremde“ (sogar von „Sabotage“ durch altansässige Großbauern) und von der Unzufriedenheit der Vertriebenen.⁵⁴⁶ Ungenügende Kenntnisse Vertriebener über die landwirtschaftliche Arbeit dürften bei den zu großen Teilen aus den Ostgebieten stammenden Beschäftigten weniger der Grund gewesen sein, da viele von ihnen in ihren Heimatgebieten im landwirtschaftlichen Bereich tätig gewesen waren.⁵⁴⁷

Über die wirtschaftlichen Erfolge bzw. das „Überleben“ der Neubauernhöfe⁵⁴⁸ liegen keine Aufzeichnungen vor. Lediglich der Hinweis in einem Bericht der Kreisleitung darauf, dass die Großbauern starken Einfluss auf die gegründeten Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) hatten⁵⁴⁹ - und somit quasi darüber befinden konnten, wem mit landwirtschaftlichem Gerät und Ähnlichem geholfen wird - weisen darauf hin, dass die Neubauern insgesamt und die Vertriebenen vermutlich am meisten schwer zu kämpfen hatten. Untermauert wird diese Vermutung durch die Tatsache, dass die meisten Vertriebenen im Untersuchungszeitraum in enteigneten Schlössern, Guts- und Herrenhäusern untergebracht waren.⁵⁵⁰

Folgende aus verschiedenen Quellen zusammengestellte Übersicht gibt die Beschäftigung Vertriebener in der Landwirtschaft wieder:

Eingliederung Vertriebener in der Landwirtschaft im Stadt- und Landkreis Ende 1948⁵⁵¹

	Stadtkreis	Landkreis
Dauernd in der LW untergebracht:	365	5 667
1. in Bauernstellen einschl. Neubauern:		546
2. als Landarbeiter:	337	4 599
3. als Handwerker:		14
4. Sonstige:	28	444

⁵⁴⁶ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K 13, Salzwedel, Nr. 15, 110.

⁵⁴⁷ Vgl. Tabelle 134, 135

⁵⁴⁸ Vgl. Wille, Manfred, Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ/DDR., Dokumente, Bd. II, S. 288.

⁵⁴⁹ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K 13, Salzwedel, Nr. 15, 110.

⁵⁵⁰ Z.B. in den Gemeinden Calbe (von Goslar), in Langenapel (von Knesebeck) in Kunrau (von Baeseler) und Deutschhorst (von Gagelmann).

⁵⁵¹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22919, S 16; sowie LA Magd., - LHA -, Rep. K 3, MdI, Nr. 6695.

Anhand der Übersicht wird deutlich, dass der größte Teil der in der Landwirtschaft arbeitenden Vertriebenen im Landkreis als Landarbeiter (4599 Personen) tätig war und nur wenige von Ihnen (546 Personen) eigenen Boden erworben hatten. Aus anderen Statistiken geht außerdem hervor, dass insgesamt ca. 80 Prozent der im Landkreis angesiedelten Vertriebenen in der Landwirtschaft unterkamen.⁵⁵² Weiterhin wird ersichtlich, dass für diesen Bereich offenbar bedarfsgerecht angesiedelt wurde, da die aus landwirtschaftlichen Berufen kommenden ca. 6 000 Vertriebenen⁵⁵³ fast zu 90 Prozent wieder in die Landwirtschaft integriert werden konnten. Ob dies im Rahmen der Einweisungspraxis⁵⁵⁴ eher „zufällig passierte“ oder ein positives Beispiel bedarfsgerechter Steuerung durch die Behörden war, wird nicht deutlich. Unberücksichtigt bleibt hierbei auch die Frage nach der Gleichwertigkeit der Beschäftigung gegenüber Einheimischen. Inwieweit dabei ein sozialer Abstieg geschah (z.B. vom Landeigentümer im Vertreibungsgebiet zum Landarbeiter im Kreis Salzwedel) lässt sich nicht eindeutig ermitteln. Vermutlich ist dies jedoch vielfach der Fall gewesen, wie es sich sowohl im Bereich der Landvergabe, der eher mangelnden Unterstützung und der Unterbringung Bodeneigentümer als auch der Landarbeiter andeutet. Insgesamt kann für die Eingliederung Vertriebener im Bereich der Landwirtschaft festgestellt werden, dass der Aspekt der Arbeitsplatzbeschaffung erfüllt wurde und im Vergleich zu anderen Regionen zumindest zu großen Teilen ausbildungsgerecht angesiedelt werden konnte.

Die meisten Industriebetriebe der Stadt und des Kreises begannen im Herbst 1945 vor allem unter den Bedingungen des Material- und Rohstoffmangels und den zu erbringenden Reparationsleistungen⁵⁵⁵ wieder mit der Produktion. Die größeren Betriebe wie die Pumpenfabrik, einige Versorgungsbetriebe und die chemische Industrie konnten jedoch nur langsam die Produktion in Gang brin-

⁵⁵² Selbst ca. 5 Prozent der 1948 im Stadtkreis angesiedelten Vertriebenen arbeiteten in der Landwirtschaft.; Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22919.

⁵⁵³ Angesiedelte Vertriebene aus landwirtschaftlichen Berufen im gesamten Kreisgebiet ; vgl. ebenda Tabelle.

⁵⁵⁴ Vgl. Einweisungspraxis der ZVU in diesem Kapitel.

⁵⁵⁵ Die gezielt durchgeführten Reparationen für die Besatzungsmacht betrafen die wenigen vor dem Krieg profitablen Unternehmen, wie z.B. die Draht- und Metallfabrik und die Pumpenfabrik, die zu jenen Betrieben gehören, aus denen Industrieanlagen entweder ganz oder teilweise demontiert wurden. Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. K 13, Kreis Salzwedel, Nr. 84, 89.

gen.⁵⁵⁶ Selbst die Zuckerfabrik konnte trotz umfangreicher Anstrengungen bis 1947 noch keine Produktionssteigerung erreichen.⁵⁵⁷

In einem Bericht des SED-Kreisvorstandes an die Provinzialverwaltung, Abteilung Wirtschaft, zur Situation in der Industrie für das Jahr 1946, hieß es dazu:

„... Erfolge verhältnismäßig gering, da Material fehlte und kein geregelter Materialnachschub vorhanden war ... Der Kreis besitzt außer der Zuckerfabrik z.Zt. keine besonders hervortretende Industrie.“⁵⁵⁸

Über einen Mangel an Arbeitskräften im industriellen Bereich sind in den Unterlagen keine Aussagen auffindbar. Dennoch lässt sich aus der Tatsache, dass viele Vertriebene in diesem Bereich einen Arbeitsplatz erhielten, vermuten, dass der Bedarf vorhanden war.⁵⁵⁹ Bis 1948/49 konnten die industriellen Betriebe ihre Produktion insgesamt nur langsam steigern und blieben hinter der landwirtschaftlichen Entwicklung zurück.

Die Eröffnung kleinerer Handwerksbetriebe – vor dem Krieg im Kreisgebiet zahlreich vertreten – nahm zwischen 1946 bis 1948 vergleichsweise schnell wieder zu. Im Jahre 1946 arbeiteten schon wieder 8 000 Selbständige im Kreisgebiet.⁵⁶⁰

Für alle im Kreisgebiet vertretenen Wirtschaftsbereiche sind brauchbare Arbeitsmarktstatistiken im Bezug auf die Eingliederung Verriebener erst 1947 nachweisbar. Sie geben Auskunft sowohl über angesiedelte Berufsgruppen als auch über deren Eingliederung in den Arbeitsprozess. Folgende Übersicht soll dies verdeutlichen:

⁵⁵⁶ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 14889; LA Magd. , – LHA –, Rep. K Salzwedel, Nr. 143.

⁵⁵⁷ Vgl. „Volkszeitung“ vom 31.10.1946, Nr. 68.

⁵⁵⁸ Vgl. LA Magd., -LHA-, Rep. K 13, Kreis Salzwedel, Nr. 89.

⁵⁵⁹ Vgl. Tabelle auf Seite 137.

⁵⁶⁰ Vgl. LA Magd. – LHA –, Rep. K 13 Salzwedel, Nr. 184.

Eingliederung Vertriebener in den Arbeitsprozess im August 1948 im Kreis
Salzwedel⁵⁶¹

Berufsgruppen	<u>Landkreis:</u>		<u>Stadtkreis:</u>	
	arbeitsfähig	in Arbeit	arbeitsfähig	in Arbeit
1. Land- u.				
Forstwirtschaft.	5 678	5 667	370	370
2. Bergbau	-	-	-	-
3. Industrie	397	378	364	361
4. Hoch/Tiefbau	370	160	166	154
5. Baustoffindustrie	162	155	37	37
6. Selbständige/HW	177	177	152	152
<u>7. Verschiedene</u>	<u>3 648</u>	<u>2 498</u>	<u>4 199</u>	<u>3 500</u>
Gesamt	10 432	8 900	5 288	4 374
aufgenommene				
Vertriebene insgesamt:	20 487		6 638	

Mehrere Aussagen können auf Grund der Statistik getroffen werden :

Von den bis zum Jahre 1948 rund 20 500 im Landkreis aufgenommenen Vertriebenen waren ca. 50 Prozent arbeitsfähig und mehr als 80 Prozent davon erhielten einen Arbeitsplatz. Im Stadtkreis konnten von den knapp 6 600 Vertriebenen und davon ca. 80 Prozent Arbeitsfähigen ca. 85 Prozent in Arbeit gebracht werden. Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die meisten der Vertriebenen nach den Statistiken neben der Landwirtschaft auch in anderen Wirtschaftszweigen in Arbeitsverhältnisse gelangten, die ihren Qualifizierungen entweder ganz oder annähernd entsprachen.⁵⁶²

Der größten Bereich der vermittelten Tätigkeiten im Landkreis blieb, der Wirtschaftsstruktur des Kreises entsprechend, die Land- und Forstwirtschaft (mit ca. 6 000 Personen).

⁵⁶¹ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K 3, MdI, Nr. 6695, sowie Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22919.

⁵⁶² Vgl. zur qualifikations- und bedarfsgerechten Ansiedlung Vertriebener in diesem Kapitel.

Weniger ausgeprägt war auf Grund des geringeren Bedarfes die Arbeitsaufnahme Vertriebener auf dem industriellen Sektor mit insgesamt etwa 750 Personen (jeweils hälftig im Stadt- und Landkreis).

Der mit „Verschiedene“ (Berufe) erfasste Bereich weist sowohl im Stadtgebiet als auch im Landkreis eine relativ hohe Vermittlungsquote auf. Dahinter verbergen sich sowohl Berufe im Öffentlichen Dienst (Lehrer, Beamte, Verwaltungsangestellte, Ärzte u.a.) als auch Tätigkeiten aller Art, vorrangig im Dienstleistungsbereich. Beispiele für die Einstellung Vertriebener in den Öffentlichen Dienst sind der ab April 1946 tätige Verwaltungsdirektor des Landkreises als auch die vorrangig in den Gemeinden tätigen so genannten „Flüchtlingslehrer“.⁵⁶³

Auffällig, aber nicht untypisch für den stark ausgeprägten Handwerksbereich des Kreises, ist die 100-prozentige Verwendung dieser Berufsgruppe unter den Vertriebenen im Kreisgebiet. Offen bleibt allerdings auch hier, wie viele von den als selbständig in den Statistiken ausgewiesenen Vertriebenen tatsächlich in die Selbständigkeit gelangten oder ob sie vorrangig in ein Angestelltenverhältnis in den vielen kleinen Handwerksunternehmen des Kreises vermittelt wurden. Bestrebungen zur Gründung selbständiger Betriebe und auch zahlreiche Hindernisse auf diesem Weg scheint es auf jeden Fall gegeben zu haben. Belegbar ist in diesem Zusammenhang lediglich die Gründung einer „Umsiedler-Produktiv-Genossenschaft“. Nach umfangreichen Hindernissen im Bezug auf die Genehmigungen durch die Landeshandwerkskammer, den Rat der Stadt und das Gewerbeamt, erteilte die SMA die Erlaubnis zur Gründung der Produktivgenossenschaft e.G.m.b.H. am 3.1.1948. Sie bestand aus einem Zusammenschluss des Schneider-, Schumacher- und Tischlerhandwerks.⁵⁶⁴

Zu erwähnen sei an dieser Stelle noch, dass der Anteil der Frauen an den Erwerbsfähigen teilweise doppelt so hoch war wie die der Männer. Auch in der Landwirtschaft waren mehr Frauen als Männer beschäftigt.⁵⁶⁵

⁵⁶³ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19587.

⁵⁶⁴ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19699, Bl.42.

⁵⁶⁵ Vgl. Anlage 31

Insgesamt war die Eingliederung der Vertriebenen in den Arbeitsprozess im Kreis Salzwedel trotz der ca. 50 Prozent nicht erwerbsfähiger Vertriebenen insofern erfolgreicher als in anderen Regionen der Provinz⁵⁶⁶, da im Zusammenhang mit der Arbeitsaufnahme in den meisten Fällen auch eine annähernd qualifikationsgerechte Tätigkeit vermittelt werden konnte. Die Vertriebenen hatten zumindest nach den Statistiken zu einem großen Teil eine ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit aufgenommen. Unberücksichtigt bleibt hierbei jedoch der nicht unwesentliche Aspekt des möglichen sozialen Abstiegs auch innerhalb einer ausbildungsgerechten Arbeitsaufnahme. Die große Unzufriedenheit der Vertriebenen, die durchgängig aus allen Berichten innerhalb des Untersuchungszeitraumes⁵⁶⁷ deutlich wird, spricht dafür, dass auch im Bereich der Eingliederung in den Arbeitsprozess (vermutlich vor allem in der Landwirtschaft und im Handwerk) in vielen Fällen ein sozialer Abstieg erfolgte. Ebenso unsicher bleibt die Frage nach der möglichen Benachteiligung bei der Arbeitsplatzvergabe gegenüber Einheimischen.

⁵⁶⁶ Vgl. Wille, Manfred, Flüchtlinge und Vertriebene in der SBZ/DDR, Dokumente, Bd. II, Wiesbaden 1999, S. 285 ff; Mehlhase, Torsten, Die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen, Münster 1999, S. 220 ff.

⁵⁶⁷ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19699.

5.4. Die Bemühungen der Behörden und Hilfsorganisationen um die Verbesserung der sozialen Lage der Vertriebenen im Kreis Salzwedel bis 1948/49

Die meisten der aufgenommenen Vertriebenen mussten bei ihrer Ausweisung alles zurücklassen oder kamen nur mit wenigen Habseligkeiten in die SBZ. Sie hatten mit dem Verlust ihrer Heimat auch ihre materielle Existenz verloren. Als mittellose Ausgewiesene trafen sie nun in den ihnen zugewiesenen Gebieten auf Bedingungen, die ungünstiger nicht sein konnten. Auf Hilfe angewiesen, wurden sie in den vom Krieg gezeichneten Regionen verständlicherweise weder von der Bevölkerung noch von den Behörden als willkommene Gäste empfangen. Selbst wenn letztendlich für viele von ihnen bis zum Ende der 40er Jahre Wohnraum und Arbeit beschafft werden konnte, hatten sie zumeist an psychischen und physischen Schäden zu tragen und ihre wirtschaftlich-soziale Lage blieb angespannt, teilweise verzweifelt.

Nachdem die sowjetischen Besatzungsorgane die Unumkehrbarkeit der Rückkehr in die Heimatgebiete unterstrichen hatten, sahen sich die Behörden der Länder und Provinzen schließlich in der Pflicht, langfristig sozialfürsorgerische Hilfe für die Ausgewiesenen leisten zu müssen. Die Voraussetzungen dafür waren jedoch selbst bei gutem Willen kaum für die Wohnbevölkerung, geschweige denn für weitere Angesiedelte, gegeben.⁵⁶⁸ Die Haushaltskassen ließen nur eine improvisierte Sozialpolitik zu, in deren Folge die Aufgabe der Leistungserbringung für die Sozialfürsorge auf die Kreise, Kommunen und Gemeinden delegiert wurde.⁵⁶⁹ Die Provinzialverwaltung Sachsen wies beispielsweise den Gemeinden die Pflicht der „Voll-Betreuung“ der aufgenommenen Vertriebenen zu.⁵⁷⁰ Die überforderten und auf sich allein gestellten Kreise, Städte und Gemeinden waren jedoch kaum in der Lage, die sich mit dem Flüchtlings- und

⁵⁶⁸ Die Fürsorge-Pflicht-Verordnung war praktisch außer Kraft gesetzt. Vgl. dazu Wille, Manfred, Dokumente, Bd. III, Wiesbaden 2003, S. 161.

⁵⁶⁹ Die Kosten für die Sozialfürsorge wurden von oben nach unten delegiert. Vgl. Wengst, Udo, Sozialpolitische Denk- und Handlungsfelder in: Geschichte und Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und Bundesarchiv, Bd. 2/1, Die Zeit der Besatzungszonen 1945-1949. Sozialpolitik zwischen Kriegsende und Gründung zweier deutscher Staaten, Baden – Baden 2001, S. 79 f.

⁵⁷⁰ Vgl. Wille, Manfred, Dokumente, Bd. III, Wiesbaden 2003, S. 161 f.

Vertriebenenproblem ergebenden sozialfürsorgerischen und unterstützenden Anforderungen ohne Hilfe zu bewältigen.⁵⁷¹

Die zumeist desolate gesundheitliche Verfassung, die schlechte Ernährungssituation⁵⁷² und die Mittellosigkeit der Eingetroffenen ließen jedoch von Anfang an keine langen Überlegungen zu, sondern erforderten sofortiges Handeln. In dieser Situation übernahmen allerorts entstehende lokale Hilfsorganisationen schnell und unbürokratisch die Versorgung, welche die Behörden nur ungenügend zu leisten in der Lage waren. Ihre hauptsächlichen Bemühungen richteten sich auf die Sammlung von Spenden in Form von Geld- und Sachwerten und deren Verteilung an Notleidende. Gemeinsam mit karitativen Einrichtungen der Kirchen und Ortsausschüsse von Parteien und Organisationen⁵⁷³ erfolgten schon bald Zusammenschlüsse zu territorialen Hilfsorganisationen. In der Provinz Sachsen wurde am 26. November 1945 das „Hilfswerk der Provinz Sachsen „ gegründet.⁵⁷⁴ In der Satzung der Organisation hieß es:

„Das Hilfswerk ist eine Zusammenfassung aller Kräfte und Organisationen, die zur Linderung der bestehenden Not bereits vorhanden sind und noch entstehen, zu einheitlicher, fürsorglicher Arbeit.“⁵⁷⁵

In allen sowjetzonalen Ländern und Provinzen wurden seit Herbst 1945 überterritoriale Hilfsaktionen durchgeführt. Die erste Sammlung des Hilfswerkes der Provinz Sachsen stand unter Losung „Helft den Umsiedlern“.⁵⁷⁶ Nachdem die Umsiedlerbehörden ihre Arbeit aufgenommen hatten, folgten bis 1948/49 gemeinsame Maßnahmen und Aktionen, welche auf die Verbesserung der Lage der Bedürftigen abzielten. So wurden z.B. in vielen Städten der Provinz Sachsen so genannte Kochküchen eingereicht, um die Ernährungssituation⁵⁷⁷ der

⁵⁷¹ Ihnen blieb vielfach nichts anderes übrig, als Leistungen in anderen Bereichen zu kürzen oder die Steuern zu erhöhen; Vgl. Wille, Manfred, Dokumente, Bd. III, Wiesbaden 2003, S. 151.

⁵⁷² Die Ernährungssituation Vertriebener in der SBZ konnte in den ersten Jahren im Vergleich zu den anderen Besatzungszonen (nach der amerikanischen Besatzungszone) trotz beschriebener Probleme schneller verbessert werden, unter anderem durch das durch die SMAD eingeführte Pflichtablieferungssystem agrarischer Produkte (Befehl Nr. 46 der SMAD). Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene, Münster 1999, S. 118 ff.

⁵⁷³ Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene, Münster 1999, S. 152.

⁵⁷⁴ Vgl. Verordnungsblatt der Provinz Sachsen, 1.Jg., 1945, Nr. 9, S. 15 f.

⁵⁷⁵ Vgl. ebenda.

⁵⁷⁶ Vgl. Volksblatt, Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei für die Provinz Sachsen vom 17. November 1946.

⁵⁷⁷ Die Provinz Sachsen hatte unter den Ländern und Provinzen in der SBZ noch die besten Voraussetzungen für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Weniger gut versorgt als die

von der Hungersnot besonders betroffenen Stadtbevölkerung zu verbessern.⁵⁷⁸ In diesem Sinne war auch die von Provinzialverwaltung ab 1947 herausgegebene Verordnung zur Vergabe von Gartenland⁵⁷⁹ an Stadtbewohner zu verstehen. Durch die Verpachtung kleiner Parzellen vorrangig für Vertriebene sollte die Möglichkeit einer teilweisen Selbstversorgung geschaffen werden. Zur Verbesserung der Versorgung mit Kleidung und Gebrauchsgegenständen wurden auf Initiative der Hilfs- und Wohlfahrtsorganisationen in vielen Städten Nähstuben, Möbel- und Tischlerwerkstätten sowie Tauschzentralen⁵⁸⁰ eingerichtet. Da die Neubeschaffung von Möbeln und anderen Gegenständen nicht in ausreichendem Maße⁵⁸¹ möglich war, sollte auf diese Weise vorrangig Vorhandenes wiederverwendet und besser verteilt werden. In der Provinz Sachsen wurde im Dezember 1948 die „Arbeitsgemeinschaft für Umsiedlerversorgung“ gebildet, welche große Möbel- und Textilverteilungskampagnen organisierten.⁵⁸² Die Behörden versuchten ihrerseits, auf vielfältige Weise vor allem Möbel und Einrichtungsgegenstände für Vertriebene zu beschaffen, welche jedoch oftmals auf eine Beschlagnahme⁵⁸³ bzw. leihweise Überlassung derselben von der einheimischen Wohnbevölkerung hinausliefen, da andere Möglichkeiten nur in geringem Umfang gegeben waren. Hilfsmaßnahmen immaterieller Art, wie die Aktion „Rettet die Kinder“ oder die Einrichtung eines Suchdienstes für Vermisste⁵⁸⁴, die durch die Zusammenarbeit

auf dem Lande Untergekommenen, waren die Vertriebenen in den Städten. Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene, Münster 1999, S. 125 f.

⁵⁷⁸ Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene, Münster 1999, S. 122 f.

⁵⁷⁹ Gesetz vom April 1947 über die Vergabe von Gartenland; Bis 1948 erhielten in der Provinz Sachsen 92 000 Familien Parzellen zur Eigennutzung.; Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene, Münster 1999, S. 126 f.

⁵⁸⁰ In der Provinz Sachsen gab es 1947 23 Tauschzentralen.; Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene, Münster 1999, S. 128 ff.

⁵⁸¹ Einige Maßnahmen der Provinzialverwaltung Sachsen waren darauf gerichtet, ausschließlich für Vertriebene Möbel herzustellen. Diese blieben jedoch die Ausnahme. Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene, Münster 1999, S. 155.

⁵⁸² Diese Arbeitsgemeinschaft wurde 1949 in die „Landesarbeitsgemeinschaft für die materielle Versorgung hilfsbedürftiger Bevölkerungsteile (LAG)“ umbenannt.; Vgl. ebenda, S. 141 ff.

⁵⁸³ Vgl. Die Beschlagnahme von Möbeln und Einrichtungsgegenständen im Rahmen des Wohnungsgesetzes 1946 bzw. die „Notstandsverordnungen“ im Juni 1947 in: Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene., Münster 1999, S. 138 ff.

⁵⁸⁴ Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene, Münster 1999, S. 143 f.

der Hilfsorganisationen⁵⁸⁵ und Behörden möglich wurde, waren von besonderer Bedeutung im Sinne fürsorgerischer Hilfe. Auch internationale Hilfsorganisationen schlossen sich den vielfältigen Hilfsaktionen durch Spende für Notleidende an.⁵⁸⁶ Insgesamt konnten dank der Tätigkeit der Hilfsorganisationen in den ersten Nachkriegsjahren vor allem Lebensmitteln, Kleidung und Heizmaterial besonders für die Ärmsten – unter ihnen zu großen Teilen Vertriebene – beschafft und verteilt werden. So war es möglich, die größte Not lindern, das Problem der weiterhin verzweifelten Armut war jedoch nicht allein auf diese Weise zu beseitigen.

Zur Unterstützung der SED in der Wahlkampagne 1946 erklärte sich die SMAD im Oktober bereit, den Vertriebenen eine einmalige finanzielle Unterstützung zu gewähren. Nach dem Befehl Nr. 304 des Obersten Chefs der SMAD erhielten Vertriebene, „die nicht arbeitsfähig sind und keine Existenzquellen haben“, eine einmalige Unterstützung von 300 RM und deren Kinder von 100 RM.⁵⁸⁷ Einem, im Jahr 1953 abgefassten Bericht zufolge, hatten bis 1948 knapp 1 200 000 Erwachsene und ca. 760 000 Kinder Unterstützungen gemäß des Befehls 304 erhalten. Dafür waren mehr als 400 Millionen RM bereitgestellt worden.⁵⁸⁸ In der Provinz Sachsen erhielten ca. 270 600 Erwachsene und 150 000 Kinder diese einmalige Unterstützung.⁵⁸⁹

Wichtig für die aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Vertriebenen wie auch für die Entlastung der Sozialfürsorge war die Wiederaufnahme von Renten- und Pensionszahlungen.⁵⁹⁰ Etwa ab Juni 1946 wurden die für die Altansässigen getroffene Rentenregelung auf die Vertriebenen ausgedehnt.⁵⁹¹ Die Sozialversicherungsanstalt der Provinz Sachsen begann ab April/Mai 1946 mit den Rentenzahlungen, deren Höhe auf 50 RM begrenzt war.⁵⁹²

⁵⁸⁵ Um die Arbeit der Hilfsorganisationen verstärkt zu kontrollieren, wurde im Mai 1946 durch die SED der Zentrallausschuss der Volkssolidarität mit der Hauptaufgabe der „Hilfe für Millionenmassen von Umsiedlern“ gegründet. Vgl. Wille, Manfred, Wiesbaden 2003, S. 156.

⁵⁸⁶ z.B. für werdende und stillende Mütter, kriegsgeschädigte Kinder und alte Menschen

⁵⁸⁷ Die nach dem 28. Juni 1948 eingetroffenen Vertriebenen erhielten pro Person nur noch 50,- RM. Vgl. zum Befehl Nr. 304 BArch, DO 2, Nr. 82, Bl. 10.

⁵⁸⁸ Vgl. BArch, DO 2, Nr. 49, Bl. 56.

⁵⁸⁹ Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene, Münster 1999, S. 213 f.

⁵⁹⁰ Vgl. ebenda.

⁵⁹¹ Vgl. BArch, Do 2, Nr. 17, Bl. 227.

⁵⁹² Vgl. Verordnungsblatt der Provinz Sachsen, 2. Jg., 1946, S. 260.

Auf eine Erleichterung der Lebensumstände hofften jene Vertriebene, die ihre Sparbücher hatten retten können. Die Möglichkeit Geld abzuheben wurde durch den Befehl Nr. 74 der SMAD ab März 1946 jedoch nur in begrenztem Umfang möglich.⁵⁹³ Nach der Währungsreform konnten Altsparguthaben aus der Zeit vor dem 9. Mai 1945 schließlich nur noch im Verhältnis 10:1 umgewertet werden⁵⁹⁴, so dass für die meisten Vertriebenen der größte Teil ihres Ersparnen entwertet wurde.⁵⁹⁵

Auf Grund des SMAD- Befehls Nr. 92 wurden die Vertriebenen im April 1947 in das für die SBZ geschaffene System der Gewährung sozialer Fürsorge nach einheitlichen Richtsätzen eingegliedert.⁵⁹⁶ Der Anteil der Ausgesiedelten an allen Unterstützungsempfängern betrug zu diesem Zeitpunkt mit ungefähr 423000 Personen 42,6 Prozent⁵⁹⁷, wurde aber durch die verstärkte Eingliederung in den Arbeitsprozess bis Ende 1949 deutlich geringer.⁵⁹⁸ In der Provinz Sachsen lag die Zahl der Fürsorgeempfänger Anfang Januar 1949 bei ca. 11 Prozent.⁵⁹⁹

Mit der sich Ende 1947 zuspitzenden Versorgungssituation der Vertriebenen und den zunehmenden Differenzen zwischen Einheimischen und Fremden versuchten Parteien, Behörden und Organisationen die große Not vieler Vertriebener noch näher ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken. Da die Wirtschaft weiterhin nur sehr begrenzt in der Lage war, vor allem die Neuankömmlinge mit dem Nötigsten auszustatten und mit normalen Spendenaufrufen kaum noch etwas zu erreichen war, wurde der Gedanke einer außerordentlichen Aktion, der „Umsiedlerwoche“, ins Leben gerufen. Die zeitversetzt in allen Ländern und Provinzen durchgeführten Aktionen sollten das Umsiedlerproblem zum Mittelpunkt machen, die Gebefreudigkeit der Bevölkerung mobilisieren und die bei-

⁵⁹³ Vgl. ebenda, S. 68.

⁵⁹⁴ Vgl. Wille, Manfred, Dokumente, Bd. III, Wiesbaden 2003, S. 161.

⁵⁹⁵ Die nach 1948 Eintreffenen hatten in Sachsen-Anhalt überhaupt keine Möglichkeit mehr, ihre Ersparnisse zu tauschen. Vgl. Mehlhase, Torsten, „Münster 1999, S. 216

⁵⁹⁶ Zur Entwicklung einheitlicher Richtsätze bei den ostzonalen Sozialleistungen vgl. Boldorf, Marcel, Eingliederung der Kriegsoffer und Schwerbeschädigten Ostdeutschlands in den Arbeitsprozess 1945 bis 1951, in: Buchheim, wirtschaftliche Folgelasten, Baden-Baden 1995, S.624 ff.

⁵⁹⁷ Bis zum Juni 1949 hatte sich der Anteil Vertriebener an den Hauptunterstützungsempfängern auf 10 Prozent reduziert. Vgl. BArch, DO 2, Nr. 49, Bl. 157.

⁵⁹⁸ Vgl. Kapitel 5.3.

⁵⁹⁹ Insgesamt war die Verteilung der Fürsorgeempfänger in den einzelnen Kreisen sehr unterschiedlich. Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene, Münster 1999, S. 211.

den Bevölkerungsgruppen durch gemeinsam durchgeführte Veranstaltungen aneinander heranzuführen. Die offiziellen Einschätzungen des Verlaufes und der Ergebnisse der Umsiedlerwochen fielen nach der Berichterstattung an die SMAD überwiegend positiv aus, dennoch waren die Erfolge in den einzelnen Städten und Gemeinden wohl sehr unterschiedlich.⁶⁰⁰ Insgesamt änderte sich an der noch immer durch Mangel und Benachteiligung gekennzeichneten Situation Vertriebener auch durch die Umsiedlerwoche nichts grundlegend.

Trotz der unter den gegebenen Umständen beachtlichen Leistungen der Sozialfürsorge, der Hilfsorganisationen wie auch der Spendenbereitschaft der Bevölkerung, blieb die Lage der bedürftigen Vertriebenen bis Ende der vierziger Jahre angespannt und teilweise verzweifelt. Kreise und Kommunen waren weiterhin gezwungen, „Aktionen zwecks Behebung der allergrößten Not bedürftiger Umsiedler“ durchzuführen.⁶⁰¹

Die Aktivitäten der Parteien waren durch die unterschiedlichen Zielstellungen der SED und der bürgerlichen Parteien geprägt. Während die CDU und die LDPD sich verstärkt für die Belange der Vertriebenen einsetzten und sowohl ein Umsiedlergesetz⁶⁰², das den Vertriebenen eine festgeschriebene Rechtsposition bei der Versorgung und Unterbringung geben sollte, als auch einen Lastenausgleich verlangten, lehnte die SED beides letztendlich bis 1948/49 als nicht lösbar ab⁶⁰³ und vernichtete zumindest mit Letzterem die Hoffnungen der Vertriebenen auf einen Ausgleich für die erlittenen Verluste.⁶⁰⁴

Grundlegende Verbesserungen der Situation der Vertriebenen in der DDR versprach das am 8. September 1950 in Kraft getretene „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik“.⁶⁰⁵ In ihm wurden rechtliche Festlegungen zur finanziellen und

⁶⁰⁰ Die Spanne reichte von Desinteresse durch die Altbewohner bis zu gemeinsamen Aktivitäten und guten Spendenerlösen für Vertriebene. Vgl. Wille, Manfred, Dokumente, Bd. III, Wiesbaden 2003, S. 227ff.

⁶⁰¹ Vgl. ebenda

⁶⁰² Vgl. ebenda, S. 222 f.

⁶⁰³ Vgl. ebenda, S. 229 ff.

⁶⁰⁴ Die der SED-Vertriebenenpolitik hatte natürlich auch eine soziale Komponente. Die Maßnahmen der SED und der bürgerlichen Parteien unterschieden sich jedoch in der Zielstellung auf Grund des unterschiedlichen Integrationsansatzes.

⁶⁰⁵ Vgl. Gesetzesblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Jg. 1950, 2. Halbjahr, Berlin 1950, S. 971-973.

materiellen Unterstützung für Neubauern, Industriearbeiter, Handwerker und Auszubildende – Vertriebene als auch für Bedürftige getroffen. Vor allem die Vergabe zinsgünstiger Kredite und die Versorgung mit Möbeln und Einrichtungsgegenständen sollten nun zukünftig eine bessere Integration der Vertriebenen in der Aufnahmegesellschaft ermöglichen. Die Spezialgesetzgebung für Vertriebene führte jedoch letztendlich weder zu einem wirklichen Ausgleich der Kriegslasten, noch zu einer besonderen Rechtsstellung wegen ihrer Ausnahmesituation (wie das 1947 in der amerikanischen Besatzungszone in Kraft getretene Flüchtlingsgesetz), noch erkannte es die Besitzschäden der Betroffenen an oder schuf einen Finanzausgleich (wie das 1952 in der Bundesrepublik in Kraft getretene Lastenausgleichsgesetz).⁶⁰⁶

In der Provinz Sachsen trugen die vielfältigen Aktionen sowohl durch die Provinzialverwaltung bzw. Landesregierung als auch durch die Hilfsorganisationen dazu bei, ein Teil des riesigen Bedarfs an Bekleidung, Haushaltsgegenständen und Möbeln zumindest teilweise zu befriedigen. Obwohl die Ausstattung der Vertriebenen in der Provinz Sachsen im Vergleich zu anderen Ländern wie Brandenburg, Thüringen oder Mecklenburg-Vorpommern insgesamt besser war⁶⁰⁷, konnte nicht jeder Vertriebene die notwendigsten Dinge erhalten.

Eine stärkere Differenzierung der sozialen Lage der Vertriebenen machte sich erst ab Ende der 40er Jahre bemerkbar. Diejenigen, welche sich in den geförderten Industriezentren ansiedelten und dort Arbeit und Wohnung gefunden hatten, konnten sich dem Lebensstandard der einheimischen Bevölkerung allmählich nähern. Ebenso erging es einigen Vertriebenen-Neubauern, die durch die Bodenreform ertragreiches Land sowie Wohn- und Wirtschaftsgebäude sowie Inventar erhalten hatten. Schwierig blieb die Lage für die nicht erwerbsfähigen Vertriebenen wie Alte, Kranke, Kriegsversehrte und alleinstehende Mütter mit kleinen Kindern, die von der kärglichen Fürsorge leben mussten.

Auch die meisten der bis 1948/49 im Kreis Salzwedel angesiedelten Vertriebenen waren mittellos angekommen und auf Hilfe angewiesen. Von den knapp

⁶⁰⁶ Vgl. Wille, Manfred, Dokumente, Bd. III, Wiesbaden 2003, S. 372 ff.

⁶⁰⁷ Vgl. Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene, Münster 1999, S. 144 f.

27 000 Vertriebenen im Kreisgebiet waren ca. 15 000 Menschen bereits bis Ende 1945 eingetroffen,⁶⁰⁸ so dass sowohl Hilfsorganisationen als auch die Behörden des Kreises recht schnell reagieren mussten, um die große Zahl der Eintreffenden aufzufangen und notdürftig zu versorgen. Bereits im Herbst 1945 konnte die Unterbringung der Menschen in den zunächst provisorisch eingerichteten Not-/Behelfsquartieren sowie deren weitere Versorgung (vor allem mit Lebensmitteln und durch medizinische Betreuung) durch eine relativ schnell funktionierende Zusammenarbeit von Behörden und Hilfsorganisationen sichergestellt werden.⁶⁰⁹

Die Ernährungssituation der Vertriebenen im Kreis Salzwedel war insgesamt unter den Nachkriegsbedingungen und den Umständen der sich ständig vergrößernden Zahl der Menschen zwar nicht als gut zu bezeichnen, konnte jedoch in kürzerer Zeit stabilisiert werden als in vielen anderen Regionen der Provinz Sachsen.⁶¹⁰ Vor allem für die meisten der auf dem Lande Untergebrachten besserte sich bis 1948/49 die Versorgungslage schneller als anderswo. In der Stadt wurden ab Dezember 1945 mehrere Gemeinschaftsküchen für die Versorgung Bedürftiger mit warmen Mahlzeiten eingereicht.⁶¹¹

Durch die relativ schnell angestiegene Zahl Vertriebener kam es bereits im Juni 1945 zu Engpässen in der Versorgung mit Kleidungsstücken. Ab diesem Zeitpunkt erfolgten die ersten Spendenaufrufe an die Bevölkerung zur Abgabe von Bekleidung und Spinnstoffen. Weitere Sammlungen folgten in regelmäßigen monatlichen Abständen. So hieß es in einem Aufruf an die Salzwedeler Bevölkerung im November 1945:

„Die vor der Tür stehenden kalten Tage bedingen dringend die Beschaffung warmer Kleidung und Betten für die in der Stadt Salzwedel sich bereits aufhaltenden und täglich neu hinzukommenden Umsiedler aus dem Südosten.

Ich fordere daher die Bevölkerung erneut zur freiwilligen Abgabe von Kleidungsstücken und Wäsche auf.“⁶¹²

⁶⁰⁸ Vgl. Kapitel 4.4.

⁶⁰⁹ Vgl. ebenda.

⁶¹⁰ Ab 1946 war der Agrarkreis Salzwedel in der Lage, auch andere Kreise mit überschüssigen Produkten zu versorgen (wie z.B. mit Fleisch). Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Das Jahr 1945, S. 38 ff.

⁶¹¹ Vgl. Anlage. 33.

⁶¹² Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 21637, Aufruf des Bürgermeisters der Stadt, Anlagen 34 und 35.

Schuhwerk und Textilien aller Art blieben trotz der Spenden über den gesamten Untersuchungszeitraum Mangelware. Die vielfältigen Aktionen der Umsiedlerbehörden und des Kreisausschusses des Hilfswerkes der Provinz Sachsen beweisen das Engagement bei der Suche nach Möglichkeiten, die Situation für die Vertriebenen zu verbessern. Neben Sammlungen und Spendenaufrufen wurden so genannte Näh- und Spinnstuben in Salzwedel eingerichtet⁶¹³, um jedes noch so zerschlissene Kleidungsstück noch verwerten zu können. Darüber hinaus gab es Anweisungen über die Vergabe von bestimmten Waren, welche zeitweise nur an Vertriebene ausgegeben werden durften. In einer Anordnung des Bürgermeisters aus dem Jahre 1946 hieß es zum Beispiel:

„Zur Behebung des großen Notstandes in der Versorgung mit Textil- und Schuhwaren für die in letzter Zeit eingetroffenen Umsiedler, ordne ich hiermit an, dass die letzte Textil- und Schuhwarenzuteilung ... nur an ... Bedarfsträger abgegeben werden darf.“⁶¹⁴

Große Probleme traten auf, als die Vertriebenen eigene Wohnräume erhielten, denn es fehlte an den notwendigsten Einrichtungs- und Gebrauchsgegenständen wie Betten, Schränke, Decken, Kochgeschirr, Koch- und Heizmöglichkeiten. Die Behörden bemühten sich gemeinsam mit dem Orts- und Kreisausschuss⁶¹⁵ des Hilfswerkes der Provinz Sachsen, den riesigen Bedarf zu erfassen und wenigstens die größten Lücken zu schließen. Im August 1947 beschloss der Stadtausschuss beispielsweise, die bevorzugte Herstellung von Möbeln für Vertriebene durch heimische Handwerker und Tischler anzuweisen.⁶¹⁶ Weitere Maßnahmen bestanden in der Beschlagnahme von Mobiliar⁶¹⁷ von Einheimischen und der Einstellung von Mitteln in den Haushalt für die Schaffung von Möglichkeiten des preisgünstigen Erwerbs von Möbeln für Ver-

⁶¹³ Vgl. ebenda, Nr. 21637, Bekanntmachungen durch den Bürgermeister vom 14. September 1945, Vgl. auch Anlage 3.

⁶¹⁴ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17870, o. Seite.

⁶¹⁵ Berichte über die Gründung der Orts- und Kreisausschüsse des Hilfswerkes der Provinz Sachsen im Kreis Salzwedel standen dem Verfasser nicht zur Verfügung. Über deren Tätigkeit wird jedoch in den Aufzeichnungen des Stadtarchivs Salzwedel berichtet.

⁶¹⁶ Beschluss des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten vom 5. August 1947 über die Bereitstellung von Einrichtungsgegenständen für die Umsiedler; Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17870; Vgl. auch Anlage 36.

⁶¹⁷ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19687, S. 126 sowie Beschluss des Bürgermeisters und der Beigeordneten vom 4. November 1947; Vgl. auch Anlage 37.

triebene. Trotz finanzieller Probleme der Stadt, hieß es in einem Beschluss des Oberbürgermeisters im Juli 1949 dazu:

„Der Rat der Stadt ist sich ... darüber klar, dass diese Aktion unbedingt durchgeführt werden muss. Sie gibt der Haushaltsstelle hiermit Anweisung, Möglichkeiten zu suchen, um das fragliche Geld vorschussweise zur Verfügung stellen zu können.“⁶¹⁸

Trotz folgender Maßnahmen, wie z.B. der so genannten Möbelbeschaffungsaktionen, welche über die Provinzialverwaltung organisiert wurden⁶¹⁹, reichten die zusammengetragenen Einrichtungsgegenstände nicht aus, um alle Bedürftigen zu versorgen.

Mit dem Befehl Nr. 304 der SMA vom August 1946⁶²⁰ erhielten die mittellosen und arbeitsunfähigen Vertriebenen im Kreis Salzwedel eine einmalige Unterstützung. Im Zeitraum von Dezember 1946 bis August 1947 wurden z.B. an 1 826 Erwachsene und 824 Kinder 300 bzw. 100 RM ausgezahlt.⁶²¹ Wie aus den Berichten hervorgeht,⁶²² hatte der über die Anträge zu befindende Prüfungsausschuss⁶²³ mit der Feststellung der Bedürftigkeit keine leichte Aufgabe, denn die Zahl der Antragsteller war groß und die zur Verfügung stehenden Mittel begrenzt. Nicht selten wandten sich Antragsteller, die sich nicht mit einer Ablehnung zufrieden gaben, in ihrer Not um Hilfe an die übergeordnete Stelle in Magdeburg. So hieß es in einem Unterstützungersuchen eines Vertriebenen: „Das städtische Wohlfahrtsamt in Salzwedel will meinen Antrag auf Umsiedlerunterstützung nicht anerkennen. ... Ich selber bin Umsiedler aus der CSR und ... 75 % arbeitsunfähig, muss daher bei meinen Eltern wohnen, weil ich mir nicht selber behelfen kann. Außerdem sind wir eine 5-köpfige Familie und alle arbeitslos ...“⁶²⁴

⁶¹⁸ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 24399, Vgl. auch Anlage 38.

⁶¹⁹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17870, o. S.

⁶²⁰ Vgl. Befehl Nr. 304 der SMAD vom 30.10.1946 über die Zahlung einer einmaligen Unterstützung an arbeitsunfähige und mittellose Umsiedler bzw. folgender der Runderlass Nr. 314 und 314 a; vgl. auch Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 24399, Vgl. auch Anlage 39.

⁶²¹ Vgl. ebenda, Nr.24399, S. 49.

⁶²² Vgl. über die Feststellung der Bedürftigkeit der Antragsteller in Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 24399, S. 14, 53, 71, 75.

⁶²³ Zum Prüfungsausschuss gehörten ein Vertreter des Sozialamtes, des Umsiedleramtes, des Umsiedlerausschusses und der Finanzverwaltung. Vgl. ebenda.

⁶²⁴ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 24399, Vgl. auch Anlage 40.

Für die Fürsorgeempfänger unter den Vertriebenen (ihre Zahl betrug zeitweise ca. 40 Prozent im Landkreis und ca. 15 Prozent im Stadtkreis)⁶²⁵ war die Auszahlung der einmaligen Unterstützungen zwar eine Hilfe, blieb jedoch ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Bedürftigen – einschließlich der Vertriebenen – hatten ab 1947 mit einem Richtsatz der Sozialunterstützung⁶²⁶ im Kreis Salzwedel von 25 RM pro Person und 15 RM für jedes weitere Familienmitglied im Monat auszukommen.⁶²⁷

In einem Bericht des Umsiedleramtes an die Kreiskommandantur wurde die soziale und wirtschaftliche Situation der Vertriebenen 1947 wie folgt dargestellt: „Hier kann gesagt werden, dass die größte Not der Umsiedler ... in der Bekleidung und im Schuhwerk liegt. Darüber hinaus fehlt es an Reparaturmaterial, wie Näh- und Stopfgarn sowie Schuhsohlen. ...Bei der Unterbringung der Umsiedler treten ... vielfach dadurch Schwierigkeiten auf, dass die Beschaffung von Öfen und Herden nur sehr schleppend möglich ist. ... An Mobiliar wurde den Umsiedlern durch die Volkssolidarität Betten, Tische und Stühle beschafft. Schwer aufzutreiben sind Schränke. Insbesondere fehlen den Umsiedlern Kochtöpfe und sonstige Küchen- und Einrichtungsgegenstände.“⁶²⁸

Nach dem ermittelten „Hauptbedarf eines Umsiedlers“⁶²⁹ fehlten noch Anfang 1948 zwischen 20 und 40 Prozent aller im Kreis angesiedelten Vertriebenen die notwendigen Gegenstände wie Schlafgelegenheiten, Möbel, Bekleidungsstücke und Hauswirtschaftsgeräte.⁶³⁰

Die Aktionen der Umsiedlerbehörde und der Hilfsorganisationen zur Verbesserung der Lage der Vertriebenen waren in den meisten Fällen nur unter Mithilfe der einheimischen Bevölkerung durchführbar. Es wurde jedoch nicht nur um Geld- und Sachleistungen gebeten, auch Solidarität und Mitgefühl waren

⁶²⁵ Vgl. LA Magd., – LHA –, Rep. K13, Kreisverwaltung Salzwedel, Nr. 184.

⁶²⁶ Vgl. Befehl Nr. 92 über die Eingliederung der Vertriebenen in das System der Gewährung sozialer Fürsorge nach einheitlichen Richtlinien für die SBZ. Unabhängig davon hatte jede Stadt eigene Richtsätze.

⁶²⁷ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 24399, S. 45.

⁶²⁸ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19699, S. 39.

⁶²⁹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17870, S. 80 sowie Kap. 5.2.

⁶³⁰ Vgl. ebenda, S. 87

gefragt. In dem „Weihnachtsappell an die Salzwedeler Bevölkerung“ des Bürgermeisters aus dem Jahre 1947 hieß es zum Beispiel:

„Denkt daran, dass Tausende ihre Heimat und ihr Hab und Gut haben aufgeben müssen. Diese Menschen leben in den Mauern unserer Stadt zum Teil noch unter schwierigsten Verhältnissen, oft in Sorge und Not. ... Beweist eure Solidarität dadurch, dass Ihr zum Weihnachtsfest einen bzw. zwei Umsiedler zu Eurem Mittagstisch einladet.“⁶³¹

Ähnlichem Zwecke diente die Aktion „Rettet die Kinder“, welche durch die Provinzialverwaltung, initiiert auch im Kreis Salzwedel, durchgeführt wurde. In dem Aufruf an die Bevölkerung hieß es:

„Wir rufen alle Einwohner der Stadt Salzwedel auf, den elternlosen Kindern eine neue Heimat zu bereiten. ...

„Einwandfreie, gute Pflegestellen zur möglichst unentgeltlichen Unterbringung hilfsbedürftiger, elternloser Umsiedlerkinder werden laufend gesucht.“⁶³²

In welchem Maße die beiden letztgenannten Aktionen erfolgreich waren, lässt sich nicht ermitteln. Dennoch beweisen sie die umfangreichen Anstrengungen sowohl der Behörden als der Wohlfahrtsorganisationen, um den Vertriebenen nicht nur materielle Hilfe zu leisten.

Die besonders kalten Winter der Jahre 1947 und 1948 verschlimmerten trotz der Bemühungen der Behörden die Situation der Vertriebenen. Hinzu kam, dass die Solidarität und Spendenbereitschaft der Wohnbevölkerung Anfang 1948 angesichts der immer noch großen Bedarfslücken erschöpft war. Das zeigte sich an den Ergebnissen der wohl letzten großen Aktion – der „Umsiedlerwoche“ im Kreis Salzwedel. Die im Februar 1948 von den Behörden, der Volkssolidarität, den Umsiedlerausschüssen und Blockparteien gemeinsam und gut vorbereitete Veranstaltung fand nicht die erwartete große Resonanz unter der Bevölkerung. Nach den Berichten war die Beteiligung und auch die Gebe-

⁶³¹ Vgl. Weihnachtsappell an die Salzwedeler Bevölkerung in: Amtliche Mitteilungen für den Kreis und die Stadt Salzwedel vom 20. Dezember 1947, Vgl. auch Anlage 41.

⁶³² Aufruf des Bürgermeisters der Stadt Salzwedel vom 21. Dezember 1947 in: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 21637; Vgl. auch Anlage 42.

freudigkeit der Salzwedeler wohl eher verhalten.⁶³³ Obwohl als Gründe dafür laut Bericht die Witterungsverhältnisse und die gerade einen Monat zuvor durchgeführte große Sammelaktion angegeben wurde, wird m. E. deutlich, dass die Bevölkerung kaum noch willens und in der Lage war, weiter zu spenden. Zum anderen finden sich entgegen der Zielstellungen und den Berichten der SED und der durch sie kontrollierten Umsiedlerausschüsse gerade zwischen 1947 und 1948/49 die meisten Hinweise auf sich verstärkende Konflikte zwischen Einheimischen und Vertriebenen im Kreis Salzwedel.⁶³⁴

Wie die schriftlichen Beschwerden der Vertriebenen selbst, die in den Umsiedlerausschüssen zu lösenden Streitfälle zwischen der Bevölkerung und Vertriebenen um Einrichtungsgegenstände, Wohnungen u.ä. und die Berichte der Umsiedlerbehörden an das Bezirkspräsidium belegen⁶³⁵, war das Klima zwischen Einheimischen und „Fremden“ bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes mehr als angespannt. Im Jahre 1949 berichtete das Sozialamt der Stadt dem Kreisausschuss von den vorhandenen Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen der Vertriebenen in Salzwedel wie folgt:

„Der überwiegende Teil der Hilfsbedürftigen ... setzt sich aus Umsiedlern zusammen. ... Das Kernstück aller Unzufriedenheit bildet zunächst die Wohnraumfrage. Durch mangelhafte Unterbringung ergeben sich viele Reibereien zwischen Einheimischen und Umsiedlern. Ein Umsiedler, der in Arbeit steht, wird zunächst versuchen, neben der Ergänzung seiner Kleidung, ein Stück Möbel zu beschaffen. Selbst wenn es ihm gelingt, einen Schrank zu kaufen, kann er ihn in vielen Fällen nicht unterstellen, weil kein Platz vorhanden ist. Kommt dieser Umsiedler dann in die Wohnung eines Einheimischen und sieht die mit Möbeln vollgestopften Zimmer, dann kommt ihm in seinen kahlen vier Wänden ... die ganze Misere seines Daseins zum Bewusstsein.

Die seitens der Landesregierung ins Leben gerufene Möbelbeschaffungsaktion stellt nur eine unzufriedene Teillösung dar. Abgesehen davon, dass die gelieferten Schränke als ausgesprochener Schund anzusehen sind, die man den Um-

⁶³³ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Bericht über die Durchführung und den Verlauf der „Umsiedlerwoche“ im Kreis Salzwedel vom 22. - 29. Februar 1948, Nr. 19587, S. 171, Vgl. auch Anlage 43.

⁶³⁴ Vgl. Kapitel 5.2.

⁶³⁵ Vgl. ebenda und Vgl. auch Anlagen 44, 45.

siedlern besser nicht anbieten sollte, wird diese Aktion nur einem kleinen Teil der Umsiedler zugute kommen.“⁶³⁶

Im gleichen Schreiben plädierte das Sozialamt dafür, Gerechtigkeit durch Steuersenkungen und einen Lastenausgleich herzustellen und führte dafür ein Beispiel an:

„Zwei Handwerker kehren gleichzeitig aus der russischen Kriegsgefangenschaft zurück. Der Eine ist Einheimischer aus Salzwedel, findet seine Familie in der unversehrten Wohnung mit unversehrten Möbeln vor. Fast der gesamte Hausrat ist vorhanden. Der andere Heimkehrer findet seine Familie in einem Wohnraum vor, in dem sich fast nichts befindet. Die Frau hat in vielen Fällen von der Fürsorgeunterstützung leben müssen und konnte nichts anschaffen. Wenn beide jetzt gleichzeitig in einer Arbeitsstätte arbeiten, bekommen beide den gleichen Lohn und beide haben die gleichen Abzüge. ... Was dem Umsiedler dann zum Leben bleibt ist klar, wovon er sich das Notdürftigste anschaffen soll, bleibt dahingestellt.

Es wäre hier zu erwägen, ob nicht eine Steuersenkung für Umsiedler, eine Beitragsenkung im FDGB ... als Vorstufe des weiteren Lastenausgleichs angestrebt werden könnte.

Wir sind gewiß, dass wir hier nur einige Fragen angeschnitten haben. Sie sind aber die Vordringlichsten. Gelingt es, diese Fragen baldigst zu lösen, wird man auch die Umsiedlerfrage zu einem großen Teil liquidieren können.“⁶³⁷

Die Salzwedeler Behörden versuchten das im Jahre 1950 erlassene Umsiedlergesetz im Kreis Salzwedel unter den Bedingungen leerer Kassen dennoch zur Anwendung zu bringen. Die seit 1951 angefertigten monatlichen Berichte über die Umsetzung der Bestimmungen zur Unterstützung für Vertriebenen-Neubauern, über Kreditvergabe bzw. Ausbildungshilfen für Vertriebenen-Kinder geben Auskunft darüber, dass es gelang, mit zinsgünstigen Krediten für Vertriebene z. B. zur Beschaffung von Wohnbedarf und Umsiedlerbeihilfen, wei-

⁶³⁶ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, Schreiben des Sozialamtes an den Kreisausschuss des Deutschen Volkskongresses Salzwedel, Nr. 24399, S. 170 Vgl. auch Anlage 46.

⁶³⁷ Vgl. ebenda, S. 171.

tere Hilfsmaßnahmen einzuleiten.⁶³⁸ Inwieweit letztlich im Kreisgebiet die erforderlichen finanziellen Mittel und wirtschaftlichen Voraussetzungen ausreichten bzw. welche Ergebnisse das Umsiedlergesetz für die Vertriebenenbevölkerung nach 1950 hatte, geht über den Untersuchungszeitraum hinaus.

Die angeführten, zu großen Teilen materiellen Eingliederungsbestrebungen beweisen das große Engagement der Umsiedlerbehörden. Sie bedeuteten eine unerlässliche Hilfe für die Ausgewiesenen. Dennoch enthielten die Integrationsbestrebungen neben den fördernden auch hemmende Momente. Wichtig für die Einschätzung des Erfolgs hinsichtlich sozialer Integrationsbestrebungen sind die immateriellen Aspekte und Bedingungen, die schon vielfach in obigen Ausführungen eine Rolle spielten. Hierbei geht es sowohl um die subjektive Bereitschaft der Einzugliedernden als auch um jene der Aufnehmenden, integrative Prozesse zuzulassen.

Als hemmend wirkte sich aus, dass die Vertriebenen zu großen Teilen 1945 bis 1948/49 und darüber hinaus selbst wenig bereit waren, sich in eine neue Gesellschaft eingliedern zu lassen. Obwohl Berichte oder Hinweise dazu im Kreis Salzwedel nicht zu finden sind, kann davon ausgegangen werden, dass sowohl der Heimatverlust, die gleichzeitig entstandene Armut als auch der Rückkehrgedanke noch weit verbreitet waren und wesentlichen Einfluss auf die innere Bereitschaft der Vertriebenen selbst hatte.

Weitere Hindernisse wurden durch die einheimische Bevölkerung hervorgerufen. Sie betrachteten die Vertriebenen vielfach als Eindringlinge, Fremde und Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt, in Wohnungsangelegenheiten und bei der Beschaffung von Konsumgütern.⁶³⁹ Obgleich die Berichte der Umsiedlerausschüsse das Verhältnis zur Kernbevölkerung fast ausschließlich mit „gut“ einschätzten, lebten die meisten Vertriebenen mehr oder weniger isoliert und gute zwischenmenschliche Beziehungen blieben eher die Ausnahme.⁶⁴⁰

⁶³⁸ Vgl. Anlagen 47,48, 49, 50,51.

⁶³⁹ Vgl. z.B. Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 24399 sowie Kapitel 5.2.

⁶⁴⁰ Vgl. Kapitel 5.2.

Letztlich wirkte sich auch das angeordnete Verbot, die mitgebrachten Normen, Traditionen und Werte in die neue Gesellschaft einzubringen⁶⁴¹, die verstärkt betriebene Assimilationspolitik der SED und der SMAD negativ aus. So hieß es beispielsweise in einem Bericht des Umsiedlerausschusses:

„Die Kommandantur ist der Ansicht, dass nationale Eigenheiten nicht in den Vordergrund treten sollten. Die Umsiedler sollen die Heimat in ihrer Eigenheit verlernen. ... Man soll den Leuten nahe legen, sich dem Kulturbund anzuschließen und dieser würde sie auch zum Recht kommen lassen und Talente fördern.“⁶⁴²

Der eigenen Kultur- und Wertvorstellungen sowie die sozialen Beziehungen in der Aufnahmegesellschaft waren m. E. wichtige Momente im Prozess der Integration. In ihrer negativen Ausprägung hatten sie nachhaltig hemmende Auswirkungen auf das „Heimischwerden“ und die Integrationsbereitschaft der Menschen im Kreisgebiet.

⁶⁴¹ Vgl. Stadtarchiv Salzwedel, z.B. Niederschrift des Umsiedlerausschusses vom 17. Mai 1947, Nr. 17884, S. 2 f.

⁶⁴² Vgl. ebenda, S. 2.

Zusammenfassung

Die Zielstellung der Arbeit bestand dem Thema entsprechend aus zwei Schwerpunkten. Zum einen sollte die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen und vorrangig der administrativen Maßnahmen der Umsiedlerbehörden im Bezug auf die Versorgung der Menschen vor dem Hintergrund der Nachkriegsgeschichte im Kreis Salzwedel zwischen 1945 bis 1948/49 dargestellt werden (Punkt 1-6 der Zusammenfassung). Zum anderen bildete ein Integrationsmodell aus der sozialhistorischen Migrationsforschung die Grundlage für die Darstellung und Bewertung der ersten Schritte der Integration unter den gegebenen Bedingungen im Kreisgebiet (Punkte 7 bis 11). Damit sollte sowohl ein Beitrag zur Vertriebenenforschung, zur Regional- bzw. Landesgeschichte Sachsen-Anhalts, als auch zur Bewertung von Integrationsprozessen in ihrer Anfangsphase unter spezifischen Bedingungen geleistet werden. Aus dem Forschungsprozess ergaben sich folgende Ergebnisse:

1. Die Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den deutschen Ostprovinzen und aus Ost- und Südosteuropa hatte vielfältige wirtschaftliche, soziale, kulturelle und demografische Auswirkungen. Sie führte dazu, dass in der SBZ letztlich mehr als vier Millionen Vertriebene und davon über eine Million Menschen in der Provinz Sachsen aufgenommen und schließlich integriert werden mussten. Die Aufnahme und der Prozess der Eingliederung der Ausgewiesenen war mit vielfältigen Schwierigkeiten für die Betroffenen selbst und für die Aufnahmeregionen verbunden.

Die einzelnen Regionen innerhalb der SBZ waren in unterschiedlichem Maße von der Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen betroffen. Entsprechend des Einweisungskonzeptes der Alliierten wurden die Gebiete mit geringerer Bevölkerungsdichte besonders herangezogen. Eines der Hauptaufnahmeländer war deshalb die Provinz Sachsen. Der im Norden gelegene Altmarkkreis

Salzwedel gehörte zu jenen Regionen innerhalb der Provinz mit der größten Bevölkerungszunahme. Das über Jahrhunderte dünn besiedelte Gebiet erfuhr bei Kriegsende ein Anwachsen der Bevölkerung durch Vertriebene von ca. 40 Prozent. Die Kreisstadt Salzwedel nahm bei der Aufnahme von Menschen zeitweise die zweite Stelle unter den Städten in der Provinz ein. Das Bevölkerungswachstum wurde während des Krieges durch die Aufnahme von ca. 10.000 Evakuierten und anderen Bevölkerungsgruppen eingeleitet und maßgeblich durch den Zustrom von letztlich über 27 000 Vertriebenen bis 1948/49 hervorgerufen. Die Integration der Menschen in das Kreisgebiet wurde zu einer der Hauptaufgaben der örtlichen Behörden bei Kriegsende.

2. Der Kreis Salzwedel erlebte bei Kriegsende zwischen Mitte April und Anfang Juli 1945 die amerikanische, britische und letztlich die sowjetische Besatzung. Trotz geringer Zerstörungen hatte die Region in der Nachkriegszeit mit der Wiederbelebung der Wirtschaft und der Versorgung der Bevölkerung zu kämpfen. Während sich die industrielle Produktion im Untersuchungszeitraum nur langsam entwickelte, war die Landwirtschaft, als wichtigster Wirtschaftsfaktor des Agrarkreises, schneller wieder leistungsfähig. Die Versorgung der Bevölkerung gehörte zu den vorrangigen Aufgaben, welche unter Organisation der Besatzungsmacht in Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden und unter Einbeziehung der Bevölkerung zu bewältigen waren. Die Versorgungslage konnte im Kreis Salzwedel auch unter den Bedingungen der ab Juni 1945 verstärkt eintreffenden Vertriebenen im Vergleich mit anderen Regionen der Provinz besser stabilisiert werden.

3. Das Eintreffen der Flüchtlinge und Vertriebenen im Kreisgebiet erfolgte zwischen 1945 und 1948/49 in unterschiedlicher Intensität. Die ersten Flüchtlinge aus den deutschen Ostprovinzen gelangten bereits im Februar 1945 in größeren Gruppen in die relativ weit von den Fluchtgebieten gelegene Region, wobei bis zum Frühjahr 1945 nur vom „Durchziehen der Menschen“, nicht jedoch von deren Aufnahme gesprochen werden kann. Kurz vor Kriegsende nahm insbesondere die Stadt Salzwedel durch die Entwicklung der Kriegs-

ereignisse im mitteldeutschen Raum die ersten Flüchtlinge aus den deutschen Ostprovinzen in zunächst zahlenmäßig geringem Maße auf. Ab Ende Mai/Anfang Juni 1945 setzte der Zustrom der ersten Ausgewiesenen ein, der bis Ende 1945 fort dauerte. In diesem Zeitraum wurde die Mehrzahl der im gesamten Untersuchungszeitraum eingetroffenen Vertriebenen aufgenommen.

4. Entsprechend des alliierten Kontrollratsbeschlusses vom 20. November 1945 wurde in den folgenden Jahren der sogenannte organisierte Massentransfer in die Besatzungszonen Vierzonendeutschlands durchgeführt. Im Jahre 1946 belegte man die Provinz Sachsen vor allem mit sudetendeutschen Vertriebenen. Der Kreis Salzwedel nahm noch vor Beginn des offiziellen Transfers bis Ende 1945 vorrangig sudetendeutsche Ausgewiesene auf. Die weitere Aufnahme dieser Gruppe erfolgte bis Herbst 1946 in größeren Schüben, nicht jedoch in geschlossenen Transporten, wie es in anderen Kreisen der Provinz der Fall war. In den folgenden zwei Jahren musste die Region in der Mehrzahl Ausgewiesene aus den deutschen Ostprovinzen aufnehmen. Während des organisierten Transfers zwischen 1946 bis 1948/49 gelangte etwa ein Drittel der insgesamt registrierten Vertriebenen in größeren Gruppen bzw. geschlossenen Transporten ins Kreisgebiet.

5. Neben der Aufnahme von Vertriebenen hatte der Kreis Salzwedel gleichzeitig die „Durchschleusung“ Ausgewiesener zu gewährleisten. Durch die Weiterleitung Vertriebener vorrangig in die englische Zone ist für das Gebiet demzufolge über den gesamten Untersuchungszeitraum eine starke Bevölkerungsbe-
wegung durch die „Zu- und Abwanderung“ der Menschen charakteristisch. Die Abwanderung geschah sowohl aus eigenem Antrieb der Vertriebenen als auch durch behördliche Weiterleitungsmaßnahmen. Zwischen 1946 und 1948/49 bewirkte die Fluktuation trotz nachweisbarer Zugänge von mehr als Zehntausend Vertriebenen, dass die Zahl der letztlich zur Ansiedlung gekommenen Menschen 1948/49 im Vergleich zur Anzahl der zu Beginn des Transfers 1946 im Kreisgebiet Eingetroffenen fast unverändert blieb. Die Dauer bzw. das Ver-

bleiben der Menschen in der Region über den Untersuchungszeitraum hinaus ist zahlenmäßig nicht nachzuweisen.

6. Die Aufnahme der Vertriebenen stellte an die Kreis- und Stadtverwaltungen höchste Anforderungen. Die in den letzten Kriegsmonaten eingerichtete „Flüchtlingsfürsorge“ bemühte sich seit dem Sommer 1945 gemeinsam mit anderen Hilfsorganisationen um die Schaffung von Not-/Behelfsquartieren in Schulen, Gaststätten und Baracken. Zu den vielfältigen Maßnahmen bis Ende 1945 gehörte unter anderem die Einrichtung von Gemeinschaftsküchen, Nähstuben und Wärmehallen für die Versorgung der Eintreffenden. Mit dem Quarantänelager „Hoyersburger Straße“ war im Oktober 1945 ein weiterer bedeutender Schritt im Bezug auf eine organisierte Betreuung der Vertriebenen eingeleitet worden. Hier erfolgte die Registrierung der ankommenden Vertriebenen und eine zwei- bis dreiwöchige medizinische Versorgung, bevor eine Unterbringung im Kreisgebiet bzw. eine Weiterleitung vorgenommen wurde. Das Salzwedeler Lager beherbergte als Auffanglager für die gesamte Altmark zeitweise 800 Personen. Zwischen 1946 und 1948 wurden ca. 8 000 Personen durch das Lager „geschleust“. Nach der Aufnahme im Quarantänelager waren die zahlreichen Behelfsquartiere in der Stadt und den Gemeinden in den meisten Fällen die nächsten Aufenthaltsorte der Ausgewiesenen, bevor ab 1946 verstärkt mit der Wohnraumbeschaffung und Ansiedlung und damit mit der Eingliederung/Integration begonnen werden konnte.

7. Die Untersuchung des Integrationsprozesses der Aufgenommenen erfolgte in dieser Arbeit nach einem Modell der sozialhistorischen Migrationsforschung, welche die wirtschaftlich-soziale Komponente als Basisintegrationsstufe bei der Eingliederung von Bevölkerungsgruppen hervorhebt. Diese wird für die Untersuchung der ersten Phase von Integrationsprozessen auch in anderen Forschungsfeldern und in den meisten Theorien verwendet. Dabei stehen Untersuchungen zur beruflichen Eingliederung, der Versorgung mit Wohnraum und Bedarfsgegenständen und die soziale Betreuung der Menschen im Vordergrund.

Der Begriff Integration wird hier synonym mit Eingliederung verwendet und als Sozialprozess auf Gegenseitigkeit verstanden, bei der es nicht um eine einseitige Anpassung oder Assimilation geht, sondern um die Beurteilung der Chancengleichheit der Vertriebenen gegenüber den Einheimischen. Die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen sowie die Bemühungen sowohl der Behörden als auch das Verhalten der Vertriebenen werden zum Gegenstand der Untersuchungen.

Als Quellen wurden dazu in erster Linie Berichte und Aufzeichnungen aus Akten der Aufnahme-region verwandt. Der Schwerpunkt der Untersuchung liegt auf der Darstellung von Bestrebungen und durchgeführten Maßnahmen der regionalen Umsiedlerbehörde bzw. Hilfsorganisationen zur Unterstützung der Vertriebeneneingliederung.

8. Mit dem im August 1945 in der Provinz Sachsen verabschiedeten „Plan der Umsiedlerbetreuung“ und den auf seiner Grundlage eingerichteten Umsiedlerbehörden konnten die Salzwedeler Kreis- und Stadtverwaltungen ab September 1945 beginnen, koordinierter und planmäßiger zu arbeiten. Das Bemühen war ab 1946 verstärkt darauf gerichtet, die eintreffenden Vertriebenen mit Wohnraum zu versorgen. Dies erwies sich als äußerst problematisch, da der zur Verfügung stehende Wohnraum zum einen durch den noch nicht abgeschlossenen Abzug der Evakuierten als auch durch die Besatzungstruppen blockiert war. Durch die nicht vorhandenen finanziellen Mittel für den Bau neuer Wohnungen musste die Bevölkerung ihren Wohnraum teilen. Dabei trafen die Behörden als auch die Vertriebenen auf den erheblichen Widerstand der Einheimischen gegen die Einweisungen. Mit Hilfe der Umsiedlerausschüsse und zahlreicher zusätzlich geschaffener Einrichtungen, wie den Umsiedlerberatungsstellen, Umsiedler- Vertrauensleuteausschüssen und der Wohnraumkontrollausschüssen, versuchte man regulierend einzugreifen. Mit zunehmender Zahl der Ausgewiesenen verschärfte sich der Kampf um Wohnräume und Gebrauchsgegenstände bis 1948/49 zwischen Einheimischen und Vertriebenen. Durch das alliierte Wohnungsgesetz Nr. 18 gelang es den Behörden, unter großen Protesten der Bevölkerung, teilweise durch die Beschlagnahme von

Wohnraum bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes, die zum Verbleib bestimmten Menschen zum großen Teil aus den Behelfsquartieren in Wohnräumen Einheimischer unterzubringen. Dabei kamen ca. 70 Prozent der Vertriebenen in den Gemeinden des Landkreises unter. Die Wohnverhältnisse und die Wohnqualität der Menschen blieben jedoch überwiegend durch zu beengte oder unzumutbare, als Wohnräume bezeichnete Unterkünfte, und fehlende Bedarfsgegenstände unbefriedigend und weit hinter dem Standard der einheimischen Bevölkerung zurück.

9. Die Eingliederung Vertriebener in den Arbeitsprozess gehört zu den entscheidenden Kriterien in der Anfangsphase des Integrationsprozesses. Sie hatte im Kreis Salzwedel insofern positive Aspekte, da die meisten der ca. 45 Prozent Erwerbsfähigen sowohl einen Arbeitsplatz als auch eine annähernd qualifikationsgerechte Tätigkeit erhielten. Vor allem für die ca. 6 000, zu großen Teilen aus dem landwirtschaftlichen Bereich kommenden Vertriebenen, bestanden im Agrarkreis Salzwedel im Vergleich zu anderen Regionen in der Provinz Sachsen bessere Bedingungen für die Arbeitsaufnahme in der Landwirtschaft. Ca. 500 Vertriebenenantragsteller bekamen durch die Bodenreform die Möglichkeit, eine eigenständige Existenz aufzubauen. Obwohl über den Erfolg der Neugründungen bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes keine Informationen vorliegen, wird über die schwierigen Bedingungen des Anfangs für die Neubauern besonders durch fehlenden Wohnraum und Arbeitsmittel berichtet.

Insgesamt wirkte sich die Unterstützung des Arbeitsmarktes durch Vertriebene auch in der Industrie und im Handwerk, hier z.B. durch die Gründung von Umsiedlergenossenschaften im Schneider-, Tischler- und Schuhmacherhandwerk, positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Dennoch lässt die aus den Berichten der Umsiedlerbehörde vielfach geäußerte Unzufriedenheit der Vertriebenen vermuten, dass trotz der relativ hohen Vermittlungsquote der Vertriebenen für die Einzugliedernden selbst ein sozialer Abstieg und eine Benachteiligung bei der Arbeitsplatzvergabe vor sich gegangen war.

10. Die soziale Unterstützung der Vertriebenen erfolgte im Kreis Salzwedel vor allem durch die Umsiedlerbehörden, das Hilfswerk der Provinz Sachsen, die Volkssolidarität und christliche Wohlfahrtsorganisationen. Die Hilfsmaßnahmen wurden vorrangig über den gesamten Untersuchungszeitraum in materieller Form durch die Vergabe von Sachspenden, wie z.B. Kleidung, Möbeln und Gebrauchsgegenständen, teilweise aber auch durch Geldspenden erbracht. Diese und weitere vielfältigen Hilfsmaßnahmen reichten jedoch nicht aus, um die Situation der ca. 55 Prozent praktisch mittellosen Menschen entscheidend zu verbessern. Durch den Befehl Nr. 304 der SMAD erhielten über 10.000 Bedürftige eine einmalige finanzielle Unterstützung von 300 bzw. 100 RM. Mit ihrer Eingliederung in das System sozialer Fürsorge im Kreis Salzwedel wurden sie zu Fürsorgeempfängern mit einem Richtsatz von 25 bzw. 15 RM monatlich. Beide Maßnahmen linderten zwar die Not, konnten jedoch die Armut und die benachteiligte Lage der meisten Menschen gegenüber der einheimischen Bevölkerung nicht beheben. Das 1950 in Kraft getretene Umsiedlergesetz der DDR sollte durch zinsgünstige Kredite sowie finanzielle und materielle Unterstützungsleistungen weitere Verbesserungen der Lebensbedingungen für Vertriebene schaffen. Obwohl für die per Gesetz vorgesehenen Maßnahmen die wirtschaftlichen Voraussetzungen im Kreisgebiet kaum ausreichten, konnten dennoch zum Beispiel Umsiedlerbeihilfen für Vertriebenenkinder und Wohnbedarfskredite vergeben werden.

Insgesamt trugen die materiellen und immateriellen Unterstützungsleistungen der Behörden und Hilfsorganisationen zur Linderung der Not der Vertriebenen bei. Dennoch blieb deren Situation in den meisten Fällen hinter dem sozialen Standard der Einheimischen zurück. Vor allem durch die auch 1948/49 noch für die meisten Menschen fehlenden lebensnotwendigen Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände, die ungenügenden Wohnverhältnisse und die katastrophale Lage der Fürsorgeempfänger konnte von einer gleichberechtigten Teilhabe der Vertriebenen und einer sozialen Gleichstellung mit der einheimischen Bevölkerung noch nicht gesprochen werden. Die Benachteiligung der Vertriebenen wirkte sich negativ auf die zwischenmenschlichen Beziehungen zu den Einheimischen und damit auf den Integrationsprozess insgesamt aus.

11. Im Kreis Salzwedel waren – gemessen an der Gesamtbevölkerung – ca. 40 Prozent Vertriebene angesiedelt worden, von denen die Ostpreußen, die Schlesier und die aus Pommern stammenden Vertriebenen die größten landsmannschaftlichen Gruppen bildeten. Für die zu großen Teilen mittellosen Menschen waren die Hilfsmaßnahmen und Integrationsbestrebungen der Umsiedlerbehörden und Organisationen in den ersten Jahren nach ihrer Ausweisung von großer Bedeutung. Im Rahmen der Möglichkeiten wurden im Kreis Salzwedel beachtliche Leistungen erbracht, um die große Zahl der Ausgewiesenen zu unterstützen.

Trotz der Bemühungen, kann auf Grund der Nachkriegssituation, der gesellschaftlichen Bedingungen, des Integrationskonzeptes der SBZ, der fehlenden Bereitschaft der Aufzunehmenden selbst und natürlich in der Kürze des Untersuchungszeitraumes dennoch nur von Teilerfolgen einer Eingliederung die Rede sein. Innerhalb der untersten Stufe des für die Untersuchung verwandten Integrationsmodells der „wirtschaftlich– sozialen Basis-Integrationsstufe“ – des „Kommerziums“ - kann die Frage nach einer in diesem Rahmen erfolgreichen wirtschaftlich-sozialen Eingliederung im Bezug auf die Versorgung mit Arbeit, Wohnraum, Einrichtungs- und Gebrauchsgegenständen und der sozialen Gleichstellung mit der einheimischen Bevölkerung innerhalb des Untersuchungszeitraumes im Kreis Salzwedel verständlicherweise nur in eingeschränktem Maße positiv beantwortet werden.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Unveröffentlichte Quellen
2. Quellenpublikationen/Dokumentensammlungen
3. Darstellungen
4. Zeitschriftenaufsätze
5. Dissertationen
6. Zeitgenössische Zeitungen, Zeitschriften

1. Unveröffentlichte Quellen

Bundesarchiv Berlin

BArch DO 2, Nr. 10, 18, 30, 51, 53, 383

Landeshauptarchiv Magdeburg

Rep. K Mdl, Nr. 801;106; 6500 - 6503; 6505 - 6514; 6516 - 6520;
6529; 6531; 6532; 6535; 6540; 6541; 6543; 6546; 6547;
6549 - 6556; 6564; 6566 6568; 6572 - 6574;
6587 - 6592; 6594 - 6596; 6598; 6605; 6606a;
6607;66011 - 6614; 6616 - 6619; 6631; 6652 - 6654;
6657 - 6661; 6662 - 6664; 6664a; 6665 - 6672;
6675 - 6678; 6714; 6728; 6733; 6777; 6779; 6904;
6922; 6973; 6974 - 6976; 10397; 10407; 10591; 10858

Rep. K MLF, Nr. 3601

Rep. K MW, Nr. 5750; 6033; 9770; 9923

Rep. K Min. Präs., Nr. 32 - 58; 104 - 206; 253 - 256; 258; 261; 275; 276;
330; 367; 370; 390; 390a; 415; 506 - 509; 3627; 3657;
3721; 3882; 4071 - 4076

Rep. K BV Magdeburg,

Nr. 157; 217; 425

Rep. K 13 Kreisverwaltung Salzwedel,

Nr. 336, 89, 91, 504, 10, 192

Rep. K Sammlung Rundschreiben an die SED - Kreisvorstände, Nr. 1 - 5

Stadtarchiv Salzwedel

Akt. Nr.15484; 15524; 15737; 15753; 16286; 17013; 17855; 17870;
 17871; 17872e; 17873; 17874; 17875; 17876; 17877; 17878; 17880;
 17881; 17882;17883; 17884; 17885; 17886; 17897; 17900; 17901; 17904;
 18049; 18751;18716; 19419; 19431; 19489; 19490; 19491; 19492;
 19493;19587;19588; 19699; 19700; 19701; 19702; 19703; 19704;
 20009; 21666; 22082; 22083; 22084; 22572; 22884; 22885; 22918;
 22919; 22920; 22921;23920; 23061; 23081; 23140; 23141; 23463; 23521;
 24399; 24434;
 25427; 25555;
 32196; 32197; 32198; 32199; 32200

Statistisches Jahrbuch der Stadt Salzwedel

Rechenschaftsbericht des Oberbürgermeisters vom 15.08.1946

Protokollbuch der Beiratssitzungen 1945/46

Protokollbuch der Ratstagungen 1945/46

Bekanntmachungen der Stadt Salzwedel 1945 und 1946.

2. Quellenpublikationen/Dokumentensammlungen

Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1, 1945 Berlin 1946.

Borodziej, Włodzimierz/Lemberg, Hans, „Unsere Heimat ist unser fremdes Land geworden...“, Die Deutschen östlich von Oder und Neiße 1945-1950. Dokumente aus polnischen Archiven, Bd. 1, zentrale Behörden, Wojewodschaft Allenstein, (Hrsg.), Marburg 2000.

Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46, Berlin 1989.

Dokumente der Vertreibung der Deutschen aus Ost- Mitteleuropa. (Hrsg.)

Theodor Schieder, 5 Bände, Beihefte, Bonn 1953 - 1961.

Das Potsdamer Abkommen, Dokumentensammlung. 4. Auflage, Berlin 1984.

Die Potsdamer (Berliner) Konferenz der höchsten Repräsentanten der drei alliierten Mächte- UdSSR, USA und Großbritannien (17. Juli - 2. August 1945).

Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, (Hrsg.) Wille, Manfred, Dokumente, Bd. I- III, Wiesbaden 1996,1999,2003.

Dokumentensammlung, Die Sowjetunion auf internationalen Konferenzen während des Großen Vaterländischen Krieges 1941 – 1945, Band 6, Moskau/Berlin 1986.

Neubeginn und Restauration, Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945 – 1949, (Hrsg.) Ruhl, K.-J., München 1989.

Verordnungsblatt für die Provinz Sachsen 1945 (1. Jahrgang), 1946 (2. Jahrgang).

3. Darstellungen

Ahmann, Rolf, Der Hitler- Stalin Pakt: Nichtangriffspakt- und Angriffspakt, in: Hitler-Stalin- Pakt 1939, Das Ende Ostmitteleuropas ?, (Hrsg.) Oberländer, Erwin, Frankfurt a. Main 1990.

Altmark, Sehenswertes - Wissenswertes, Barleben 1990.

Aust, Stefan/Burgdorf, Stefan, Die Flucht, Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Bonn 2000.

Bade, Klaus 1. (Hrsg.), Neue Heimat im Westen, Vertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler, Münster 1990.

Bade, Klaus 1. (Hrsg.), Deutsche im Ausland - Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1992.

Barthel, Horst, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin 1979

Bauerkämper, Arnd (Hrsg.), Junkerland in Bauernhand, Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996.

Banse, Dietrich, Das Außenlager Salzwedel- KZ Neuengamme, in: Fremde, Flüchtlinge im Landkreis Lüchow- Dannenberg 1945 bis 1955, Salzwedel 1991.

Beranek, J., Wegweiser durch die 750jährige Stadt Salzwedel, Salzwedel 1966.

Benz, Wolfgang (Hrsg.), Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt/Main 1995.

Drs., Potsdam 1945, Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland, München 1986.

Drs., (Hrsg.), Deutschland unter alliierter Besatzung 1945- 1949/55, Ein Handbuch, Berlin 1999.

Bergschicker, Hans, Deutsche Chronik 1933- 1945, Berlin 1981.

Block, Ernst, „Wir waren eine glückliche Familie...“, Zur Geschichte und zu den Schicksalen der Juden in Salzwedel/Altmark, Salzwedel 1998.

Drs., Die Militarisierung des Landkreises Salzwedel, in: Das Hakenkreuz im Saalfeld, Beiträge zur NS- Zeit in den Landkreisen Lüchow- Dannenberg und Salzwedel, (Hrsg.) Meyer- Hoos, Elke, Lüchow- Dannenberg 1997.

Bock, H./Fischer, P./Rathey, F., Die nordwestliche Altmark – eine Kulturlandschaft, Wittingen 1991.

Bracker, Jürgen, Die Hanse – Lebenswirklichkeit und Mythos 1./2. Bd., Hamburg 1998.

Christopeit, Gerald, Verschwiegene wir Millionen. Heimatvertriebene in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR. In: Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Völkerkunde, Band 38, Marburg 1995.

Davies, Norman, Geschichte Polens, München 2000.

Danneil, Johann Friedrich, Geschichte der Königlichen Burg zu Salzwedel, Salzwedel 1865.

Die Altmark, (Hrsg.) Altmarkkreis Salzwedel, Amt für Wirtschaftsförderung, Salzwedel, 1997.

Dietrichs, Hermann/Parisius, Ludorf: Bilder aus der Altmark, Original-Reprintauflage der Ausgabe von 1883, Bd,1, Lingen 1994.

Havelberg, Tangermünde und Salzwedel, Berlin 1994.

Fischer, Peter, Denkmale des Kreises Salzwedel, Isernhagen 1990.

Freitag, Werner/Pollmann, Klaus Erich/Puhl, Matthias, Studien zur Landesgeschichte, Halle 2003.

Fikentscher, Rüdiger/Schmuhl, Boje/Breitenborn, Konrad (Hrsg.), Die Bodenreform in Sachsen – Anhalt, Halle 1999.

Frantziach, Marion, Theoretische Ansätze zur Integration der deutschen Vertriebenen in die Gesellschaft der Bundesrepublik, in: 50 Jahre Flucht und Vertrei-

bung, Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen/Bundesrepublik und der SBZ/DDR, (Hrsg.) Wille, Manfred, Magdeburg 1997.

Franzen, K. Erik, Die Vertriebenen, München- Berlin 2001.

Glade, Heinz: Aus Altmark, Börde und Harzvorland, Leipzig 1979.

Geschichte Sachsen-Anhalts. Bd. III, Vom Bismarckreich bis zur Gründung der Bezirke 1952, München/Berlin 1994.

Grosser, Thomas, Die Flüchtlingsfrage in der sozialgeschichtlichen Erweiterung, Anmerkungen zum neueren Forschungsstand, in: Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, (Hrsg.) Schraut, Sylvia/Grosser, Thomas, Mannheim 1996.

Henke, Klaus- Dietmar, Der Weg nach Potsdam – Die Alliierten und die Vertreibung, in: Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ergebnisse, Folgen, (Hrsg.) Benz, Wolfgang, Frankfurt am Main 1995.

Hansestadt Salzwedel, (Hrsg.) Stadt Salzwedel, Bingen 2000.

Heckmann, Hermann, Sachsen – Anhalt, historische Landeskunde, (Hrsg.) Landesheimatbund Sachsen – Anhalt e.V., Magdeburg 2000.

Hoensch, Jörg K., Geschichte Polens, Stuttgart 1998.

Meyer-Hoos, Elke, (Hrsg.) Das Hakenkreuz im Saalfeld, Beiträge zur NS- Zeit in den Landkreisen Lüchow- Dannenberg und Salzwedel, Schriftenreihe des Heimatkundlichen Arbeitskreises Lüchow- Dannenberg, Bd. 11, Lüchow- Dannenberg 1997.

Parisius, Ludorf/ Dietrichs, Hermann/Gerig, Uwe (Hrsg.), Bilder aus der Altmark, Taunus 1994.

Pollmann, Klaus Erich, (Hrsg.) Preußen und die deutsche Geschichte, in: Preußische Wurzeln Sachsen – Anhalts, Halle./S. 2003.

Raue, Paul-Josef, (Hrsg.) Das war das 20. Jahrhundert in der westlichen Altmark mit Den Städten Salzwedel, Klötze und Gardelegen, Buch zur Serie der Volksstimme, Salzwedel 2001.

Roland, Pia, Kirchen in Salzwedel, o. J. Roch, Irene, Lorenzkirche in Salzwedel, o. J.

Sachsen-Anhalt, Historische Landeskunde Mitteldeutschlands, Würzburg 1991.

Schwarz, Michael, Vertriebenenintegration durch Arbeitsmarktlenkung, Zur Beschäftigungspolitik der SBZ/DDR (1945 -1950), in: Geglückte Integration, München 1999.

Ders., Die Lenkung des Arbeitsmarktes in der SBZ/DDR 1945-1961, Phasen, Konzepte und Instrumente, In: Arbeiter in der SBZ – DDR, (Hrsg.) Hübner, Peter/Tenfelde, Klaus, Essen 1999.

Hoffmann, Dierk/Wille, Manfred/Meinicke, Wolfgang, Flüchtlinge und Vertriebene im Spannungsfeld der SBZ- Nachkriegspolitik, in: Sie hatten alles verloren, Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, (Hrsg.) Wille, Manfred/Meinicke, Wolfgang, Wiesbaden 1993.

Meinicke, Wolfgang, Zur Eingliederung der Vertriebenen in den Arbeitsprozess, in: 50 Jahre Flucht und Vertreibung, Gemeinsamkeiten und Unterschiede, (Hrsg.) Wille, Manfred, Magdeburg 1997.

Drs., Die Bodenreform und die Vertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, in: Junkerland in Bauernhand, Stuttgart 1996.

Drs. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der Sowjetischen Besatzungszone-Ein kurzer historischer Überblick, in: Alte Heimat – Neue Heimat, (Hrsg.) von Plato, Alexander/Meinicke, Wolfgang, Berlin 1991.

Nawratil, Heinz, Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, Ingolstadt 1986.

Plato, Alexander von/ Meinicke, Wolfgang, Alte Heimat – neue Zeit, Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, Berlin 1991.

Drs., von Plato, Alexander, Vergangene Perspektiven? Schwerpunkte, Fragen und Probleme der Flüchtlingsforschung vor und nach der Wende, in: Vertriebene in Deutschland, Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München 2000.

Reichling, Gerhard, Die deutschen Vertriebenen in Zahlen Teil 1: Umsiedler, verschleppte, Aussiedler 1940 - 1985, Bonn 1986.

SBZ - Handbuch, Statistische Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 - 1949, München 1990.

Seraphim, Peter-Heinz, Die Heimatvertriebenen in der Sowjetischen Besatzungszone, Bonn 1955.

Schwartz, Michael, Die Vertriebenen in der Arbeiterschaft, „Umsiedler“ als Arbeiter in der SBZ/DDR 1945 – 52, in: Arbeiten in der SBZ/DDR, (Hrsg.) Hübner, Peter/Tenfelde, Klaus, Essen 1999.

Drs. Apparate und Kurswechsel- Zur institutionellen und personellen Dynamik von „Umsiedler“ – Politik in der SBZ/DDR 1945 – 1949, in: Geglückte Integration?, München 1999.

Drs., Besatzer und Vertriebene – Beobachtungen zur Rolle der SMA in der „Umsiedler“- Politik der SBZ, in: 50 Jahre Flucht und Vertreibung, (Hrsg.) Wille, Manfred, Magdeburg 1997.

Drs., Kontrollierte Partizipation. Die „Umsiedlerausschüsse“ der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands im Spannungsfeld von Sonderverwaltung, Parteipolitik und sozialen Interessen 1945 – 1949, in: Schraut/ Grosser, Die Flüchtlingsfrage in der deutschen Nachkriegsgesellschaft, Mannheim 1996.

Drs., Vom „Flüchtling“ zum Neubürger, Vertriebenenintegration als gesellschaftliches Problem der deutschen Nachkriegsgesellschaft, in: Dokumentation: Grenze und Grenzbewohner, Nachbarn und Fremde, Alte Heimat – Neue Heimat. Abschied und Ankunft, (Hrsg.) Deutsch – polnische Gesellschaft Brandenburg e.V., Guben 1994.

Stobb, Heinz, Die Hanse, Himberg 1995.

Ther, Philipp, Deutsche und polnische Vertriebene, Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945-1956, Göttingen 1998

Drs., Die Vertriebenen in der SBZ/DDR und Polen – Versuch einer historischen Einordnung, in: 50 Jahre Flucht und Vertreibung, Gemeinsamkeiten und Unterschiede, (Hrsg.) Wille, Manfred, Magdeburg 1997.

Taschenführer Hansestadt Salzwedel, Salzwedel 1998.

Tullner, Mathias, Geschichte des Landes Sachsen- Anhalt, Magdeburg 1995.

Drs., Die Provinz Sachsen und ihre Stellung in der preußischen Geschichte, in: Preußische Wurzeln Sachsen- Anhalts, (Hrsg.) Kultusministerium des Landes Sachsen- Anhalt, Beiträge zur Regional- und Landeskultur, Magdeburg 2003.

Drs., Die Altmark als Wiege Preußens, in: Preußische Wurzeln Sachsen- Anhalts, (Hrsg.) Kultusministerium des Landes Sachsen – Anhalt, Magdeburg 2003.

Wille, Manfred /Hoffmann, Johannes /Meinicke, Wolfgang (Hrsg.), Sie hatten alles verloren. Flüchtlinge und Vertriebene in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland, Wiesbaden 1993.

Wille, Manfred (Hrsg.), Die Sudetendeutschen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ankunft, Aufnahme und erste Integrationsversuche, Magdeburg 1993.

Drs. (Hrsg.), 50 Jahre Flucht und Vertreibung, Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in die Gesellschaften der Westzonen / Bundesrepublik und der SBZ / DDR, Magdeburg 1997.

Drs., Die Vertriebenen in der SBZ / DDR, Ankunft und Aufnahme 1945, Dokumente Band 1, Wiesbaden 1996.

Drs., Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Massentransfer, Wohnen, Arbeiten 1946 - 1948, Dokumente. Band II, Wiesbaden 1999

Drs., Die Vertriebenen in der SBZ/DDR, Dokumente, Parteien, Organisationen und die „Umsiedler“ 1945- 1953, Bd. III, Wiesbaden 2003.

Wille, Manfred, SED und „Umsiedler“- Vertriebenenpolitik der Einheitspartei im ersten Nachkriegsjahrzehnt, in: Geglückte Integration?, München 1999.

Drs., Zu einigen Fragen der Aufnahme und Integration der Vertriebenen in der SBZ/DDR, in: 50 Jahre Flucht und Vertreibung- Gemeinsamkeiten und Unterschiede, Magdeburg 1997.

Drs., Die Umsiedlerproblematik im Spiegel der SBZ/DDR-Geschichtsschreibung, in: Sie hatten alles verloren, Wiesbaden 1993.

Drs., Die Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler- Möglichkeiten und Grenzen ihres Wirkens (1945-1948), in: Sie hatten alles verloren, Wiesbaden 1993.

4. Zeitschriftenaufsätze

Altmärkischer Heimatkalender 1972 – 1990, Stendal 1972-1990.

Banse, Dietrich, Das Konzentrationslager Salzwedel, in: Altmarkblätter, 7.Jg., Nr. 4, 1996.

Beer, Matthias/ Kitzinger, Martin/ Kraus Marita, Migration und Integration, Aufnahme und Eingliederung im historischen Wandel, Sonderdruck, SBHM, Bd. 3, Stuttgart 1997.

Beranek, J. Unsere Heimatlandschaft von der Eiszeit bis zur Gegenwart, in: Heimathefte, Heft 9, o.J.

Bilke, Jörg Bernhard / Lau, Karlheinz / Wille, Manfred, Die Vertriebenen in Mitteldeutschland. Deutschlandpolitische Schriftreihe, Nr. 10 (Hrsg.) Bund der Vertriebenen, Bonn 1991.

Die Altmark - eine Region in Geschichte und Gegenwart, Protokoll des wissenschaftlichen Kolloquiums am 11./12. 10 1997 in Havelberg, Beiträge zur Regional - und Landeskultur Sachsen - Anhalts, Heft 8, Halle 1998.

Foitzek, Jan, Kadertransfer, Der organisierte Einsatz sudetendeutscher Kommunisten in der SBZ 1945/46, in: Vierteljahreszeitschrift für Zeitgeschichte, 31. Jahrgang, (Hrsg.), Institut für Zeitgeschichte, München 1983.

Graml, Hermann, Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in: Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten die Vertriebenen – Eingliederung in der SBZ/DDR, Sondernummer Schriftenreihe der Vierteljahreszeitschrift für Zeitgeschichte, (Hrsg.) Hoffmann, Dierk/Schwartz, Michael, München 1999.

Hoffmann, Dierk/Krauss, Marita/Schwartz, Michael, Einleitung in: Vertriebene in Deutschland, Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, Sondernummer Schriftenreihe der Vierteljahreszeitschrift für Zeitgeschichte, München 2000.

Kalmbach, Ulrich/Pietsch, Jürgen Zwischen Vergessen und Erinnerung, Stätten des Gedenkens im Altmarkkreis Salzwedel, Schriftenreihe zur Regionalgeschichte, Bd. 3, Salzwedel 2001.

Kahrs, Axel/Beyer, Christiane: „mitten in Deutschland“. Die Grenzöffnung 1989 im Spiegel der EJZ 107, Lüchow 1992.

Laßt es ruhn?, Salzwedel im Nationalsozialismus, Ausstellung zur Zeit des Nationalsozialismus 1933 - 1945, in: Schriftenreihe zur Regionalgeschichte, Bd. 3, Salzwedel 2001.

Rautenberg, Hans-Werner, Die Wahrnehmung von Flucht und Vertreibung in der deutschen Nachkriegsgeschichte bis heute, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung, Das Parlament, B 53/ 1997.

Schwartz, Michael, Einleitung in: Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen- Eingliederung in der SBZ/DDR,

Sondernummer Schriftenreihe der Vierteljahreszeitschrift für Zeitgeschichte, München 1999.

Schwartz, Michael, „Vom Umsiedler zum Staatsbürger“, Totalitäres und Subversives in der Sprachpolitik der SBZ/DDR, in: Vertriebene in Deutschland, Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, Sondernummer Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München 2000.

Drs., „Umsiedler“ in der Zusammenbruchgesellschaft - Soziale und politische Dimensionen des Vertriebenenproblems in der frühen SBZ, in: Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die sowjetische Besatzungszone (1945/46), (Hrsg.) Mehringer, Hartmut/Schwartz, Michael/Hermann, Wentker, Sondernummer der Schriftenreihe für Zeitgeschichte, München 1999.

Schwartz, Michael, Zwischen Zusammenbruch und Stalinisierung - Zur Ortsbestimmung der Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler(ZVU) im politisch - administrativen System der SBZ, in: Von der SBZ zur DDR - Studium zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR, (Hrsg.) Mehringer, Hartmut, Sondernummer Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München 1995.

Wille, Manfred, Not und Elend der Ostflüchtlinge und der Vertriebenen im ersten Nachkriegsjahr in der Provinz Sachsen. In: Magdeburger Blätter. Jahresschrift für Heimat- und Kulturgeschichte in Sachsen-Anhalt, 1991.

Drs., Zur Integration der Vertriebenen in der SBZ, in: Geschichte - Erziehung - Politik, 1992, Heft 3.

Drs., Die Vertriebenen und das politische System der SBZ/DDR, in: Vertriebene in Deutschland - Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven (Hrsg.) Hoffmann, Dierk/ Krauss, Marita/ Schwartz, Michael, Sondernummer der Schriftenreihe der Vierteljahreszeitschrift für Zeitgeschichte, München 2000.

5. Dissertationen

Just, Regine, Die Lösung der Umsiedlerfrage auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, dargestellt am Beispiel des Landes Sachsen-Anhalt (1945 - 1952). Pädagogische Hochschule Magdeburg 1985.

Kaltenborn, Steffi, Die Lösung des Umsiedlerproblems auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik, dargestellt am Beispiel des Landes Thüringen (1945 - 1948), Magdeburg 1989.

Mehlhase, Torsten, Flüchtlinge und Vertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg in Sachsen-Anhalt: Ihre Aufnahme und Bestrebungen zur Eingliederung in die Gesellschaft, Münster 1999.

Rusche, Michael, Die soziale und wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen in Mecklenburg-Vorpommern 1945 bis 1949, Magdeburg 1996.

6. Zeitgenössische Zeitungen, Zeitschriften

Volksblatt, Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Provinz Sachsen. 1. Und 2. Jahrgang (1945, 1946).

Volksstimme, Organ der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Sachsen-Anhalt. Jahrgänge 1947 und 1948.

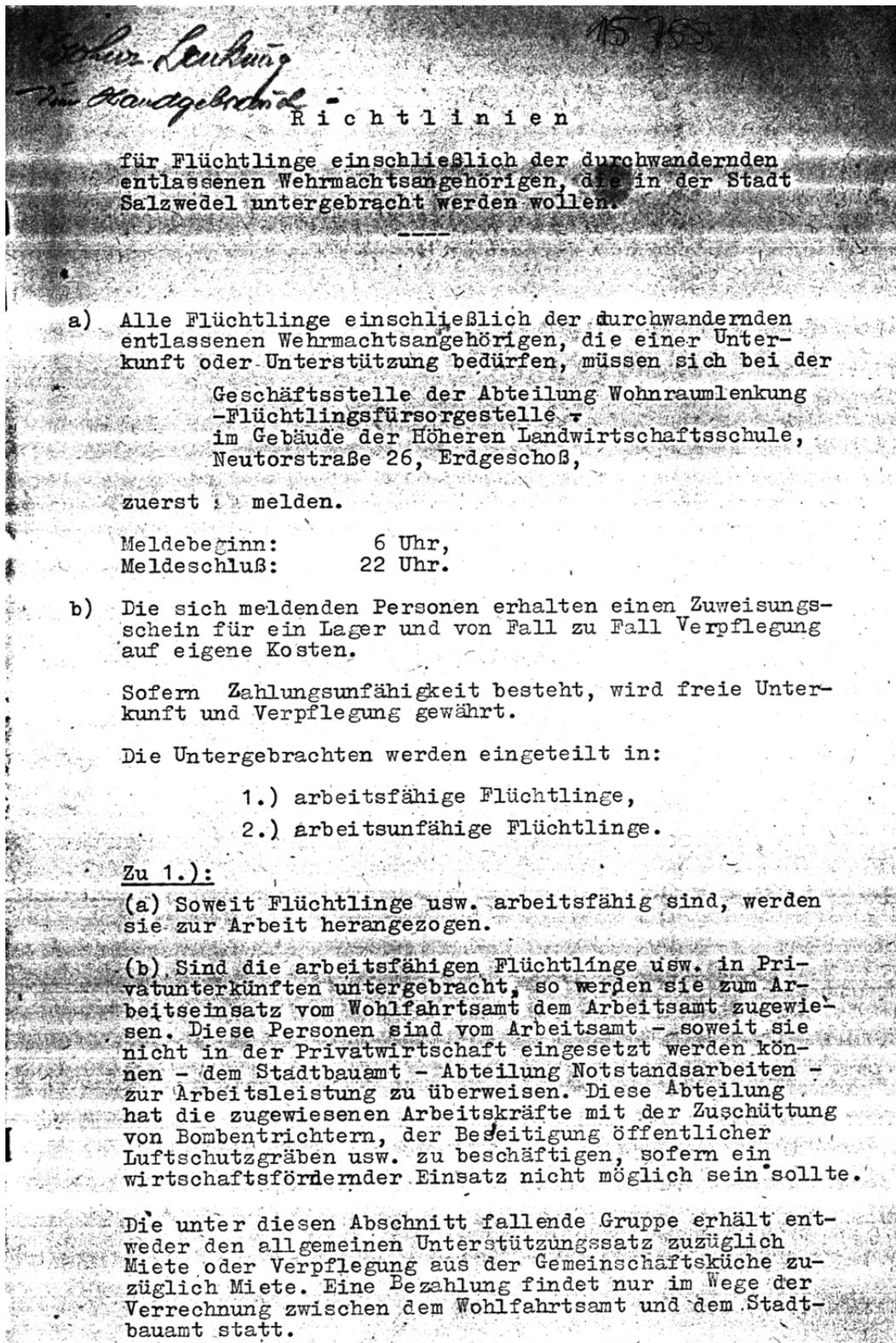
Volkszeitung, Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für die Provinz Sachsen. 1. und 2. Jahrgang (1945 und 1946).

Salzwedeler Wochenblatt, Jahrgang 1933 und 1944.

Neue Salzwedeler Zeitung, Lokalblatt der Mitteldeutschen Zeitung, Jahrgänge 1938/39.

Anlagen
zur Dissertation

**Die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen
sowie Aspekte und Bestrebungen ihrer Eingliederung/
Integration im Kreis Salzwedel 1945 bis 1948/49**



Erste Richtlinien zur Versorgung von Flüchtlingen in Salzwedel

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 21637

3

(c) Sofern der Unterstützte in einem Gemeinschaftslager untergebracht ist und Gemeinschaftsverpflegung empfängt, wird Barunterstützung nicht gewährt.

Zu 2.):

Unter die Gruppe 1.) (a - c) fallen nicht:

Frauen mit Kindern unter 6 Jahren und arbeitsunfähige männliche und weibliche Personen, deren Erwerbsunfähigkeit von dem Arzt der Flüchtlingsfürsorge bzw. von dem Stadtarzt anerkannt wird.

Zu 1.):

Unterstützung wird nur auf die vom Stadtbauamt - Abteilung Notstandsarbeiten - abgestempelte Arbeitskarte gewährt. Die Arbeitenden erhalten alsdann von der Abteilung Flüchtlingsfürsorge einen Ausweis für unentgeltliche Unterbringung und Verpflegung in Gemeinschaftslager und Gemeinschaftsküche für den dritten und die weiteren Tage ihres vorübergehenden Aufenthalts in der Stadt Salzwedel. Die beiden ersten Tage gelten als Ruhetage (vergleiche Absatz zu 1.) und 2.).

Die für den dritten und die weiteren Tage die Unterstützung in Anspruch nehmenden Personen haben sich täglich um 8 Uhr beim Arbeitsamt zum Arbeitseinsatz zu melden. Von hier aus werden sie der Privatwirtschaft oder dem Stadtbauamt - Abteilung Notstandsarbeiten zugewiesen und erhalten entweder Bezahlung oder einen Ausweis für unentgeltliche Unterbringung und Verpflegung im Gemeinschaftslager und Gemeinschaftsküche.

Zu 1.) und 2.):

Für die ersten 2 Tage bzw. 2 Nächte des vorübergehenden Aufenthalts in Salzwedel erhalten alle Flüchtlinge usw. Unterbringung und Verpflegung in Gemeinschaftslager und Gemeinschaftsküche. durch die Abteilung Wohnraumlösung - Flüchtlingsfürsorge - gegen Zahlung des üblichen Satzes von 1,20 RM zugewiesen. Bei einer Unterbringung in den Gastwirtschaften

"Schwarzer Adler",
"Heller" und
"Union"

ist das Entgelt an den Gastwirt selbst zu zahlen.

Besteht keine Abreisemöglichkeit, so muß der Unterstützte privat untergebracht werden und fällt unter die Gruppe 1). Er wird alsdann in Arbeit durch das Arbeitsamt vermittelt und zu wirtschaftsförderndem Einsatz zur Verfügung gestellt.

Salzwedel, den 28. August 1945.
Der Bürgermeister.

(gez.) G r ü n e k l e e.

Erste Richtlinien zur Versorgung von Flüchtlingen in Salzwedel

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 21637

Anlage 2

Ga' Me. V f g.

1.) Schreiben an
den Militärkommandanten
der russischen Regierung
Salzwe del

Heute sind mir die Baracken des ehemaligen Reichswehr-
dienstes an der Hoyersburgerstraße von der Kommandantur
übergaben worden.

Ich möchte bitten, mir diese Baracken zur Unterbringung
von Flüchtlingen aus dem Osten und aus der Reichswehr
überlassen zu wollen.

2.) *Am... / Am... / Am...*

3.) *...*

S., den 31.10.1945
D. B.
ay

Schreiben des Bürgermeisters an die Kommandanturdienstverwaltung
Salzwe del mit der Bitte, die Baracken des ehemaligen RAD in der Hoyersburger
- Straße als Quarantänelager für die Aufnahme Vertriebener nutzen zu können

Quelle: Stadtarchiv Salzwe del, Nr. 17884

Anlage 3

B e k a n n t m a c h u n g

Im Rahmen der Flüchtlingsfürsorge ist im Gebäude der Höheren Landwirtschaftsschule eine Nähstube eingerichtet worden. Die Nähstube soll aus alten Bekleidungs- und Wischestücken Bekleidung für durchziehende Flüchtlinge und in Salzwedel untergebrachte bedürftige Personen herstellen.

Ich wende mich daher an die Bevölkerung mit der Bitte, diese Maßnahme durch freiwillige Abgabe älterer tragfähiger Bekleidungsstücke - insbesondere Unterwäsche - zu unterstützen.

Im Hause Holzmarktstraße 32 ist eine Bekleidungs-Sammelstelle eingerichtet worden. Ich bitte die Bevölkerung, dasselbst Kleidungsstücke - auch ausbesserungsfähige - abzuliefern.

Von dem Ergebnis dieser Sammlung wird eine zwangsweise Ablieferung von Bekleidungsstücken abhängen.

Salzwedel, den 14. September 1945.

Der Bürgermeister,

gez. G r ü n e k l e e .

7

Bekanntmachung des Bürgermeisters über die Einrichtung einer Nähstube und einer „Bekleidungs – Sammelstelle“,
Spendenaufruf an die Bevölkerung im September 1945

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 21637, Befehle und Anordnungen der Militärregierung bzw. amtliche Mitteilungen

Anlage 4

22919

Formblatt 4

Zusammenstellung

Stadtkreis Salzwedel Monat Februar 1948.

22

	Gesamts	Männer	Frauen	Kinder
1) Westevakuierte				
Stand am Anf. des Monats	570	184	252	134
Zugang	2	-	1	1
Abgang	10	4	3	3
Stand am Ende des Monats	562	180	250	132
2) Evakuierte a.d. Russ. Zone				
Stand am Anf. des Monats	839	255	378	206
Zugang	8	1	4	3
Abgang	5	1	4	-
Stand am Ende des Monats	842	255	378	209
3) Ost - Umsiedler				
Stand am Anf. des Monats	7134	2099	3568	1467
Zugang	58	24	18	16
Abgang	101	35	49	17
Stand am Ende des Monats	7091	2088	3537	1466
4) Umsiedler (1 - 3)				
Stand am Anf. des Monats	8543	2538	4198	1807
Zugang	68	25	23	20
Abgang	116	40	56	20
Stand am Ende des Monats	8495	2523	4165	1807
5) Alteingesessene Bevölkerung				
Stand am Anf. des Monats	16479	5422	6974	4083
Zugang	129	55	51	23
Abgang	114	52	55	7
Stand am Ende des Monats	16494	5425	6970	4099
6) Gesamtbevölkerung				
Stand am Anf. des Monats	25022	7960	11172	5890
Zugang	197	80	74	43
Abgang	230	92	111	27
Stand am Ende des Monats	24989	7948	11135	5906
7) Ausländer				
Stand am Anf. des Monats	54	22	24	8
Zugang	-	-	-	-
Abgang	-	-	-	-
Stand am Ende des Monats	54	22	24	8

Zusammensetzung der Bevölkerung im Stadtkreis Salzwedel nach Kernbevölkerung, Evakuierten (West/Ost), Vertriebenen und Ausländern im Februar 1946

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22919

Anlage 5

17885
23. Jan 1946

23

Aufstellung

Über die bei der Umsiedlerabteilung der Stadt Salzwedel
beschäftigten Personen:

Geschäftsinhaber

Stadtrat Schröpfer ✓	Angest. Strelonyk ✓	Arb. Frau Marbus
Angest. Sieler ✓	" Wesche ✓	Arbeiter Vornstedt
" Jagenholz ✓	" Mihner ✓	
" Menk ✓	" Kuroseja ✓	

Umsiedlerlager Hoyersburgerstr.

Lagerarb. Ungewitter ✓	Koch Kader ✓	
" Wolter ✓	Helperin Hoffrichter ✓	
" Harder ✓		

Umsiedlerlager Odeon

Lagerf. Schmidt	L. Wegner	H. Kersch
K. Schmidt	E. Häutenberg	
B. Becker	E. Häutenberg	
H. Becker	H. Büssow	

Umsiedlerlager Heller

Lagerf. Frau Hahne	Keck	
Fr. Schulz	Schlissakowski	
Schrandt		

Ertsencheungsanstalt

Ents. Müller ✓		
" Exliebe ✓		
" Maruhn ✓		

Gemeinschaftsküchen

Landwirtsch. Schule	Köchin Bauer ✓	Küch. Hausmann
	Helf. Karl ✓	
	Arbeiterin Letsian ✓	

Friedrich-Engels-Paß

	Köchin Schulz ✓	
	Helf. Coritz ✓	
	Arb. Fuchs ✓	

Zusammensetzung der Umsiedlerbehörde Salzwedel und deren
Betreuungsbereiche im Januar 1946

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17885

Anlage 6

17885

4

Für die Akten 4.111.1.2.6

4.111.1
We./Schw.

V f g .

1.) Nachdem von der SMA aufgestellten Plan der Ansiedlung deutscher Umsiedler (s. Blatt der Akten) ist zu ersehen, dass für den Stadt- und Landkreis folgende statistische Zahlen zu Grunde gelegt wurden:

Kernbevölkerung	61 277 Personen
Umsiedler	23 322 "

Diese stimmen mit den von den Kreisstellen ermittelten Zahlen nicht überein.

Hierüber ist die Bezirksstelle Magdeburg zu verständigen.

2.) Schreiben an:

An den
Herrn Bezirkspräsidenten
-Umsiedlerabteilung -
(19) M a g d e b u r g .
Domplatz 3.

Betr.: Aufnahme weiterer Umsiedler.
Bezug: Die vom Präsidenten d. Prov. Sachsen, Halle/Halle,
am 1.6.46 herausgegebenen Richtlinien.

Bei der am 3. Juni 1946 in Halle/Saale stattgefundenen Sitzung sämtlicher Bezirks- und Kreisstellenleiter wurde ein Plan von der SMA betr. Ansiedlung deutscher Umsiedler in der Provinz Sachsen nach dem Stande vom 20. Mai 1946 überreicht, wonach für den Stadt- und Landkreis Salzwedel

die Zahl der Kernbevölkerung auf	61.277 Personen
" " " " Umsiedler	" 23.322 "

festgelegt wurde.

Diese von der SMA festgelegten Zahlen weichen von denen der im Stadt- und Landkreis Salzwedel ermittelten Zahlen erheblich ab, und zwar

sind von der Kreisstelle des Landrats
des Kreises Salzwedel

an Kernbevölkerung	=	39.020	
an Umsiedlern	=		23.322 Personen

festgestellt;

vom Stadtkreis Salzwedel

an Kernbevölkerung	=	16.777	
an Umsiedlern einschließlich			
der im Lager befindlichen			
Insassen	=		5.664 Personen

zusammen :	Kernbevölkerung:	55.797	
"	Umsiedler:		28.986 Personen.

Differierende Zahlen über die im Kreis Salzwedel bereits aufgenommenen „Umsiedler“ zwischen der Kommandantur und der Umsiedlerbehörde im Mai 1946

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17885

Anlage 7

- 2 -

3

Herr Dr. Beger hat durchblicken lassen, dass sich diese Zahlen auf Grund einer vor kurzem in Halle stattgefundenen Besprechung noch erhöhen werden.

Ob bei Inanspruchnahme aller jetzt von der SMA bestätigten Umsiedlerlager die erforderliche Aufnahme-fähigkeit gewährleistet ist, bleibt abzuwarten, da noch keinerlei Richtlinien vorliegen, mit welchem Zustrom zu rechnen ist. Von der Bezirksstelle ist jedenfalls beantragt worden, die bestanden Notlager wieder zu eröffnen. Zu diesen Notlagern gehören

für Salzwedel
die Gastwirtschaft "Heller" und
die Gaststätte "Odeon".

Sodann wurde auch über das Ergebnis der bereits aufgenommenen Umsiedler in den einzelnen Kreisen gesprochen und hierbei einige Kreise genannt. So hat z.B.

der Landkreis	Osterburg	den Stand von	62.6%	
"	"	Stendal	"	"
"	"	Salzwedel	"	"
"	"	Wanzleben	"	"
"	"	Oschersleben	"	"
"	"	Gardelegen	"	"
			42.8 %	und

erreicht.

Ferner haben die S t a d t k r e i s e

Burg	nur	11,7 %	
Schönebeck	nur	25.1 %	
Salzwedel	nur	32,8 %	und
Stendal	nur	40%	

zu verzeichnen.

Insbesondere wurde herausgestellt, dass von der Provinzverwaltung Halle für bestimmte Kreisstellen ein weiterer Aufnahmesoll festgelegt wurde, die in erster Linie mit Aufnahme von Umsiedlern zu rechnen haben.

Es kommen hier die Kreise:

Landkreis	Gardelegen mit	3918	Umsiedlern,
"	Haldensleben mit	1258	"
"	Jarichow I mit	4146	"
"	" II mit	6129	"

sowie

Stadtkreis	Burg mit	9182	Umsiedlern,
"	Salzwedel mit	2213	"
"	Schönebeck mit	6916	"

in Betracht.

- 3 -

Auszug aus dem Bericht des Kreisstellenleiters der Umsiedlerbehörde Salzwedel über die in Magdeburg beim Bezirkspräsidium getroffenen Festlegungen des Aufnahmesolls an Vertriebenen im Mai 1946

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19587

Anlage 8

Übersetzung.

51

"Ich bestätige"
 Chef der OKW der SMA,
 der Provinz Sachsen
 Generalmajor Muchin

Plan.

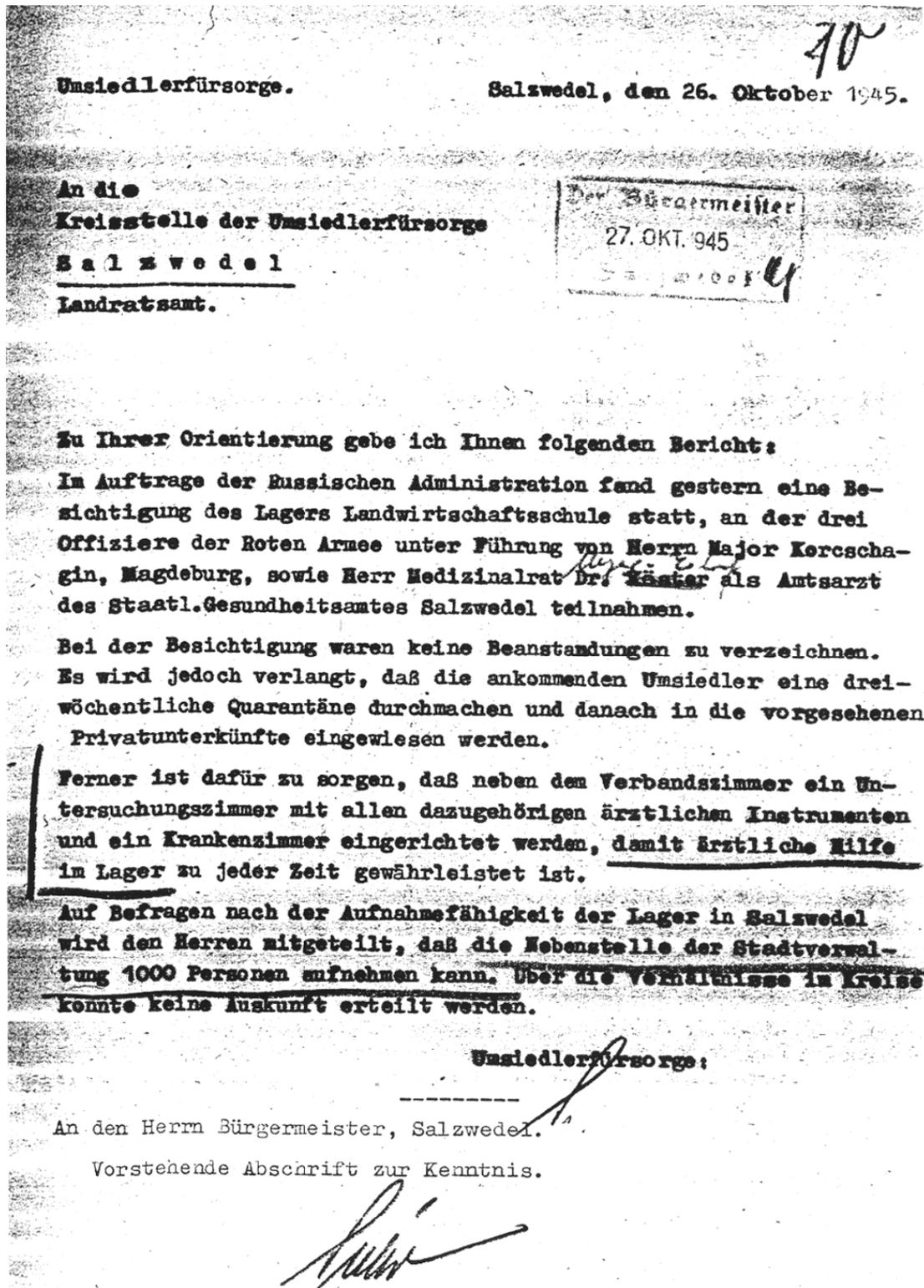
der Ansiedlung deutscher Umsiedler auf beständigen Wohnsitz
 in der Provinz Sachsen.
 Stand per 20.5.1946.

Kreis	Zahl der Kernbevölkerung	Zahl der Umsiedler	Unterliegt der Umsiedlung	Zahl der Umsiedler aus der CSR
1	2	3	4	5
<u>Bezirk Magdeburg</u>				
Barnimerode	69.451	21.267	13.000	10.000
Blankenburg	28.315	998	4.000	-
Wolmirstedt	51.569	26.199	vollst. besiedelt	-
Hardelegen	69.748	21.314	10.500	10.000
Wanzleben	61.984	23.224	2.500	-
Westerburg	38.723	24.370	vollst. besiedelt	-
Schersleben	62.995	27.177	4.000	2.000
Maldensleben	67.223	23.039	10.500	8.000
Halberstadt	45.616	-	vollst. besiedelt	-
Salzwedel	61.277	23.322	7.000	5.000
enthin	68.981	20.021	14.000	11.000
Burg	71.260	17.354	17.500	14.000
Magdeburg	218.760	9.118	100.000	-
Stendal	64.582	40.567	vollst. besiedelt	-
Schönebeck	57.468	9.690	10.000	3.000
insgesamt	1.017.957	ca 301.243	196.000	61.000
<u>Bezirk Anhalt</u>				
Wöthen	108.521	36.421	17.500	15.000
Merbst	63.399	13.912	18.000	15.000
Ballanstedt	29.473	13.472	1.000	8.000
Calbe	79.645	25.955	13.000	10.000
Medlinburg	95.548	31.968	15.500	13.000
Barnburg	92.435	22.921	20.000	15.000
Bassau	91.294	3.495	41.500	-
insgesamt	559.806	148.439	129.500	76.000

Festlegung des Aufnahmesolls an Vertriebenen für des Kreisgebiet im Rahmen des Transfers im Mai 1946

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19587

Anlage 9



Bericht der „Umsiedlerfürsorge“ über den Zustand des Lagers „Höhere Landwirtschaftsschule“ und die Aufnahmefähigkeit der Lager in Salzwedel insgesamt im August 1945

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17901

39

r/Bé. V f g.

von den Sanitäterinnen Frau [Name] und [Name] wird heute für den Monat September folgender Bericht erstattet:

Betreut wurden im Laufe des Monats die Lager
Schwarzer Adler
Haus der Jugend und
Heller.

Im Heller bestand für einen Tag Absonderung wegen Typhusverdachts (1 Fall), ebenso im Haus der Jugend, ebenfalls nur 1 Tag im Adler ferner ein Fall Diphtherie, der in das Kreisrkrankenhause eingeliefert wurde. Desinfektion ist durchgeführt worden.

Die Zustände in den Lagern sind im allgemeinen dieselben geblieben, die Verlausung ist besonders im Haus der Jugend noch größer geworden, so daß von der Flüchtlingsfürsorge die Räumung bzw. vorübergehende Schließung in Aussicht genommen ist.

Die allgemeinen sanitären Anlagen werden im Heller von dem dort eingesetzten Lagerverwalter besonders überwacht.

Für die vorübergehend eingerichteten Lager "Union" und "Odenn", die im Laufe des Monats wieder geräumt worden sind, jetzt aber neu belegt werden sollen, waren besondere Rote Kreuz Schwestern eingesetzt. Das gleiche gilt für die Landwirtschaftsschule.

Die ärztliche Überwachung der betreuten eingangs erwähnten drei Lager erfolgt bei Bedarf von Fall zu Fall durch den Stadtarzt.

In Bezug auf Versorgung mit Medikamenten und Verbandstoffen bestanden keine Schwierigkeiten.

Im wesentlichen waren zu betreuen:
Flüchtlinge mit Magen- und Darmerkrankungen und Krätze, sowie Verwundete, die regelmäßig verbunden werden mußten.

Herrn Beigeordneten Dr. Meyer
zur gefälligen Kenntnisnahme vorgelegt. *Jup. Am. 9/10.*

Wv. 30.10.1945.
5.1.12.6. S., d. 30.9.1945.
D.B.-I.A.
[Signature]

Bericht über den sanitären Zustand der Behelfsquartiere (Lager) und die medizinische Versorgung der Flüchtlinge und Vertriebenen im September 1945

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17901

Anlage 11

Zentralstelle für Hygiene
Beim Gesundheitsamt Stendal

17882 39
Stendal, den 22.7.1946

An den
Herrn Amtsarzt
Salzwe del.

Am 19.7. besichtigte ich das Umsiedlerlager Salzwe del. Dabei musste ich folgende Mängel feststellen.

Das Lager ist überlegt, es hat auch nach der Erstellung der z.Zt. in Bau befindlichen Baracke eine Aufnahmefähigkeit für nur 500 Umsiedler. Bei der derzeitigen Belegung von 800 Umsiedler reichen weder die sanitären noch die wirtschaftlichen Einrichtungen des Lagers aus. Die schon, was die sanitären Anlagen angeht, für 500 Umsiedler unzureichend sind. Aus hygienischen Gründen insbesondere zur Vorbeugung etwaiger Seuchen sind sofort folgende Mängel abzustellen.

- a) Die Abfall - und Aschgrube ist (zur Not behelfsmässig) fliegendicht abzudecken.
- b) Die Erweiterung der Waschanlage ist sofort vor zunehmen.
- c) Die Fertigstellung der Latrine ist zu beschleunigen.
- d) Die Krankenbaracke ist so einzurichten, dass mindestens 40 Krankenbetten und 10 Isolierbetten insgesamt, sowie ein ausreichend grosser Behandlungsraum zur Verfügung steht.

Auf die oben angeführten Mängel wies ich bei meinem ersten Besuch am 8.7.46 mündlich hin. Bis zum 19.7. war jedoch keinerlei Änderung eingetreten. Ausserdem ist die Fliegenplage energisch mit den bekanntesten und vorhandenen Mitteln zu bekämpfen. (Duolit u. Mux.)

Über die erfolgte Abstellung der oben genannten Mängel bitte ich, mir bis zum 1.8.1946 zu berichten. Der Herr Bez. Präsident wird von hier aus gebeten, das Lager erst wieder nach Abstellung der Mängel belegen zu lassen.

Der Leiter der Zentralstelle
für Hygiene.

1.A.



Urteiler.

Amtsarzt Stendal.
Umsiedlerlager Salzwe del
Bezirks Präsident
Prof. Dr. Otten.

Bericht des Leiters der Zentralstelle für Hygiene an den Amtsarzt in Salzwe del über den Zustand des Quarantänelagers „Hoyersburgerstraße“ sowie Festlegungen zur Behebung von Mängeln im Juni 1946

Quelle: Stadtarchiv Salzwe del, Nr. 17882

15753 19

4.111.3.6
We./Schw. V f g .

Am Sonntag, dem 3. November 1946, gegen 03,40 Uhr traf in Salzwedel der erste Umsiedlertransport aus dem polnisch-besetzten Gebiet, avisiert durch die Bezirksverwaltung Magdeburg, hier ein.

Dieser Transport sollte ursprünglich in die englische Zone geleitet werden, da nach den hier vorliegenden Unterlagen vom Umsiedlereinschleusungspunkt F a l k e n b e r g / Elster der Transport als ein Lazarettzug angesehen wurde.

Die Eintreffsmeldung ist sofort vorzunehmen.

Schreiben an:

- a) Provinzialverwaltung -Umsiedlerabteilung IIB -, Halle, Robert-Blum-Str. 14 und
- b) an den Herrn Bezirkspräsidenten-Umsiedlerabteilung-, Magdeburg, Domplatz 3.

geb. j. gesamt 4.11.46

Betr.: Meldung über Eintreffen der Umsiedler aus dem polnisch-besetzten Gebiet.

Am 3. November 1946, gegen 03,40 Uhr, traf in Salzwedel ein Umsiedlertransport -Transportnummer 4722 - mit

	169 Männern,
	322 Frauen und
	161 Kindern,
<u>zusammen:</u>	<u>652 Personen</u>

vom Umsiedler-Einschleusungspunkt Falkenberg/Elster, abgeschleust von Leobschütz, Kattowitz und Gleiwitz, zwecks Quarantäne ein.

In diesem Transport befinden sich nur

	43 Männer,
	85 Frauen und
	65 Kindern
<u>insgesamt:</u>	<u>193 gesunde Personen</u>

die nach Ablauf der Quarantäne in den Stadt- und Landkreis aufgenommen werden können. Die restlichen

459 Umsiedler

sind auf Grund der vorgenommenen Feststellungen durch das Gesundheitsamt Salzwedel in Alters-, Krüppel- und Siechenheimen unterzubringen. Hierüber wird besonders berichtet werden.

4.)

Bericht über die Ankunft des ersten Vertriebenentransportes in Salzwedel

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 15753

15763

13

A u f s c h l ü s s e l u n g

über den am 3. November 1946 in Salzwedel eingetroffenen
Umsiedlertransport mit 652 Umsiedlern, und zwar:

a) <u>g e s u n d e</u> :	43 Männer,		
	85 Frauen,		
	65 Kinder		
	<u>.//.</u>	=	193 Personen,
b) <u>a l t e L e u t e</u> :	74 Männer,		
	162 Frauen		
	<u>.//.</u>	=	236 Personen,
c) <u>K r ü p p e l</u> :	13 Männer,		
	31 Frauen,		
	18 Kinder		
	<u>.//.</u>	=	62 Personen,
d) <u>K r a n k e</u> :	21 Männer,		
	19 Frauen,		
	2 Kinder		
	<u>.//.</u>	=	42 Personen,
e) <u>G e i s t e s s c h w a c h e</u> :	5 Männer,		
	6 Frauen,		
	12 Kinder,		
	<u>.//.</u>	=	23 Personen,
f) <u>W a i s e n</u> :	36 männlich,		
	60 weiblich		
	<u>.//.</u>	=	96 Kinder.
	insgesamt:		652 Personen.
	=====		

Bericht über die Ankunft des ersten „Umsiedlertransportes“ in Salzwedel

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 15753

68

4.111.3.6
We./Schw. V.f.g.

1.) Mit dem Umsiedlertransport Nr. 156, Zug-Nr. 2679, trafen von
den am 10.12.46 um 6 Uhr 30 Min. aus Danzig abgeschleppten
Umsiedlern, welche am 12.12. über Verladestelle Forst/Lausitz
weiter nach Falkenberg liefen,
am 15.12.1946 gegen 1 Uhr 45 Min.
im Quarantänelager Nr. 46, Salzwedel, Hoyersburgerstrasse,
100 Männer,
349 Frauen und
301 Kinder
insgesamt: 750 Umsiedler
zwecks Quarantäne ein.

Von diesen 750 Umsiedlern sind
2 Männer und 1 Frau verstorben sowie
3 Frauen und 2 Kinder
wurden in das Kreis Krankenhaus eingeliefert, so dass im Umsiedler-
lager insgesamt 742 Umsiedler zwecks Ableistung der Quarantäne
aufgenommen wurden.

2.) Meldung über zugewiesene Transporte aus dem polnisch besetzten
Gebiet ist in zweifacher Ausfertigung nach Halle und in
einer Ausfertigung nach Magdeburg abzusenden.

Reinschrift gefertigt
am 17.12.46
zur Post
um

3.) An den
Herrn Präsidenten
-Umsiedlerabteilung III b -
(19) Halle/Saale,
Robert-Blum-Str. 14.

Betr.: Meldung über zugewiesene Transporte aus dem polnisch
besetzten Gebiet.

Für den am 15. Dezember 1946 von Falkenberg/Elster in Salzwedel
eingetroffenen Teil-Umsiedlertransport Nr. 156 (Zugnummer 2679)
mit
100 Männern,
349 Frauen und
301 Kinder,
insgesamt: 750 Umsiedlern
wird in der Anlage das Formblatt der Zugangsmeldung in
zweifacher Ausfertigung vorgelegt.

Nachrichtlich
dem Herrn Bezirkspräsidenten
-Umsiedlerabteilung-
(19) Magdeburg,
Domplatz 3.

Reinschrift gefertigt
am 17.12.46
zur Post
um

5.)

Bericht über die Ankunft eines Umsiedlertransportes aus Danzig über
Forst/Lausitz mit 750 Vertriebenen im Dezember 1946

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 15753

Anlage 14

Ansiedlung Vertriebener nach Herkunftsgebieten vom 01.03.1948

Aus:	Stadtkreis	Landkreis	gesamt
Polen in den Grenzen bis August 1939	117	636	753
Ostpreußen	459	4.866	5.325
Schlesien	1.690	3.562	5.252
Tschechoslowakei	1.284	3.873	5.157
Pommern	1.227	3.218	4.445
Westpreußen	941	1.546	2.487
Königsberger Gebiet	550	1.612	2.162
Ostbrandenburg	160	682	842
andere Staaten	ca. 220	ca. 300	520
Gesamt:	6.648	20.295	26.943

Anlage 15

Flüchtlinge und Vertriebene im Kreis Salzwedel 1945 – 1948

	Stadtkreis	Landkreis
10.11.1945		
Umsiedler		37.617
Flüchtlinge und Vertriebene		16.379
20.05.1946		
Umsiedler* (Bestand)		23.322
Aufnahme Soll ab 20.05.1946		+ 7.000
31.03.1947		
Umsiedler* (Bestand)	7.768	27.175
Aufnahme Soll ab 01.05.1947	+ 1.000	+ 2.000
31.12.1947		
Umsiedler* (Bestand)	8.587	28.457
Vertriebene	6.861	20.487
Stand 31.12.1948		
Umsiedler		37.044
Vertriebene		27.348

Anlage 16

„Umsiedlerbewegung“ im Kreis Salzwedel 1946 – 1948

	Stadtkreis	Landkreis
Einwohner am 29.10.1946	25.068	65.410
Umsiedler am 01.11.1946	7.748	26527
November 1946 bis Juli 1947		
Zugänge:	5.546	3.465
Abgänge:	5.333	1.712
1. Halbjahr 1948		
Zugänge:	308	1.270
Abgänge:	421	1.992
2. Halbjahr 1948		
Zugänge:	1.109	2.693
Abgänge:	1.083	3.859

Quelle. LA Magd.,- LHA-, Rep K, Mdl, Nr. 6547

Bekanntmachungen

des Bürgermeisters der Stadt Salzwedel.

Auf Anordnung des Herrn Kommandanten der Militär - Regierung haben sofort sämtliche in der Stadt Salzwedel wohnenden Ausländer die Stadt zu verlassen und sich bei dem Herrn Kommandanten des Lagers Fliegerhorst umgehend zu melden.

Die Wohnungslage der Stadt Salzwedel gibt mir Veranlassung, abermals dringend und schärfstens an alle Wohnungsinhaber heranzutreten.

Ich ordne daher an:

Alle leerstehenden Wohnungen und Räume, sowie jede Veränderung, sind innerhalb 24 Stunden nach dieser Bekanntmachung vom Hausbesitzer oder -Verwalter im Rathaus, Abt. Wohnraumlenkung, zu melden.

Wer diese Anordnung unterläßt, hat mit der Entziehung der Lebensmittelkarten zu rechnen.

Die Bezugsausweise für Speisekartoffeln der 78—81. Periode für die Zeit vom 23. Juli 1945 bis 11. November 1945 werden im Stadtwirtschaftsamt, Rathaus, Zimmer 13, während der Vormittagsstunden von 8—12 Uhr ausgegeben

am Dienstag, dem 10. Juli 1945
Buchstaben A—H

am Mittwoch, dem 11. Juli 1945
Buchstaben I—N

am Donnerstag, dem 12. Juli 1945
Buchstaben O—Z.

Am Dienstag, dem 10. Juli 1945, werden die Kindergärten im Propsteigebäude und im Garten des „Hauses der Jugend“ eröffnet.

Aufgenommen werden Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum schulpflichtigen Alter.

Ein weiterer Kindergarten wird wahrscheinlich im Ortsteil Perver in kürzester Zeit eröffnet werden.

Anmeldungen am 10. Juli 1945 in der Zeit von 10—12 Uhr bei den Leiterinnen der Kindergärten.

Salzwedel, den 7. Juli 1945.

Der Bürgermeister.
Grüneklee.



Anlage 18

Umsiedlerbelegung des Kreisgebietes (prozentual) zur Wohnbevölkerung am 31.03.1947

	Stadtkreis	Landkreis
31.03.1947		
Einwohner (Kernbevölkerung)	16.488	39.122
Umsiedler	7.768	27.175
Prozentuale Belegung (Aufnahme) mit Umsiedlern	47 %	78 %
		(stärkste Belegung unter den Landkreisen)
Wohnfläche pro Einwohner	7,7 m ²	7,9 m ²

4.111.1.6.5
Die/Wk.

v f g .

19699

40

1.)

An die
Russische Kreiskommandantur
Salzwe del

24.11.47
24/11.47

Betr.: Stimmungsbericht der im Stadtkreis Salzwe del unter-
gebrachten Umsiedler.

Nachstehend wird über die allgemeine Stimmung der im Stadt-
kreis Salzwe del zugewiesenen Umsiedler wie folgt berichtet:

In Salzwe del sind zur Zeit 8694 Umsiedler registriert, die
sich aufgliedern in
2435 Männer
4282 Frauen
1977 Kinder.

Die Personen sind untergebracht auf einen Wohnraum von 67.698 qm.

Im Arbeitsverhältnis stehen von diesen Personen insgesamt 3298, die sich aufgliedern in 1302 männl. Arbeitskräften, 1996 weibl. Arbeitskräften.

Bedingt ist die hohe Zahl der Arbeitskräfte durch die zur Zeit stattfindende Kampagne der Zuckerfabrik.

Von den im hiesigen Quarantänelager durchgeschleusten Umsied-
lern wurden bezüglich der allgemeinen Betreuung bisher kei-
nerlei Klagen geführt, sondern nach den vorliegenden Unterlagen
wurden der Verwaltung Anerkennungen ausgesprochen.

Allgemeine Klagen gibt es zum größten Teil in Bezug auf die
mangelhafte Versorgung der Umsiedler mit Bekleidung und vor
allem Schuhwerk. Jetzt beim Eintreten der kälteren Jahreszeit
werden auch wieder viele Anfragen nach Ofen gemacht, da nicht
allen Personen geheizte Unterkünfte bzw. Wohnräume zur Verfü-
gung stehen.

Es konnten im Monat November 26 Familien in Dauerwohnungen ein-
gewiesen werden, insgesamt an Dauerwohnungen sind bisher bei
den Umsiedlern 351 vorhanden. 32 Familien befinden sich noch in
Notwohnungen.

Heizmaterial für den Winter wäre bei solchen Personen, die nicht
in der Lage waren, sich durch Selbsteinschlag Holz zu beschaffen,
noch notwendig. Es können dafür aber nur Personen wie alte und ge-
brechliche, Frauen mit Kindern, wo der Ernährer fehlt oder der Er-
nährer erwerbsunfähig ist, infrage. Trotzdem noch eine Nebenak-
tion für Brennholzbeschaffung von den Umsiedlern im Augenblick
durchgeführt wird, wäre eine Zuweisung von Braunkohlen und Bri-
ketts notwendig.

Der größte Teil der materiellen Nöte, die von den Umsiedlern immer
wieder zur Anklage gebracht werden, könnte schon beim ausreichenden
Ausbesserungsmaterial z.B. für Schuhe, Schuhmaterial und Nägel,
bei Textilien, Stöpgarn, Nähgarn usw. abgestellt werden.

Hervorzuheben ist, daß die Umsiedler - vertreten durch den Um-
siedlervertränensausschuß und durch den Umsiedlerausschuß - sehr
aktiv tätig sind, um ihre soziale Lage zu verbessern. Anderer-
seits ist die Stadtverwaltung bei irgendwelchen Anliegen, die
durch die Ausschüsse vorgetragen werden, sehr großzügig, um alles
im Bereich der Möglichkeit liegende für die Neubürger der Stadt
zu tun.

2.) Wv. 20. Dez. 1947 Salzwe del, d. 24.11.1947

Der Rat der Stadt-Umsiedleramt-

Bürgermeister.

17885

4

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung am Sonnabend, dem 12. Juli 1947 - betr. Wohnraumkontrollen durch die Umsiedler.

Leitung: Herr Bürgermeister Dr. Meyer,
Sachbearbeiter: Angestellter Diedrichs,
Niederschriftenführer: Angestellte Melzer.

An der Sitzung haben teilgenommen:

1. Herr Stadtrat Främke,
2. " Angestellter Brandt,
3. " Dr. Huder,
4. " Meyer-Brüggemann,
5. " Hirscher,
6. " Bäckermeister Finger,
7. " Hinke,
8. " Niephage,
9. " Schaff,
10. Frau Temp.

Herr Bürgermeister Dr. Meyer begrüßt die Anwesenden und gibt den Anlaß der Zusammenkunft bekannt. Es handelt sich darum, daß unter der Salzwedeler Bevölkerung Unruhe darüber entstanden ist, daß Wohnraumkontrollen durch Umsiedler stattfinden und in vorliegenden Fällen nicht die richtige Form vorlag. Zwei besonders vorgetragene Fälle sind durch Herrn Bürgermeister Dr. Meyer aufgeklärt und berichtet.

Herr Meyer-Brüggemann führt aus, daß Übergriffe vorgekommen sind. Es soll vorgebeugt werden und die einheimische Bevölkerung gegen die Umsiedler in Schutz genommen werden. Seitens des Wohnungsamtes sollen ordnungsgemäße Instruktionen erteilt werden.

Herr Främke sagt dazu: Ein Provinz-Erlass hat diese Aktion in der Tat gerufen. Der Umsiedlerausschuß hat Umsiedler bekannt gegeben, die in Verbindung mit der Stammbevölkerung bei den Wohnraumkontrollen zur Mitarbeit bereit waren. Für diese Personen sind Bescheinigungen ausgestellt worden, in der Annahme, daß diese Leute zuverlässig sind. In den 4 bestehenden Bezirken ist jeweils eine Zusammenkunft gewesen, in der ihnen durch Angestellte des Wohnungsamtes Instruktionen erteilt wurden.

Herr Dr. Huder führt aus, daß die Umsiedler nicht mit besonderer Freude gerade an diese Arbeit herangegangen sind, weil von vornherein angenommen werden konnte, daß durch diese Tätigkeit die Umsiedler bei der Kernbevölkerung noch mehr in Mißkredit geraten und die Spaltung noch größer würde. Daß unter 150 Straßenaufträgen ein oder zwei Menschen darunter sind, die zu energisch oder kraß vorgehen, ist leicht denkbar.

Herr Hinke, als Umsiedlervertrauensmann, bemerkt, daß die Stadt Salzwedel noch etwa 1000 Umsiedler aufzunehmen hat und eine gründliche Wohnraumüberprüfung noch öfter notwendig sein wird.

Zu den einzelnen Ausführungen wird bemerkt, daß in der Hauptsache das Prinzip bekämpft wird, und Herr Meyer-Brüggemann regt an, mehr Angestellte im Wohnungsamt anzustellen. Es könnten etwa 4 tüchtige Umsiedler und 4 Leute aus der Kernbevölkerung

Konflikte zwischen Einheimischen und Vertriebenen um Wohnräume im Juli 1947

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17885

- 2 -

17885

gegen eine entsprechende Bezahlung arbeiten. Notfalls soll eine Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung eingereicht werden.

Die bereits vorliegenden Anträge haben bisher keine Berücksichtigung finden können, bemerkt Herr Stadtrat Fränke.

Herr Brandt bringt letzte Erfahrungen, wobei er betont, daß die Unterbringung von verhältnismäßig wenigen in der Stadt verbliebenen Umsiedlern mehr Arbeit gemacht hat als 500 Menschen im vergangenen Jahr. Nach der erteilten Einweisung bestehen viele Fälle, in denen die Vermieter bzw. Hausbesitzer sehr hartnäckig sind, sodaß nicht immer mehr gütlich verfahren werden kann. - Auch die Kontrolle der Hausböden soll beibehalten werden, um zu bezwecken, daß überflüssiges Mobiliar entdeckt wird, und das den Umsiedlern zur Verfügung zu stellen ist.

Zusammenfassend kommt Herr Bürgermeister Dr. Meyer zu dem Beschluß; Der Antrag des Herrn Meyer-Brüggenmann sowie der des Herrn Dr. Huder wird zur Grundlage genommen, und eine Anzahl Umsiedler werden dem Wohnungsamt zur Verfügung gestellt, die in Verbindung mit der Kernbevölkerung zusammenarbeitet. Die Aktion der Wohnungskontrolle, die jetzt bis zum 15. d. Mts. laufen soll, wird zu Ende geführt.

Salzwedel, den 14. Juli 1947

Johann
Niederschriftenführerin

K.M.
Bürgermeister

4.111.12.1.2
Die/Wk.

v f g

- 1.) Die Niederschrift der Sitzung am 12. Juli 1947 ist der Wohnraumlenkung schriftlich zuzustellen. Die Wohnraumlenkung hat dem Umsiedleramt mitzuteilen, wann die Personen, welche ganztägig bei der Wohnraumlenkung mit-helfen sollen, gebraucht werden. Die Personen sind durch den Umsiedler-Vertrauensauschuß vorzuschlagen.
- 2.) Der Wohnraumlenkung mit der Bitte um Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung.
- 3.) Wv. 10.8.1947.

Salzwedel, den 28. Juli 1947

Der Rat der Stadt - Umsiedleramt

K.M.
Bürgermeister

Konflikte zwischen Einheimischen und Vertriebenen um Wohnräume im Juli 1947

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17885

A b s c h r i f t aus den Akten 4.111.

12

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Umsiedlerausschusses der Stadtverordneten, die am 16. Mai 1947 stattgefunden hat.

Leitung: Herr Bürgermeister Dr. Meyer

Niederschr. Führ.: Angest. Melzer

Es waren anwesend:

Frau Temp

Herr Hirscher

Frau Kühn

Herr Schilke

pol. Hauptmann A t j a s e w (Kommandeur)

als Sachbearbeiter der Flüchtlingsangelegenheiten

Frau R a g o w s k i e als Dolmetscherin,

Herr H a n s e r

War zu dieser Sitzung nicht erschienen.

Herr Bürgermeister Dr. Meyer eröffnete die erste Sitzung des Umsiedlerausschusses der Stadtverordneten, der gleichzeitig ins Leben gerufen wird.

Dieser Ausschuss setzt sich aus 5 Vertretern der Blockparteien zusammen. Zunächst ist der Ausschuss zusammengerufen, und zwar die letzten Umsiedlerversammlungen zu berichten, und zwar tagte die Vertrauenskonferenz, die grosse Versammlung der SED und ein erweiterter Ausschuss des Vertrauensausschusses. In der grossen Umsiedlerversammlung der SED hat Herr Bürgermeister Dr. Meyer sich diesen Ausschuss bestätigen lassen. Er steht an der Spitze sämtlicher Umsiedlerausschüsse und bildet somit die erste Instanz. In einer Veröffentlichung soll dies den Umsiedlern bekannt gegeben werden.

Die Stadt ist in 4 Bezirke eingeteilt, in jedem Bezirk befindet sich ein Bezirksvertrauensmann, dem wiederum für jede Strasse Vertrauensmänner unterstehen. Einlaufende Klagen der Umsiedler sind über diese Straßen- bzw. Bezirksvertrauensleute an den Umsiedlervertrauensausschuß weiterzuleiten. Der Umsiedlervertrauensausschuß besteht aus der Mehrzahl Umsiedler unter Heranziehung von einigen Personen der Kernbevölkerung, um ein gegenseitiges Verständnis zustande zu bringen.

Nach einer öffentlichen Aufforderung an alle Umsiedler zur freiwilligen Mitarbeit haben sich 28 Umsiedler gemeldet. Unter diesen einsatzbereiten Leuten befinden sich einige nominelle Mitglieder der ehem. NSDAP. Es war vorgesehen, sie zur Mitarbeit heranzuziehen wenn sie sich einer der 3 Blockparteien anschliessen und den Willen zum Wiederaufbau bekunden.

Seitens der Kommandantur ist es wünschenswert ohne die ehem. Mitglieder der Partei auszukommen. Als Mitarbeiter können sie sich beteiligen, jedoch nicht in leitenden Stellungen.

In der letzten Besprechung ist vorgenommen worden:

- 1.) Es soll versucht werden, eine Umsiedlergenossenschaft zu

Sitzung und Gründung des Umsiedlerausschusses im Mai 1947

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17884

organisieren, die selbst ihre Arbeiten und Reparaturen ausführt (Tischler-, Schuh- und Metallarbeiten).

- 2.) Es soll versucht werden, mit einem entsprechenden Schreiben des Rates der Stadt, an die Salzwedeler Gartenbesitzer heranzutreten, um sie zu veranlassen, freiwillig den Umsiedlern Gartenland abzugeben.

Herr Hauptmann Atjasew betont, daß dies eine sehr wichtige Frage sei.

- 3.) Eine Wiesenfläche, die nicht abgabepflichtig ist, soll nutzbar gemacht werden und den Umsiedlern zur Bebauung überlassen werden. Jedoch ist die Verwendung noch nicht endgültig geklärt.

- 4.) Für Wohnraum-, Garten- und Wirtschaftsfragen sollen Gruppen gebildet werden, sowie eine besondere Gruppe für kulturelle Belange der Umsiedler. Die Umsiedler sollen Musik, Gesang und Tanz nach Heimatart pflegen.

Die Kommandantur ist der Ansicht, dass nationale Eigenheiten nicht in den Vordergrund treten sollen. Die Umsiedler sollen die Heimat in ihrer Eigenheit verlernen. Die Kunst als solche soll für sie bestehen bleiben. Man soll den Leuten nahelegen, sich dem Kulturbund anzuschliessen und dieser würde sie auch zum Recht kommen lassen und Talente fördern.

Damit waren die Hauptpunkte der Sitzung durchgesprochen.

Zum Schluss sei bemerkt, dass die Teilnahme der Umsiedlerausschußmitglieder der Stadtverordneten in den übrigen Sitzungen der Umsiedlerausschüsse sehr notwendig ist und diese Mitglieder jeweils eingeladen werden sollen.

Salzwedel, den 17. Mai 1947

gez. Unterschrift

Niederschriftenführerin

gez. Unterschrift

Bürgermeister

F.d.R.d.A.:
S., d. 12.6.47
-Umsiedleramt-

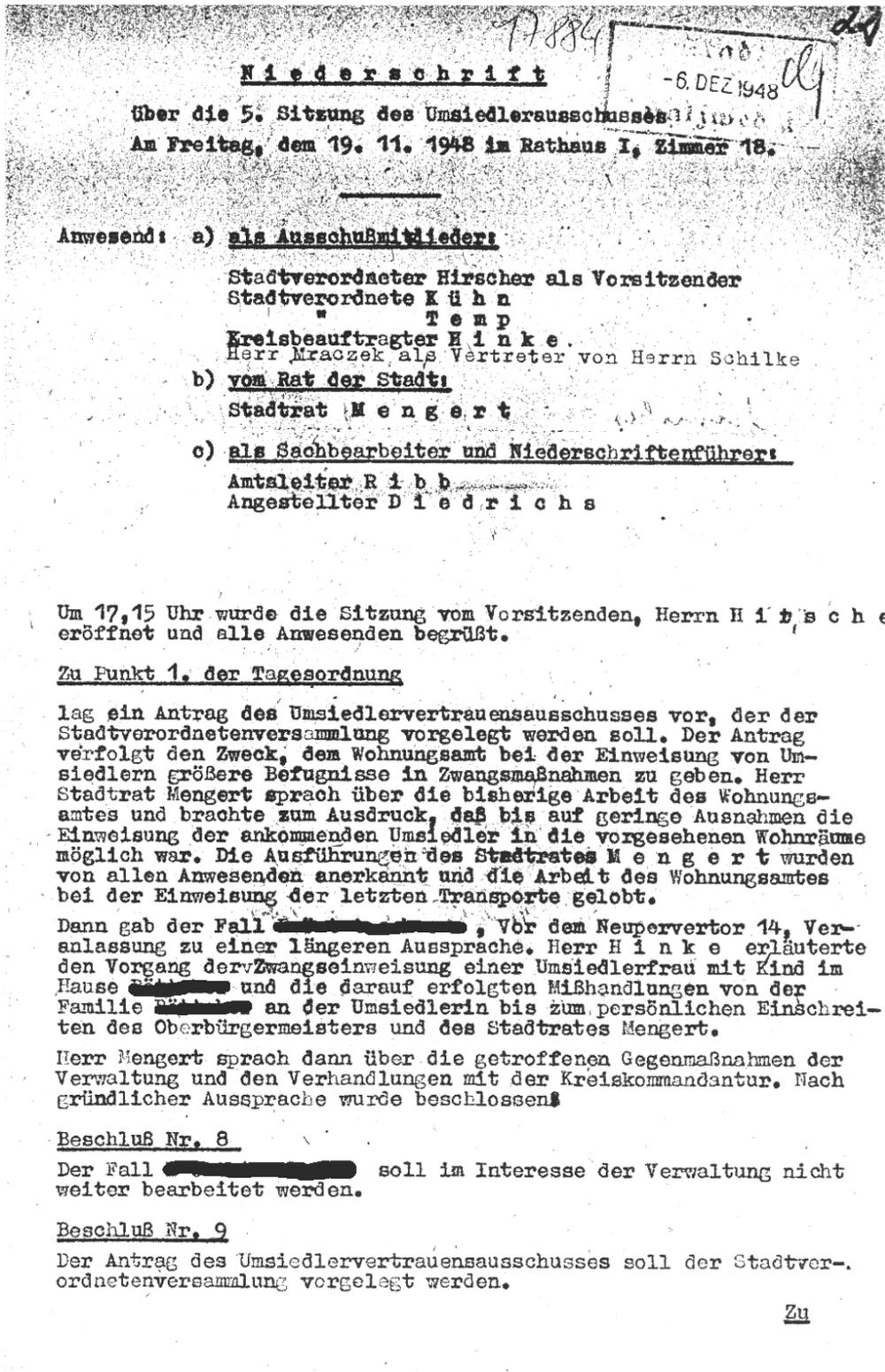
L.A.

Angestellter

Sitzung und Gründung des Umsiedlerausschusses in Salzwedel im Mai 1947

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17884

Anlage 22



Besprechung eines Falles über Misshandlung einer zwangseingewiesenen Vertriebenen durch einen einheimischen Vermieter in der 5. Sitzung des Umsiedlerausschusses im November 1948

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17884

4.111.12.1
Die/wk.

V f g .

17884 A 51
Reinschrift gefertigt

am 20.9.47 H.S.

zur Post

am 22.9.47

An die
Landesregierung Sachsen-Anhalt
- Um - I -
(16) Halle / Saale
Kantstr. 1 Paul-Riebeckstift.

Betr.: Durchführung der Kreiskonferenzen f. Ums.-Ausschüsse
Bezug: Ihr Rundschr. vom 9.9.1947.

Zu der Durchführung der Kreiskonferenzen für Umsiedler innerhalb des Stadtkreises Salzwedel berichten wir wie folgt:

- Zu Pkt. 1) Die 1. Kreiskonferenz wurde am 2.5.47 durchgeführt. Weitere Konferenzen folgten am 12.5.47, am 20.6.47 und am 18.9.47. Für den 23. u. 25.9. sowie am 2.10.47 sind weitere Konferenzen angesetzt.
- Zu Pkt. 2) Durchschnittlich waren 30-50 Personen an den Besprechungen beteiligt.
- a) Es bestehen folgende Ausschüsse:
- Der Umsiedlerausschuß des Stadtparlaments aus 5 Personen,
 - der Umsiedler-Vertrauensausschuß für sämtliche Stadtbezirke aus 26 Personen,
- ausserdem noch folgende Unterausschüsse:
- Ums.-Ausschuß für Wohnraumfragen
 - " " Gartenbeschaffung
 - " " Versorgungsfragen, Ernährg. u. Bekleid.
 - " " Wirtschaftsfragen
 - " " Kulturfragen, Schule, Heimat, Musik Gesang u. Tan
- b) Die gesamten Umsiedlerangelegenheiten mit dem Quarantäne lager, Hoyersburgerstrasse liegen im Dezernat des Herrn Bürgermeister Dr. Meyer (Sozialamt).
- d) Bei sämtlichen stattgefundenen Konferenzen waren alle Blockparteien anteilig vertreten. Im Umsiedlerausschuß des Stadtverordnetenparlaments sind 2 Personen der SED, 2 der LDP und 1 Person der CDU vertreten. Im Umsiedler-Vertrauensausschuß ist es anteilig genau so.
- Zu Pkt. 3) In den Tagesordnungen waren folgende Punkte vorhanden:

Bericht des Bezirksbeauftragten
Bericht über Versorgung mit Heizmaterial für die Stadtbevölkerung
Bericht über die Handhabung der Zuteilung von Textilien
Bericht über Fürsorgefragen
Bericht über Wohnungsfragen
Bericht der Volkssolidarität
Bericht des polit. Verbindungsmannes
Bericht über die Bildung der Ums.-Genossenschaften
Bericht über die Tätigkeit der Ums.-Beratungsstelle u freie Aussprache.

Beschlüsse und Festlegungen der Kreiskonferenzen für Umsiedlerausschüsse im Bezug auf die Versorgung Vertriebener im September 1947

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17884

Zu Pkt. 4) Es wurden folgende Forderungen gestellt bzw. Beschlüsse gefaßt:

Alle Unterschiede und Benachteiligungen der Umsiedler in Bezug auf die Altbevölkerung sind sofort zu beseitigen und mit allen Mitteln zu bekämpfen. Gleiche Rechte und Pflichten für beide Teile.

Durch einen besonderen Fragebogen sollen die geistigen und materiellen Nöte der Umsiedler festgestellt werden. Nach Überprüfung derselben sind diese zu beseitigen und die Umsiedler in den Aufbau der neuen Heimat einzuschalten.

Die Umsiedler sollen gemäss ihren Fähigkeiten beruflich untergebracht werden. Die Berufsberatungsstellen der Arbeitsämter sollen in Verbindung mit den Umsiedler-Ausschüssen fungieren. Die Jugend der Umsiedler soll durch entsprechende Einwirkung und durch Schulung für die mangelnd besetzten Berufe durch die Berufsberatung des Arbeitsamtes vorbereitet werden.

Die den Umsiedlern von der altansässigen Bevölkerung zur Nutznießung übergebenen Wohnungen mit Mobiliar und Einrichtungen sind unter Berücksichtigung des Notbedarfs der Eigentümer den Umsiedlern per Stichtag 8. Mai 1947 in deren Besitz kostenlos bzw. eines angemessenen Entgelts zu übertragen. Der Umsiedler soll nicht als Untermieter sondern als Mieter fungieren. Der Begriff "Untermieter" soll abgeschafft werden.

Die Landbevölkerung unter den Umsiedlern ist teilweise durch die Bodenreform entschädigt worden, die Stadtbevölkerung soll zu Lasten des nazistädtischen und herrenlosen Eigentums soweit wie möglich entschädigt werden.

Alle freiwerdenden und neu zu eröffnenden Handelsgeschäfte und Unternehmungen dürfen nur mit Zustimmung des Umsiedlerausschusses wieder abgegeben werden. Um eine sofortige teilweise Linderung der Not und des Elends der Umsiedler herbeizuführen, soll jeder Umsiedler, ungeachtet auf sein Alter und seinen Gesundheitszustand eine Sonderauszahlung auf sein Sparbuch erhalten. Soweit die Forderungen und Beschlüsse.

Zu Pkt. 5) In den ersten stattgefundenen Konferenzen wurde sehr lebhaft in den freien Aussprachen diskutiert. Durch Aufklärung in den einzelnen Referaten, die sich auf den Tagesordnungen befanden, sind die Umsiedler über die aktuellsten Fragen der heutigen Zeit und vor allen Dingen über die Handhabung der Verteilung von anfallenden Gewerbe- und Industrieartikel schon gut unterrichtet worden, sodaß bei den letzten Konferenzen meistens nur persönliche Sachen zur Diskussion standen.

Im Augenblick werden im Stadtkreis Salzwedel wieder Versammlungen in den einzelnen Ortsteilen durchgeführt. Es werden dabei die Strassen- u. Bezirksbeauftragten, die Anfang dieses Jahres sich zur freiwilligen Mitarbeit für den Aufbau der Umsiedlerausschüsse zur Verfügung stellten, neu gewählt oder durch andere, die das Vertrauen im einzelnen Stadtteil wohnenden Umsiedler haben, ersetzt.

Zu den Akten.

Salzwedel, den 20. Sept. 1947
Der Rat der Stadt - Umsiedleramt -

Oberbürgermeister.

Beschlüsse und Festlegungen der Kreiskonferenzen für Umsiedlerausschüsse im Bezug auf die Versorgung Vertriebener im September 1947

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17884

411.6
Die/Wk.

V f g .

17870

- 1.) Auf Anweisung der Landesregierung des Ministers für Arbeit und Sozialpolitik ist eine Erhebung, die zur Orientierung über den Hauptbedarf der Umsiedler an Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen dienen soll, nach folgenden Gesichtspunkten durchzuführen:

Die Straßenbeauftragten des Umsiedler-Vertrauensausschusses werden damit beauftragt, in sämtlichen Umsiedlerfamilien vorzusprechen um festzustellen, welche Personen nicht mit den notwendigsten Einrichtungs- bzw. Haushaltsgegenständen ausgestattet sind.

- 2.) Richtlinien für die o.a. Erhebung!

Zur geringsten Ausstattung eines Umsiedlers bzw. einer Umsiedlerfamilie ist zu veranschlagen:

Pro Person

- a) 1 Schlafgelegenheit (Bett mit Matratze oder Strohsack, Couch oder Chaiselongue)
b) 1 Federbett mit Kopfkissen oder entsprechend Decken
c) 1 Stuhl.

Für männl. Umsiedler

- d) 1 Arbeitsanzug
e) 1 Straßenanzug
f) 1 Mantel
g) 1 Paar Schuh

Für weibl. Umsiedler

- h) 1 Hauskleid
i) 1 Straßenkleid
j) 1 Mantel
k) 1 Paar Schuh.

Pro Haushalt (für 1 - 5 Personen)

- l) 1 Ofen oder Herd
m) 1 Tisch
n) 1 Kleiderschrank
o) 1 Geschirrschrank
p) 2 Kochtöpfe
q) 2 Eimer
r) Waschgefäß
s) Reinigungsgerät (Reben, Schrubber usw.)
t) Küchengerät (je 1 Teller, Tasse, Eßbesteck, Schüssel)
u) Haus-, Bett- und Leibwäsche zum Wechsel
v) Beleuchtung.

- 3.) Die unter 2) angeführten Richtlinien sind dem Vorsitzenden des Umsiedler-Vertrauensausschusses, Herrn Dr. Huder, in 32-facher Ausfertigung zur Weitergabe an die Straßenbeauftragten (für jeden Bezirk 8 mal) in der Bezirksbeauftragtensitzung des Umsiedler-Vertrauensausschusses am Montag, den 15.12.1947 auszuhändigen, der dann weiterhin die Straßenbeauftragten mit der Durchführung dieser Erhebung zu beauftragen hat. Die Personen bzw. Haushalte sind listenmäßig zu erfassen und bis zum 30.12.1947 an die Umsiedler-Abt. zurückzugeben.

- 4.) Herrn Dr. H u d e r
zur Kenntnis.

- 5.) Wv. 30.12.1947.

Vorgelegt am 30.12.1947
Salzwedel, d. 11.12.1947
Der Rat der Stadt Umsiedleramt

Durch die Landesregierung festgelegter Hauptbedarf eines „Umsiedlers“ (geringste Ausstattung) an Einrichtungs- und Haushaltsgegenständen

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17870

Anlage 25

17870

87

Feststellung des Hauptbedarfs der Umsiedler (Lebensminimum).

Stadtkreis Salzwedel, den 8. Januar 1948

Anzahl der kreisansässigen Umsiedler: St- and vom 31.12.47
8579

Es wurde festgestellt, dass von den Umsiedlern nachstehende Personenzahl nicht im Besitz der lebensnotwendigsten Gegenstände ist:

Einzelpersonen: 8579 Familien: 2750

	Anzahl der Umsiedler	% der eingem. Umsiedler	Anzahl der Familien (Stückzahl)	% der eingem. Familien
ohne Schlafgelegenheit a)	---	---	ohne Ofen l)	1489
Betten, Decken b)	1716	20%	Tische m)	1933
Sitzgelegenheiten c)	---	---	Kleiderschrank n)	2240
Arbeits- bzw. Straßenanzug d-e)	1877	22%	Geschirrschr. o)	2310
	2980	35%	Hausgerät p-s)	11806
Haus- bzw. Strassenkleid h-i)	2615	30%	Küchengerät t)	5180
	3390	40%	Haus-, Bett- u. Leibwäsche u)	12170
Mantel f bzw. j	3355	39%	Beleuchtung v)	1655
	3510	40%		
Schuhe g bzw. k (einschl. der größeren Kinder)	3490	40%		
	3720	43%		

Materielle Versorgung der Umsiedler im Jahre 1947

art der ausgegebenen Gegenstände	Stückzahl aus Neuproduktion	Stückzahl aus Beständen, Sammlungen
1) Möbel (außer Betten)	1440 + 23 Wohnzimmer	640
2) Schlafgelegenheiten (Betten, Couchs, Chaiselongues)	1602	60
3) Bekleidungsstücke	17080 + 143,5 m Hemdenstoff	6162
4) Hauswirtschaftsgeräte	8092	1664
5) Schuhe	4326 einschl. Holzpantoffel, und Hausschuhe	88
6) Sonstiges	543	85

Salzwedel, den 8. Januar 1948
Der Rat der Stadt-Umsiedleramt

[Signature]
Bürgermeister

Im Stadtkreis Salzwedel festgestellter fehlender Bedarf an Einrichtungs – und Gebrauchsgegenständen im Januar 1948

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17870

Anlage 26

Aufteilung der Wohnfläche im Stadt- und Landkreis Salzwedel 1948

	Stadtkreis	Landkreis
Einwohner insgesamt	26.178	67.153
davon Umsiedler*	5.674	16.776
Wohnfläche, die als Wohnraum genutzt werden kann oder sich dazu eignet	207.478 m ²	548.080 m ²
Einwohner pro m ²	7,9	8,2
Anzahl der Bewohner, die keinen normalen Wohnraum haben	-	-

* Vertriebene

SED

Handwritten: 18.6.49

SOZIALISTISCHE EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

KREISVORSTAND SALZWEDEL

An den
Rat der Stadt

S a l z w e d e l

FERNSPRECHER: 55 UND 160

BANKKONTO:
STADT- U. KREISSPARKASSE
SALZWEDEL, KONTO NR. 4410

SALZWEDEL
PARTEIHAUS
RITZER STR. 2

Abteilung
PPA

Diktatzeichen
Kd/Rd

Den 18.6.1949

Nach Ihrer Mitteilung sollen in den nächsten Tagen weitere etwa 100 Neubürger in der Stadt Salzwedel untergebracht werden.

Nach Überprüfung der Wohnverhältnisse in der Stadt, sowie im Kreis sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß es unmöglich ist, in der Stadt noch irgendwelchen Wohnraum zur Verfügung zu stellen, da einerseits durch unsere Volkspolizei und die Vereinigung Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe Wohnraum stark in Anspruch genommen ist. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Neubürger innerhalb unserer 172 Ortschaften verteilt werden können, da hier in jeder Ortschaft sicherlich noch Räumlichkeiten in beschränktem Umfange zur Verfügung stehen.

Handwritten: J. J. A. 49



Kreisvorstand
Salzwedel

Handwritten signature: Walter B...

Schreiben des SED- Kreisvorstandes an den Rat der Stadt mit der Ablehnung der Unterbringung weiterer Vertriebener in der Stadt Salzwedel im Juni 1949

LDP

LIBERAL · DEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

LANDESVERBAND SACHSEN-ANHALT

KREISVERBAND SALZWEDEL

An den

Rat der Stadt

Salzwedel

Betrifft:

Bezug:

16. JUNI 1949
19b) Salzwedel, den 14. Juni 1949
Neuparner Straße 39
Fernruf 251

Ihr Zeichen: N/G Tgb. 486/49
Unser Zeichen:

Wie wir in Erfahrung gebracht haben, sollen nach Salzwedel viele Flüchtlinge kommen.

Wir bitten den Rat der Stadt gegen die Absicht bei der Landesregierung Einspruch zu erheben mit der Begründung, daß Salzwedel als Grenzstadt außerordentlich stark mit Polizei belegt ist und gerade gegenwärtig wieder neue Polizisten in größerem Umfang untergebracht werden sollen.

Durch diese Maßnahmen sind alle nur verfügbaren Wohnräume schärfstens erfaßt worden, so daß die Unterbringung von weiteren Flüchtlingen einmal uns unmöglich erscheint, und wenn es trotzdem geschehen muß, dann könnten diese nur unter den aller unwürdigsten Verhältnissen untergebracht werden.

Eine solche Maßnahme wäre aber vom sozialen Gesichtspunkt keinesfalls zu verantworten, denn gerade die Flüchtlinge haben ein Recht darauf, menschenwürdig untergebracht zu werden.

Mfz.
1. Aufzeichnung für Protokoll
2. J. S. A.
Q

Liberal-Demokratische Partei
Ortsgruppe Salzwedel
W. Holander
Ortsgruppenvorsitzender

Protest der LDPD – Ortsgruppe gegen die weitere Unterbringung von Vertriebenen in der Stadt vom Juni 1949

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22921

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE

UNION

DEUTSCHLANDS

Stadt

14. JUNI 1949

Salzwedel

An den
Rat der Stadt Salzwedel
z. Hd. des Herrn Oberbürgermeisters

KREISVERBAND SALZWEDEL

KREISGESCHÄFTSST. : SODBOCKHORN

TELEFON: SALZWEDEL NR. 505

BANKKONTO: STADT- U. KREIS-

SPARKASSE SALZWEDEL NR. 4317

POSTSCHECK: MAGDEBURG 38306

Salzwedel

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Za.

SALZWEDEL DEN

14. Juni 1949

BETRIFFT:

Wie wir in Erfahrung gebracht haben, beabsichtigt man erneut ca. 100 Umsiedlerfamilien in die Stadt Salzwedel einzuweisen. Der Kreisverband der Christlich-Demokratischen Union erlaubt sich hierzu folgende Stellungnahme abzugeben.

Stellungnahme

Die vom Wohnungsamt der Stadt Salzwedel angestellten Ermittlungen haben ergeben, dass ein Teil der mit früheren Transporten eingewiesenen Umsiedler noch nicht menschenwürdig untergebracht ist. Beispiele zeigen uns, dass noch heute eine sieben-köpfige Familie in einem Zimmer untergebracht ist. In diesem Zimmer spielt sich zwangsläufig das gesamte Familienleben ab. Durch die Heranziehung von Fachkräften für die volkseigenen Betriebe, so wie durch die Neueinstellung und Unterbringung der Volkspolizei wird der an und für sich äußerst knappe Wohnraum weiter eingeengt. Hieraus ergeben sich in sittlicher und moralischer Hinsicht Mißstände, die den Zielen der Christlich-Demokratischen Union widersprechen. Die vorgenannten Umstände werden sich zweifellos auch ungünstig auf die Arbeitsbereitschaft der werktätigen Bevölkerung auswirken und damit die Erfüllung des Zweijahresplanes gefährden. Die in Angriff genommene Sonderaktion zur Verbesserung der Wohnverhältnisse der werktätigen Bevölkerung würde durch eine Neueinweisung von Umsiedlerfamilien illusorisch werden.

Wir bitten den Rat der Stadt Salzwedel bei der Landesregierung dahingehend vorstellig zu werden, dass von einer weiteren Zuweisung von Umsiedlertransporten für den Stadt- und Landkreis Salzwedel Abstand genommen wird.

1. Erfüllung der Pflicht
2. z. J. A.



Erwin Jand
1. Kreisvorsitzender

H (3) Kreuz-Verlag GmbH, Abt. BdtV, Halle S., Postfach 100

(2570) 383 9.5.48 1906

Stellungnahme des CDU-Kreisverbandes gegen eine erneute Zuweisung von Vertriebenen im Juni 1949

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22921

Deutscher Volkskongreß

Kreisausschuß Salzwedel
Ruf: Salzwedel 635

Bankkonto: Stadt- und Kreissparkasse Salzwedel, Nr. 2635

Betr.:

Bezug:

411.0.6

Salzwedel, den

10. Dezember 1949

Altperverstr. 49

An die
Rat des Markt
Abt. Sozialamt

Salzwedel

14. DEZ 1949
7

*Hofen -
Tindl
Möbel abkn
nach Hofen
Kl. A.
Fl.*

Das Sekretariat des Deutschen Volkskongresses Berlin stellt dem Kreisvolksausschuß Salzwedel mit einem Sonderschreiben vom 26.11.49 die vordringliche Aufgabe, sich in der nächsten Zeit insbesondere mit dem Umsiedlerproblem zu befassen, so schnell wie möglich wirksame Hilfsmassnahmen zu ergreifen und dem Sekretariat baldigst einen umfassenden Bericht über die ergriffenen Massnahmen und auftretenden Schwierigkeiten zu geben.

Dass gerade hier in Kreise Salzwedel noch viele Schwierigkeiten diesem Problem entgegen stehen ist allen bekannt, aber in gemeinsamer Arbeit werden wir doch verschiedene Fälle glücklich lösen können. Mit allen Mitteln müssen wir dafür Sorge tragen dass die Umsiedler bei uns wirklich sesshaft und heimisch werden. Nur mit einer allen Parteien zufriedenstellenden Lösung der Umsiedlerfrage können wir auch die Diskussionen über die Oder-Neiße - Grenze liquidieren.

Um dem Sekretariat Berlin aber eine objektive Mitteilung über die im Kreise Salzwedel auftretenden Schwierigkeiten geben zu können bitten wir um einen ausführlichen und konkreten Bericht über die Unzulänglichkeiten und Schwierigkeiten mit denen die einzelnen Behörden in bezug auf Umsiedler hier im Kreise Salzwedel zu kämpfen haben.

Deutscher Volkskongress
Kreisausschuß
Salzwedel
Sachsen-Anhalt
I.A.
W. B.
~~Secretary~~

Schreiben des Kreisvolksausschusses an das Sozialamt mit der Bitte um Darstellung der Schwierigkeiten im Bezug auf die Versorgung Vertriebener im Dezember 1949

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 24399

Anlage 31

Eingliederung Vertriebener in den Arbeitsprozess im Landkreis Salzwedel im August 1948

Berufsgruppen	davon arbeitsfähig	Männer	Frauen	davon in Arbeit	Männer	Frauen
1. Land- und Forstwirtschaft	5.678	2.185	3.493	5.667	2.110	3.452
2. Bergbau	-	-	-	-	-	-
3. Industrie	397	279	118	378	256	122
4. Hoch- und Tiefbau	370	339	31	160	150	10
5. Baustoffindustrie	162	155	7	20	19	1
6. Selbständige und Handwerker	177	101	76	177	101	76
7. Verschiedene	3.648	1.212	2.436	2.498	712	1.788
Gesamt:	10.432	4.271	6.161	8.900	3.448	5.452
In der Landwirtschaft:						
1. in Bauernstellen	546	519	27	546	519	27
2. als Landarbeiter	4.599	1.540	3.059	4.899	1.540	3.059
3. als Handwerker	14	14	-	14	14	-
4. Sonstige	444	106	338	444	106	338
Gesamt:	5.603	2.179	3.424	5.903	2.179	3.424

Quelle: LA Magd., -LHA-, Rep K, Mdl, Nr. 6695, S. 17

411.1.6.5
Die/Wk.

V f S .

19692

heute fertig gefertigt

44

am 23.2.48

1.) An die
Russische Kreiskommandantur
Salzwe del
Gertraudenstrasse

zur Post

am

Betr.: Voriage der Dolmetscherin, Frau Ragowski
Bezug: in Umsiedler-Angelegenheiten.

Zu Pkt. 1) Einweisung der Umsiedler:

Die Masseneinweisungen von Umsiedlern für den Stadtkreis Salzwe del gelten nach Auflösung des Ums.-Quarantänelagers, Hoyersburgerstrasse als abgeschlossen. Eingewiesen sind die Personen wie folgt:

8.459 Personen in Dauerwohnungen
40 " in Notwohnungen.

Wohnraumverteilung in qm

143.883 qm an Einheimische
66.951 qm an Umsiedler

210.834 qm gesamt vorhandener Wohnraum
der Stadt.

Zu Pkt. 2) Arbeitszuweisung:

Sämtlichen Personen kann nach Mitteilung des Amtes für Arbeit und Sozialfürsorge Arbeit nachgewiesen werden.

Zu Pkt. 3) Gibt es Produktiv-Genossenschaften?

Die am 3.1.1948 gegründete Produktiv-Genossenschaft e.G.m.b.H. wird voraussichtlich Anfang März nach Zuweisung von Räumen mit der Inbetriebnahme einer Schneider- und Schuhmacherwerkstatt beginnen. Vorgesehen ist weiterhin die Inbetriebnahme einer Tischlerei.

Zu Pkt. 4) Gibt es organisierte, qualifizierte Arbeiterkurse?

Es werden Kurse von der Freien Deutschen Jugend abgehalten, woran sich jedermann beteiligen kann.

Zu Pkt. 5) Wieviel Umsiedler kamen im letzten Monat nach Salzwe del, aus welchem Land?

	<u>Männer</u>	<u>Frauen</u>	<u>Kinder</u>	<u>Gesamt</u>
aus dem Osten	4	1	-	5
aus dem Westen	-	-	1	1
aus der sowj. Zone	3	6	2	11
insgesamt:	7	7	3	17

Zu Pkt. 6) Materielle Hilfeleistung an Umsiedler:

An Textilien wurden ausgegeben:

1.890 Stück

an Schuhen bzw. Hausschuhen: 590 Stück

an Hausrat u. Geschirr: 1.320 "

finanzielle Unterstützung: gem. Befehl 304 an
11 Personen insgesamt RM 2.300.--

Bericht der Umsiedlerbehörde an die Kreiskommandantur über die Versorgung Vertriebener im Februar 1948

Quelle: Stadtarchiv Salzwe del, Nr. 19699

Zuwendungen an Sozialunterstützung:

an 897 Umsiedler RM 39.949.89
an Krankenhaus-
kosten f. Umsiedl." 1.093.70

Zu Pkt. 7)

Allgemeine Stimmung der Umsiedler:

Die Stimmung der Umsiedler hat sich dadurch, daß ihre Bedürfnisse an Kleidungsstücken und Schuhwerk bisher noch nicht in ausreichendem Maße befriedigt werden konnten, nicht wesentlich gebessert.

Zu Pkt. 8)

Verhältnis der Kernbevölkerung zu den Umsiedlern:

Das Verhältnis ist als gut zu bezeichnen. Durch entsprechende Propaganda - wie sie z.B. jetzt in der Umsiedlerwoche durchgeführt wird - wird mit einer ständigen Verbesserung gerechnet.

Zu Pkt. 9)

Quarantänelager:

Ist aufgelöst, wurde auf Anordnung der Roten Armee übergeben.

2.) Die unter Ziff. 1) angeführte Berichterstattung soll nach telef. Übermittlung der Dolmetscherin, Frau Ragowski, jeweils monatl. zum 25. der Kommandantur nach den gleichen Gesichtspunkten vorgelegt werden.

3.) Wv. 20.3.1948.

not. / Wv.
Vorgelegt am 20.3.48.

Salzwedel, den 23.2.1948
Der Rat der Stadt + Umsiedleramt-

K.M.
Bürgermeister.

H. K.

Bericht der Umsiedlerbehörde an die Kreiskommandantur über die Versorgung Vertriebener im Februar 1948

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19699

21637
Bekanntmachung über Gemeinschaftsküchen

1. 22.12.45. 22.12.45. 22.12.45.

Umsiedler

Um der minderbemittelten Bevölkerung einen guten Mittags- und Abendbrotstisch zu bereiten, der zur Zeit in den Privathaushaltungen bei den zur Verfügung stehenden Lebensmitteln nicht möglich ist, hat die Stadtverwaltung Gemeinschaftsküchen eingerichtet.

In erster Linie sollen nur von der Stadt betreute Umsiedler und Wohlfahrtsempfänger gespeist werden; es besteht jedoch die Absicht, bei Bedarf auch den übrigen Kreisen der Bevölkerung die Gemeinschaftsküchen zur Verfügung zu stellen. Meldungen hierfür werden bereits jetzt von der

Umsiedlerfürsorgestelle,
Wollweberstraße 24,
entgegengenommen.



Salzwedel, den 22. Dezember 1945
Der Bürgermeister

[Handwritten signature]

*присоединить к распоряжению и дру-
гид кругам населения. Заранее отное.
Этому принимаются:
в отделе по делам о беженцах
Воллвеберштр 24.*

*Зальцведель, 22 декабря 1945.
Бургомистр.*

21637

9000. gefertigt. 1/10/45

Aufforderung

zur Ablieferung von Bekleidungsstücken auf Anweisung der Militärregierung in Salzwedel.

Sie sind verpflichtet, bis zum 29. 6. 1945, 18.00 Uhr, in der Sammelstelle

Landwirtschaftsschule,
Heller,
Holzmarktstr. 32, Quendt'sches Grundstück,
Bezirksschule 3, Südbockhorn,
Kaisergarten,
Viehhalle

zur Erreichung der mir von der Militärregierung auferlegten Verpflichtung abzuliefern:

Herrenbekleidung

..... Schuhe und Stiefel
..... Jacken
..... lange Hosen
..... Anzüge
..... Unterhemden
..... Sport- oder Oberhemden
..... Unterhosen
..... Socken
..... Mäntel od. Regenmäntel

Frauenbekleidung

..... Schuhe
..... Hemdhosen od. Hemden
..... Büstenhalter
..... Schläpfer
..... Unterkleider
..... Kleider oder Kostüme
..... Mäntel od. Regenmäntel

Kinderbekleidung

..... Schuhe
..... Kleider aller Art
..... (3—12 Jahre)
..... Babyhemden
..... Baby-Nachthemden

Ich bitte, zur Vermeidung von Weiterungen, Ihrer Ablieferungspflicht innerhalb der gesetzten Frist nachzukommen.

Diese Aufforderung ist bei der Ablieferung vorzulegen.

Salzwedel, den 28. Juni 1945.

Der k. Bürgermeister

Grünekle.

Anlage 35

Aufruf an die Bevölkerung.

Die vor der Tür stehenden kalten Tage bedingen dringend die Beschaffung warmer Kleidung und Betten für die in der Stadt Salzwedel bereits aufhältlichen und täglich neu hinzukommenden Umsiedler des Ostens.

Ich fordere daher die Bevölkerung erneut zur freiwilligen Abgabe von Bekleidungsartikeln und Wäsche auf. Ich erkenne an, dass die Bevölkerung in dieser Richtung bereits Opfer gebracht hat und noch leisten wird.

Die Spinnstoffe - auch ausbesserungsfähige Stücke - sind im Hause Wollweberstrasse 24 (Umsiedlerfürsorgestelle der Stadt Salzwedel) - gegen Empfangsbescheinigung abzugeben.

Salzwedel, den 15. November 1945

Der Bürgermeister

Spendenaufruf des Bürgermeisters an die Bevölkerung im November 1945

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 21637, Befehle und Anordnungen der Militärregierung, amtliche Mitteilungen

Beglaubigte Abschrift

Rates der Stadt.

Beschluß des ~~Oberbürgermeisters~~ und der ~~Beigeordneten~~

Salzwedel, den 5. August 19 47

418.) Bereitstellung von Einrichtungsgegenständen für die Umsiedler

Oberbürgermeister G a r z berichtet über die unzulänglichen Unterbringungsverhältnisse der Umsiedler in der Stadt. Er bittet darum, sicherzustellen, daß die Tischler die notwendigsten Einrichtungsgegenstände, z.B. Betten und Schränke, bevorzugt für die Umsiedler herstellen.

Der Rat der Stadt ist übereinstimmend der Ansicht, daß alle nur erdenklichen Maßnahmen getroffen werden müssen, um das Los dieser Umsiedler zu bessern. Das Umsiedleramt soll im Einvernehmen mit dem Stadtausschuß Salzwedel der Volkssolidarität des Landes Sachsen-Anhalt den Bedarf an Einrichtungsgegenständen für die Umsiedler feststellen. Sodann sollen Produktionsauflagen an die Handwerker, entsprechend den Richtlinien des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Handel und Versorgung, erteilt werden.

Zur Sicherstellung des Bedarfs an Strohsäcken, Decken usw. soll nochmals eine freiwillige Sammlung bei der Kernbevölkerung durchgeführt werden. Sofern diese nicht den gewünschten Erfolg hat, ist auf Grund der Notstandsverordnung ein Antrag bei der Landesregierung Sachsen-Anhalt

zur

Beschluss des Rates der Stadt über bevorzugte Herstellung von Möbeln und Einrichtungsgegenständen für Vertriebene im August 1947

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17870

Beglaubigte Abschrift

Rates der Stadt

Beschluß des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten

Salzwedel, den 4. November 1947

528.) Inanspruchnahme von Mobiliar zugunsten der Umsiedler
(4.111.1)

Mit der Beschlagnahme von Mobiliar zugunsten der Umsiedler, entsprechend dem Erlaß der Landesregierung Sachsen-Anhalt - Minister für Arbeit und Sozialpolitik - vom 20. Oktober 1947 wird das Wohnungsamt beauftragt. Die Zuweisung von beschlagnahmten Möbeln an Umsiedler hat im Einvernehmen mit der Volkssolidarität zu erfolgen.

Beglaubigt:



gez. G a r z
Oberbürgermeister.

gez. Dr. M e y e r
Bürgermeister.

Stadtinspektor.

Beschluss über die Beschlagnahme von Mobiliar für Vertriebene im November 1947

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 19587

Beglaubigte Abschrift
Rates der Stadt

Beschluß des ~~Oberbürgermeisters~~ und der ~~Beigeordneten~~

Salzwedel, den 28. Juli 1949

353.) Zurverfügungstellung von Haushaltsmitteln zur Beschaffung von Möbeln durch Umsiedler.

Stadtrat F i n g e r bringt zur Sprache, daß nach den Richtlinien des Ministeriums des Innern den eingewiesenen Umsiedlern die Möglichkeit geboten wird, verbilligt Möbel zu erhalten. Zur Verbilligung dieser Möbel soll der Rat der Stadt und die Volkssolidarität einen Teil des Geldes zur Verfügung stellen. Die Zurverfügungstellung des Geldbetrages vom Rat der Stadt erfolgt nur in bevorschusster Form. Die Haushaltsstelle lehnt die Vorschuszahlung ab.

Der Rat der Stadt ist sich nach Aussprache darüber klar, daß diese Aktion unbedingt durchgeführt werden muß. Sie gibt der Haushaltsstelle hiermit Anweisung, Möglichkeiten zu suchen, um das fragliche Geld vorschussweise zur Verfügung stellen zu können.

Beglaubigt:

Hinkphäth
Niederschriftenführer.

gez. B i l l i n g
Bürgermeister

gez. L i n n e k e
Stadtbaurat.

Beschluss des Rates der Stadt über die Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Beschaffung von Möbeln für Vertriebene im Juli 1949

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 24399

24399

2.) Folgende

Bekanntmachung

ist zu fertigen:

"Hilfe für Umsiedler "

Nach einem Erlaß des Herrn Präsidenten der Provinz Sachsen
-Provinzialamt für Arbeit und Sozialfürsorge - vom 30.10.1946
-Aktenzeichen AASoz.4002/RPP/ TH - kann laut Befehl Nr. 304 vom
15.10.1946 der SMA an Umsiedler, die arbeitsunfähig und mittellos
sind und ihren zuständigen Wohnsitz in der sowjetischen Besatzungs-
zone haben oder zukünftig nehmen, auf Antrag eine einmalige Unter-
stützung gezahlt werden.

Allgemeine Voraussetzung für die Zahlung der Unterstützung

a) Der Antragsteller muß arbeitsunfähig sein und darf über Existenz-
mittel nicht verfügen.

Als arbeitsunfähig im Sinne dieser Anordnung werden angesehen:

1. Männer und Frauen, die nach den Grundsätzen der Sozialver-
sicherung für die Gewährung von Invalidenrente mehr als 66 %
arbeitsunfähig sind.
2. Männer, die ab 1. Oktober 1946 das 65. Lebensjahr vollendet
haben,
3. Frauen, die am 1. Oktober 1946 das 60. Lebensjahr vollendet
haben,
4. Frauen mit mindestens einem Kind, das am 1. Oktober 1946
das 6. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, falls sich in
der Familie keine anderen arbeitsfähigen Mitglieder über
18 Jahre am Tage der Antragstellung befinden.

Als Familie gelten diejenigen Personen, die in einem gemein-
samen Haushalt leben und nach dem BGB. verpflichtet sind,
einander Unterhalt zu gewähren.

b) Der Antragsteller darf nicht Mitglied der SS., SA. des SD. oder
der Gestapo gewesen sein.

c) Der Antragsteller darf nicht als "Aktivist" Mitglied der NSDAP.
oder einer unter b) nicht aufgeführten Gliederung der NSDAP.
angehört haben.

Alle infragekommenden Umsiedler können sich zwecks Antragstellung
unter Vorlage der Ausweispapiere im Stadtverwaltungsgebäude II,
Gertraudenstr. 5, Zimmer 29, in der Zeit vom 8 - 12 Uhr vormittags
melden.

3.) Verkehrsamt

mit der Bitte, die Bekanntmachung sofort zu veröffentlichen.

4.) Wv. sofort.

S., d. 29. November 1946.
D.OB.

Bekanntmachung des Befehls Nr. 304 vom 15.10.1946 über die einmalige
finanzielle Unterstützung für „Umsiedler“ im Kreis Salzwedel

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 24399

Amtliche Mitteilungen

für den Kreis und die Stadt Salzwedel

Sonnabend, den 20. Dezember 1947 Nachrichtenamt Salzwedel

Weihnachtsappell an die Salzwedeler Bevölkerung

Das Weihnachtsfest steht vor der Tür. Ihr alle habt das Glück, in Eurem vertrauten Heim Weihnachten zu feiern. Wir richten in dieser Stunde einen Appell an alle Salzwedeler.

Denkt daran, daß Tausende ihre Heimat und ihr Hab und Gut haben aufgeben müssen. Diese Menschen leben in den Mauern unserer Stadt zum Teil noch unter schwierigsten Verhältnissen, oft in Sorge und Not. Gebt diesen Menschen einen Hoffnungsschimmer, einen Sonnenstrahl zum Weihnachtsfest. Vereint Euch mit diesen Hilfsbedürftigen zu einer Notgemeinschaft.

Salzwedeler!

Beweist Eure Solidarität dadurch, daß Ihr zum Weihnachtsfest einen bzw. zwei Umsiedler zu Eurem Mittagstisch einladet. Dieser Appell soll besonders an diejenigen der Bevölkerung gerichtet sein, die ihre Hausschlachtungen haben durchführen können oder vom Lande Lebensmittelzuschüsse erhalten haben.

Denkt daran, daß Euer Herz durch diese gute Tat ruhiger schlägt, wenn Ihr Euch an den Festtisch setzt. Ihr habt dann das Bewußtsein, auch ich habe den Ärmsten der Armen eine Weihnachtsfreude bereitet.

Anmeldungen zum Mittagstisch nimmt entgegen:

Das Umsiedleramt bzw. die Volkssolidarität in der Wollweberstraße
bis zum 24. Dezember 1947, mittags 12 Uhr.

Die Unterzeichneten dieses Aufrufes werden all denjenigen Salzwedelern Dank übermitteln, die diesem Appell Folge geleistet haben.

Umsiedler-Ausschuß des Stadtkreises Salzwedel
gez. Hirscher, Vorsitzender

Rat der Stadt Salzwedel
gez. Dr. Meyer, Bürgermeister

Stadtverordneten-Vorsteher
gez. Zobel

Volkssolidarität Sachsen/Anhalt
Stadtausschuß Salzwedel
gez. Schröpfer, Geschäftsführer

Kerzenausgabe an werdende und stillende Mütter im Kreis Salzwedel

Gegen Abstempelung der Rückseite der Mütterzusatzkarte des Monats Dezember 1947 erhalten werdende und stillende Mütter des Stadt- und Landkreises in der Filiale der Konsumgenossenschaft Salzwedel, Altperverstraße, je eine Haushaltskerze.

Weihnachten mit der Volkssolidarität

Durch den Kreisausschuß Salzwedel der Volkssolidarität gelangen zum diesjährigen Weihnachtsfest für unsere Kleinen Spielwaren im Werte von RM 12.000 zur Ausgabe.

Für die hilfsbedürftigen Umsiedler über 60 bzw. 65 Jahre werden RM 17.000 als Weihnachtsgabe im Kreise Salzwedel angewendet. Ferner gelangen an die Umsiedler

1075 Stück Hausrat, 30 Paar Schuhe, 200 m Stoff zur Arbeitsbekleidung
zur Verteilung. Volkssolidarität — Kreisausschuß

Tabakprämienscheine

Aus gegebener Veranlassung wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Tabakprämienscheine nur von den Herren Gemeindevorstehern unter Vorlage der entsprechenden Wiegescheine und Ablieferungsbescheinigungen in Empfang zu nehmen sind. Die Tabakprämienscheine werden künftighin nur noch an die Gemeindevorsteher ausgegeben. Einzel-Abfertigung findet nicht mehr statt.

Zuckerprämienscheine

Die Zuckerprämienscheine für abgeliefertes Obst aus der Ernte 1947 sind umgehend in Empfang zu nehmen. Die Ausgabe findet bei der Kreiserfassungsstelle für Obst und Gemüse, Salzwedel, Große St. Ilisenstraße 7 statt. Es wird noch darauf hingewiesen, daß die Scheine nur bis zum 31. 12. 1947 Gültigkeit haben.

Der Kreisrat — Amt Handel und Versorgung

Der Bürgermeister der Stadt Salzwedel



Abteilung Hauptamt

Bankverbindung: Stadt- und Kreisbank Salzwedel Konto Nr. 5
Fernsprecher: Nr. 24, 25, 26, 269 und 824

An den
Herrn Kommandanten
für Stadt und Kreis
Salzwedel
Gertraudenstraße 16

Salzwedel, den 21. Dezember 19... 4

Akt-3: Im Antwortschreiben angebracht. Mein Schreiben: Ihr Schreiben: Zeichen:

Betreff: Veröffentlichungen

Ich beabsichtige, nachstehenden Anschlag innerhalb der Stadt anzubringen:

„Einwandfreie, gute Pflegestellen zur möglichst unentgeltlichen Unterbringung hilfsbedürftiger, elternloser Umsiedlerkinder werden laufend gesucht. Meldungen erbitten an das Stadtjugendamt Salzwedel, Verwaltungsgebäude II, Lohteich 20, 1 Treppe, Zimmer 4“.

Der nachstehende Aufruf soll in den Kirchen der Stadt Salzwedel in den nächsten Tagen bekanntgegeben werden:

„R e t t e t d i e K i n d e r !“

Im Rahmen der Umsiedlungsaktion werden in den nächsten Wochen weitere Umsiedler auch in der Stadt Salzwedel erwartet. Mit ihnen kommen auch Kinder, die ihre Eltern verloren haben. Die Umsiedler haben diese heimat- und mittellosen Kinder aus Mitleid mitgenommen, obwohl sie selbst vor dem Nichts stehen und oft nicht in der Lage waren, den Kindern die notwendigste Pflege angedeihen zu lassen. Insbesondere den Kleinkindern gilt unsere Fürsorge.

Das Fest der Liebe, das Weihnachtsfest, steht vor der Tür. Wir rufen daher alle Einwohner der Stadt Salzwedel auf, den elternlosen Kindern eine neue Heimat zu bereiten.

W E R H I L F T M I T ?

Wir rufen zu den Herzen unserer Einwohnerschaft und bitten um Meldung bei dem Stadtjugendamt Salzwedel, Verwaltungsgebäude II, Lohteich 20, 1 Treppe, Zimmer 4“.

Ich bitte zur Veröffentlichung dieser beiden Aufrufe um Ihre Genehmigung.



Genehmigung
22.12.1944
Stadtkommandant

19785

171

B e r i c h t

Über die Durchführung und den Verlauf der Umsiedlerwoche im Stadtkreis Salzwedel vom 22. bis 29. Februar 1948.

- - -

Die Umsiedlerwoche wurde in der Zeit vom 22.-29. Februar 1948 entsprechend den gegebenen Richtlinien der Landesregierung durchgeführt. Zu Ihrer Unterrichtung über den Verlauf fügen wir unser gedrucktes Werbeplakat bei. Außer auf den angeführten Veranstaltungen wurde auch bei anderen Gelegenheiten, so vor Kinovorführungen usw., durch Beauftragte jeweils kurz anhand unseres Merkspruches auf den Sinn und den Zweck der Umsiedlerwoche hingewiesen.

Seitens des Amtes Handel und Versorgung fand eine Textilienausgabe statt. - Auch seitens der Bevölkerung und der Lehrer wurde zum Teil das Motto der Woche aufgegriffen. -

Gerade diese Zeitspanne zeigte leider bekanntlich die höchsten Kältegrade dieses Winters. Die Veranstaltungen waren aus diesem Grunde zum Teil mäßig besucht, obwohl propagandistisch (z.B. Herausgabe von mehreren 1000 Handzetteln, Aushängen von großen Plakaten, in genügender Anzahl in sämtliche Ortsteilen und Sonderdekorationen von mehreren Schaufenstern) alles getan wurde, um größte Anteilnahme zu gewährleisten. Größtenteils waren die Veranstaltungen frei von Unkosten oder zu einem ganz niedrigen Eintrittspreis gehalten.

Ziel der Durchführung in unserer Stadt sollte weniger ein Erfolg auf Geld- und Sachspenden sein, sondern ein propagandistischer Einwirkungserfolg auf besseres, gegenseitiges Verstehen der Alt- und Neubürger.

Eine größere Sammlung hatten wir erst im Januar 1948 abgeschlossen, die folgendes Ergebnis erbrachte:

Bekleidung f. Herren, Damen und Kinder	436 Stück,
Wäsche für Herren, Damen und Kinder	1055 " ,
Schuhe für Herren, Damen und Kinder	65 Paar ,
Haushaltsgegenstände	1985 Stück,
Möbel	647 Stück
Matratzen, Federbetten und Decken	93 Stück.

Der Leitspruch auf Grund unserer Zielsetzung, in dessen Grundmotiven sich auch die meisten Referate gestalteten, war folgender:

" Heimat ist da, wo unsere Sprache gesprochen wird und wo wir verstanden werden. Darum, Alt- und Neubürger, schafft Heimat durch gegenseitiges Verstehen! "

Sämtliche mit herangezogenen Träger dieser Durchführung wie der Stadtumsiedlerausschuß, der Vertrauensausschuß der Umsiedler mit den Bezirks- und Straßenbeauftragten, der Städtausschuß der Volkssolidarität, die drei Blockparteien, der FDGB, der DFD und die Kirchen versuchten ihr Möglichstes zum guten Gelingen dieser Sache beizutragen. Wir hoffen jedenfalls, daß sich auch diese Arbeit bei unserer Zielsetzung gelohnt hat, und daß sich die Auswirkungen in einem guten Zusammenleben der Alt- und Neubürger bemerkbar machen.

Trotz allem war es richtig, alle Bevölkerungskreise darauf hinzuweisen, daß sie sich in die Tatsachen fügen und miteinander auskommen müssen, - und diese Bemühung hat sich sicherlich gelohnt.

Salzwedel, den 8. März 1948
Der Rat der Stadt - Umsiedleramt -
Bürgermeister. *Xm.*

Anlage 44

Tätigkeitsbericht der Umsiedler-Beratungsstelle.

In der Zeit vom 23.12.47 bis 29.1.1948 wurden die Umsiedler-Beratungsstunden voll durchgeführt, bis auf 2 Ausfälle, und zwar am 13.1.48 anlässlich der Versammlung, einberufen durch Herrn Leutnant Friedland und zweitens am 27.1.48 anlässlich der Besprechung der Kreisbeauftragten in Magdeburg. Im Berichtsmonat wurden mir 177 Fälle vorgetragen, davon konnte auch in diesem Monat der Großteil befriedigend gelöst werden. Ein Teil davon mußte an das Hilfswerk, an das Sozialamt resp. an das Wohnungsamt weitergeleitet werden. Die vorgetragenen Fälle setzen sich wie folgt zusammen:

- 18 Wohnungsangelegenheiten,
- 10 Ansuchen um Heizmaterial,
- 85 Ansuchen um Bekleidung resp. Schuhwerk,
- 18 Ansuchen um Gebrauchsgegenstände,
- 15 Streitfälle resp. schikanöse Behandlung,
- 2 Ansuchen um Gartenland und
- 29 verschiedene andere Angelegenheiten.

besetzt waren die Umsiedlerberatungsstunden von den Herren Gossing, Albrecht und Frau Dargel. Die Streitfälle bezogen sich meist auf Uneinigigkeiten zwischen Mietern und Vermietern, wo die Vermieter den eingewiesenen Umsiedlern durch Herausnahme der beigegebenen Möbel und kleineren Sticheleien das Leben erschwerten. Alle diese Fälle wurden nach meinem persönlichen Einschreiten beigelegt. Ein Fall, wo es zwischen Umsiedlern und Vermietern zu Handgreiflichkeiten kam, wurde dem Gericht vorgelegt. In Wohnungsfragen hat das Wohnungsamt der Stadt Salzwedel bei den dringendsten Fällen eine Umquartierung der Umsiedler vorgenommen. Die Restfälle werden, wie mir vom Leiter des Wohnungsamtes, Herrn Främke, versichert wurde, laufend einer befriedigenden Lösung zugeführt. Bei der Nachfrage um Möbel und Gebrauchsgegenstände konnte in den meisten Fällen die Volkssolidarität durch eine Sofortmaßnahme die Antragsteller befriedigen. Die große Zahl der um Bekleidung resp. Schuhwerk Ansuchenden ergibt sich wohl daraus, dass in diesem Monat eine Anzahl von Stoffen, Pullower, Strickjacken usw. zur Verteilung kam, so dass diejenigen, die noch keinen Antrag auf Spinnstoffe laufen hatten, in großer Anzahl diesen nachträglich abgaben.

Salzwedel, den 29. Januar 48 *Winkel* Kreisbeauftragter

Bericht der Umsiedlerberatungsstelle über die Sorgen und Nöte der Vertriebenen im Januar 1948

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17885

Rud. H i n k e
Kreisbeauftragter
S a l z w e d e l
Rathaus - Ums.Abt.

17885 7
Salzwedel, den 29. Jan. 1949

B e r i c h t

Betr.: Vfg. 411.12.1.2 vom 27. Januar 1949.
Die/Hu.

Die Überprüfung im Falle [REDACTED], Salzwedel, Bergstr. 18, ergibt folgendes:

Die Familie [REDACTED] besteht aus 5 Personen und zwar 4 Erwachs. und 1 Kind. Es sind Umsiedler aus der CSR., die 1946 in Salzwedel eingewiesen wurden. Diese Familie bewohnt zur Zeit 2 Räume von zusammen ca. 20 qm. Trotz der bedrängten Wohnungsverhältnisse sind die Räume tadellos sauber. Herr [REDACTED] ist Invalide und bezieht eine Rente. Die 20-jährige Tochter Maria ist im Bürstengeschäft der Fa. [REDACTED], Burgstr. als Lehrkraft beschäftigt. Ihr Einkommen ist gering. Die 17-jährige Tochter Gertrud ist zur Zeit ohne Arbeit, während die 10-jährige Tochter Christa Schülerin ist. Die genannte Familie H. wohnt ziemlich bedürftig.

Herr Walter [REDACTED], 29 Jahre alt, ist bei der Eisenbahn beschäftigt Einheimischer und heiratete Sonnabend, den 29. Januar, Fräulein [REDACTED], die in demselben Hause, Bergstr. 18, wohnt. Herr [REDACTED] ist in der Zuckerfabrik beschäftigt. Die Eheleute [REDACTED] bekommen von der Wohnung [REDACTED] 2 Zimmer zugewiesen (möbliert). Ich betrachte es als eine unbillige Härte, wenn man den Umsiedlern einen Herd, eine Lampe und einen Kohlenkasten, die diese bereits seit ihrer Ankunft in Salzwedel in Benutzung haben, entzogen werden sollten und in Benutzung der Eheleute [REDACTED] übergehen würden. Im übrigen verweise ich auf das Schreiben der Landesregierung Minister für Arbeit und Sozialpolitik - Um/I - Hie/Ha. - vom 23. Okt. 1947, gezeichnet vom Minister Dr. Ing. [REDACTED], aus dem klar hervorgeht, bei allen Versuchen, den Umsiedlern beigelegte Möbel zu entziehen, die Herausgabe der Möbel in jedem Falle zu verhindern. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß auch die Herausgabe von Gebrauchsgegenständen verhindert werden muß, um unbillige Härten zu vermeiden. Die finanzielle Lage der Familie [REDACTED] ist bestimmt derart, daß man den Genannten die Anschaffung eines neuen Herdes, einer Lampe und eines Kohlenkastens, zumuten kann, während die Anschaffung dieser Gegenstände der Umsiedlerfamilie [REDACTED] finanziell unmöglich ist.

Hinke
Kreisbeauftragter

Bericht über die soziale Lage eines Vertriebenen durch den Kreisbeauftragten der Umsiedlerbehörde im Januar 1949

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 17885, S. 9

411.Q.6.
R1/Wo.

V f g .

- 1.) Vorgang siehe Blatt der Akten. 24399
2.) Schreiben: A

Der Rat der Stadt Salzwedel
Stadtsozialamt
411.Q.6.

Salzwedel, den 20. Dezember 1949

An den
Deutschen Volkskongress
-Kreisausschuss-

Salzwedel,
Altperverstr. 49

Betr.: Umsiedler.
Bezug: Ihr Schreiben vom 10.12.49

Der überwiegende Teil der Hilfsbedürftigen, die vom Stadtsozialamt betreut werden, setzt sich aus Umsiedlern zusammen. Zunächst muss festgestellt werden, dass diese Umsiedler, die hier im Stadtbezirk untergebracht sind, zum grössten Teil aus ländlichen Gegenden jenseits der Oder/Neisse Grenze stammen. Sehr viele hatten eigene Grundstücke. Diese Tatsache darf nicht ausser acht gelassen werden; denn ein Mensch, der eigenen Grund und Boden bewirtschaftet hat, wird immer wieder danach streben, Grund und Boden zu besitzen. Das Kernstück aller Unzufriedenheit bildet zunächst die Wohnraumfrage. Durch die mangelhafte Unterbringung der Umsiedler ergeben sich immer wieder Reibereien zwischen Einheimischen und Umsiedlern.

Ein Umsiedler, der in Arbeit steht, wird zunächst versuchen, neben der Ergänzung seiner Kleidung, sich ab und zu ein Stück Möbel anzuschaffen. Selbst, wenn es ihm gelingt, einen Schrank zu kaufen, kann er ihn in vielen Fällen nicht unterstellen, weil kein Platz vorhanden ist. Kommt dieser Umsiedler dann in die Wohnung eines Einheimischen und sieht die mit Möbeln vollgepfropften Zimmer, dann kommt ihm in seinen kahlen vier Wänden wieder die ganze Misere seines Daseins zum Bewusstsein. Ergebnis: Wenn man den Umsiedlern nicht ausreichend Wohnraum schafft, wird man sie nie sesshaft machen. Wie es aber mit der Beschaffung von Wohnraum für Umsiedler in Salzwedel steht, wird wohl das Wohnungsamt berichten. Es muss nicht "Wohnraum" freige-macht sondern es müssen neue Wohnhäuser mit richtigen Wohnungen gebaut werden. Dabei ist zu beachten, dass viele dieser Umsiedler Landbesitzer waren; also Siedlungen mit kleinem Ackerland am Stadtrand bauen!

Die seitens der Landesregierung ins Leben gerufene Möbelbeschaffungsaktion stellt nur eine unzufriedene Teilösung dar. Abgesehen davon, dass die ersten gelieferten Schränke als ausgesprochener Schund anzusehen sind, die man den Umsiedlern besser hätte nicht anbieten sollen, wird diese Aktion nur einem kleinen Teil der Umsiedler zugute kommen. Viele Umsiedler, die in ihrem "Wohnraum" gerade die Betten und notfalls noch einen Tisch aufstellen können, haben gar keinen Platz für weitere Möbelstücke, die aber notwendig gebraucht werden. Ergebnis: Möbelbeschaffungsaktion und Wohnungsbeschaffung müssen Hand in Hand gehen.

b.w.

Schreiben des Sozialamtes an den Kreisvolksausschusses mit der Darstellung der Probleme der Vertriebenen im Dezember 1949

Quelle : Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 24399

24399

Die neuerdings geschaffenen Warengutscheine für Umsiedler aus Polen sind zu begrüßen. Es ist jedoch zu bemängeln, dass nur dieser Personenkreis in Frage kommt. Ein Heimkehrer aus russischer Gefangenschaft, der gleichzeitig Umsiedler aus Polen ist, erhält z.B. die Warengutscheine nicht, was immer wieder Erbitterung auslöst. Das gleiche gilt für Umsiedler aus dem Kaliningrader Gebiet. Entsprechende Hinweise bei der Landesregierung haben bisher zu keiner Besserung geführt. Hier muss gleichfalls eine Änderung eintreten, um die Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Endlich und nicht zuletzt muss mit allen Mitteln versucht werden, den erforderlichen Lastenausgleich herbeizuführen. Der Umsiedler, der heute in der glücklichen Lage ist, eine Arbeitsstätte zu haben, muss bei gleichen Steuern und gleichen Abgaben die Bekleidungsstücke und Möbel anschaffen, die der Einheimische, grösstenteils unversehrt und in reichem Masse besitzt.

Beispiel: Zwei Handwerker kehren gleichzeitig aus der russischen Kriegsgefangenschaft zurück. Der eine ist Einheimischer aus Salzwedel, findet seine Familie in der unversehrten Wohnung mit unversehrten Möbeln pp. vor. Fast der gesamte Hausrat ist vorhanden. Der andere Heimkehrer findet seine Familie in einem "Wohnraum" vor, in dem sich fast nichts befindet. Die Frau hat in vielen Fällen von der Fürsorgeunterstützung leben müssen und konnte sich nichts anschaffen. Wenn beide jetzt gleichzeitig an einer Arbeitsstätte arbeiten, bekommen beide den gleichen Lohn und beide haben die gleichen Abzüge und sonstigen Abgaben für Gewerkschaft, Partei usw. Was dem Umsiedler dann zum Leben übrig bleibt, ist klar, wovon er sich aber das Notdürftigste anschaffen soll, bleibt dahingestellt.

Es wäre hier zu erwägen, ob nicht eine Steuersenkung für Umsiedler, eine Beitragssenkung im FDGB und den Parteien als Vorstufe des weiteren Lastenausgleiches angestrebt werden könnte.

Die Umsiedler werden sich für diese Massnahme bestimmt dankbar erweisen.

Wir sind gewiss, dass wir hier nur einige Fragen angeschnitten haben. Sie sind aber die vordringlichsten. Gelingt es, diese Fragen baldigst zu lösen, wird man auch die Umsiedlerfrage zu einem grossen Teil liquidieren können.

3.) Zu den Akten.

Salzwedel, den 20. Dezember 1949

Der Rat

der Stadt Salzwedel

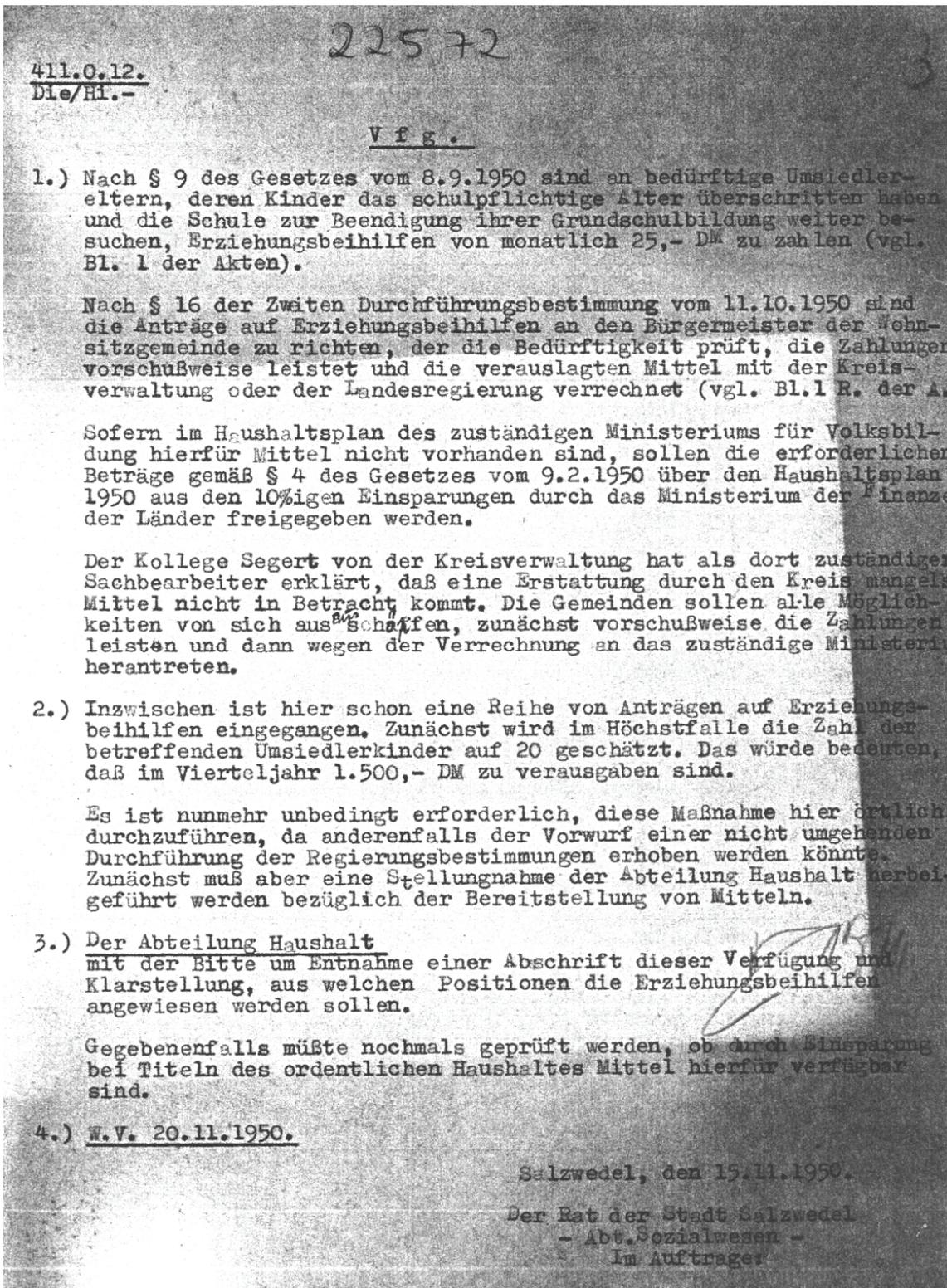
Stadtsocialamt

Im Auftrage!

Schreiben des Sozialamtes an den Kreisvolksausschuss mit der Darstellung der Probleme der Vertriebenen im Dezember 1949

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 24399

Anlage 47



Verfügung des Rates der Stadt, Abt. Sozialwesen über die Vergabe von Erziehungsbeihilfen nach § 9 des „Umsiedlergesetzes“ im November 1950

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22572

22572

hink. zu hoch

An den
Bürgermeister der Stadt
Salzwedel

8. II 51.

Stadt
10. FEB. 1951
Salzwedel

Antrag auf Erziehungs-Beihilfe.

Hiermit bitte ich um Bewilligung einer monatlichen Erziehungsbeihilfe für meine Tochter Maria [redacted] geboren am 6.9.1936 in Libenzen (Judetengau).

Ich bin als Arbeiter bei der H.W.U. Salzwedel tätig und habe ein monatliches Nettoeinkommen von 5 M 204.-

Mein Haushalt besteht aus 4 Personen. Meine älteste Tochter ist als Verkäuferin bei der Konsumgenossenschaft tätig.

Wir sind Umsiedler und unser Wohnort von 1939 vor: Libenzen, Kreis Leitmeritz, Judetengau.

Hocharachtungsvoll!
Robert [redacted]

Maxim-Gorki-Schule
der Stadt Salzwedel
Fernruf 152

Robert [redacted]
Salzwedel
Fuchsberg, Post. 42

Anlage 49

23141

A. 74

Anlage 1

Antrag

auf Kreditgewährung zum Erwerb von Gegenständen des Wohnbedarfs auf Grund der ersten Durchführungsbestimmung zum Teil V (§§ 12 und 13) des Gesetzes über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik vom 8. 9. 1950 (GBl. S. 973)

1. Antragsteller: [Redacted] Otto (Mädchenname) (Vorname) (Mädchenname)

2. geb. am: 16. 10. 02 in: Mündchen (Ostpr.)

3. Jetziger Wohnort: Salzwedel Gr. Pagenberg -straße Nr. 19

Wohnort am 1. 9. 1939: Zusterbürg Kreis: Ostpreußen

4. Ausgewiesen durch: Deutscher Personalausweis-Nr. 2425712/48574/49

5. Beschäftigt bei: D. Reichsbahn als: Betriebsarbeiter

6. Name des Ehegatten: Frieda [Redacted] geb. am: 23. 5. 10 in: Bad Auswalde

7. Wenn Ehegatte berufstätig, wo: als:

8. Zahl der im Haushalt lebenden Kinder: 1

9. Sonstige, ständig im Haushalt lebende Familienangehörige:

10. Monatliches Familien-Gesamteinkommen: DM 182.-

11. Beantragte Kreditsumme: DM 500.-

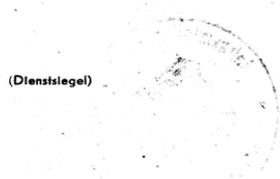
12. Rückzahlungsvorschlag: DM 15.- monatlich

Salzwedel, den 29. I. 1951

(Unterschrift des Ehegatten oder eines zum Lebensunterhalt der Familie beitragenden Haushaltsangehörigen) Frieda [Redacted] (Unterschrift des Antragstellers) Otto [Redacted]

Die Umsiedlereigenschaft des Antragstellers ist festgestellt und wird hiermit bestätigt.

Salzwedel, den 12. FEB. 1951



Sozialreferat (Unterschrift)

Rückseite beachten!

Antrag auf Bewilligung eines Wohnbedarfskredites nach dem Umsiedlergesetz der DDR

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 23141

22918

86

046.5./Xl.v f g .

1.) Schreiben:

An den
 Rat des Landkreises Salzwedel
 - Abt. Bevölkerungspolitik -
Salzwe del

Betr.: Monatesituationsbericht über die Durchführung des
 Umsiedlergesetzes.

Bezug: Fernschreiben der Landesregierung v. 1.11.51 -
 Ihr Schreiben v. 3.11.51 - Aktz.: 201 - 02 -

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 3.11.1951 berichten wir wie folgt

zu I) - Hilfe für Neubauern-Umsiedler.

Nach Rücksprache mit der Abteilung Landwirtschaft haben wir in der Stadt Salzwedel 11 Neubauern-Umsiedler. Diesen wurde durch den Bodenreformfonds Unterstützung zuteil, so daß Wohnhäuser und Stallungen gebaut werden konnten. In einzelnen Fällen fehlt es noch an den nötigen Scheunen und Maschinenschuppen. - Weitere Hilfe über das Bodenreform-Bauprogramm hinaus, wurde von den Neubauern-Umsiedlern nicht in Anspruch genommen - eine Kreditgewährung in Höhe bis zu 5.000.--DM wurde von der Abt. Bevölkerungspolitik nicht erteilt.

Gemäß den Bestimmungen wurde bei bedürftigen Neubauern-Umsiedlern das Ablieferungssoll bis zu 50 % gesenkt.

Die MAS-Stationen Liesten und Langenapel haben den Neubauern-Umsiedlern bei der Bodenbearbeitung und Einbringung der Ernte Hilfe geleistet.

zu II) - Wohnraum für Umsiedler, die in volkseigenen Betrieben arbeiten.

Nach Mitteilung der Abt. Wohnungswesen werden Umsiedler, die in volkseigenen Betrieben arbeiten, bevorzugt mit Wohnraum berücksichtigt.

zu III) - Hilfe für Umsiedler-Handwerker.

Zu Absatz III des Gesetzes wird berichtet, daß sich der Rat der Stadt tatkräftig für die Unterstützung der Umsiedler-Handwerker eingesetzt hat. Es wurden bisher 10 Handwerksbetrieben Kredite mit einer Gesamtsumme von 33.000.-- DM zur Verfügung gestellt. Die Kredite wurden zur Anschaffung von Maschinen und Werkzeug verwendet, so daß sich eine Leistungssteigerung in den Betrieben bemerkbar macht.

zu IV) - Ausbildungshilfe für Umsiedlerkinder.

Seit Spt. v. Js. werden lfd. monatlich Erziehungsbeihilfen für Umsiedlerkinder gezahlt. Es werden durchschnittlich 38 Kinder mtl. berücksichtigt.

b.w.

Monatsbericht über die Umsetzung des Umsiedlergesetzes im November 1951

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22918

Der Rat der Stadt Salzwedel
- Bevölkerungspolitik -
Aktz.: 046.5. - / Kl. -

22919 89
Salzwedel, den 7. November 1951

1.) Schreiben:

An den
Rat des Landkreises Salzwedel
Abt. Bevölkerungspolitik -

Salzwedel

Betr.: Monatssituationsbericht über die Durchführung des
Umsiedlergesetzes.

Bezug: Ihr Schreiben vom 3.11.51 - Aktz./ 201 - o2 -

Im Nachgang zu unserem Schreiben vom 26.11.1951 berichten wir wie folgt:

zu I) - Hilfe für Neubauern Umsiedler.

Die in unserem Bericht vom 7.11.1951 angeführten Punkte bleiben vollauf bestehen. -
Zu bemerken wäre noch, daß die MAS-Stationen in Verbindung mit den Altbauern, den Neubauernumsiedlern bei der Ziehung der Winterfurche Hilfe geleistet haben.

zu II) - Wohnraum für Umsiedler, die in volkseigenen Betrieben arbeiten.

Die Abt. Wohnungswesen ist nach wie vor bemüht, Umsiedlern, die in volkseigenen Betrieben arbeiten, geeigneten Wohnraum zu beschaffen bzw. bevorzugt zu berücksichtigen. In Anbetracht der herrschenden Wohnraumknappheit, konnte dies bisher nur in beschränkter Maße durchgeführt werden.

zu III) - Hilfe für Umsiedler-Handwerker.

Im Monat November hat sich die Zahl der Handwerksbetriebe, die einen Umsiedlerkredit in Anspruch genommen hat, nicht erhöht. Es wurden bisher 10 Handwerksbetrieben Kredite mit einer Gesamtsumme von 33.000 DM zur Verfügung gestellt.

zu IV) - Ausbildungsbeihilfe für Umsiedlerkinder.

Auch im Monat November erhalten 38 Umsiedlerkinder eine Erziehungsbeihilfe von 25.-- DM. Kritisch zu bemerken wäre, daß das Geld von der Landesregierung für die mtl. Erziehungsbeihilfen sehr unregelmäßig eingeht und für den Monat November noch kein Geld zur Auszahlung gelangen konnte. Es wäre vielleicht angebracht, daß seitens des Rates des Landkreises in dieser Angelegenheit etwas unternommen wird, damit die regelmäßige Auszahlung der Erziehungsbeihilfen gewährleistet wird.

zu V) - Hilfe zum Erwerb von Gegenständen des Wohnbedarfs.

Im Monat November wurden 33 Kreditscheine - 1. Rate - in einer Höhe von 11.600.-- DM in der Stadt Salzwedel an Umsiedler ausgegeben. Dazu kommt noch die Bewilligung der 2. Rate, die bisher 81 Kreditnehmer in Anspruch genommen haben. Es wurden demnach in der Stadt Salzwedel insgesamt 1068 Wohnbedarfskredite mit einer Höhe von ca. 611.960.-- DM ausgegeben.

2.) neuertermin besteht.

Bericht über die Durchführung des Umsiedlergesetzes in Salzwedel

Quelle: Stadtarchiv Salzwedel, Nr. 22919

Beruflicher Werdegang

Qualifikationen/Tätigkeitsprofil

Barbara Liebig, geb. Gatzemeier, 26.01. 1959, Salzwedel

- | | |
|-------------|--|
| 1977 - 1981 | Studium (Lehramt) an der Pädagogischen Hochschule Magdeburg, Fächer Geschichte und Russisch |
| 1980/81 | Diplomstudiengang für die Diplomarbeit; Thema: „Die Anfänge der antifaschistisch- demokratischen Schulentwicklung in den Bördekreisen (1945 - 1947)“ |
| 1981 | Abschluss: Diplom, Prädikat :„Gut“ |
| 1981 - 1988 | Lehrtätigkeit an zwei Schulen in Potsdam und Berlin (Klassen 5-10) in den Fächern Geschichte und Russisch |
| 1983 | Erfolgreiche Beendigung des Vorbereitungsdienste für Absolventen des Lehramtes (Beurkundung) |
| 1983 - 1988 | Mitglied der Fachgruppe Geschichte; Erarbeitung von didaktisch-methodischen Konzepten für die Unterrichtsgestaltung |
| 1988 - 1992 | Lehrtätigkeit an einer Salzwedeler Schule und pädagogische Mitarbeiterin im außerschulischen Bereich, Förderung von Begabungen und Fähigkeiten von Schülern; Erarbeitung und Umsetzung von pädagogisch-psychologischen Konzepten |
| 1992/93 | Fortbildung/Qualifikation in der Erwachsenenbildung: Theoretische Ansätze/ Methoden in der Erwachsenenbildung |

- 1992 - 1996 Lehrtätigkeit in der Erwachsenenbildung und sozialpädagogische Betreuung erwachsener russlanddeutscher Aussiedler; Vermittlung der Sprache „Deutsch als Fremdsprache“, sowie landeskundlicher und historischer Zusammenhänge
- 1996 – 1998 Referentin und pädagogische Mitarbeiterin im Landesverband der Volkshochschulen Sachsen – Anhalt e.V.; konzeptionelle, fachwissenschaftliche und pädagogische Leitung der Fachbereiche: Sprachen, Gesundheitsbildung, politische und kulturelle Bildung; Umsetzung von modernen Erwachsenenbildungskonzepten; Koordinierung, Leitung und Planung von Arbeitsgruppen, die sich mit fachspezifischen Problemen, Entwicklungen und Tendenzen in der Erwachsenenbildung beschäftigen
- 1998 bis dato Geschäftsführerin und Leiterin einer vom Kultusministerium des Landes Sachsen – Anhalt anerkannten und geförderten Bildungseinrichtung der Erwachsenenbildung (Bildungswerk der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Sachsen – Anhalt e.V.); Erarbeitung und Umsetzung von Bildungskonzeptionen im Bereich Erwachsenenqualifizierung; Planung, Organisation und Durchführung von Bildungsveranstaltungen; Schwerpunkte: berufliche Bildung, arbeitsrechtliche Qualifikationen, pädagogische Fortbildungen, Persönlichkeitsbildung u.a.
- 1999 bis dato Planung, Vorbereitung und Organisation wissenschaftlicher Tagungen und Kolloquien im Bereich Erwachsenenbildung
- 1996-1998 Sprachenprüfbefähigung des Goethe- Instituts für „ Deutsch als Fremdsprache“ (Landesprüferin)
- seit 1999 Mitglied im Verband für Erwachsenenbildung des Landes Sachsen - Anhalt, Gremium zur Förderung der Erwachsenenbildung

- Seit 1999 Stellvertretendes Mitglied des Landesausschusses für Berufsbildung beim Ministerium für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen- Anhalt; Gremium zur Förderung beruflicher Bildung im Lande Sachsen - Anhalt
- seit 2001 Mitglied des Landesausschusses für Erwachsenenbildung des Kultusministeriums des Landes Sachsen- Anhalt; Beratendes Gremium des Kultusministeriums zur Förderung der Erwachsenenbildung in Sachsen – Anhalt , u.a.
Konzeptionelle und fachwissenschaftliche Beratung von Bildungseinrichtungen , Erarbeitung von Empfehlungen für anerkannte und geförderte Bildungseinrichtungen
- seit 1999 Externes Mitglied der Forschungsgruppe „ Die Vertriebenen in der SBZ/DDR“ am Institut für Geschichte der Fakultät für Geistes-, Sozial- und Erziehungswissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg
- 1999 – 2004 Forschungen zur Vertriebenenproblematik im Landeshauptarchiv Magdeburg und im Stadtarchiv Salzwedel sowie Zusammenstellung der Forschungsarbeit zum Thema: „Die Aufnahme von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie Aspekte und Bestrebungen ihrer Eingliederung/Integration im Kreis Salzwedel 1945 bis 1948/49“
- Seit 2005 Vorsitzende des Verbandes für Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt e.V.

